

**Vom Gauhaus zum Sitz der Tiroler Landesregierung. Zur Bau-, Nutzungs- und Bedeutungsgeschichte eines NS-Baus in Innsbruck**



Arbeitsbericht des Forschungsprojekts zur Aufarbeitung der Geschichte des Neuen Landhauses im Nationalsozialismus im Rahmen einer Kommission unter der Leitung von Prof. Dr. Manfred Grieger, Georg-August-Universität Göttingen

Mitglieder der Kommission: Dr. Ingrid Böhler, Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck | Dr. Christoph Haidacher, Tiroler Landesarchiv | Dipl.-Ing. Walter Hauser, Bundesdenkmalamt, Abteilung Tirol | Dr. habil. Christoph Hölz, Archiv für Baukunst, Universität Innsbruck | DDr. Lukas Morscher, Stadtarchiv Innsbruck | Prof. Dr. Horst Schreiber, erinnern.at, Institut für Holocaust-Education des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Laufzeit: 07/2019 bis 07/2020

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>1. Planungs- und Baugeschichte</b>	<b>7</b>
<b>1.1. Die Ausgangssituation</b>	<b>7</b>
Die nationalsozialistische Machtergreifung	7
Voraussetzungen und Finanzierung	11
<b>1.2. Der Wettbewerb 1938</b>	<b>17</b>
Das Siegerprojekt von Walter und Ewald Guth	17
Überarbeitungsphasen	21
Weitere Wettbewerbsbeiträge und die lokale Architektenszene	25
<b>1.3. Der Bau 1938–1941</b>	<b>32</b>
Die Bauverhandlung und die beteiligten Firmen	32
Das Bauunternehmen G. Hinteregger	36
Das Baugeschehen und seine propagandistische Verwertung	39
<b>1.4. Die Liegenschaftsankäufe 1938–1940</b>	<b>44</b>
Erwerbungen im Zuge des Baubeginns	44
Tauschgeschäfte mit „arisierten“ Ersatzobjekten	46
<b>2. Nutzungs- und Bedeutungsgeschichte</b>	<b>50</b>
<b>2.1. Die Nutzung in der NS-Zeit</b>	<b>50</b>
Die räumliche Besetzung und die Verwaltungsstruktur	50
Der Verwaltungsapparat der Gauleitung	54
Zwischen Repräsentation und Funktion	58
Künstlerische Ausstattung	61
Zwischen Verbrechen und Verantwortung	67
Exkurs: Gauforumplanungen im Zuge der Neugestaltung Innsbrucks	72
<b>2.2. Die Nutzung in der Besatzungszeit</b>	<b>78</b>
Zwischen Befreiung und Plünderung	78
Die Raumsituation	82
<b>2.3. Die Spuren der Vergangenheit</b>	<b>86</b>
Auswirkungen des NS-Raubzuges und getätigter Vermögensverschiebungen	86
Die Verleugnung und Überschreibung der NS-Vergangenheit	90
<b>3. Anhang</b>	<b>98</b>
<b>3.1. Abbildungen</b>	<b>98</b>
<b>3.2. Zusammenfassung</b>	<b>127</b>
<b>3.3. Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis</b>	<b>131</b>

## Einleitung

Die 1940 veröffentlichte Selbstdarstellung des Gaues Tirol-Vorarlberg maß der Landhauserweiterung noch einen prominenten Stellenwert bei: „Um den Dienststellen der Partei und des Staates, die zuerst in verschiedenen Gebäuden getrennt untergebracht waren, die Unterbringung in einem geschlossenen Objekt zu ermöglichen und damit die Arbeit zu erleichtern“, erläuterte Gaupresseamtsleiter Franz Pisecky die Beweggründe der Gauleitung, „wurde die Ausführung eines Erweiterungsbaues zum Innsbrucker Landhaus in Angriff genommen. Bereits im Sommer 1939 wurde dieser Bau fertiggestellt und von den Gauämtern, sowie von Abteilungen des Staatssektors bezogen. Der Bau selbst ist im Stile der Bauten Großdeutschlands ausgeführt“, fuhr Pisecky fort, „und wird nach Fertigstellung des davorliegenden Platzes ein beachtenswertes Beispiel städtebaulicher Leistung im neuen Reiche darstellen.“<sup>1</sup>

Die angekündigte Anerkennung blieb schon während der NS-Zeit aus. Auch die von der französischen Militärregierung vorangetriebene Platzgestaltung und die Errichtung des Befreiungsdenkmal änderte daran wenig. Vor dem Hintergrund des Verständnisses als Opfer des NS-Regimes schenken die offizielle Politik in Tirol und die Innsbrucker Bevölkerung dem Neuen Landhaus – wie der Bau nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bezeichnet wurde – als steingewordener Hinterlassenschaft der NS-Zeit so wenig Aufmerksamkeit wie möglich. Bis heute fehlt ein Hinweis auf den Entstehungshintergrund des Gebäudes. Lediglich an der Ostfassade erkennen Interessierte im Nebeneinander des Vorarlberger und Tiroler Wappens den historischen Bezug. Das Ensemble steht unter Denkmalschutz und gegenwärtig werden umfassende Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.<sup>2</sup> Erst die 2008 initiierte Neugestaltung des Eduard-Wallnöfer-Platzes schenkte der NS-Vergangenheit des Verwaltungsgebäudes in der Öffentlichkeit ansatzweise die notwendige Bedeutung, auch wenn die Geschichte des Neuen Landhauses nur am Rand berücksichtigt wurde und eine Kenntlichmachung des Gebäudes als NS-Relikt im Zuge der Neugestaltung ausblieb. Machten Historikerinnen und Historiker seit den späten 1990er Jahren vermehrt auf die fehlende Markierung aufmerksam, appellierte Markus Wilhelm vor zwei Jahren an die Tiroler Landesregierung, erinnerungskulturelle Verantwortung für ihr Verwaltungsgebäude zu übernehmen: Der „vor 80 Jahren vollzogene Spatenstich zum Neuen Landhaus sollte ein Anlass sein, die Dinge zu klären“, forderte Wilhelm auf seinem Blog ein.<sup>3</sup>

Kurz darauf, im Dezember 2018, fiel die Entscheidung zur Einrichtung einer Expertenkommission und zur historischen Aufarbeitung der Geschichte des Neuen Landhauses. Das Ergebnis der Recherchen ist der hier vorliegende Bericht. Die Arbeit folgt der Planungs-, Bau- und Nutzungsgeschichte des Neuen Landhauses aus architekturhistorischer und zeitgeschichtlicher Perspektive und untersucht sie in ihrem bauhistorischen und politischen Kontext. Ein mikrohistorischer Ansatz lenkt den Blick auf die Rahmenbedingungen für den Bau, die Akteure des Baugeschehens sowie die Nutzung des Gebäudes. Liegt der Schwerpunkt der Untersuchung thematisch auf dem Neuen Landhaus und zeitlich in der NS-Zeit nimmt sie darüber hinaus Bezug auf weitere Gebäude des Landhausblocks und zeigt dem NS-Bau vorausgehende Maßnahmen sowie Entwicklungen der unmittelbaren Nachkriegszeit auf. Die Forschungsarbeit zielte auf eine exakte, chronologische Verortung des Baugeschehens und auf die Dokumentation der Aneignung des Machtzentrums durch die Nationalsozialisten 1938 und durch die

---

<sup>1</sup> Franz Pisecky, Tirol-Vorarlberg. Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung, Berlin 1940, S. 15f.

<sup>2</sup> Der rückwärtige Wirtschaftstrakt und das Stöckelgebäude wurden 2006 abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Die Bauten wurden von geringerer Qualität eingestuft als die Straßenbebauung. Aktenvermerk des Landeskonservators für Tirol, 24.4.2006. BDAI, Innsbruck profan 1, E, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, Neues Landhaus.

<sup>3</sup> Markus Wilhelm, 80 Jahre Gauhaus Innsbruck, 5.10.2018 [<http://www.dietiwag.at/index.php?id=5450>], 20.2.2020.

Gegner des NS-Regimes 1945, um zugleich Brüche und Kontinuitäten aufzuzeigen. Die Analyse des Wettbewerbsgeschehens für den Bau verfolgt die Rolle der beteiligten Architekten und Planer. Die Beschreibung der Nutzung des Neuen Landhauses endet weitgehend mit der endgültigen Inbesitznahme durch die Tiroler Landesregierung 1955. Hinsichtlich der Bedeutungsgeschichte wird ein Bogen bis in die Gegenwart gespannt.

Der vorliegende Bericht gliedert sich in zwei chronologisch angeordnete Themenbereiche und ist eine auf den Erweiterungsbau fokussierende Zusammenfassung des Manuskripts für eine geplante Publikation der gesamten Forschungsergebnisse. Der erste Abschnitt dokumentiert die historischen Ereignisse rund um den Erweiterungsbau. Das zweite Kapitel widmet sich der Nutzungs- und Bedeutungsgeschichte. Ein Bildteil im Anhang zeigt eine Auswahl von größtenteils unveröffentlichten Planmaterialien und historischen Fotografien, die für die Untersuchung eine wichtige Grundlage bildeten. Unser Dank gilt der Tiroler Landesregierung für die Initiierung und Finanzierung des Projektes. Den in der Expertenkommission vertretenen Personen und Institutionen danken wir für die Begleitung des Rechercheprozesses. Wir bedanken uns auch beim Leiter der Kommission, Manfred Grieger, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Etliche Funde, wie etwa ein fotografisches Bautagebuch, gehen auf die Initiative der beteiligten Archive zurück, bei deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wir uns herzlich bedanken. Im Besonderen sei den involvierten Aktenaushebern gedankt, die uns einen umfangreichen Einblick in die vorhandene Aktenlage ermöglichten. Zahlreiche Hinweise verdanken wir Sabine Pitscheider vom Wissenschaftsbüro Innsbruck. Für die Unterstützung im Tiroler Landesmuseum bedanken wir uns bei Sonia Buchroithner. Für Auskünfte und Archivalien danken wir den Söhnen der Architektenbrüder Guth, Dietmar Hinterleitner und Dietmar Guth.

Die Forschung näherte sich dem Neuen Landhaus bisher in erster Linie über die Auseinandersetzung mit dem Landhausplatz. Bis auf eine Diplomarbeit von Ursula Egger aus dem Jahr 1996,<sup>4</sup> die Untersuchungen Horst Schreibers zur Neugestaltung des Eduard-Wallnöfer-Platzes, dessen Erkenntnisse über eine Publikation<sup>5</sup> und einen Webauftritt<sup>6</sup> zugänglich sind und einen Aufsatz von Paul Naredi-Rainer<sup>7</sup> existieren keine ausführlicheren Beiträge. In den Analysen kommt das Landhaus nur am Rande zur Sprache. Christoph Hölz zeichnete einen Abriss der Baugeschichte des Landhauses in seinem Beitrag zur Architekturgeschichte der NS-Zeit in Innsbruck.<sup>8</sup> In Schreibers Studie liegt der Fokus zeitlich nach 1945 und auf der Entstehungs- und Bedeutungsgeschichte des Befreiungsdenkmals und des Platzes. Für den genannten Zeitraum ergänzt der vorliegende Forschungsbericht die dort präsentierten Ergebnisse um die Geschichte des Neuen Landhauses.

Ein breites Spektrum an Literatur bietet die lokale Forschung zum Nationalsozialismus. Zu nennen sind hier die Schriftenreihen „Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte“ (seit 1987) und „Studien zu Geschichte und Politik“ (seit 2001), die einen Schwerpunkt auf die regionale Geschichte der NS-Herrschaft und ihrer Nachwirkungen legen. Für die vorliegende Untersuchung war Horst Schreibers 1994 erschienene Publikation zur „Machtübernahme“ von besonderer Bedeutung. Neben den bürokratischen Strukturen beleuchtet sie die personelle Besetzung der Leitungsfunktionen sowohl

---

<sup>4</sup> Ursula Egger, Der Landhausplatz in Innsbruck, Bd. 1, phil. Dipl. Innsbruck 1995.

<sup>5</sup> Horst Schreiber/Christoph Grüner (Hg.), Den für die Freiheit Österreichs Gestorbenen. Das Befreiungsdenkmal in Innsbruck. Prozesse des Erinnerns, Innsbruck 2016.

<sup>6</sup> [\\_erinnern.at\\_](https://www.eduard-wallnoefer-platz.at/), Der Eduard-Wallnöfer-Platz in Innsbruck [https://www.eduard-wallnoefer-platz.at/], 20.7.2020.

<sup>7</sup> Paul Naredi-Rainer, Der Landhausplatz in Innsbruck – symbolbefrachtet und skateboardgerecht, in: Koldewey-Gesellschaft. Vereinigung für baugeschichtliche Forschung e.V. Bericht über die 49. Tagung für Ausgrabungswissenschaft und Bauforschung vom 4. bis 8. Mai 2016 in Innsbruck, Stuttgart 2017, S. 92–97.

<sup>8</sup> Christoph Hölz, Bauen in Innsbruck 1938 bis 1945, in: Zwischen Ideologie, Anpassung und Verfolgung. Kunst und Nationalsozialismus in Tirol, Innsbruck 2018, S. 278–289, hier S. 280.

für die Partei als auch den staatlichen Bereich.<sup>9</sup> Die 2017 zur Kultur- und Identitätspolitik verfasste Dissertation von Nikolaus Hagen lieferte wichtige Grundlagen zum Aufbau des Behördenapparats der Gauselbstverwaltung.<sup>10</sup> Hinsichtlich des alltagsgeschichtlichen Ansatzes wirkte sich die 2018 publizierte Studie zur Aufarbeitung der Geschichte des Parlamentsgebäudes in Wien beispielgebend aus.<sup>11</sup> Anderweitige Untersuchungen, die sich über die Bau- und Nutzungsgeschichte eines Gebäude dem NS-Alltag nähern, liegen für den österreichischen Raum nicht vor.

Die Erforschung der Gaue als charakteristisches Merkmal der NS-Diktatur erlebte in den letzten Jahren einen Aufschwung, wobei die Analyse der jeweiligen bestimmenden personellen Netzwerke weitgehend noch aussteht.<sup>12</sup> Im Besonderen trifft dies auf den Gau Tirol-Vorarlberg zu, wo eine Biografie des Gauleiters Franz Hofer noch immer auf sich warten lässt.<sup>13</sup> Gerade eine weiter gefasste „Täterforschung“ in den Behördenapparaten der „Reichsgaue“ könnte wichtige Hinweise auf die gelebte Herrschaftspraxis auf regionaler Ebene liefern. Detailanalysen zur Struktur und zu den Aufgabenbereichen der unterschiedlichen staatlichen Abteilungen fehlen für Tirol bislang. Eine Ausnahme bildet die Abteilung II (Erziehung, Volksbildung, Kultur und Gemeinschaftspflege), die Hagen in seiner Dissertation untersucht.<sup>14</sup> Ein Forschungsdesiderat stellt der strukturelle Aufbau des Parteiapparats dar. Über den exakten Tätigkeitsbereich der unterschiedlichen Gauämter wissen wir nur sehr wenig, wobei dies durch eine fehlende Quellenbasis erklärt werden kann. In Deutschland sind im letzten Jahrzehnt Aufarbeitungsprojekte zur NS-Belastung verschiedener Bundesministerien in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses gerückt. Beispielgebend wirkte sich hier die im Jahr 2010 publizierte Untersuchung zum Auswärtigen Amt aus.<sup>15</sup> Entsprechende Untersuchungen auf der Ebene der regionalen Mittelinstanzen werden vermutlich folgen. Wegweisend könnte hier die 2019 abgeschlossene Studie zur Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg sein. Sie untersucht unter anderem die Frage nach bestehenden Handlungsspielräumen der Landesverwaltungen innerhalb der NS-Herrschaftspraxis und in welcher Form sie sich in den NS-Repressionsapparat einordneten.<sup>16</sup> Die Architekturgeschichte der NS-Zeit fokussiert in besonderem Maße die Bauten im „Altreich“ und ihre Protagonisten.<sup>17</sup> Einen Überblick über die überregionale,

---

<sup>9</sup> Horst Schreiber, Die Machtübernahme. Die Nationalsozialisten in Tirol und Vorarlberg 1938/39 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 10), Innsbruck 2013.

<sup>10</sup> Nikolaus Hagen, Kultur- und Identitätspolitik im Gau Tirol-Vorarlberg 1938–1945, phil. Diss. Innsbruck 2017.

<sup>11</sup> Bertrand Perz/Verena Pawlowsky/Ina Markova, Inbesitznahmen. Das Parlamentsgebäude in Wien 1933 – 1956, Salzburg-Wien 2018.

<sup>12</sup> Magnus Brechtken, Kommentar und Forschungsforderungen, in: Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“ (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer), München 2007, S. 406–414, hier S. 412.

<sup>13</sup> Die bisher ausführlichste Darstellung lieferte Thomas Albrich, Gauleiter Franz Hofer und die „braune Elite“ des Gau Tirol-Vorarlberg im Visier der Nachkriegsjustiz, in: Jahrbuch für Juristische Zeitgeschichte 8 (2006/2007), S. 26–75.

<sup>14</sup> Hagen 2017, S. 395–448.

<sup>15</sup> Eckart Conze u.a., Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010. Zum Stand der Forschung siehe Christian Mentel/Niels Weise, Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung (hg. von Frank Bösch, Martin Sabrow u. Andreas Wirsching), München-Potsdam 2016.

<sup>16</sup> Frank Engehausen/Sylvia Paletschek/Wolfram Pyta (Hg.), Die badischen und württembergischen Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus, Bd. 1/2 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen 220), Stuttgart 2019. Eine Zusammenfassung zentraler Forschungsergebnisse findet sich unter Wolfram Pyta u.a. (Hg.), Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Zusammenfassung zentraler Forschungsergebnisse, Heidelberg 2017 [<https://ns-ministerien-bw.de/2017/05/zusammenfassung-zentraler-forschungsergebnisse-2017/>], 20.7.2020.

<sup>17</sup> Umfangreich zur Architekturgeschichte der NS-Zeit publizierte Winfried Nerdinger. Von ihm und Raphael Rosenberg wurde die Reihe „Hitlers Architekten. Historisch-kritische Monografien zur Regimearchitektur im

flächendeckende Bautätigkeit des Nationalsozialismus bietet die umfangreiche Publikation von Helmut Weihsmann aus dem Jahr 1998.<sup>18</sup> Zur NS-Stadtbaugeschichte Innsbrucks ist auf Arnold Klotz und Sabine Pitscheider zu verweisen.<sup>19</sup>

Das Wissen über das Gauhaus stützte sich bisher vor allem auf Meldungen aus Zeitungsberichten. Tatsächlich muss die Quellenlage als prekär bezeichnet werden. Im Besonderen wirkten sich die fehlenden Bauakten nachteilig auf die Erforschung des Baugeschehens aus. Im Tiroler Landesarchiv (TLA) sind lediglich die zugehörigen Jahresjournale erhalten geblieben, die auf einen äußerst umfangreichen Bauakt schließen lassen. Die Überlieferungsgeschichte der Bauakten im TLA setzt zeitlich erst im Sommer 1940 ein. Das vorliegende Material der Abteilung Vc in der Reichsstatthalterei in Tirol und Vorarlberg (1940–1945) bietet Einblicke in die ab diesem Zeitpunkt durchgeführte Innenausstattung und geplante Adaptierungsarbeiten. Wann der Bauakt nach 1945 konkret in Verlust geraten ist, ließ sich trotz umfangreicher Recherchen des TLA nicht mehr eruieren.<sup>20</sup> Im Stadtarchiv Innsbruck (StAI) existierte ebenfalls ein Bauakt zum Gauhaus, seine Spuren verlieren sich in den 1990er Jahren in einer Abteilung des Stadtmagistrats.<sup>21</sup> Zur Dokumentation des Baugeschehens war aber ein dort vorhandenes fotografisches Bautagebuch von Vorteil. Wichtige Details lieferte auch die Durchsicht des Aktenmaterials des Bundesdenkmalamtes in Innsbruck (BDAl). Das Österreichische Staatsarchiv in Wien und das Bundesarchiv Berlin (BA) beantworteten Anfragen bezüglich noch vorhandener Akten zum Baugeschehen und zur Finanzierung des Projekts negativ. Weitgehend ergebnislos verlief auch die Suche nach zeitgenössischen Fotografien, die das Innere des Gebäudes dokumentieren. Sowohl die Durchsicht des durch das StAI kürzlich angekauften Bestandes des Fotografen Richard Müller, als auch ein Aufruf an die Bevölkerung im Mitteilungsblatt der Landeshauptstadt „Innsbrucker Informiert“ brachte nicht den erhofften Erfolg. Im Archiv für Baukunst der Universität Innsbruck (AfB) finden sich zwar Nachlässe einiger der am Wettbewerb beteiligten Architekten, doch die Bestände lieferten – bis auf eine Ausnahme – im Hinblick auf die Wettbewerbsbeteiligung keine Materialien.<sup>22</sup> Der Versuch, über die Söhne der Wettbewerbsgewinner Walter und Ewald Guth Planmaterial ausfindig zu machen, scheiterte ebenfalls. Fündig wurden wir dahingehend in der Registratur der Liegenschaftsverwaltung im Neuen Landhaus.<sup>23</sup>

Zweitüberlieferungen nebengeordneter Behörden konnten das Fehlen primären Schriftguts in einigen Belangen aufwiegen. Die Protokolle zur Bauverhandlung fanden sich etwa auf einem Mikrofilm des nicht mehr vorhandenen Schriftguts der Abteilung VI der Landeshauptmannschaft (1938–1940) im TLA. Die vollständige Auswertung der Akten der Gauselbstverwaltung lieferte

---

Nationalsozialismus“ herausgegeben. Siehe auch Anna Teut, *Architektur im Dritten Reich 1933–1945*, Berlin-Frankfurt a.M.-Wien 1967; *Kunst im 3. Reich. Dokumente der Unterwerfung*, Kat. Ausst. Frankfurt 1974; Werner Durth/Winfried Nerdinger, *Nicht vergessen. Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre* (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz 46), Bonn 1993; Dawn Aedes/Tim Benton/David Elliott/Iain Boyd Whyte (Hg.), *Kunst und Macht im Europa der Diktatoren 1930 bis 1945*, London-Berlin 1996; Jörn Düwel/Niels Gutschow, „Baukunst“ und Nationalsozialismus. *Demonstration von Macht in Europa 1940–1943. Die Ausstellung „Neue Deutsche Baukunst“ von Rudolf Wolters*, Berlin 2015.

<sup>18</sup> Helmut Weihsmann, *Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs*, Wien 1998.

<sup>19</sup> Arnold Klotz, *Stadtplanung und Städtebau in Innsbruck in den Jahren 1938–1945*, in: *Die Städte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert*, Linz 1984, S. 177–234; Sabine Pitscheider, *Die „Neugestaltung“ Innsbrucks nach dem „Endsieg“*, in: Rolf Steininger/Sabine Pitscheider (Hg.), *Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19), Innsbruck 2002, S. 281–298.

<sup>20</sup> Wir bedanken uns bei Christoph Haidacher, Leiter des Tiroler Landesarchivs, und seinem Mitarbeiter Martin Ager für ihre diesbezügliche Recherchetätigkeit.

<sup>21</sup> Wir bedanken uns beim Leiter des StAI Lukas Morscher für die Auskunft.

<sup>22</sup> Gesichtet wurden die Nachlässe von Franz Baumann, Wilhelm Stigler, Hans Feßler und Karl Alfred Matuella. Wir bedanken uns bei Christoph Hölz für die Unterstützung.

<sup>23</sup> Wir bedanken uns bei Thomas Huter für die Unterstützung.

insgesamt die reichhaltigsten Erkenntnisse. In ihrer Rolle als regionale Finanzverwaltung überlieferte die Behörde zum einen Schriftgut zur Finanzierung des Baus. Zum anderen bietet sie Einblicke in die Vorgänge innerhalb der Unterabteilung der Gebäudeverwaltung. Hier fanden sich wichtige Hinweise zum Arbeitsalltag und zu personenbezogenen Ereignissen, die im Folgenden über noch vorhandene Personalakten genauer recherchiert werden konnten. Der Schwerpunkt des überlieferten Schriftguts liegt auf den Jahren 1940/41. Die in der Studie präsentierten Schlaglichter auf alltagsgeschichtliche Begebenheiten beleuchten aus diesem Grund einen zeitlich eingeschränkten Abschnitt. Um weitergehende Erkenntnisse zum Behördenalltag liefern zu können, wurden einige Bestände der staatlichen Abteilung der Reichsstatthalterei konsultiert. Als gewinnbringend stellte sich auch die Durchsicht der Präsidialakten der Landeshauptmannschaft und des in der Landesamtsdirektion des Amtes der Tiroler Landesregierung (nach 1945) lückenhaft überlieferten Schriftgutss des Hauptbüros der Reichsstatthalterei heraus. Für die Analyse des Arbeitsalltags innerhalb des Parteiapparats wertet die Studie das spärlich überlieferte Schriftgut der NSDAP Gauleitung Tirol-Vorarlberg aus. Sind vom Großteil der Gauämter keine Akten überliefert, lieferte die Recherche im Bestand der Deutschen Arbeitsfront (DAF) wichtige Hinweise. Besonders schmerzlich ist das Fehlen der Akten der Kanzlei des Gauleiters. Die Problematik der Volksgerichtsakten berücksichtigend, versucht die Untersuchung über diese Quellengattung personenbezogene und alltagsgeschichtliche Erkenntnisse zum Parteiapparat zu gewinnen. In personenbezogener Hinsicht unterstützte die Auswertung der Registrierungsakten im StAI die Analyse.

Die Recherche zur unmittelbaren Nachkriegszeit stützt sich auf die Akten der Landesamtsdirektion des Amtes der Tiroler Landesregierung, die Handakten des ersten gewählten Landeshauptmannes Alfons Weißgatterer und den Akten mit Zahl der Kanzlei des Landeshauptmannes. Die Überlieferung des ungeordneten Schriftguts der Liegenschaftsverwaltung, der nachfolgenden Behörde der Gebäudeverwaltung, setzt erst mit 1947 ein, weist aber zahlreiche NS-Bezüge auf. Hier konnten auch jene Akten gesichtet werden, die sich noch im Landhaus selbst befinden und bis in die Gegenwart reichen. Der gesamte Aspekt der Liegenschaftsankäufe, die mithilfe „arisierter“ Tauschimmobilien zustande kamen, lässt sich durch die vorhandenen Rückstellungsakten gut dokumentieren. Tiefergehende Einblicke in den Vorgang der „Arisierungen“ lieferte das NS-Dokumentationsmaterial der Bundepolizeidirektion Innsbruck aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Zur Entstehungsgeschichte des Befreiungsdenkmal und des Landhausplatzes gewähren Akten des BDAI und des Stadtmagistrats VI ergänzende Erkenntnisse. Zeitzeugenbefragungen runden die Auswertung des schriftlichen Quellenmaterials ab.<sup>24</sup>

---

<sup>24</sup> Wir bedanken uns für die Gesprächsbereitschaft bei Helmut Ehrenstrasser (ehemaliger Leiter der Liegenschaftsverwaltung), Peter Kraiser (ehemaliger Leiter der Liegenschaftsverwaltung), Paul Meyer (Abteilung Justizariat, Land Tirol), Sebastian Hölzl (ehemaliger Archivar im TLA), Hannes Kar (ab 1951 Mitarbeiter der Österreichischen Sendergruppe West – Radio Tirol) und Josef Emmerich Schumacher.

## 1. Planungs- und Baugeschichte

### 1.1. Die Ausgangssituation

#### Die nationalsozialistische Machtergreifung

„Tiefbewegt und dankerfüllten Herzens stehen wir vor Ihnen, dem Schöpfer des neuen Reiches, dem Schöpfer Großdeutschlands, wir stehen vor Ihnen, mein Führer, dem Manne, von dem wir die schweren Kampffahre hindurch geträumt haben und von dem wir erhofften, ihm einmal die Hand drücken zu dürfen. Die Erinnerung an Sie war das, was uns bewog, auszuhalten. Wir alle stehen im Banne des ungeheuren Aufbruches und der großen Volkswerdung, die in kürzester Zeit das größte Ausmaß annahm, wie es die Weltgeschichte vorher nie erlebt hat.“<sup>25</sup>

Mit diesen Worten leitete Gauleiter Edmund Christoph den innerparteilichen Höhepunkt des Besuches Adolf Hitlers am 5. April 1938 im Landhaus ein. Hitler besuchte Innsbruck im Rahmen der Propagandaschlacht für die Volksabstimmung. Sie sollte den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich nachträglich legitimieren (Abb. 1 und 2). Im Landhaus überreichte ihm Christoph in Anwesenheit der wichtigsten Herrschaftsträger der lokalen nationalsozialistischen Machtergreifung eine Dokumentensammlung der Anschluss-Abstimmung von 1921. Schon damals hatte sich eine große Mehrheit der Tiroler Bevölkerung für eine Angliederung an Deutschland ausgesprochen.<sup>26</sup> Der Ablauf des Besuches war genauestens geplant. Schon zwei Tage zuvor hatten eine Abordnung der Gauwahlleitung und der Architekt Franz Baumann das Landhaus inspiziert, um den Besuch vorzubereiten.<sup>27</sup> Nichts wurde dem Zufall überlassen. Die Beamtenschaft bekam dienstfrei mit dem „ausdrücklichen Auftrag“, das Landhaus bis spätestens 13 Uhr zu verlassen.<sup>28</sup> Vor dem Landhaus nahmen NS-Pimpfe Aufstellung, um den Führer zu begrüßen, in der Eingangshalle wartete eine Abordnung des Tiroler Jungvolkes und im Stiegenhaus stand eine Gruppe des BDM Spalier.<sup>29</sup> Eine Zeitzeugin erinnerte sich noch genau an die Ankunft Hitlers: „Dann nach zwei bis drei Stunden kam auf einmal der Führer die Stiegen herauf. Das Gefühl kannst du dir nicht vorstellen, wir haben ihn alle nur angestarrt und konnten nicht mehr los. Eine hat auf einmal geschluchzt, dann hat er sie gestreichelt.“<sup>30</sup>

Wie die Konzeption des Programms für den Besuch Hitlers zeigt, war die symbolische Bedeutung des Landhauses für die Tiroler Nationalsozialisten enorm. Es galt als wichtigste Insignie der Macht. Wer hier ein und aus ging, konnte sich als legitimer Herrschaftsträger des Landes darstellen. Die Inbesitznahme des Gebäudes nahm in der nationalsozialistischen Propaganda einen dementsprechend hohen Stellenwert ein. Der NS-Narrativ zur „Machtübernahme“ zeichnete folgendes Bild: Noch bevor klar war, welche Direktiven aus Wien zu erwarten waren, hatte SS-Sturmbannführer Erwin Fleiß den Befehl zur Besetzung des Gebäudes in den frühen Abendstunden des 11. März erteilt. Eine am Landhaus gehisste Hakenkreuzfahne sollte die „Machtübernahme“ so schnell wie möglich nach außen hin dokumentieren, um erst im Anschluss die übrigen öffentlichen Gebäude und Dienststellen zu besetzen. Vor Ort erzwang der SS-Sturm die Öffnung des Landhaustores, um „zwischen schussbereiten Maschinengewehren“ in das Gebäude zu gelangen. Der diensthabende Offizier, der „zwischen seiner beschworenen Pflicht und der Stimme seines Herzens stand“, ließ eine Abordnung zu Landesstatthalter Andreas Gerber vor, der sich weigerte, das Landhaus zu übergeben. „Mit bewundernswerter Kaltblütigkeit“ nahm ihn Fleiß in „Schutzhaft“. Im

<sup>25</sup> Innsbrucker Nachrichten, 6.4.1938, S. 2.

<sup>26</sup> Schreiber 2013, S. 85f.

<sup>27</sup> Regierungsdirektor Riebl an Frauscher, 2.4.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1938, Karton I6–II7 (1–199), Zl. I6/1043.

<sup>28</sup> Dienstzettel (Präsidium der Landeshauptmannschaft für Tirol), 4.4.1938. Ebd., Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0381, Datei 0060.

<sup>29</sup> Innsbrucker Nachrichten, 6.4.1938, S. 2.

<sup>30</sup> Claudia Rauchegger-Fischer, „Sind wir eigentlich schuldig geworden?“ Lebensgeschichtliche Erzählungen von Tiroler Frauen der Bund-Deutscher-Mädel-Generation (Studien zu Geschichte und Politik 22), Innsbruck-Wien-Bozen 2018, S. 129.

Anschluss verkündete der Innsbrucker Rechtsanwalt Richard Knöpfler vom Balkon des Landhauses einer jubelnden Menschenmenge die „Übergabe der Geschäfte“. Von einer Dachluke aus entrollte der SS-Sturm eine Hakenkreuzfahne. Erst danach, um etwa 21 Uhr, erreichte Gauleiter Christoph das Landhaus. Er übertrug Fleiß die weitere Durchführung der Besetzung strategisch wichtiger Punkte, die ohne Widerstand abgeschlossen werden konnte. Zwei Stunden später wandte sich Christoph als kommissarisch ernannter Landeshauptmann vom Balkon des Landhauses zum ersten Mal an die Innsbrucker Bevölkerung und teilte die Namen der zukünftigen Funktionsträger des Landes mit. „Wir sind stolz und glücklich darüber,“ brachte er seine Freude zum Ausdruck, „unserem geliebten Führer unser Heimatland Tirol als die schönste Perle, den Garten Deutschlands, zu Füßen legen zu können.“ Durch die frühe Besetzung reklamierten die Tiroler Nationalsozialisten die erste abgeschlossene „Machtübernahme“ auf österreichischem Boden für sich.<sup>31</sup>

Tatsächlich war die Inbesitznahme des Landhauses nur noch eine Frage der Zeit gewesen. Durch die unvorbereitete Ankündigung einer Volksbefragung hatte Bundeskanzler Kurt Schuschnigg das Heft des Handelns aus der Hand gegeben. Der autoritäre Ständestaat fiel innerhalb kürzester Zeit wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Zu sehr war er bereits von Nationalsozialisten unterwandert worden und zu wenig war es ihm in den letzten Jahren gelungen, die österreichische Bevölkerung vom eingeschlagenen Weg zu überzeugen. Bereits am 10. März strömte die nationalsozialistische Anhängerschaft auf die Straßen Innsbrucks und forderte die Absetzung der Volksbefragung. Im Mittelpunkt des Geschehens stand das Landhaus. Verbündete des bestehenden Regimes traten den NS-Demonstrationen lautstark gegenüber und die Polizei hatte alle Hände voll zu tun, die gegnerischen Formationen auseinanderzuhalten, wie der Vater des noch amtierenden Tiroler Landeshauptmannes Josef Schumacher in seinen Tagebuchaufzeichnungen festhielt. Am nächsten Tag verzichteten die „Vaterländischen“ bereits auf nennenswerte Gegenwehr.<sup>32</sup> Gegen Mittag forderte der Landeshauptmann zur Sicherung des Landhauses das Militär an, wobei sich die anrückende Jägerregiments-Einheit bereits als nicht mehr zuverlässig herausstellte.<sup>33</sup> Er bereitete sich in seinem Büro unterdessen auf eine Radioansprache vor, um die Tiroler Bevölkerung zur Teilnahme an der Volksbefragung aufzufordern. Nachdem er von der Absage der Abstimmung informiert worden war, verließ er gegen 19 Uhr das Landhaus, da er dort „nichts weiter zu tun“ hatte, wie sich sein Vater ausdrückte.<sup>34</sup>

Der Weg in seine Wohnung in der Anichstraße führte ihn bereits an einer Unmenge von Hakenkreuzfahnen vorbei. Zuhause traf er gerade noch rechtzeitig ein, um die Abschiedsrede Schuschniggs im Radio zu hören. Danach überschlugen sich nach Darstellung der Tagebuchaufzeichnungen die Ereignisse. Der Sekretär des Landeshauptmannes, der sich noch im Landhaus befand, informierte Schumacher telefonisch, dass die „Volksmenge die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Landhause verlange und daß der Statthalter Gerber schießen lassen wolle“. Schumacher sprach sich energisch gegen dieses Vorhaben aus und ordnete an, „der Gewalt zu weichen“. Um 1 Uhr nachts suchten NS-Parteigenossen bereits die Wohnung Schumachers auf, der sich aber als Vorsichtsmaßnahme in die Innkaserne begeben hatte. Schumacher blieb vorerst unbehelligt, da er über einige Fürsprecher in der NSDAP verfügte.<sup>35</sup> In anderen Fällen prominenter NS-Gegner setzte umgehend eine unorganisierte Terrorwelle noch in der Nacht zum 12. März ein. Etliche Vertreter des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes kamen in Haft. Statthalter Gerber war eines der ersten Opfer des politischen Umbruchs und war in den Folgejahren über zwei Jahre inhaftiert. Der staatlich organisierte Repressionsapparat, allen voran die SS und die Gestapo, kommandierte die Verfolgungsmaßnahmen ab 12. März. Innerhalb kürzester Zeit kam es zur Ausschaltung möglicher

---

<sup>31</sup> Innsbrucker Nachrichten, 7.4.1939, S. 3; Nationalsozialistischer Gaudienst, 6.4.1939, S. 1; Schreiber 2013, S. 44ff.

<sup>32</sup> Franz Schumacher, Tagebuch, 10. bis 13. März. Privatarhiv Josef Emmerich Schumacher.

<sup>33</sup> Schreiber 2013, S. 43.

<sup>34</sup> Franz Schumacher, Tagebuch, 10. bis 13. März. Privatarhiv Josef Emmerich Schumacher.

<sup>35</sup> Ebd. Erst am 9. Mai leiteten die Tiroler Nationalsozialisten Verfolgungsmaßnahmen gegen ihn ein, Schreiber 2013, S. 171.

oppositioneller Gegenwehr. Politische Funktionsträger und Beamte waren mit massenhaften Amtsenthebungen konfrontiert.<sup>36</sup>

Im Landhaus vernichteten die neuen Machthaber umgehend offensichtliche Bezugspunkte zum Dollfuß/Schuschnigg-Regime. Sie zerstörten die Fensterscheiben der Landhauskapelle<sup>37</sup> und verhängten eine Dollfuß-Gedenktafel in der Eingangshalle, um davor „ein Sturmbanner mit Ehrenwache“ aufzustellen, vor dem jeder Vorbeikommende den Deutschen Gruß zu leisten hatte.<sup>38</sup> Mindestens zwei lebensgroße Figuren des Künstlers Hans Pontiller, die sich in den Nischen der Eingangshalle befanden, fielen dem „Anschluss“ zum Opfer. Es handelte sich um vorläufige Gips-Modelle geplanter Bronzestatuen, die den Ständegedanken symbolisierten.<sup>39</sup> Ein gutes Jahr später, Anfang April 1939, enthüllte Gauleiter Franz Hofer in Erinnerung an den Besuch Hitlers in der Eingangshalle eine über die ganze Höhe der Seitenwand reichende marmorne Gedenktafel. „Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich“, lautete die Inschrift unter dem NS-Hoheitsadler. Die Enthüllung fand im Rahmen einer Feier in Anwesenheit der Spitzen der Partei, der Wehrmacht, des Staates und der Stadtverwaltung statt. Die gesamte „Gefolgschaft“ der Gauämter und der Behörde des Landeshauptmannes waren vor Ort. „Jeder von uns,“ sprach Gauleiter Hofer seine Untergebenen an, „sei es an welcher Stelle er immer zur Führung der Arbeit berufen wird, muß bereit sein, aus sich das Letzte an Leistungskraft nunmehr herauszuholen. Er muß aber auch bereit sein, bedingungslos die Gemeinschaft des Volkes, die Kameradschaft aller Volksgenossen anzuerkennen.“ Die Gedenktafel wollte Hofer als Mahnung verstanden wissen, „unsere Pflicht bis zum letzten zu erfüllen und uns der großen Zeit würdig zu erweisen“.<sup>40</sup>

Mit Plänen für unmittelbare architektonische Eingriffe hielten sich die Nationalsozialisten bis zur Ernennung Franz Hofers als Gauleiter zurück. Dies traf auch weitgehend auf die sich in den Kanzleien befindlichen Ausstattungsgegenstände zu. Der überwiegende Teil der vorhandenen Gemälde verblieb vorerst im Landhaus. Für die ersten Tage nach der Inbesitznahme existiert lediglich ein Inventarverzeichnis, das die Übergabe von fünf Gemälden aus den Amtsräumen an die Schlossverwaltung dokumentiert. Unter ihnen waren Ölgemälde kirchlicher Ausrichtung und bedeutender Tiroler Politiker.<sup>41</sup> Zu einem späteren Zeitpunkt entfernte die Gebäudeverwaltung 11 Bilder ehemaliger Landeshauptmänner aus dem Kongressaal, den der Behördenapparat nach einem Umbau als Kanzleien nutzte.<sup>42</sup> Selbstredend waren Darstellungen ehemaliger habsburgischer Kaiser verpönt, die aus dem Landhaus stammten und sich nach 1945 in den Depots der Hofburg wiederfanden.<sup>43</sup> Fraglich ist, ob die neuen Machthaber die im Gebäude unzählig vorhandenen Kruzifixe umgehend entfernten. Eine Einladung Christophs an die gesamte Beamtenschaft zum Besuch des „Georgi-Gottesdienstes“ in der Landhauskapelle Ende April 1938 macht den kurzzeitigen Verbleib konfessioneller Symbole wahrscheinlich.<sup>44</sup> Unter der Regentschaft Hofers war eine solche

---

<sup>36</sup> Zum Vorgehen der Nationalsozialisten siehe ausführlich Schreiber 2013, S. 51–63.

<sup>37</sup> Aktenvermerk von Landeskonservator Trapp, o. D. BDAI, Innsbruck profan 10, Maria-Theresien-Straße Nr. 43, GZ 34626/1908–1967.

<sup>38</sup> Innsbrucker Nachrichten, 12.3.1938, S. 2.

<sup>39</sup> Landeskonservator Trapp an das Amt der Tiroler Landesregierung (Landesamtsdirektor Stoll), 16.4.1951. BDAI, Innsbruck profan 16, Maria-Theresien-Straße Nr. 43/45, GZ 1925–1960; Tiroler Anzeiger, 14.5.1937, S. 9. Pontiller arbeitete zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ an den vier von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Figuren. Es ist unklar, wie viele er im März 1938 bereits fertig gestellt hatte.

<sup>40</sup> Innsbrucker Nachrichten, 7.4.1939, S. 3f.

<sup>41</sup> Schlossverwaltung zu Innsbruck und Ambras an das Präsidium der Landeshauptmannschaft für Tirol, 17.3.1938. TLA, ATLR (1924–1939/40), Präsidium 1938, Karton I3 (501–1350), Zl. I3/943.

<sup>42</sup> Moschen an die Schlossverwaltung zu Innsbruck und Ambras, 8.2.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 308–402/41, Zl. 317/41.

<sup>43</sup> Beilage zu Schreiben von Trapp an Landesamtsdirektor Stoll, 7.9.1950. BDAI, Innsbruck profan 16, Maria-Theresien-Straße Nr. 43/45, GZ 1925–1960.

<sup>44</sup> Rundschreiben Christoph, 22.4.1938. TLA, ATLR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0381, Datei 0069.

Einladung völlig ausgeschlossen. Er dachte sogar an den Abriss der Kapelle. Spätestens nach seiner Ernennung zum Gauleiter gehörten konfessionelle Gegenstände in den Amtsräumen der Vergangenheit an. Im Mai 1941 brachte Hofer dieses Thema noch einmal auf:

„Daneben kann ich nicht billigen, wenn diese Räume mit konfessionellen Symbolen und Gegenständen, wie z.B. Weihwasserbecken, Heiligenbildern, Kruzifixen u.dgl. ausgestattet sind, zumal dadurch u.a. bei Aussenstehenden nur zu leicht der Eindruck hervorgerufen werden könnte, als ob die betreffende Anstalt so – wie es in der Systemzeit der Regelfall war, – nach konfessionellen Auffassungen geführt würde.“<sup>45</sup>

Die symbolische Bedeutung des Landhauses tasteten die Tiroler Nationalsozialisten in ihren Überlegungen nicht an. Der kulturhistorische Wert des 1722 bis 1734 nach Plänen von Georg Anton Gumppl im Stil italienischer Barockpaläste erbauten und von Bildhauern und Freskenmalern wie Nikolaus Moll und Cosmas Damian Asam im Stil der Zeit ausgestatteten Baudenkmals war den Nationalsozialisten durchaus gegenwärtig. Etliche ikonographische Aspekte wiesen vor allem den Landtagssaal als Ort demokratisch motivierter Entscheidungsfindungen aus, so wie die Errichtung des Gebäudes auf die Tiroler Landstände zurückging und deren Selbstbewusstsein repräsentierte.<sup>46</sup> Die Fassade mit Kolossalordnung und einem Einfahrtsbereich, der von gebänderten Pfeilern aus Nagelfluh „von ungewöhnlicher Wucht“ gefasst wurde, richtete jenes Selbstverständnis nach außen. Im Inneren konzentrierte sich die Bezugnahme auf die Landstände, in denen neben der Kirche, dem Adel und den Bürgern auch Bauern vertreten waren, auf den großen Sitzungssaal im zweiten Stock: Zwischen dem Freskenschmuck mit religiösen Motiven verweisen Putten mit Allegorien auf die vier Landstände und Porträts repräsentieren ihre bedeutenden Vertreter zum Zeitpunkt der Ausgestaltung. Vier lebensgroßen Standbilder ehemaliger Tiroler Landesfürsten bilden bis heute die habsburgische Vergangenheit des Landes ab.<sup>47</sup> Nach dem Ersten Weltkrieg tagte hier der Landtag.

In der NS-Zeit diente der Saal, der als „Festsaal“ fungierte, überwiegend repräsentativen Zwecken. Die erste große dort stattfindende Veranstaltung stellte die Vereidigung der Beamtenschaft auf Adolf Hitler am 18. März dar. Einen Tag vor der anberaumten Volksabstimmung über den „Anschluss“ hatten sich die Angestellten hier zu einem gemeinsamen Rundfunkempfang einzufinden. Zur Feier des Geburtstages des Führers hielt die Behörde einen „Gemeinschaftsappell“ ab.<sup>48</sup> Auch Hochzeiten hoher Parteifunktionäre fanden statt.<sup>49</sup> Die Öffentlichkeit nahm das Landhaus wohl nicht als demokratisches Symbol wahr und eine entsprechende Umdeutung durch die Nationalsozialisten war überhaupt nicht notwendig. Die „legale“ Ausschaltung der Demokratie hatte der Landtag in dem Sitzungssaal schon im Februar 1934 beschlossen. Ohne die Stimmen der bereits verbotenen Sozialdemokratie löste sich der Landtag damals selbst auf, um das Gesetzgebungsrecht dem Landeshauptmann zu übertragen. Dem ständischen Landtag, der in der Regel bis 1938 meist dreimal im Jahr zusammentrat, gehörten 26 durch den Landeshauptmann ernannte Mitglieder an. Mit Parlamentarismus im eigentlichen Sinne hatten die Sitzungen nichts mehr zu tun, da die legislativen Rechte des Gremiums weitgehend beschnitten worden waren.<sup>50</sup> Auch baulich schlug sich die

---

<sup>45</sup> Rundschreiben des Gauleiters und Reichsstatthalters, 8.5.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 646–937/41, Zl. 731/41.

<sup>46</sup> Heinrich Hammer, Die Paläste und Bürgerbauten Innsbrucks, Wien 1923, S. 123.

<sup>47</sup> Ebd., S. 122–129; Renate Fischler/Andreas Sprenger/Thomas Hofbauer, Das Alte Landhaus. Barockes Juwel im Herzen von Innsbruck, Innsbruck 2017, S. 21–27  
[[https://www.tirol.gv.at/fileadmin/landtag/downloads/2017/Das\\_alte\\_Landhaus.pdf](https://www.tirol.gv.at/fileadmin/landtag/downloads/2017/Das_alte_Landhaus.pdf)], 22.7.2020.

<sup>48</sup> Rundschreiben des Präsidiums der Landeshauptmannschaft für Tirol, 17.3.1938, 8.4.1938 und 19.4.1938. TLA, ATLR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0381, Dateien 0049, 0066 und 0068.

<sup>49</sup> Rauegger-Fischer 2018, S. 30; Amtsvermerk von Trapp, 4.5.1938. BDAI, Innsbruck profan 16, Maria-Theresien-Straße Nr. 43/45, GZ 1925–1960.

<sup>50</sup> Zur Auflösung des Landtags siehe Helmut Alexander, „... keiner soll der rücksichtslosen Vergewaltigung anheim fallen.“ Zur Auflösung des Tiroler Landtags im Februar 1934, in: Zeitgeschichte 21 (1994) 3/4, S. 109–

Errichtung des autoritären Ständestaates im Sitzungssaal nieder. Im Zuge einer groß angelegten Restaurierung des Saales konnte 1937, „nachdem durch den zusammengeschrumpften Landtag die Platzfrage gelöst war“, die „nun auch überflüssig gewordene Galerie“ endlich beseitigt werden, freute sich Landeskonservator Oswald Trapp.<sup>51</sup>

### **Voraussetzungen und Finanzierung**

Erst Ende Mai 1938 entschied Franz Hofer das Rennen um den Gauleiterposten in Tirol-Vorarlberg für sich. Davor hatte Edmund Christoph die Tiroler NSDAP angeführt, die weit davon entfernt war, eine geschlossene Kampftruppe darzustellen. Interne Intrigen und der Kampf um Macht und Einfluss prägten den Arbeitsalltag innerhalb der Partei. Die Ernennung Hofers zum Gauleiter, der nach seiner Flucht im August 1933 als Leiter der „Politischen Leiter- und Mitgliedersammelstelle Berlin“ einflussreiche Netzwerke zu höchsten Parteistellen hatte knüpfen können, stieß anfangs auf heftigen Widerstand. Es entbrannte ein Kampf zwischen den Parteigenossen, die 1933/34 ins Reich geflohen waren und jenen, die in Tirol als „Illegale“ gegen die Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur gekämpft hatten. Durch geschickte Personalpolitik gelang es Hofer, seine Kontrahenten in relativ kurzer Zeit kalt zu stellen und die Tiroler NSDAP zu einen. Gab es innerhalb der führenden NS-Funktionäre massive Vorbehalte gegen Hofer, brachte ihm die Bevölkerung und die Parteibasis großes Vertrauen entgegen, wie seine Rückkehr nach Tirol am 25. Mai zeigte. Karl Gerland, der als Sonderbeauftragter der Angliederungsbehörde für die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ die hiesige Gauleitung beratend unterstützte, berichtete von einer „überwältigenden Begrüßungskundgebung der Bevölkerung von Innsbruck“, die selbst er nicht für möglich gehalten hätte.<sup>52</sup> Eine riesige Menschenmenge erwartete die Ankunft Hofers am Innsbrucker Bahnhof. Sein erster Weg führte ihn in das Landhaus. Durch ein Ehrenspalier der SA erfolgte der Einmarsch in die Stadt mit Gauleiter Hofer an der Spitze. Vor dem Landhaus angekommen, nahm er den Vorbeimarsch der Parteiformationen ab.<sup>53</sup> Am Tag darauf fand abends eine große Begrüßungskundgebung statt. Wie für die meisten Aufmärsche und größeren Appelle diente der Adolf-Hitler-Platz zwischen der Hofburg und dem heutigen Landestheater als Schauplatz der Kundgebung.<sup>54</sup>

Mit den ersten öffentlichkeitswirksamen politischen Handlungen abseits von internen Personalentscheidungen zielte Hofer auf eine Konsolidierung seiner Autorität innerhalb der Partei und in der Bevölkerung ab. Das Landhausprojekt, das die NS-Propaganda ausschließlich mit seiner Person identifizierte, mag hier als exemplarisches Beispiel dienen. Politische Zielsetzungen, über die davor nur diskutiert worden war, setzte Hofer im Sog der neuen Machtverhältnisse in die Tat um. Landesrat Gustav Linert, der später Gauhauptmann wurde, strich diesen Aspekt, den die NS-Propaganda in Szene zu setzen wusste, in seiner Rede anlässlich der Spatenstichfeier hervor. Zusätzlich betonte er die besonderen Verdienste Hofers um die Entstehung des Projekts:

„Daß es möglich war, diesen Bau so rasch in Angriff zu nehmen, ist allein dem Willen und der entschlossenen Tatkraft des Gauleiters zu danken. Dieses Haus, das in der Arbeit Tirols eine Neuheit darstellen wird, ist ein starkes Sinnbild der Arbeitsweise des Nationalsozialismus, im Gegensatz zu den Methoden der Systemzeit, die nur ein Feilschen und Handeln, aber keine Taten kannte.“<sup>55</sup>

Die Berichterstattung zum Baubeginn einen Monat später schlug in dieselbe Kerbe. Sie inszenierte Hofer als Mann der Tat und stellte das Projekt als steingewordene Metapher für den Aufbruch in eine

---

128. Zum ständischen Landtag siehe Josef Riedmann, *Das Bundesland Tirol 1918–1970 (Geschichte des Landes Tirol 4/II)*, Bozen 1988, S. 865–876.

<sup>51</sup> Lebendiges Tirol (Beilage zu Neueste Zeitung), 4.12.1937, S. 7f.

<sup>52</sup> Schreiber 2013, S. 119–130.

<sup>53</sup> Innsbrucker Nachrichten, 25.5.1938, S. 2.

<sup>54</sup> Ebd., 27.5.1938, S. 6.

<sup>55</sup> Neueste Zeitung, 10.9.1938, S. 2.

neue Zeit dar.<sup>56</sup> Erste Überlegungen für einen Landhauszubau hatte die Tiroler Landespolitik schon vor dem Ersten Weltkrieg angestellt. Das Gebäude platzte um die Jahrhundertwende aufgrund neuer institutioneller Einrichtungen und anwachsender Verwaltungsarbeit aus allen Nähten. Landesämter mussten außerhalb des Verwaltungsgebäudes mietweise untergebracht werden. Mit dem Ankauf des Taxispalais im Februar 1905, in dem sich damals noch das Postamt befand, sollte dem räumlichen Engpass Abhilfe geschaffen werden.<sup>57</sup> Zur Liegenschaft gehörte das Grundstück hinter dem Gebäude, auf dem der Landhauserweiterungsbau errichtet wurde. Ideen für einen solchen Zubau kursierten unmittelbar nach dem Erwerb der Liegenschaft. Ein vom Land initiiertes Wettbewerbsverfahren lieferte im März 1908 erste Entwürfe.<sup>58</sup> 18 Entwürfe wurden eingereicht und 6 Beiträge prämiert, allerdings kein erster Preis vergeben. Die beiden zweiten Preise gingen an Hermann Langhammer aus Leitmeritz (heute Tschechien) und Franz Mader und Karl Purtscheller aus Innsbruck.<sup>59</sup> Die Jury bestimmte das Projekt mit dem Kennwort „Heimatschutz“ der Innsbrucker Architekten Mader und Purtscheller zur weiteren Ausarbeitung. Im Rahmen des Vorhabens für einen Zubau setzten zugleich städtebauliche Überlegungen ein. Die Karlsstraße an der Ostfront, die 1938 Wilhelm-Greil-Straße hieß, sollte Richtung Süden verlängert und begradigt werden. Da die Handelsakademie in der Flucht des neuen Straßenzuges gelegen war, zogen die Planungen einen Abriss des Gebäudes in Erwägung.

Im Herbst 1910 wurde der Bauregulierungsplan verabschiedet (Abb. 3–5).<sup>60</sup> Der Landeshaushalt für das Jahr 1911 veranschlagte bereits Geldmittel für die Umsetzung des Projekts.<sup>61</sup> Auch der Innsbrucker Gemeinderat stimmte dem Zubau am 24. März 1910 zu, allerdings unter bestimmten Bedingungen, die der Landesausschuss aber nicht erfüllen wollte. So sollte die Stadt von der verlangten Gehwegherstellung auf Kosten des Landes Abstand nehmen. Das Land war auch nicht gewillt, seinen durch die geplante Verbreiterung der Fuggergasse verloren gegangenen Grund kostenlos zur Verfügung zu stellen, wie der Gemeinderat verlangt hatte.<sup>62</sup> Ausschlaggebend für die Ablehnung des Projekts von Seiten der Stadt war der Standpunkt des Gemeinderates, in dem Bereich nur eine zweistöckige Bauweise zuzulassen. Er stützte sich dabei auf den 1897 verlautbarten Regulierungsplan der k. k. Statthalterei, der bis 1938 in Geltung blieb. Das Land sah sich aufgrund der „im Landhause herrschenden sehr mißlichen Raumverhältnisse, die dringend und unbedingt einer Abhilfe bedurften“ zum Handeln gezwungen. Die Kanzleiräume waren „nicht nur als weitaus unzulänglich, sondern geradezu als gesundheitsschädlich“ zu bezeichnen. Der Ankauf des sogenannten Bruggerhauses, das sich auf der gegenüberliegenden Seite der Karlstraße am heutigen Bozner Platz befand, lieferte im Jänner 1911 eine alternative Lösung – „vorläufig“ entfiel jegliche Baunotwendigkeit.<sup>63</sup>

Dass das Land die Landhauserweiterungspläne nicht sofort ad acta legte, zeigt der vom Landesbauamt erstellte und mit Jänner 1915 datierte Lageplan (Abb. 6).<sup>64</sup> Unmittelbar nach dem

---

<sup>56</sup> Innsbrucker Nachrichten, 14.10.1938, S. 7.

<sup>57</sup> Stenographische Berichte des Tiroler Landtages, IX. Periode, II. Session 1905, Beilage 34.

<sup>58</sup> Innsbrucker Nachrichten, 5.3.1908, S. 4.

<sup>59</sup> Ebd., 13.3.1908, S. 6.

<sup>60</sup> Z 53/390, Baulinie für die Nordseite der Fuggergasse, beschlossen in der Sitzung vom 9.9.1910, Schreiben vom 29.10.1910, Anlage. StAI, Fuggergasse Abteilung VI, Akten/Pläne-Bebauung, Karton 1, Mappe Alte Bebauungspläne, Fuggergasse.

<sup>61</sup> Innsbrucker Nachrichten, 10.10.1910, S. 1. Ein Lageplan aus dem Jahr 1915 dokumentiert die bis dahin angestellten Planungen: Lageplan zu einer zukünftigen Verbauung des landschaftlichen Grundes in der Fuggergasse, Januar 1915 (StAI Abteilung VI, Akten/Pläne-Bebauung, Karton 1, Mappe Alte Bebauungspläne, Fuggergasse).

<sup>62</sup> Stenographische Berichte des Tiroler Landtages, X. Periode, III. Session 1911/12, Beilage 10. Teilweise finden sich die hier zitierten Schreiben und entsprechenden Lagepläne zur Baulinienfestsetzung in StAI, Abteilung VI, Akten/Pläne-Bebauung, Karton 1, Mappe Alte Bebauungspläne, Fuggergasse.

<sup>63</sup> Stenographische Berichte des Tiroler Landtages, X. Periode, III. Session 1911/12, Beilage 10, S. 5f.

<sup>64</sup> Tiroler Landesbauamt, Lageplan zu einer zukünftigen Verbauung des landschaftlichen Grundes in der Fuggergasse, Jänner 1915. StAI, Abteilung VI, Akten/Pläne-Bebauung, Karton 1, Mappe Alte Bebauungspläne, Fuggergasse.

Ersten Weltkrieg kam eine bauliche Landhauserweiterung vor dem Hintergrund der ungeklärten staatsrechtlichen Fragen und der desaströsen wirtschaftlichen Situation nicht in Frage. Die im Verwaltungssektor seit 1918 vollzogene Abtrennung von Vorarlberg und Südtirol hatte aber keine Entspannung der räumlichen Situation zur Folge und der administrative Apparat wuchs sukzessive an.<sup>65</sup> Bereits 1927 kündigte Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Peer deshalb eine Ausgestaltung der Gründe des Landhaushofes an. Als Voraussetzung nannte er die angekündigte Verlängerung der Wilhelm-Greil-Straße, die noch bis 1938 auf sich warten ließ.<sup>66</sup> Pragmatische Gründe, die räumlichen Engpässe drängten zu raschen Maßnahmen, führten schließlich auch nach dem politischen Umbruch zu erneuten Überlegungen zur Errichtung eines Erweiterungsbaus. Der bürokratische Aufbau der NS-Bewegung verlangte innerhalb kürzester Zeit nach massenhaft Raum. Im Sommer 1938 waren einem Zeitungsbericht zufolge nicht weniger als 21 Dienststellen der Gauleitung und Gliederungen der NSDAP in Privathäusern untergebracht.<sup>67</sup> Regierungsdirektor Ernst Riebel sah sich Ende 1938 angesichts einer Raumanfrage außer Stande, im Landhaus ein Zimmer zur Verfügung zu stellen. Die Kanzleien der einzelnen Ämter und Abteilungen der Behörde des Landeshauptmannes seien ohnehin schon derart überbesetzt, dass er „ein weiteres Zusammendrängen“ nicht verantworten konnte.<sup>68</sup> Die Gauleitung residierte in den ersten Monaten nach dem „Anschluss“ in den Räumen des ersten Stocks in der Hofburg.<sup>69</sup>

Der Startschuss für die konkreten Planungen zum Erweiterungsbau fiel im Juli 1938.<sup>70</sup> Aufgrund der Liegenschaftsverhältnisse im Bereich des Landhauses und der bereits angedachten Erweiterungspläne in den Jahren davor, lag es nahe, das Verlangen nach mehr Raum mit einem Landhauszubau zu stillen. Alternative Überlegungen sind nicht dokumentiert. Wenn auch bedeutend monumentaler, setzte das NS-Regime dabei vorher angedachte Pläne in die Tat um. Lediglich der projektierte Aufmarschplatz, der ursprünglich ein Ehrenmahl mit zwei hohen steinernen Opferpylonen für die vor 1938 umgekommenen Tiroler Nationalsozialisten beheimaten sollte,<sup>71</sup> brachte einen neuen und NS-genuinen Aspekt ins Spiel. Ohne auf konkrete frühere Entwürfe zurückzugreifen, ähnelte die Baulinienfestsetzung der Planung vor dem Ersten Weltkrieg. Für Diskussionsbedarf sorgte erneut die geplante Geschoßanzahl. Mit Egon Denz als nunmehrigen Innsbrucker Bürgermeister saß der Gauleitung aber ein städtischer Verhandlungspartner gegenüber, der die Änderung des Regulierungsplanes aus dem Jahr 1897 nicht verkomplizierte. Noch dazu zog die Stadt durch den Abbruch der ehemaligen Handelsakademie und die Begradigung der Wilhelm-Greil-Straße den größten Nutzen aus dem Projekt. Die Hindernisse für die Errichtung des Zubaus waren durchwegs überschaubar. Auf dem Areal der späteren Baustelle befanden sich nur zwei Gebäude, die entfernt werden mussten. Dort, wo Probleme zutage traten, bemühten sich die nationalsozialistischen Entscheidungsträger um einvernehmliche Lösungen.

Mit dem Abbruch der ehemaligen Handelsakademie erfüllten die Nationalsozialisten den seit der Jahrhundertwende bestehenden städtebaulichen Wunsch. Das Gebäude stammte aus dem 17. Jahrhundert und fiel 1853 in den Besitz der Stadt. Nachdem zuerst eine Realschule untergebracht worden war, diente das Haus der Handelsakademie von 1890 bis 1905/06 als Schulgebäude. Danach kamen städtische Dienststellen in dem Gebäude unter. Das Erdgeschoß war an die Buchdruckerei Frohnweiler vermietet. Im Hinblick auf den erwogenen Abbruch des Hauses führte die Stadt schon lange keine Reparaturen mehr durch. 1925 machte das Gebäude auf die „Innsbrucker Nachrichten“

---

<sup>65</sup> Otto Stolz, Geschichte der Verwaltung Tirols. Teilstück des 2. Bandes der Geschichte des Landes Tirols (Forschungen zur Rechts- und Kulturgeschichte 13), Innsbruck 1998, S. 39.

<sup>66</sup> Stenographische Berichte der Tiroler Landtages. II. Periode, 5. Tagung, 3. Sitzung am 20.5.1927, S. 25.

<sup>67</sup> Innsbrucker Nachrichten, 13.8.1938, S. 6.

<sup>68</sup> Regierungsdirektor Riebel an Lantschner, 22.12.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1938, Karton 13 (1351–3715), Zl. 13/3482/1.

<sup>69</sup> Erinnerungen von Heinrich Mandlez nach seinem eigenen Diktat aus der Zeit 1938–1945, o. O. u. J. TLA, Handschrift 7063, S. 5.

<sup>70</sup> Hofer an das Ministerium für Finanzen in Wien, 23.8.1938. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 1404–I-361/12-42, Zl. 1535.

<sup>71</sup> Innsbrucker Nachrichten, 13.8.1938, S. 6.

„in seiner Baufähigkeit und Verwahrlosung des Äußeren keinen guten Eindruck mehr“.<sup>72</sup> Auch die Bevölkerung Innsbrucks hatte der Diskussion um das Schulgebäude seit Jahren großes Interesse entgegengebracht. „Wann zündet endlich die Feuerwehr die alte Realschule am Bozner Platz kunstgerecht an?“, hieß es 1935 in einer privaten Zuschrift an den Stadtmagistrat.<sup>73</sup> Ende 1937 schritt die Stadt daran, den Abbruch in die Wege zu leiten, wobei das Unternehmen Frohnweiler Einspruch gegen die Kündigung seines Mietvertrages erhob und den Abbruch verzögerte.<sup>74</sup> Frohnweiler hatte sich schon davor für den Erwerb einer eigenen Liegenschaft interessiert und war 1937 bei der Aktiengesellschaft Marianische Vereinsbuchhandlung und Druckerei, die mit einer wirtschaftlich prekären Situation zu kämpfen hatte, vorstellig geworden. Waren die Verhandlungen damals noch am Veto einiger Aktionäre gescheitert, zeigte sich nun der erweiterte Handlungsspielraum der neuen Machthaber. Die Tiroler NS-Führung leitete unabhängig von den Plänen zum Erweiterungsbau die Abwicklung des Verkaufs im Mai 1938 in die Wege.<sup>75</sup> Der kommissarische Leiter der Vereinsbuchhandlung hatte den Auftrag erhalten, „die Aktiengesellschaft zu liquidieren und das Unternehmen dem Herrn Frohnweiler zuzuschancen“.<sup>76</sup> Das Tiroler NS-Regime gewann durch den Verkauf an Frohnweiler gleich doppelt. Die Liquidation der katholisch ausgerichteten Aktiengesellschaft, der unter anderem die Stifte Fiecht, Stams und Wilten angehörten, konnte eingeleitet werden. In städtebaulicher Hinsicht war zum anderen die wichtigste Voraussetzung für die Begradigung der Wilhelm-Greil-Straße geschaffen, die dem kurze Zeit später entwickelten Plan der Landhauserweiterung in die Arme spielte.

Ursprünglich plante die Gauleitung, den Neubau zur Gänze von der Partei finanzieren zu lassen. Der Erweiterungsbau sollte ausschließlich für NSDAP-Dienststellen verwendet werden. In Medienberichten spiegelt sich dieses Ansinnen in der Bezeichnung des Projekts als Gauhaus wider. Eine Finanzierung durch die NSDAP wäre eine logische Konsequenz gewesen. Die spätere Raumaufteilung hielt sich weitgehend an diesen Plan. Der Reichsleiter der NSDAP Robert Ley, gleichzeitig auch Leiter der DAF, fungierte in dieser Frage als Ansprechpartner der Tiroler Gauleitung. Im Rahmen einer Besichtigung des Gebäudes soll Ley es aber „nach allen Regeln“ kritisiert haben. Er „bezeichnete es als Kloster mit Zellen, so daß er keine Mark ausgeben wolle“, was zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Hofer und Ley geführt haben soll. Im Dienstgebrauch untersagte eine angebliche Weisung Leys in der Folgezeit die Bezeichnung des Neubaus als Gauhaus und ordnete die Verwendung des Begriffs „Landhaus-Erweiterungsbau“ an.<sup>77</sup> Die „Innsbrucker Nachrichten“ berichteten am 11. Mai 1939, wenige Tage nach der Firstfeier, über die Besichtigung des Gebäudes durch Ley. Sofort nach seiner Ankunft am Flughafen führte ihn sein erster Weg zum Rohbau.<sup>78</sup>

Im Sommer 1939 erließ Hofer – den Direktiven Leys folgend – eine Anordnung an den Gauorganisationsleiter und das Gaupresseamt, den neuen „Dienstszitz der Gauleitung im Landhauserweiterungsbau keinesfalls mit den [!] Namen ‚Gauhaus‘“ zu bezeichnen.<sup>79</sup> Betitelten die „Innsbrucker Nachrichten“ einen Bericht über die Firstfeier am 6. Mai 1939 noch mit „Das neue

---

<sup>72</sup> Egger 1996, S. 64–69; Innsbrucker Nachrichten, 18.12.1925, S. 5. Fälschlicherweise wird der Zeitungsbericht bei Egger mit dem 18. November datiert.

<sup>73</sup> Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck (1935) 10, S. 20.

<sup>74</sup> Innsbrucker Nachrichten, 5.11.1937, S. 11.

<sup>75</sup> Anton Frohnweiler an den Magistrat der Stadt Innsbruck, 9.11.1946. StAl, Rückstellungen ab 1946, Karton K-P, Mappe Marianische Vereinsbuchhandlung; Marianische Vereinsbuchhandlung und Buchdruckerei (Rechtsanwalt Bauer) an die Rückstellungskommission des Landesgerichts Innsbruck, Antrag auf Rückstellung, 23.2.1948. TLA, Rückstellungskommission beim LG Innsbruck, RK 75/48.

<sup>76</sup> Marianische Vereinsbuchhandlung und Buchdruckerei (Rechtsanwalt Bauer) an die Rückstellungskommission des Landesgerichts Innsbruck, Beweisantrag, 24.3.1949. Ebd.

<sup>77</sup> Erinnerungen von Heinrich Mandlez nach seinem eigenen Diktat aus der Zeit 1938–1945, o. O. u. J. TLA, Handschrift 7063, S. 6f.

<sup>78</sup> Innsbrucker Nachrichten, 11.5.1939, S. 1.

<sup>79</sup> Kanzlei des Gauleiters (Parson) an den Gauorganisationsleiter und an den Gaupresseamtsleiter, 21.8.1939. TLA, NSDAP – Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton V/6–7, Zl. V/6, Fol. 185.

Gauhaus – Stolz und Wahrzeichen der Gauhauptstadt<sup>80</sup>, findet sich der Begriff des Gauhauses später fast nur noch in privaten Annoncen. In dem fünf Tage nach der Firstfeier erschienenen Zeitungsbericht zum Besuch Leys ist bereits vom „Erweiterungsbau“ die Rede. Überhaupt kommt der Neubau danach in der Presseberichterstattung nicht mehr vor. Es findet sich keine Nachricht zur endgültigen Fertigstellung oder zur offiziellen Eröffnung des Gebäudes, was vor dem Hintergrund der bis zu diesem Zeitpunkt mannigfaltigen propagandistischen Verwertung verwundert. Den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges als ausschließliche Erklärung für die fehlende Berichterstattung zu sehen, greift zu kurz. Der Vorfall trug neben anderen Aspekten auch dazu bei, dass die Gauleitung die ursprünglichen Planungen des Architekten Erwin Leistner zur Gestaltung des Vorplatzes Ende 1939 fallen ließ (Abb. 46). In späteren Überlegungen zur Neugestaltung Innsbrucks spielte das Gebäude dann überhaupt keine Rolle mehr.<sup>81</sup>

Die Tiroler NSDAP-Führung wollte aber einen Großteil des benötigten Kapitals über Reichskredite abdecken. Nach dem „Anschluss“ erlebte Österreich vor allem in der Bauwirtschaft einen wahren Investitionsboom. Das Versprechen des Nationalsozialismus, die Massenarbeitslosigkeit völlig zu beseitigen, sollte so schnell wie möglich eingelöst werden. Dafür eingesetzte Sofortmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung finanzierte das Reichsfinanzministerium mit billigen Krediten.<sup>82</sup> Zu nennen sind hier ein RM 100 Millionen Kredit, den das „Altreich“ den österreichischen Ländern zur Arbeitsbeschaffung und zur Durchführung besonders dringender Vorhaben ab Juni 1938 zur Verfügung stellte. Kurze Zeit später pumpte das Finanzministerium weitere RM 30 Millionen in die Förderung der österreichischen Infrastruktur.<sup>83</sup> Diese Summen stellten im Vergleich zum gemachten Gewinn des Deutschen Reiches durch die Aneignung der Gold- und Devisenreserven der Österreichischen Nationalbank im Zuge der „Wiedervereinigung“ wohlgerneht nur eine Kleinigkeit dar.<sup>84</sup>

Insgesamt entstanden für den Bau Kosten von etwa RM 2,5 Millionen.<sup>85</sup> Den Löwenanteil von nahezu RM 1,8 Millionen machten Zahlungen an die Baufirma Hinteregger aus, die als Generalunternehmer für die schlüsselfertige Übergabe des Gebäudes verantwortlich war.<sup>86</sup> Über den 30 Millionen Investitionskredit flossen RM 800.000 an das Landhausprojekt. Als weitere Geldquelle könnte der Arbeitsbeschaffungskredit gedient haben. Die vorliegenden Haushaltspläne für die betreffenden Jahre lassen in Sachen Landhauserweiterung aber keine genauen Rückschlüsse auf die Ursprünge der öffentlichen Geldflüsse zu. Im Vergleich zu den Gesamtinvestitionen im Hochbaubereich machen die Kosten nur einen Bruchteil aus. Allein im Jahr 1938 flossen im Gau Tirol-Vorarlberg knapp RM 10,3 Millionen öffentlicher Gelder in begonnene und bereits abgeschlossene Hochbauten. Die Wirtschaftsplanungen sahen in erster Linie massive Unterstützungen für den Wohnungsbau vor, für die Investitionen in Höhe von RM 50 Millionen im Jahr 1940 vorgesehen waren.<sup>87</sup>

---

<sup>80</sup> Innsbrucker Nachrichten, 8.5.1939, S. 3.

<sup>81</sup> Zur Neugestaltung Innsbrucks siehe Pitscheider 2002, hier S. 288–293 und die Erläuterungen dazu im Exkurs „Gauforumplanungen im Zuge der Neugestaltung Innsbrucks“.

<sup>82</sup> Horst Schreiber, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol (Geschichte & Ökonomie 3), Innsbruck 1994, S. 33f.

<sup>83</sup> Wolfgang Fritz, Fortschritt und Barbarei. Österreichs Finanzverwaltung im Dritten Reich (Austria: Forschung und Wissenschaft – Soziologie 9), Wien 2011, S. 286.

<sup>84</sup> Fritz Weber, Die Spuren der NS-Zeit in der österreichischen Wirtschaftsentwicklung, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 3 (1992) 2, 135–165, hier S. 139f.

<sup>85</sup> In etwa entsprechen die RM-Beträge der damaligen Zeit heute fast der sechsfachen Kaufkraft. Laut Historischem Währungsrechner der Österreichischen Nationalbank stimmen RM 2,5 Millionen im Jahr 1939 basierend auf einem Verbraucherpreisindex als grobe Annäherung mit der heutigen Kaufkraft von € 14,5 Millionen überein [<https://www.eurologisch.at/docroot/waehrungsrechner/#/>], 6.7.2020.

<sup>86</sup> Zusammenstellung der gesamten Kosten des Landhaus-Erweiterungsbau, 1.10.1940 (Anhang zum Schreiben Groschs an die Neubauleitung Landhaus-Erweiterungsbau (Bermoser), 1.10.1940). TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, I. Teil, Zl. 2/41.

<sup>87</sup> Schreiber 1994, S. 47.

Sämtliche finanziellen Angelegenheiten wickelte Gustav Linert ab. Als Landesfinanzreferent und später als Gauhauptmann war er in alle Entscheidungen eingebunden, die Auswirkungen auf das Budget der Landhauserweiterung hatten. Um einen besseren Überblick über den Kostenverlauf und die getätigten Zahlungen zu haben, errichtete er Ende September 1938 ein eigenes Baukonto bei der Hauptbank für Tirol und Vorarlberg.<sup>88</sup> Seine Machtbefugnis war aber äußerst gering, selbst die Bestellung von 30 Stück Mülleimern ordnete er erst nach telefonischer Rücksprache mit Hofer an.<sup>89</sup> Dessen ausgeprägtes Macht- und Kontrollbewusstsein<sup>90</sup> spiegelt sich auch in den Akten zur finanziellen Gebarung der Landhauserweiterung wider. Keine „wie immer gearteten Aufträge für den Landhaus-Erweiterungsbau“ durften ohne sein Wissen und seine Genehmigung erteilt werden.<sup>91</sup>

Anfangs machten sich die Beteiligten keine Gedanken über die Kosten des Projekts. Der eigenen NS-Propaganda folgend, glaubten sie an billige Kredite aus dem „Altreich“. Ende August 1938 richtete Gauleiter Hofer eine Kreditanfrage über RM 4,2 Millionen an das Ministerium für Finanzen in Wien. Davon waren RM 1,2 Millionen für den Neubau vorgesehen, „das zur Führung eines geordneten Dienstbetriebes und zur Sicherung des Kanzlei- und Wohnungsbedarfes für die Gliederungen der Partei und der staatlichen Dienststellen [...] unerlässlich“ sei, wie er betonte.<sup>92</sup> Noch im Laufe des Jahres 1938 musste die Gauleitung aber zur Kenntnis nehmen, dass die endgültige Zuteilung der Gelder schwer zu bewerkstelligen war. Die Verbindungsstelle des Reichsfinanzministeriums für Unterbringungsfragen informierte Landesrat Robert Hartwig Ende November 1938 über erfolglose Vorsprachen bei verschiedenen Stellen in Berlin wegen des Kreditbedarfs für den Neubau. Es müsse eine „durchschlagende Begründung gegeben werden über die unbedingte Notwendigkeit eines solchen Erweiterungsbaues. Das Reich habe im allgemeinen [!] mit den Geldzuweisungen an die Ostmark für derartige Zwecke vorläufig seine Verpflichtungen erfüllt.“<sup>93</sup> Ende Jänner des folgenden Jahres musste der Darlehensantrag ausführlich erläutert werden, um die Ausstellung der Schuldurkunde – wohlgermerkt anstatt über RM 1,2 Millionen nur über RM 800.000 – erst am 2. Dezember 1939 zu erreichen.<sup>94</sup> Kosten, die sich weit über 1 Million RM beliefen, waren für das Land bis zu diesem Zeitpunkt bereits angefallen.<sup>95</sup>

Von einem ausgeglichenen Landeshaushalt war das Land auch ohne die Kosten für das Gauhaus meilenweit entfernt. Die Gauselbstverwaltung war von massiven Zuwendungen aus dem Reichsetat abhängig. Allein für das Haushaltsjahr 1941 klaffte eine Finanzierungslücke von knapp über RM 12 Millionen, die es zu schließen galt.<sup>96</sup> Die Einsparungsaufforderungen gipfelten 1942 in einer im Vergleich zum Vorjahr aufgezwungenen Kürzung des Jahreshaushalts um 10 Prozent.<sup>97</sup> Auf den Landhauszubau hatten die Sparmaßnahmen insofern Konsequenzen, dass anstehende Adaptierungsarbeiten ständig verschoben wurden und Hofer vor allem nach Kriegsbeginn immer öfter kostengünstigere Lösungen einforderte. Seiner Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Ausgestaltung und Einrichtung des Gemeinschaftssaales fügte er folgenden Vermerk bei: „Als Max-

---

<sup>88</sup> Linert an die Landeshauptmannschaft für Tirol (Abt. IXb), 21.9.1938. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton IV-9130–9340/1-4, Zl. IV-9274.

<sup>89</sup> Linert an die Abteilung 4, Hochbau, 26.8.1939. Ebd., Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

<sup>90</sup> Zur Charakterisierung Hofers siehe Albrich 2006/2007, S. 33.

<sup>91</sup> Vermerk für Herrn Baumeister Bermoser, 28.12.1939. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

<sup>92</sup> Hofer an das Ministerium für Finanzen, Wien, 23.8.1938. Ebd., Karton 1404–I-361/12-42, Zl. 1535.

<sup>93</sup> Verbindungsstelle des Reichsfinanzministeriums für Unterbringungsfragen (Ritzenthaler) an Landesrat Hartwig, 30.11.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1939, Karton I3 (1301–2550), Zl. I3/2352.

<sup>94</sup> Rechnungshof des Deutschen Reiches an den Herrn Gaukämmerer Grosch, 25.6.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton IV-9130–9340/1-4, Zl. IV-9274.

<sup>95</sup> Zusammenstellung der Kosten „Bereits bezahlt“ (Anhang zum Amtsvermerk von Grosch, 26.9.1940). Ebd., Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, I. Teil, Zl. 2/41.

<sup>96</sup> Hagen 2017, S. 361.

<sup>97</sup> Amtsvermerk, 11.3.1942. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6268/B–6320/A, Zl. O 6310/A/a/11.

Grenze einverstanden, aber einsparen versuchen!“<sup>98</sup> Einen Ausbau des Sitzungszimmers im ersten Stock des Alten Landhauses Richtung Maria-Theresien-Straße lehnte er überhaupt ab, weil ihm die ausgearbeiteten Vorschläge zu teuer erschienen.<sup>99</sup> Ging es nach ihm, sollte das Reich schließlich sogar die Umbaukosten von RM 220.000 für die bauliche Einbindung erworbener Privathäuser in der Meraner Straße in den Landhauskomplex übernehmen. Gauleiter Hofer versuchte dem Reichsministerium des Innern den Betrag im Rahmen der Mietwertberechnung unterzujubeln. Das Reich hatte den Reichsgauen Betriebskosten zu ersetzen, wenn es im Besitz der Gaue stehende Verwaltungsgebäude nutzte.<sup>100</sup>

Bei der Rückzahlung des Ende 1939 zugesprochenen Reichskredits über RM 800.000 sorgte die Gauleitung dafür, dass der Kredit nicht mit Tiroler Landesgeldern beglichen werden musste. Durch den Verkauf des Collegium Canisianum als Gegenfinanzierung zahlte sich das Reich den Betrag über Umwege selbst zurück. Gauleiter Hofer gelang es Ende 1939, das Canisianum des Jesuitenordens im Innsbrucker Stadtteil Saggen als „volks- und staatsfeindliches Vermögen“ zu entziehen. Das 1910/11 erbaute Gebäude hatte als Konvikt für weit über 200 Studenten der Theologie aus aller Welt gedient.<sup>101</sup> Bereits bei der Auflösung der Innsbrucker Katholisch-Theologischen Fakultät im Sommer 1938 war die Rede davon gewesen, „dem durchaus unerwünschten Collegium Canisianum in Innsbruck die wirtschaftliche Grundlage“ zu entziehen.<sup>102</sup> Am 21. November 1938 verfügte Gauleiter Hofer die Räumung des Gebäudes. Es sollte dem Oberfinanzpräsidium als Dienstsitz zur Miete zugewiesen werden. Seiner aussichtslosen Verhandlungsposition bewusst, zeigte sich das Collegium Canisianum in einer Beschwerdeschrift an das Reichsministerium des Innern kompromissbereit. Einen Flügel des Gebäudes, der etwa ein Drittel der Gesamtgröße ausmachte, wollte der Jesuitenorden freiwillig zur Verfügung stellen.<sup>103</sup> Das Reichsministerium des Innern unterstützte aber die generelle Schließung des Canisianums.<sup>104</sup> Mitte Oktober 1939 ging die gesamte Liegenschaft entschädigungslos in Landesbesitz über. Das Oberfinanzpräsidium bezahlte ab diesem Zeitpunkt jährlich RM 105.000 als Miete an den Reichsgau. Mit 1. Jänner 1942 verkaufte das Land die Liegenschaft schließlich um RM 1,5 Millionen an die Reichsfinanzverwaltung. Das Darlehen von RM 800.000 für den Erweiterungsbau wurde von der Kaufsumme abgezogen.<sup>105</sup> Mindestens RM 245.000 der Restzahlung steckte die Tiroler NS-Führung zusätzlich in die Finanzierung des Landhauserweiterungsbaus.<sup>106</sup>

## 1.2. Der Wettbewerb 1938

### **Das Siegerprojekt von Walter und Ewald Guth**

Die Gauleitung hatte sich für einen beschränkten Ideenwettbewerb entschieden und ausschließlich Innsbrucker Architekten zur Teilnahme aufgefordert. Zur Einreichung kamen acht Entwürfe von

---

<sup>98</sup> Grosch an die Neubauleitung Landhaus-Erweiterungsbau (Bermoser), 30.4.1941. Ebd., Faszikel O 6238/BIII-V-6261/BI-VI, Zl. O 6261/BI/4, Fol. 101.

<sup>99</sup> Aktenvermerk für Rosche, 3.12.1940. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Sitzungszimmer, Zl. 2/41.

<sup>100</sup> Hofer an den Herrn Reichsminister des Innern, 5.3.1941. Ebd., GH 1939–1945, Karton VI/A–VI/T/P, Zl. VI/S1/42. Das Antwortschreiben liegt nicht vor.

<sup>101</sup> Andreas Batlogg, Die Pfaffenburg muss weg, in: Das Fenster. Tiroler Kulturzeitschrift 33 (1999) 68, S. 6485–6492, hier S. 6486.

<sup>102</sup> Margret Friedrich/Dirk Rupnow (Hg.), Geschichte der Universität Innsbruck 1669–2019 (Die Universität im 20. Jahrhundert 1/2), Innsbruck 2019, S. 233.

<sup>103</sup> Beschwerde des Collegiums Canisianum an den Herrn Reichsminister des Innern, 26.11.1938. BA, R 43-II/158, Fol. 124.

<sup>104</sup> Vermerk, 18.12.1938. Ebd., R 43-II/154, Fol. 130.

<sup>105</sup> Aktenvermerk Linert, 4.12.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton V-9311–93370, Zl. V-9311/3.

<sup>106</sup> Aktenvermerk, 18.12.1941. Ebd., Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, I. Teil, Zl. 2/41.

Walther und Ewald Guth, Wilhelm Stigler, Viktor Stanger, Erich Millbacher, Franz Baumann, Alfred Karl Matuella, Karl Zani und Hans Feßler.<sup>107</sup> Die „Innsbrucker Nachrichten“ betonten die kurze Bearbeitungszeit für ein umfangreiches Projekt: „Das wesentlichste Erfordernis für den Wettbewerb war der Bau eines Verwaltungsgebäudes, das rund 200 Kanzleiräume und Nebenräume, acht Sitzungszimmer, zwei große Säle, von denen einer durch zwei Stockwerke geht, einen Speisesaal, der auch als Gemeinschaftsraum dient und anderes mehr enthält.“<sup>108</sup> Die Jury tagte am 12. August 1938. Der erste Preis ging an die Brüder Walter und Ewald Guth, die zweite Auszeichnung an Wilhelm Stigler und der Entwurf von Viktor Stanger wurde zum Ankauf vorgeschlagen.<sup>109</sup> Der dokumentierte Teil der Jurybeurteilung des Siegerbeitrags konzentrierte sich ausschließlich auf funktionale Aspekte, nicht auf den baulichen Entwurf:

„Der Bau als solcher und seine Gestaltung ist grundlegend nur als Zweckbau vorgesehen und hat sich einzig und allein in die bestehende Grundrissbildung des Regierungsgebäudeblockes als abschließende Bebauung gegen die noch derzeit offen stehende südliche Baulücke einzupassen, um im Zentrum der Stadt einen in sich abgeschlossenen Verwaltungsblock zu erstellen.“<sup>110</sup>

Den Artikel begleitete eine Perspektivzeichnung, die vermutlich Teil der Wettbewerbseinreichung war und das Gebäude, mit dem Blick von der Wilhelm-Greil-Straße aus, eindrucksvoll monumental erscheinen ließ (Abb. 7). In der perspektivischen Darstellung wirkte auch die Platzanlage großzügig. Hervorgehoben wurden zwei mächtige Pylonen, die gegenüber der Schaufassade das Platzende markierten. Das Zentrum der symmetrisch angelegten Südfassade bestimmte ein hoher und aus der Flucht vorragender Mittelrisalit, das zu beiden Seiten von zum Bogen gespannten Flügeln begleitet werden sollte. Die zentrale Mitte überragte die Traufhöhe der Flügelbauten und sollte Raum für heraldische Insignien bieten. Sie wurde von Reichsadler und Fahnenmast bekrönt. Eine Ansicht der Südfassade lässt auf die Gestaltung des Eingangsbereichs schließen, der von sechs Pfeilern und damit fünf Durchgängen bestimmt über ein Stufenpodest erreicht werden und damit über dem Platzniveau erhöht liegen sollte (Abb. 8). Vor allem durch die deutliche vertikale Ausrichtung mit vier Lisenen, die drei Fensterbänder rahmen und vom ersten bis ins vierte Geschoss reichen, sollte sich der Mitteltrakt deutlich von der vertikal durch ein breites Gurtgesims gegliederten Erdgeschosszone absetzen. Die Vertikale wiederum fand eine Entsprechung im schmalen Fenstergesims im obersten Geschoss. Die konkav geschwungenen Seitenflügel umfassten vier Geschosse. Zu beiden Seiten schlossen neun Fensterachsen an den Mitteltrakt an. Die Brüder Guth sparten an den Enden der Flügel geschlossene Flächen ohne Fenster aus – ein gestalterisches Mittel um den Spannungsbogen zur Mitte hin zu verstärken. Denn nach Ewald Guth lag dem Entwurf die Idee der „Abstraktion eines aufliegenden Adlers“ zugrunde.<sup>111</sup> Nur die Fenster des ersten Geschosses waren durch eine Einfassung hervorgehoben. Ein Mittel der reduzierten Akzentuierung wie sie Clemens Holzmeister, bei dem Walther als auch Ewald Guth in Wien studiert hatten, häufig und vor allem bei den Regierungsbauten für Kemal Atatürk in Ankara eingesetzt hatte (Abb. 9 und 10).<sup>112</sup>

---

<sup>107</sup> Landesrat Hartwig an Landesrat Linert, Erweiterungsbau für das Landhaus. Architekturwettbewerb, 18.8.1938. Ebd., Karton IV-9130–9340/1-4, Zl. IV-9274.

<sup>108</sup> Innsbrucker Nachrichten, 13.8.1938, S. 6.

<sup>109</sup> Der erste Preis war mit RM 1.300 dotiert, der zweite mit RM 800 und der dritte mit RM 600. Alle weiteren Beteiligten erhielten RM 300, siehe Landesrat Hartwig an Landesrat Linert, Erweiterungsbau für das Landhaus. Architekturwettbewerb, 18.8.1938. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton IV-9130–9340/1-4, Zl. IV-9274.

<sup>110</sup> Innsbrucker Nachrichten, 13.8.1938, S. 6.

<sup>111</sup> Tiroler Magazin 2 (1967) 1, S. 4–5, hier S. 4.

<sup>112</sup> Auf die Nähe des Entwurfs zu Holzmeister verweist bereits Christoph Hölz. Hölz 2018, S. 280. Vgl. die Bauten von Clemens Holzmeister in Ankara: Generalstabsgebäude Ankara 1928/1930, Türkische Zentralbank 1931/1933, Oberster Gerichtshof Ankara 1933/1934, Parlament Ankara 1938–1963, siehe Herbert Muck/Georg Mladeck/Wolfgang Greisenegger (Hg.), Clemens Holzmeister, Architekt in der Zeitenwende, 2 Bde., Salzburg

Die zum Wettbewerb eingereichten Süd- und Ostansichten zeigen eine durchwegs nüchterne und klare Proportionierung der Fassaden.<sup>113</sup> Auffallend erscheint der Einsatz von Lisenen im Mitteltrakt, die verputzt und glatt, ohne Abschlüsse, ohne Kapitell und Basis, in das obere Gebälk führen und auf dem Gesims der Erdgeschosszone aufliegen. Lediglich die den Eingang rahmenden Pfeiler sind aus Werksteinen gemauert. Auch die Mittelrisalit-Gestaltung mit durchgezogenen Flächen, die nur durch eingeschnittene Fenster und Toröffnungen mit klaren Kanten gebrochen werden, lässt sich als eine Adaption eines typischen Holzmeister-Motivs der 1930er-Jahre lesen. Die Ostfassade zur Wilhelm-Greil-Straße führt die Ausgestaltung der Südfassade fort, nur der zentrale Eingang wird von Pfeilern gerahmt, die einen darüber liegenden Balkon im ersten Stock stützen.

Die Architekten Walter und Ewald Guth waren in Innsbruck zum Zeitpunkt des Landhauswettbewerbs nicht unbekannt, auch wenn sie noch keine Großprojekte verwirklicht hatten. Der jüngere Ewald Guth war 1931 in das Innsbrucker Büro des Bruders Walter eingestiegen. Walter Guth (1904–1963)<sup>114</sup> hatte bei Peter Behrens und dem Tiroler Clemens Holzmeister an der Wiener Akademie studiert und 1927 sein Diplom abgeschlossen. 1932 legte er die Ziviltechnikerprüfung in Wien ab. Dem Landhauswettbewerb waren verschiedene Projekte vorausgegangen, zum großen Teil Umbauten und Innenausstattungen: Der Umbau des Klosterbräus Seefeld und des Hotels Steinacher Hof in Steinach im Jahr 1929 und in Innsbruck die Innenausstattung der Baufirma Retter, Einrichtungen im Hotel Arlberger Hof (1936), im berühmten Hotel-Café-München, Umbauten am Bürgerbräu-Gebäude aber auch die Ausstattung der Bürgerstube Breinößl – in die nach der Richtfeier des Landhauserweiterungsbaus zum Mittagessen eingeladen wurde.<sup>115</sup> Walter Guth verwirklichte außerdem verschiedene Anbauten und Einrichtungen für die Inhaber der Keksfabrik Walde in Saggen und eine Kapelle in Unterletzen bei Reutte (1931).<sup>116</sup> Er stellte Anfang des Jahres 1933 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP, suchte 1938 erneut um eine Aufnahme an. Ab 1941 war er offizielles Mitglied.<sup>117</sup> Dass Guth im September 1938 den Reichsparteitag in Nürnberg als ziviler Teilnehmer besucht habe, bestritt er,<sup>118</sup> nicht aber seine Mitgliedschaft bei der Ortsgruppe Saggen seit 1939.<sup>119</sup>

Der jüngere Bruder Ewald Guth (1907–1985)<sup>120</sup> war zunächst Bauzeichner im Innsbrucker Brückenbauamt und Polier bei einer Baufirma in Seefeld, bevor er von 1928 bis 1931 ebenfalls in Wien bei Holzmeister Architektur studierte. Sein Vorhaben, in die UdSSR zu gehen, verwirklichte er nicht.<sup>121</sup> Ewald Guth baute verschiedene Brücken, wie die Mühlauer-Brücke, die Roppener-Brücke oder die Weißenbacher Lechbrücke. Laut Parteikarte war Ewald Guth bereits während der Verbotszeit 1934 der NSDAP beigetreten.<sup>122</sup> Er selbst bezog sich auf eine Anwartschaft seit Mai 1938, die 1940 durch eine Mitgliedschaft bestätigt wurde.<sup>123</sup> Ewald Guth war nach eigenen Aussagen in der

---

1976; Leyla Alpagut/Achim Wagner, Das Werden einer Hauptstadt. Spuren deutschsprachiger Architekten in Ankara, Istanbul-München 2011.

<sup>113</sup> Plan, Ansicht, Südfassade und Ostfassade „Wettbewerb Erweiterungsbau Landhaus“, bez. mit Nr. „568427“. Registratur der Liegenschaftsverwaltung.

<sup>114</sup> Geb. 26.7.1904 in Hohenebel, gest. 20.11.1963 in Innsbruck.

<sup>115</sup> Innsbrucker Nachrichten, 6.5.1939, S. 4.

<sup>116</sup> Lebenslauf Walter Guth von Sohn Dieter Guth; Akte Walter Guth. Kammer der ZiviltechnikerInnen | Arch+Ing, Tirol und Vorarlberg.

<sup>117</sup> Meldeblatt Walter Guth, 28.3.1946. StAI, Registrierungsakt Walter Guth 796.

<sup>118</sup> Eidesstattliche Erklärung von Walter Guth, 12.8.1948. Ebd.

<sup>119</sup> Guth dementiert, dass er Ortsgruppenpropagandaleiter in Saggen war, er sei lediglich zur „Ausschmückung von Versammlungslokalen“ angeworben worden. Registrierungsblatt Walter Guth, 30.10.1948. Ebd.

<sup>120</sup> Geb. 15.8.1907 in Hohenebel, gest. 27.6.1985 in Innsbruck.

<sup>121</sup> Akte Ewald Guth. Kammer der ZiviltechnikerInnen | Arch+Ing, Tirol und Vorarlberg; Tiroler Magazin 2 (1967) 1, S. 4–5, hier S. 4; Theo Braunegger, Baurat h.c. Architekt Ewald Guth, Innsbruck, in: rb-illustrierte, bauen im alpenraum 3 (1969) 8, S. 4–11.

<sup>122</sup> Einspruch gegen die Liste der Nationalsozialisten, Meldestelle Bürgermeisteramt, 13.7.1946. StAI, Registrierungsakt Ewald Guth 793.

<sup>123</sup> Meldeblatt Ewald Guth, 25.3.1946. Ebd.

Umbruchszeit mit einem Neubau des Postamtes in Mühlau beauftragt. Ein Auftrag, der nach dem „Anschluss“ storniert wurde.<sup>124</sup> Zum Zeitpunkt des Wettbewerbs war Ewald Guth nicht als Mitglied der Zentralvereinigung der Architekten im Landesverband Tirol geführt, lediglich sein Bruder. Nach Aussagen der Söhne der Brüder, Dietmar Hinterleitner und Dietmar Guth, spielte im Hinblick auf den Erweiterungsbau vor allem Walter Guth eine maßgebliche Rolle. Auch dass beide ihrem Lehrmeister Clemens Holzmeister eng verbunden waren, wurde von den Söhnen bekräftigt. Im Nachlass von Walter Guth zeigt eine Mappe mit umfangreichen Entwürfen aus dem Jahr 1927 die starke Anlehnung an den Wiener Lehrmeister.

Es ist anzunehmen, dass Walter und Ewald Guth zur Vorbereitung auf den Wettbewerb NS-Architektur studiert und zur Verfügung stehende Veröffentlichungen herangezogen hatten. In nahezu allen Publikationen und Fachzeitschriften waren die bis dahin realisierten Nürnberger Propagandabauten wie die Luitpoldhalle und die Haupttribüne von Albert Speer auf dem Zeppelfeld dokumentiert. Weniger bekannt war das Gauhaus Nürnberg nach den Entwürfen von Ludwig und Franz Ruff – einer der wenigen zu diesem Zeitpunkt neu errichteten Gau-Verwaltungssitze.<sup>125</sup> Die Bauten am Münchner Königsplatz, die Ehrentempel von Paul Troost sowie der Führerbau und der Sitz der NSDAP waren ebenso umfangreich publiziert wie das Haus der Deutschen Kunst in München.<sup>126</sup> Dieses war Austragungsort der „1. Deutschen Architektur und Kunsthandwerk-Ausstellung“ Anfang 1938.<sup>127</sup> Die zu propagandistischen Zwecken initiierte Ausstellung, die in Folge den Kurs für nationalsozialistische Bau-Ästhetik vorlegte, konzentrierte sich nicht nur auf die bereits verwirklichten NS-Bauten, sondern präsentierte auch NS-Bauvorhaben, die sich in Planung befanden. Da das NS-Regime kein stilistisches Regelwerk zur Orientierung für Architekten formulierte,<sup>128</sup> sondern lediglich Beispiele präsentierte, war die Bandbreite der Orientierungsvorgabe zugleich weit und doch sehr beschränkt. Als Vorbilder galten in erster Linie Bauten von Paul Troost und in seiner Nachfolge von Architekten wie im besonderen Albert Speer, aber auch Wilhelm Kreis, Hermann Giesler und Roderich Fick. Hitler äußerte sich in seinen an vielen Stellen publizierten „Kulturreden“ vielfach zur Aufgabe der Architektur. Seine Reden galten zwar als programmatisch richtungsweisend für die NS-Architekten, doch war daraus kein „Rezept“ für die unterschiedlichen Bauaufgaben abzuleiten. Architekten, wie auch die Teilnehmer am Landhauswettbewerb standen vielmehr vor der Herausforderung, Worte in Planung umzusetzen oder bereits vom NS-Regime Projektiertes oder Gebautes wiederum in eigene Entwürfe zu übertragen.<sup>129</sup>

In der „Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten BDA und der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs ZV“ mit dem Titel Baugilde, wurden im September 1933 „Bauwerke der Bundesmitglieder“ abgedruckt. Es sollte demonstriert werden, in welcher Weise die Institutionen an den „Kulturaufgaben des Dritten Reiches“ beteiligt sein werden. Doch erst mit dem „Anschluss“

---

<sup>124</sup> Ewald Guth vermerkt darüber hinaus, dass er als einer der wenigen Architekten nicht an den Dekorationsarbeiten für den Hitlerbesuch im April 1938 beteiligt war. Meldeblatt Ewald Guth, 25.3.1946, Einspruch. Ebd.

<sup>125</sup> Timo Nüßlein, Hitlers Architekten. Paul Ludwig Troost (1878–1934), Wien-Köln-Weimar 2012, S. 164.

<sup>126</sup> Zu den hierzu geprüften Zeitschriften zählen: Moderne Bauformen. Monatshefte für Architektur und Raumkunst. Große Sondernummer: Deutschland baut! Zur Rückkehr Österreichs ins Deutsche Reich (1938) 4; Die Kunst im Dritten Reich (1938) 1; Österreichische Bauzeitung. Offizielles Organ der Bauinnung und ihrer Zünfte, 8a vom 25. Mai 1938.

<sup>127</sup> 1. Deutsche Architektur und Kunsthandwerk-Ausstellung, Haus der Deutschen Kunst zu München, 22. Januar bis 27. März 1938, Offizieller Ausstellungskatalog.

<sup>128</sup> Wolfgang Schäche, Von Berlin nach „Germania“. Architektur und Stadtplanung zwischen 1933 und 1945, in: Aedes/Benton/Elliott/Boyd Whyte 1996, S. 326–329, hier S. 326.

<sup>129</sup> Siehe Kulturrede von Adolf Hitler auf dem Reichsparteitag in Nürnberg 1937: „Die großen Kulturdokumente der Menschheit aus Granit und Marmor stehen ebenfalls seit Jahrtausenden. Und sie allein sind ein wahrhaft ruhender Pol in der Flucht all der anderen Erscheinungen. [...] Deshalb sollen diese Bauwerke hineinragen gleich den Domen unserer Vergangenheit in die Jahrtausende der Zukunft.“, zit. nach Teut 1967, S. 189; Düwel/Gutschow 2015, S. 16f und 126.

Österreichs konnte den Bauaufgaben in der Ostmark Nachdruck verliehen werden. Zu diesem Zweck wurde im April 1938 eine „Große Sondernummer: Deutschland baut! Zur Rückkehr Österreichs ins Deutsche Reich“ der weit verbreiteten Zeitschrift „Moderne Bauformen. Monatshefte für Architektur und Raumkunst“ abgedruckt, die sich auf die Beispiele der Ausstellung zu Beginn des Jahres im Haus der Deutschen Kunst konzentrierte und diese in 80 Bildern wiedergab. Der Herausgeber Herbert Hoffmann formulierte darin die maßgebliche Vorgabe: „Stets soll der Zweck Form und Ausdruck des Bauwerks bestimmen; Stets soll es mit seiner Umwelt in Übereinstimmung sein.“ Wenn Hoffmann weiter Begrifflichkeiten wie „Tradition ohne Stilkleid“ oder „Anknüpfen aber nicht Nachahmen“ verwendete, schien er geradezu die Bauaufgabe des Landhauserweiterungsbaus in Innsbruck vorweg zu nehmen:

„Wo also an Altes angeknüpft wird, wo man seine große Wirkung wieder sucht, hält man sich an die Grundformen, nicht an das Beiwerk. Wo beispielsweise in den zentralen Großschöpfungen von Partei und Staat Klassisches anklingt, sind es nicht Kapitäl und Fries, sondern Stütze und Last als solche, ja oft nur Haltung und Maßverhältnis.“<sup>130</sup>

Die Bezugnahme zum Bestand – ohne diesen zu kopieren – lässt sich auch als Motivation für den Innsbrucker Erweiterungsbau lesen, für dessen Wettbewerbsbeitrag die Architekten Guth eine Ansicht der angrenzenden Südfassade des Taxispalais mitlieferten.<sup>131</sup> Das NS-Regime zielte aber nicht auf eine Eingliederung in die Geschichte, sondern im besten Fall darauf, sie zu übertrumpfen.<sup>132</sup> Demnach sollte sich der Erweiterungsbau nicht dem angrenzenden Taxispalais oder dem alten Landhaus unterordnen, sondern einen neuen, selbstbewussten Standpunkt markieren. Wie stark ausgeprägt die Bereitschaft seitens der Architekten und der Jury bestand, sich den Vorstellungen des Regimes zu unterwerfen zeigt sich im späteren Vergleich mit dem Entwurf von Franz Baumann für den Erweiterungsbau, der nicht zu den Preisträgern zählte.

Dass sich Walter und Ewald Guth an der Reichszeugmeisterei in München (1935–1937) von Paul Hofer und Karl Johannes Fischer orientierten, dessen zentraler fünfschiger Haupteingang von unprofilieren Pfeilern gerahmt und von einem Reichsadler bekrönt war – und in der Sondernummer der „Moderne Bauformen“ publiziert wurde – zeigt die Gestaltung der Hauptfassade ihres Wettbewerbsbeitrags. Dass darüber hinaus in derselben Zeitschrift ein Modellfoto des Adolf-Hitler-Platzes in Weimar nach dem Entwurf von Hermann Giesler mit Blick auf die symmetrisch angelegte und mit einem zentralen vorgelagerten Mittelrisalit versehene Gauhalle und eine Perspektivzeichnung der Sachsenhalle von Wilhelm Kreis präsentiert wurde, lässt auf die Kenntnis der beiden NS-Vorbilder schließen.<sup>133</sup> Letzteres Beispiel ist vor allem im Hinblick auf die beidseitigen Ehrenpylonen auf dem Platz zu erwähnen, die sich auch in Guths Landhausplatzentwurf wiederfinden. Auch an die aufwendige Präsentationsform der Perspektivdarstellung in klassizistischer Manier eines Friedrich Schinkels lehnen sich die Brüder Guth in ihrem Innsbrucker Wettbewerbsbeitrag an (Abb. 11 und 12).

## Überarbeitungsphasen

Vermutlich um die Raumkapazität zu erhöhen, wurden die Brüder Guth auf Wunsch von Gauleiter Hofer um eine Überarbeitung ihres Entwurfes gebeten. Ohne die Gebäudehöhe zu verändern, sollte

---

<sup>130</sup> Herbert Hoffmann, in: Moderne Bauformen. Monatshefte für Architektur und Raumkunst. Große Sondernummer: Deutschland baut! Zur Rückkehr Österreichs ins Deutsche Reich (1938) 4, S. 182f.

<sup>131</sup> Plan, Taxis-Palais, Ansicht Süd. TLA, Plansammlung, Landesbaudirektionspläne, Landhaus T.39-13.

<sup>132</sup> Karl Arndt, Tradition und Unvergleichbarkeit. Zu Aspekten der Stadtplanung im nationalistischen Deutschland, in: Wilhelm Rausch, Die Städte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert, Linz 1984, S. 149–166, hier S. 161.

<sup>133</sup> Moderne Bauformen. Monatshefte für Architektur und Raumkunst. Große Sondernummer: Deutschland baut! Zur Rückkehr Österreichs ins Deutsche Reich (1938) 4, S. 187, 206 und 207. Siehe auch Norbert Götz, Norbert/Peter Weidlich, Reichszeugmeisterei, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum vom 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993, S. 283–286.

ein Stockwerk hinzugefügt werden.<sup>134</sup> Die Brüder Guth sprachen sich gegen ein weiteres Stockwerk aus, mussten sich aber dem Wunsch Hofers beugen.<sup>135</sup> Zudem sollte ein zusätzlicher Wirtschaftstrakt ausgearbeitet werden, der hofseitig an den Mitteltrakt angrenzt. Eine Überarbeitung der Südfassade erfolgte noch im August.<sup>136</sup> Verändert wurde im Hinblick auf das zusätzliche fünfte Geschoss die Größe der Fenster. Im zweiten und dritten Stock wurden zudem Fenstergesimse hinzugefügt und die den Mitteltrakt umspannenden Lisenen ebenfalls wie die Eingangspfeiler in Werkstein geplant.<sup>137</sup> Die hohen Fenster in der „Belle Etagé“, wo sich der Sitzungssaal befinden sollte, wurden beim neuen Entwurf auch für den dritten und vierten Stock eingesetzt, woraus sich schließen lässt, dass sich auch im Inneren der Grundriss veränderte und nun im Mitteltrakt zwei übereinander liegende Säle angedacht waren, die jeweils über zwei Geschosse reichen sollten. Der erste Entwurf sah im dritten Stock niedrigere Fenster vor. Auch die Ostfassade wurde von den Brüdern Guth überarbeitet, die eine Betonung der Mittelachse durch Lisenen aus Werkstein vom ersten bis in den dritten Stock zur Folge hatte. Zusätzlich wurde ein Balkon eingeführt, der über dem Eingang drei Fensterachsen umspannen sollte. Auch die hierarchisierende Fensterrahmung der Südfassade wurde auf die Ostfassade übertragen (Abb. 13 und 14).<sup>138</sup>

Ob die Brüder Guth den Anbau eines Wirtschaftstraktes voll ausarbeiteten oder nur Grundrisse lieferten, ist nicht bekannt. Die Aktivitäten, um den Baubeginn an den Start zu bringen, überschlugen sich: Während die Brüder Guth noch an der Ausarbeitung des Entwurfs saßen, begann das Hochbauamt ebenfalls mit der Überarbeitung der Pläne. Und während am 3. September 1938 mit der Firma Hinteregger ein Vorvertrag für die schlüsselfertige Bauausführung getroffen wurde – ohne Einbeziehung eines weiteren Stockwerkes und eines Saaltraktes<sup>139</sup> – beraumte die Landeshauptmannschaft am 12. September 1938 die mündliche Bauverhandlung im Landhaus an.<sup>140</sup> Zugleich wurde immer noch an den Entwürfen für den Erweiterungsbau gearbeitet und erst im Laufe des Septembers und bis Oktober 1938 durch Albert Bermoser Planmaterial vorgelegt, das tatsächlich zur Umsetzung kommen sollte (Abb. 15–18). Bermoser war als Baumeister und Architekt in der Bauabteilung des Landes angestellt und leitete ab 1938 eine eigens für den Erweiterungsbau eingerichtete Unterabteilung. Einzelne Details wurden zugunsten einer stärker neoklassizistischen Ausrichtung verändert. Dazu zählte die Einführung eines Sockels mit horizontalen Putzrillen, der Einsatz von Naturstein (Brekzie/Höttlinger Nagelfluh) für Lisenen und Gurtgesims und die Hinzufügung von Abschlüssen der Lisenen durch Basis und Kapitell. Zudem wurde die Fassade auf Kosten der Akzentuierung, die die Brüder Guths vorgesehen hatten, vereinheitlicht: Alle Fensterumrahmungen wurden mit hervorstehenden Simsen und oberen Abschlüssen vereinheitlicht und die Fensterachsen des Ost- und Westflügels von jeweils neun auf zehn erweitert, wodurch sich nicht nur der Achsabstand der Fenster verringerte, sondern die Fenster auch weiter an die Ränder

---

<sup>134</sup> Auskunft von Dietmar Guth, Sohn von Walter Guth; Interview mit Ewald Guth: „Baubehörde schwächt die innere Funktion des Baus, indem sie bei gleichbleibender Firsthöhe ein Stockwerk mehr hineinverordnet.“, in: *Tiroler Magazin* 2 (1967) 1, S. 4–5, hier S. 4.

<sup>135</sup> Auskunft von Dietmar Guth, Sohn von Walter Guth.

<sup>136</sup> Die Brüder Guth fordern eine Nachzahlung von RM 2.860, die aber nicht gewährt, sondern auf RM 1.200 herabgesetzt wurde. Rechnung vom 13.7.1939. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

<sup>137</sup> Plan, Südansicht, dat. August 1938, Gez. Walter und Ewald Guth. TLA, Plansammlung, Landesbaudirektionspläne, Innsbruck, Landhaus T.39-14.

<sup>138</sup> Plan, Ostansicht, dat. August 1938, Gez. Walter und Ewald Guth. Ebd., Landhaus T.39-15.

<sup>139</sup> Vorvertrag Hinteregger an Landeshauptmannschaft (Hofer), 3.9.1938. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41. Die zusätzlichen Leistungen (Saalanbau und zusätzliches Stockwerk) wurden am 22.6.1939 nachverhandelt.

<sup>140</sup> Die Anrainer wurden explizit zur Bauverhandlung eingeladen. Entsprechend der Anlage richtete sich die Einladung an Architekt Grisseemann und Roman Walch, Johanna Obexer (Welsergasse 5), Felizitas Waldmüller (Welsergasse 7), Maria Kastner (Welsergasse 3) und Familie Riccabona (Maria-Theresien-Straße 53). Kundmachung der Landeshauptmannschaft für Tirol, 6.9.1938; Schreiben von Riedl an die Abteilung VI der Landeshauptmannschaft, Erweiterungsbau zum Landhaus, Bauverhandlungen, 5.9.1938. TLA, ATLR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0398, Dateien 1485ff.

geführt wurden. Auch die Eingangszone im Erdgeschoss wurde von Bermoser überarbeitet. Da der Entwurf der Brüder Guth sechs Eingangspfeiler und damit fünf Durchgänge vorsah, reichte die Eingangszone im Erdgeschoss über die Breite des Mittelrisalits hinaus, da nötige Durchgangsbreiten eingehalten werden mussten. Ein kritischer Punkt in der sonst strengen Fassadengliederung. Bermoser reduzierte die Durchgänge auf drei und konnte damit die vertikalen Linien der Fassadengliederung weiterführen.<sup>141</sup> Die dreiegliederte Eingangssituation zeigte sich als eine Verbesserung des Entwurfes. Darüber hinaus rezipierte Bermoser damit ein häufiges Portalmotiv der NS-Architektur, realisiert am „Führerturm“ der Luitpoldhalle in Nürnberg 1935 oder dem Deutschen Haus auf der Weltausstellung in Paris 1937 (Abb. 19–21).<sup>142</sup>

Albert Bermoser überarbeitete die Ostfassade zur Wilhelm-Greil-Straße in Anlehnung an die veränderte Südfassade und führte statt eines Eingangs eine breite Durchfahrt in den Hof ein. Diese rahmte er mit vier Lisenen aus Naturstein, die über drei Geschosse führten. Verschiedene Fassadenskizzen überliefern seine Studien zur Einfügung von Parteiadler, Reichsadler, Tiroler Wappen und Vorarlberger Wappen.<sup>143</sup> Die Ostansichten zeigen darüber hinaus verschiedene Varianten der Torgestaltung, unter anderem mit geschmiedetem Gitter mit Hakenkreuzornamenten und ein dreiflügeliges Holztor, das ausgeschnitten und auf die Ansicht aufgeklebt wurde. Wie ein Schreiben von Albert Bermoser an Franz Hofer vom Juli 1940 belegt, scheint der letzte Entwurf des Eingangstores von Otto Mayr zu stammen. Dieser kam auch zur Umsetzung. Auch Richard Dagostin hatte einen Entwurf für das Tor geliefert.<sup>144</sup> Dagostin zeichnete sich für die Ausgestaltung der Kanzlei Hofers verantwortlich, Otto Mayr war seit Januar 1940 mit den Stadtplanungen und der Entwicklung eines Gauforums beauftragt. Dass beide zu Detailfragen eines Eingangstores herangezogen werden, lässt darauf schließen, dass sie auch auf weitere Aspekte der Bauausgestaltung Einfluss hatten (wie möglicherweise die Balkon-, Fenster- und Türvergitterungen), die sich aber nicht nachweisen lassen. Der Reichsadler, der in beiden Entwurfsphasen im Zentrum der Hauptfassade platziert wurde, kam nicht zur Ausführung.

Mit der Ausstellung im Haus der Deutschen Kunst zu Beginn des Jahres 1938 setzte eine verstärkte Indienstnahme der Architektur für propagandistische Zwecke ein, die durch den im Herbst 1938 erstmals erschienen Bildband von Gerdy Troost „Das Bauen im neuen Reich“ Unterstützung fand. Die Auswahl der Bauten lehnte sich überwiegend der Ausstellung an. War der offizielle Katalog zur Ausstellung weitgehend unbildert und kleinformatig, boten die meist ganzseitigen Architekturfotografien im großformatigen Band ein zusätzliches Spektrum an Vorbildern. Die Publikation diente bald als Standardwerk und wurde mehrfach neu aufgelegt und erweitert. Da sich die Neue Reichskanzlei in Berlin (Entwurf Albert Speer) zum Zeitpunkt des Erscheinens der ersten Ausgabe noch im Bau befand,<sup>145</sup> wurde eine Fotomontage abgebildet, die die Eingangssituation in der

---

<sup>141</sup> Plan, Ansicht Süd, 7.10.1938, Bauamt Abteilung 4, gez. Bermoser. Registratur der Liegenschaftsverwaltung, Akt Neues Landhaus, Mappe 48 und ebenso TLA, Plansammlung, Landesbaudirektionspläne, Innsbruck, Landhaus T.45-15.

<sup>142</sup> Karen A. Fiss, Der deutsche Pavillon, in: Aedes/Benton/Elliott/Boyd Whyte 1996, S. 108–110.

<sup>143</sup> Bermosers Studien vom 12.8.1939 und 23.1.1940 zeigen verschiedene Varianten. Sie reichen von links Parteiadler, Mitte Parteiadler mit Hakenkreuz im Kranz, rechts Vorarlbergfahne bis zu 3 Parteiadlern mit Hakenkreuz im Kranz. Umgesetzt wurde die Reihenfolge links Vorarlberger Wappen, Mitte Parteiadler mit Hakenkreuz im Kranz und rechts Tiroler Wappen. Pläne, Ansichten Ostfassade. Registratur der Liegenschaftsverwaltung.

<sup>144</sup> Bermoser an Hofer, 3.6.1940; Aktenvermerk vom 19.7.1940. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6238/BIII-V–6261/BI-VI, Zl. O 6261/BI/4.

<sup>145</sup> Angela Schönberger, Die neue Reichskanzlei von Albert Speer. Zum Zusammenhang von nationalsozialistischer Ideologie und Architektur, Berlin 1981, S. 42–69; Sebastian Tesch, Hitlers Architekten. Albert Speer (1905–1981), Wien/Köln/Weimar 2016, S. 132–136, 256–258.

Voßstraße zeigte:<sup>146</sup> Vier Kantpfeiler mit hohen Basen stützen mit flachen Kapitellabschlüssen den breiten Architrav und an den beiden Außenseiten werden Abstände eingeräumt, die die tragende Funktion der Pfeiler betonen. Die in die Fotografie montierte Treppe reicht entgegen der Bauausführung bis zur Vorderseite der Basen. Bereits in der zweiten Ausgabe von 1939 wurde die Fotomontage gegen eine reale Darstellung ausgetauscht.<sup>147</sup> Auf die Nähe des Landhauserweiterungsbaus zur Neuen Reichskanzlei wurde als erstes von Bernhard Natter verwiesen. Allerdings beschränkt sich diese auf den erwähnten Seiteneingang.<sup>148</sup> Die erste Ausgabe von Troosts Bildband lag erst zum Zeitpunkt der Überarbeitung der Innsbrucker Fassade durch Bermoser vor, so dass weniger von einer direkten Bezugnahme durch die Brüder Guth auszugehen ist. Da jener Seiteneingang zum ersten Mal in „Das Bauen im neuen Reich“ veröffentlicht wurde,<sup>149</sup> würde sich die Innsbrucker Rezeption desselben auf eine Fotocollage stützen. Die Fertigstellung der Reichskanzlei erfolgte erst im Januar 1939. Inwiefern die Überarbeitung Bermosers tatsächlich einen Rekurs auf die neuesten NS-Bauten schließen lassen, kann nur vermutet werden. Die Übernahme der Pfeilergliederung, das Hinzufügen der Pfeilerabschlüsse und die Anordnung der Stufenpodeste durch Bermoser stützen die Annahme (Abb. 22 und 23).

Während der erste Entwurf für den Erweiterungsbau noch einem eher nüchternen Formenvokabular folgte, das sich zugleich an die Holzmeistertradition und die frühen NS-Bauten anlehnte und sich historische Versatzstücke kombinierend dem Anspruch an Symmetrie und Monumentalität unterordnete, entwickelte Bermoser daraus eine Fassade des NS-Klassizismus, den Winfried Nerdinger als „Reduktions- oder Primitiv-Klassizismus“ bezeichnet und den Repräsentationsbauten zuordnet.<sup>150</sup> Bermoser „verbesserte“ und aktualisierte den Guth-Entwurf unter dem Einsatz eklektischen Zitierens von NS-Architektur als auch historisierenden Elementen ganz im Sinne der Herangehensweise des neuen Regimes und dem ab 1938 einsetzenden verstärkten Repräsentationswillen durch bauliche Maßnahmen.<sup>151</sup> Auch Speer hatte immer wieder seinen Vorgänger Paul Troost zitiert und gerade in Bezug auf die Neue Reichskanzlei sich an den barocken Vorgängerbau angelehnt.<sup>152</sup> Bernhard Natter stellte den realisierten Erweiterungsbau in Innsbruck bereits in diesen Kontext:

„Die architektonische Selbstinszenierung des Nationalsozialismus vornehmlich in Staats- und Parteibauten, in denen der totale Machtanspruch manifest werden sollte, stütze sich auf Traditionen monumentaler Bauformen verschiedener Herrschaftsarchitekturen. Dies läßt sich auch am Innsbrucker Gauhaus ablesen.“<sup>153</sup>

---

<sup>146</sup> Gerdy Troost, *Das Bauen im neuen Reich*, Berlin 1938, S. 68. Die Fotografie stammte von Max Krajewski und wurde stark überarbeitet. Siehe Maike Steinkamp, *Fotografierte Weltanschauung. Gerdy Troosts „Das Bauen im neuen Reich“*, in: Burcu Dogramaci/Simone Förster (Hg.), *Architektur im Buch*, München 2010, S. 155–168; Steinkamp 2010, S. 161 und Schönberger 1981, S. 76f.

<sup>147</sup> Gerdy Troost, *Das Bauen im neuen Reich*, Berlin 1939.

<sup>148</sup> Bernhard Natter, *Herrschaftsbau und Platz für Denkmäler*, in: Gabriele Rath/Andrea Sommerauer/Martha Verdorfer (Hg.), *Bozen – Innsbruck. Zeitgeschichtliche Stadtrundgänge*, Bozen 2000, S. 80–84, hier S. 81; Horst Schreiber, *Das Befreiungdenkmal am Eduard-Wallnöfer-Platz in Innsbruck*, in: *Zeit-Raum-Innsbruck* (Schriftenreihe des Innsbrucker Stadtarchivs 7), Innsbruck 2006, S. 77–106, hier S. 78f; Naredi-Rainer 2016, S. 92.

<sup>149</sup> Tesch 2016, S. 134.

<sup>150</sup> Nerdinger bezeichnet die klare Aufteilung der Bauaufgaben nach Stilen: „Primitiv-Klassizismus für Repräsentation, Blut-und-Boden-Architektur für Siedlungen, HJ-Heime oder Schulen und technoid-funktionale Erscheinung für Zweckbauten.“ Siehe Winfried Nerdinger, *Baustile im Nationalsozialismus. Zwischen Klassizismus und Regionalismus*, in: Aedes/Benton/Elliott/Boyd Whyte 1996, S. 322–325, hier S. 324.

<sup>151</sup> Siehe Nüßlein 2012, S. 163–165.

<sup>152</sup> Tesch 2016, S. 134.

<sup>153</sup> Natter 2000, S. 80.

## Weitere Wettbewerbsbeiträge und die lokale Architektenszene

Die meisten Architekten in Tirol waren in den 1930er Jahren mit einer schwierigen Auftragsituation aufgrund der wirtschaftlichen Rezession konfrontiert. Die Weltwirtschaftskrise und die Folgen der Tausend-Mark-Sperre wirkten sich eklatant auf die Bauwirtschaft aus.<sup>154</sup> Dies änderte sich nach dem „Anschluss“ Österreichs zunächst in kleinen Schritten. Ende März 1938 wandte sich Franz Baumann in seiner Funktion als Vorsitzender des nun gleichgeschalteten Landesverbandes an seine Kollegen, um ihnen eine Auftragsbeteiligung an den „Dekorationsarbeiten“ der Stadt Innsbruck für den Hitlerbesuch am 5./6. April 1938 anzubieten. Eine Mitgliedschaft bei der NSDAP wurde trotz des geringen Auftragsumfangs vorausgesetzt.<sup>155</sup> Im Zusammenhang mit öffentlichen Aufträgen und ausgeschriebenen Wettbewerben traten immer wieder die gleichen Architekten auf: Theodor Prachensky koordinierte die „Festdekoration“ der Stadt zum Hitlerbesuch mit reichem Fahnschmuck, Girlanden, Spruchbändern und Bühnenaufbauten,<sup>156</sup> Karl Alfred Matuella war ebenfalls daran beteiligt<sup>157</sup> und Wilhelm Stigler war in die Ausstattung des Appartements Hitlers im Hotel Tyrol involviert. Im Rahmen des Wettbewerbs für die Umgestaltung der Innsbrucker Dogana zu einem Festsaal 1939 waren Richard Dagostin, Karl Alfred Matuella und Wilhelm Stigler unter den Preisträgern und der im gleichen Jahr ausgelobte Wettbewerb für den Bau des „Haus der Bergsteiger“ wurde zwar nicht im Innsbrucker Kreis prämiert, dennoch waren wieder jene Architekten beteiligt – Hans Feßler, Viktor Stanger und Wilhelm Stigler –, die im Jahr zuvor bereits beim Landhauswettbewerb gegeneinander konkurrierten. Ewald und Walter Guth, die Wettbewerbsgewinner, zählten nicht zu jenem Kreis. Im Jahr 1938 waren im Adressbuch der Stadt Innsbruck 16 Architekten gelistet, davon war die Hälfte am Wettbewerb beteiligt.<sup>158</sup>

Die Entscheidung der Gauleitung, einen beschränkten und geladenen Wettbewerb für den Erweiterungsbau auszuschreiben, ist darauf zurückzuführen, dass eine erwartungsgemäß hohe Teilnehmerzahl verhindert werden sollte.<sup>159</sup> Die Beschränkung auf Architekten, die Mitglieder des Landesverbandes Tirol der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs waren, schloss zudem die Beteiligung der bekanntesten Vertreter der Tiroler Moderne Clemens Holzmeister und Lois Welzenbacher aus: Clemens Holzmeister führte zum Zeitpunkt der Ausschreibung kein Büro mehr in Innsbruck, war Professor an der Akademie in Wien und emigrierte 1938 in die Türkei.<sup>160</sup> Auch Lois Welzenbacher hatte Innsbruck verlassen, wirkte seit 1931 in München und war seit 1933 Mitglied der Reichskammer. Während Holzmeister zu den unangepassten Architekten zählte und 1939 von der Akademie zwangspensioniert wurde, bemühte sich Welzenbacher während der NS-Zeit um Aufträge, indem er zugleich moderne und stark an regionale Baustile angepasste Entwürfe lieferte.

---

<sup>154</sup> Schreiber 1994, S. 51.

<sup>155</sup> Bettina Schlorhauser, „Architektur als Lebensaufgabe“, in: Horst Hambrusch/Joachim Moroder/Bettina Schlorhauser, Franz Baumann, Architekt der Moderne in Tirol, Wien-Bozen 1998, S. 36–40, hier FN 19: Franz Baumann an die Mitglieder des Landesverbandes Tirol vom 23.3.1938; Protokoll einer Besprechung im Landhaus vom 28.3.1938; Franz Baumann an Franz Zeymer vom 26.4.1938 (Zeymer aus Wien war mit der Gesamtabwicklung der Dekorationsarbeiten betraut); AfB, NL Franz Baumann, Privatkorrespondenz. Siehe auch Skizzen und Pläne in StAI, PI-365-1-21.

<sup>156</sup> Theodor Prachensky sei für die Koordination der Festdekoration zuständig gewesen. Siehe Schlorhauser/Boeckl 2006, S. 201.

<sup>157</sup> Skizzen von Karl Alfred Matuella. AfB, NL Karl Alfred Matuella.

<sup>158</sup> „Mitglieder der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs, Landesverband Tirol“, Adressbuch der Stadt Innsbruck, 1938, S. 80.

<sup>159</sup> Zum Wettbewerb für das „Haus der Bergsteiger“ 1939 ist dokumentiert, dass die Beschränkung eine hohe Zahl an Bewerbern verhindern soll. Die Architekten sollten nicht daran gehindert werden, sich auf kriegswichtige Tätigkeiten zu konzentrieren. Eine vergleichbare Argumentation ist für den Wettbewerb zum Erweiterungsbau anzunehmen. Protokoll der 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses, 17.12.1938. OeAV, HA, ZV 4.32.

<sup>160</sup> Holzmeister 1976.

1939 gelang es ihm, für die kriegswichtige Rüstungsindustrie tätig zu werden.<sup>161</sup> Da die meisten der Architekten durch eine Mitarbeit in den Büros oder das Studium mit Holzmeister oder Welzenbacher in Verbindung standen, war deren Einfluss auf die Innsbrucker Architekturszene Ende der 1930er Jahre unbenommen.<sup>162</sup>

Die erhaltenen Wettbewerbseinreichungen,<sup>163</sup> zu denen Modellfotos eines unbestimmten Verfassers zu rechnen sind,<sup>164</sup> lassen darauf schließen, dass sich die Angaben der Ausschreibung auf eine Verortung zwischen Meraner Straße, Welsergasse und dem neuen Verlauf der Wilhelm-Greil-Straße konzentrierte und der Erhalt der historischen Gebäude des Landhauses und des Taxispalais vorausgesetzt wurde (Abb. 24). Allen Beiträgen ist zudem die Ausbildung eines Hofes oder Platzes gemein gleichwie ein erhöhter Zentralbau. Die benannten Modellfotos dokumentieren einen Entwurf, der sich städtebaulich zur Meraner Straße ausrichtet. Der Eingangsbereich sollte sich von Norden her über einen von Bäumen gesäumten Platz erschließen. Auch dieser Entwurf sah einen Zentralbau vor, der die Seitenflügel in U-Form deutlich überragen sollte. Die rückwärtige Südseite wiederum richtete sich gegen die Fuggergasse. Die geplanten Anbauten an den Seiteneingängen mit überdachten Stützenreihen erinnern an die zum Zeitpunkt des Wettbewerbs vielfach publizierte NS-Bauten am Münchner Königsplatz, dem Führerbau, dem NSDAP-Sitz und den Ehrentempeln von Paul Troost mit vergleichbaren Portalsituationen. Auch die Gliederung des Mitteltraktes mit radikaler Vertikalstruktur folgt NS-Bauten wie dem Deutschen Haus auf der Weltausstellung in Paris 1937. Besonders augenfällig erscheinen allerdings die Anleihen an funktionaler Industriearchitektur wie zum Beispiel den Messehallen in Berlin von Richard Ermisch oder den Mannesmannwerken in Düsseldorf von Hans Vaeth. Die technische Formensprache mit Flachdächern und völlig ungegliederte Fassadenfronten fand vermutlich trotz der Monumentalität der Anlage und den konkreten Zitaten von NS-Vorbildern nur bedingt Zuspruch, da die Nationalsozialisten eine klare Trennung der Stile im Hinblick auf die Baugattungen vertraten. Die „technoid-funktionale Erscheinung“ war ausschließlich für Zweckbauten vorgesehen.<sup>165</sup>

Einen weitaus näher an Repräsentationsarchitektur orientierten Entwurf reichte Franz Baumann (1892–1974)<sup>166</sup> ein (Abb. 25 und 26). Nachdem Baumann seit 1918 als Angestellter im Bauunternehmen Grissemann und Walch in Innsbruck tätig war, gründete er 1927 sein eigenes Büro. Erst zehn Jahre später holte Baumann einen Universitätsabschluss als Ziviltechniker nach. Als Baumeister war er unabhängig vom fehlenden Studienzeugnis längst anerkannt, hatte die Stationsbauten für die Nordkettenbahn (1927/1928) und zahlreiche Hotelprojekte, Wohnbauten und Gaststätten realisiert und wurde 1935 zum Obmann der Zentralvereinigung der Architektenschaft des Landesverbands Tirol gewählt. Neben Welzenbacher und Holzmeister galt Baumann als weiterer

---

<sup>161</sup> Friedrich Achleitner/Ottokar Uhl, Lois Welzenbacher 1889–1955, Salzburg 1968; Hölz 2018, S. 286; Ausstellung: Über Lois Welzenbacher – ein anderer Architekt der Moderne, AfB, 2019.

<sup>162</sup> Siehe Christoph Hölz, Die Meisterschule von Lois Welzenbacher an der Wiener Akademie als Alternative zur Holzmeister-Schule, in: Christoph Hölz (Hg.), Gibt es eine Alternative zur Holzmeister-schule? Clemens Holzmeister (1886–1983) und seine Schüler, Innsbruck 2015, S. 291–306.

<sup>163</sup> Über den Siegerentwurf hinaus ist nur ein weiterer Wettbewerbsbeitrag von Franz Baumann in den Nachlässen der beteiligten Architekten erhalten. Bezeichnend ist, dass in den meisten Fällen die biografischen Angaben oder die Registrierungsakten die Teilnahme am Wettbewerb zum Erweiterungsbau nicht belegen. Die Architekten bereinigten ihre Biografien nach dem Zweiten Weltkrieg im Hinblick auf ihre Tätigkeit für das NS-Regime, sie distanzierten sich von ihrem Beitrag und sortierten die Entwürfe aus.

<sup>164</sup> StAI, KRPL-3782–3784.

<sup>165</sup> Zur Aufteilung der Bauaufgaben siehe Nerdinger 1996, S. 324. Der Entwurf zeigt eine starke Nähe zum Wettbewerbsbeitrag von Thomas Wechs für eine Stadthalle in Augsburg 1935. Siehe Christiane Wolf, Gauforen – Zentren der Macht, Berlin 1999, S. 175.

<sup>166</sup> Geb. 19.3.1892 in Innsbruck, gest. 28.8.1974.

Vertreter der Tiroler Moderne<sup>167</sup> und war der lokal am meisten etablierte Wettbewerbsteilnehmer. Bereits 1933 war Baumann kurzzeitiges NSDAP-Mitglied und schloss sich 1938 wieder der Partei an.<sup>168</sup>

Baumanns Beitrag für den Erweiterungsbau durchlief mehrere Entwurfsphasen. Er variierte immer wieder dieselbe Grundidee: Ein viergeschossiger, gekrümmter Hauptbau führt von der Wilhelm-Greil-Straße direkt auf den rückwärtigen Südostflügel des Taxispalais zu und bildet an der Schnittstelle zur Fuggergasse durch einen Turmbau das Zentrum der Anlage aus.<sup>169</sup> Damit verfolgte Baumann eine völlig andere Konzeption als die Wettbewerbsgewinner. Er nahm den Verlauf der Baulinie an der Nordseite der Fuggergasse zwar auf, schloss aber nicht direkt an das Taxispalais an, sondern bildete über eine U-Bebauung einen Platz, der sich zur Wilhelm-Greil-Straße gegen Osten öffnen sollte. Die zweigeschossige Platzumrahmung verläuft weiter Richtung Süden entlang der Wilhelm-Greil-Straße bis zur Salurner Straße. Die Gestaltung der Fassade ohne hierarchische Gliederung, deren Strenge lediglich durch Fenster und einfache, kubische Erker unterbrochen werden, steht ganz im Zeichen der Tiroler Moderne. Ebenso die Krümmung der Fassadenfront, ein für Baumann typisches Motiv, um die statische Masse des großen Baukörpers zu brechen.<sup>170</sup> Stadträumlich sollte der Schwung der Fassade zudem auf den Platz hinführen.

Über das Selbstzitat hinaus nahm Baumann damit eine Idee Lois Welzenbachers für die Gestaltung des benachbarten Bismarckplatzes 1926 auf (Abb. 27). Auch die aufgesetzten flachen Erker fanden sich bereits in Welzenbachers Entwurf. Zu Baumanns eigenem Entwurf für den Bismarckplatz zeigt der Landhausbeitrag wenig Bezug – mit Ausnahme der Laubengangzeile als regionale Referenz. Im Entwurf zeichnete sich mehr die Handschrift des Architekten ab als ein Bemühen um eine Anpassung an die NS-Bautypologie. Die Anlehnung beschränkte sich auf den erhöhten Turmbau, der – dezentral in die Ecke platziert – wie ein wenig motiviertes Zugeständnis an die erwarteten Anforderungen wirkt. Hier bediente Baumann mit vertikalen Fensterbändern, die von einem Reichsadler bekrönt werden, und einer mit Pfeilern gesäumten Eingangszone mit darüber liegendem Repräsentationsbalkon durchaus das gängige NS-Vokabular, bricht aber zugleich wieder damit: Der asymmetrisch angelegte Vorplatz, dreiseitig und mit abgestuften Gebäudehöhen umbaut, konterkariert geradezu den Typus geschlossener und wenig ausdifferenzierter Gauforumsplätze wie sie für Weimar und Dresden geplant waren. Als Schwachstelle des Entwurfs erscheint die Ecklösung am Anschluss der Fuggergasse mit einer Tordurchfahrt zum Platz. Eine Situation, die der Architekt in verschiedenen Varianten skizzierte. Dass Baumanns Einreichung den kompletten Abriss der Bebauung an der Welsergasse vorausgesetzt und damit eine Verzögerung der Bauausführung mit sich gebracht hätte, – im Gegensatz zum Siegerentwurf der Brüder Guth – war sicher ein Argument gegen seinen Wettbewerbsbeitrag.

Während Baumann im Mai 1939 in seiner Funktion als Obmann der Zentralvereinigung der Architektenschafts Tirol in der Jury für den Wettbewerb zum „Haus der Bergsteiger“ zusammen mit Albert Speer vertreten war,<sup>171</sup> wurde er kurze Zeit später als Leiter abgesetzt. Bürgermeister Denz plante, die Maria-Theresien-Straße für den Verkehr zu erweitern und dafür die historischen

---

<sup>167</sup> Zu Baumann siehe Johannes Marte, Franz Baumann. Sein architektonisches Schaffen, Innsbruck 1978 und Hambrusch/Moroder/Schlörhauser 1998, S. 37f.

<sup>168</sup> Meldeblatt Franz Baumann, 26.3.1946. StAI, Registrierungsakten Franz Baumann 158; Hambrusch/Moroder/Schlörhauser 1998, S. 38.

<sup>169</sup> Pläne aus dem NL Franz Baumann. AfB, Inv. Nr. 1-407-1; Hambrusch/Moroder/Schlörhauser 1998, S. 208.

<sup>170</sup> Gekrümmte Fassaden setzt Baumann in verschiedenen Bauten ein wie dem Hotel Hochfirst, Obergurgl im Ötztal (1932/33), Sparkasse Lienz (1939) oder der Kapelle Monte Pana in Gröden (1935).

<sup>171</sup> Protokoll der 4. Sitzung des Verwaltungsausschusses des D.A.V., 17.12.1938, OeAV, HA, ZV 4.32; Innsbrucker Nachrichten, 10.6.1939, S. 22.

Denkmäler, die Annasäule und die Triumphpforte zu beseitigen.<sup>172</sup> Im Zuge dessen sah Gauleiter Hofer vor, anstelle der Annasäule eine Statue „Adolf Hitler als Deutscher Gerold“ nach dem Entwurf von Hubert Lanzinger aufstellen zu lassen. Baumann stellte sich dagegen und nutzte die Gelegenheit, mit Albert Speer während seines Aufenthalts in Innsbruck zu sprechen und ihn auf seine Seite zu ziehen. Daraufhin lehnte Speer das Vorhaben von Bürgermeister und Gauleiter ab. Für Baumann selbst bedeutete das ein Ende von Beteiligungen an öffentlichen Aufträgen während der NS-Zeit.<sup>173</sup>

Der zweite Preisträger des Wettbewerbs für den Landhauserweiterungsbau war Wilhelm Stigler (1903-1976).<sup>174</sup> Stigler konkurrierte mit Baumann bereits um den Auftrag für die Nordkettenbahn (1927) und musste sich in diesem Fall mit dem dritten Platz begnügen. Stigler hatte an der Technischen Hochschule in München bei Friedrich Thiersch, Alwin Seifert und German Bestelmeyer studiert, Praktika im Büro von Clemens Holzmeister absolviert und erhielt 1926 sein Diplom. Im gleichen Jahr gründete er ein Büro in Innsbruck, beteiligte sich am ausgeschriebenen Wettbewerb zur Ausgestaltung des Bismarckplatzes 1926 und dreizehn Jahre später am Wettbewerb auf demselben Baugrund für das „Haus der Bergsteiger“. Diesen NS-Wettbewerb rechnete Stigler später durchaus zu seinem Werk<sup>175</sup> – im Gegensatz zum Landhausentwurf, der in keiner der Werklisten auch nur benannt wird. Stiglers Bergsteigerhaus bildete zugunsten einer einheitlichen Ausgestaltung des projektierten Landhausplatzes ein Pendant zum Landhauserweiterungsbau. Stigler hatte sich allerdings dabei am Wettbewerbsbeitrag der Brüder Guth orientiert, nicht an der von Bermoser überarbeiteten Fassade, die sich zum Zeitpunkt des Wettbewerbs im Rohbau befand (Abb. 28).

Stiglers umfangreiches architektonisches Werk vor 1938 wurde durch Juliane Mayer bearbeitet.<sup>176</sup> Seine seit 1931 bis Kriegsende ununterbrochene Mitgliedschaft bei der SS und seit 1932 bei der NSDAP wurde 1938 mit der Auszeichnung „Alter Kämpfer“ gewürdigt.<sup>177</sup> Als „überzeugter Nationalsozialist“, so Mayer, wurde Stigler zwar zweimal für kurze Zeit zum Kriegsdienst eingezogen, war aber darüber hinaus für die Schaffung „kriegswichtiger Bauten“ freigestellt. Stigler war Bauberater bei der SS und sein Büro war ab 1938 mit Aufträgen so stark ausgelastet, dass er weitere Bürobranchen in Telfs und Schwaz eröffnete. Eine Wohnsiedlung in Pradl (1938) und die Messerschmitt-Siedlung in Kematen (Gesamtplanung: Helmut Erdle, 1940–1942) im Rahmen der „Sondermaßnahmen S“ für die Südtiroler Umsiedler,<sup>178</sup> ein Kindergarten in Imst (1939), eine Schule in Wilten-West (Mandelsbergerstraße, 1941–1943), Zwangsarbeiterbaracken für die Rüstungsindustrie sowie zahlreiche private Aufträge lagen in der Verantwortung von Wilhelm Stigler. Mayer verweist zudem auf die „Beteiligung an verschiedenen hochrangigen geheimen Rüstungsprojekten“.<sup>179</sup>

---

<sup>172</sup> Schreiben von Baumann an Kiningger, 24.1.1939 und dieselben 28.1.1939; Schreiben von Baumann an Albert Speer, 18.1.1967. AfB, Privatkorrespondenz NL Franz Baumann; Hambrusch/Moroder/Schlörhauser 1998, S. 38f. Die städtebaulichen Maßnahmen, auf die hier Bezug genommen wird, gehen vermutlich auf das Vorhaben zum verkehrstechnischen Ausbau der Stadt von Willy Weyhenmeyer im September 1938 zurück.

<sup>173</sup> Hambrusch/Moroder/Schlörhauser 1998, S. 38f.

<sup>174</sup> Geb. 3.5.1903 in Steyr, gest. 29.3.1976 in Bad Hall.

<sup>175</sup> Wilhelm Stigler, Perspektiven, „Haus der Bergsteiger“. AfB, NL Wilhelm Stigler, Inv-Nr. 9-2899-1 bis 4. Willi Stigler, Aus meinem Leben. Ein Querschnitt von 1925 bis 1972. Sonderdruck. Beiträge zur Technikgeschichte Tirols (1972) 4 (AfB), Abb. ohne Seitenangabe. Stigler verzeichnet hier in der Bildunterschrift fälschlicherweise, dass er für den Beitrag „Haus der Bergsteiger“ den dritten Preis erhalten habe.

<sup>176</sup> Juliane Mayer, Der Architekt Wilhelm Stigler sen. 1903-1976, 2 Bde., Innsbruck 2018, S. 38–86.

<sup>177</sup> Seinem Einspruch gegen die Listung der Nationalsozialisten vom Juli 1946 wurde nicht stattgegeben. Meldeblatt Wilhelm Stigler, 10.4.1946; Schreiben der Tiroler Landesregierung an Stigler, 30.10.1948. StAI, Registrierungsakten Wilhelm Stigler 341.

<sup>178</sup> Sabine Pitscheider, Kematen in Tirol in der NS-Zeit. Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde (Studien zu Geschichte und Politik 19), Innsbruck-Wien-Bozen 2015, S. 98–107.

<sup>179</sup> Mayer 2018, S. 86f. Mayer weist darauf hin, dass Stigler nicht am Landhausneubau beteiligt war.

Viktor Stangers (geb. 1901)<sup>180</sup> Wettbewerbsbeitrag wurde zum Ankauf vorgeschlagen. Stanger studierte mit Wilhelm Stigler an der Technischen Hochschule München und realisierte später einzelne Projekte zusammen mit dem Innsbrucker Kollegen.<sup>181</sup> Er war ebenfalls am Wettbewerb für den Bismarckplatz 1926 beteiligt, allerdings nicht mit einem eigenen Beitrag, sondern als Mitarbeiter von Lois Welzenbacher.<sup>182</sup> Seinen Beitritt zur NSDAP im Mai 1938 begründete Stanger nachdrücklich damit, nicht bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen zu werden.<sup>183</sup> Auch Karl Zani (geb. 1904)<sup>184</sup> führte für die Mitgliedschaft in der Partei ab Mai 1938 geschäftliche Gründe an, war aber seit 1933 Oberscharführer bei der SS und Träger der Ostmarkmedaille.<sup>185</sup> Zani hatte 1925 die höhere Staatsgewerbeschule in Innsbruck abgeschlossen und führte ein Architekturbüro in der Heiliggeiststraße.<sup>186</sup> Erich Millbacher (1911–1977)<sup>187</sup> konnte sich ebenfalls durch ein Ingenieurzeugnis der höheren Staatsgewerbeschule Innsbruck aus dem Jahr 1930 ausweisen, so dass ihm im Dezember 1939 die Befugnis, als Architekt zu arbeiten, erteilt wurde.<sup>188</sup> Millbacher war aber, ebenso wie die anderen am Wettbewerb beteiligten Architekten, bereits 1938 im Adressbuch der Stadt Innsbruck als Mitglied der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs, Landesverband Tirol geführt.<sup>189</sup> Den Registrierungsakten zufolge war Millbacher nicht nur seit März 1933 bei der NSDAP und 1934 sechs Monate in Haft, sondern auch Mitglied weiterer Verbände wie der SA, der HJ und der DAF und Träger der Erinnerungsmedaille. Als Gebietsarchitekt wirkte er in der Bauabteilung der HJ.<sup>190</sup>

Zu den weitaus bekannteren Architekten zählte Karl Alfred Matuella (1906–1968),<sup>191</sup> der ebenfalls seit 1933 Mitglied der NSDAP war. Matuella war in der Ortsgruppe Hötting aktiv, bekam 1940 die „Ostmarkmedaille“ verliehen<sup>192</sup> und war 1943 im Dienst des der SS unterstellten Polizei-Ausbildungs-Regiments Oranienburg. Matuella hatte von 1925 bis 1931 sein Studium an der Technischen Hochschule in Wien absolviert, Praxiserfahrung im Büro Welzenbacher gesammelt und anschließend zwei Semester bei Kurt Holny ein Doktorat zur Stadtplanung Innsbrucks begonnen und 1931 – zeitgleich mit den Brüdern Guth – in Innsbruck ein Büro eröffnet. Zunächst übernahm er Hausverwaltungsangelegenheiten (zusammen mit Helmut Pechlaner), verwirklichte aber bis 1938 auch Einfamilienhäuser, Umbauten, Inneneinrichtungen und Gaststuben wie Fassadenerneuerungen in der Wilhelm-Greil-Straße 7 und Kiebachgasse 13, Wohnbauten in der Amraser Straße 112 und Anichstraße 24 oder einen Bauernhaus-Umbau in Natters. Ab Oktober 1938 bis 1943 unterrichtete er Bau-, Entwurfs- und Freihandzeichnen an der Höheren Baufachschule in Innsbruck.<sup>193</sup>

---

<sup>180</sup> Geb. 15.8.1901 in Trient.

<sup>181</sup> Mayer 2018, S. 93.

<sup>182</sup> Der Baumeister (1926) 9, S. 193–196, hier S. 195.

<sup>183</sup> Im Juni 1933 hatte sich Stanger bei der NSDAP vorgestellt. Zur Entlastung Stangers wird sein Eintreten für den Schutz der Wiltener Kirche 1943 genannt. Stanger wird daraufhin festgenommen und von Hofer verhört. Antrag auf Entregistrierung von Viktor Stanger, 9.4.1946; Meldeblatt Viktor Stanger, 10.4.1946. StAI, Registrierungsakten Viktor Stanger 46.

<sup>184</sup> Geb. 30.11.1904 in Innsbruck.

<sup>185</sup> Zani wurde als belastet erklärt und vom 28.5.1945–14.7.1947 interniert. Meldeblatt Karl Zani, 10.4.1946. StAI, Registrierungsakten Karl Zani 274.

<sup>186</sup> Akte Karl Zani 224/II-1957. Kammer der ZiviltechnikerInnen | Arch+Ing, Tirol und Vorarlberg

<sup>187</sup> Geb. 13.6.1911 in Innsbruck, gest. 8.12.1977 in Innsbruck.

<sup>188</sup> Akte Erich Millbacher 28/I-76. Kammer der ZiviltechnikerInnen | Arch+Ing, Tirol und Vorarlberg

<sup>189</sup> „Mitglieder der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs, Landesverband Tirol“, Adressbuch der Stadt Innsbruck, 1938, S. 80.

<sup>190</sup> Meldeblatt Erich Millbacher, 24.3.1946. StAI, Registrierungsakten Erich Millbacher 667.

<sup>191</sup> Geb. 12.7.1906 in Innsbruck, gest. 23.5.1968 in Innsbruck.

<sup>192</sup> Meldeblatt Karl Alfred Matuella. StAI, Registrierungsakten Karl Alfred Matuella 151.

<sup>193</sup> Gegen Kriegsende wurde Matuella als Architekt für die Operationszone Alpenvorland beim Bahn- und Stellungsbau eingesetzt. Ordner Karl Alfred Matuella. AfB, NL Karl Alfred Matuella.

Während die Brüder Guth durch ihr Studium an der Wiener Akademie der „Holzmeisterschule“ zuzurechnen sind, arbeitete Hans Feßler (1896–1973)<sup>194</sup> sechs Jahre im Büro von Holzmeister (1922–1928). Feßler leitete das Innsbrucker Büro, nachdem Holzmeister 1924 als Professor nach Wien berufen wurde. 1927/28 baute Feßler die Tal- und Bergstation am Patscherkofel – kurz vor den Stationen der Nordkettenbahn von Franz Baumann. Feßler warf seinem Kollegen die Reproduktion seines Entwurfs vor, worüber die beiden Architekten in Konflikt gerieten.<sup>195</sup> 1928 gründete Hans Feßler sein eigenes Büro.<sup>196</sup> Mit einem Architekturstudium in Graz, Karlsruhe und München und zahlreichen eigenen Projekten, die er bis zum Zeitpunkt des Wettbewerbs vorweisen konnte,<sup>197</sup> zeichnete sich Feßler für eine Beteiligung am Landhauswettbewerb mehr durch seine Erfahrung, als durch Regimeanpassung aus.<sup>198</sup> Während der NS-Zeit war Feßler hauptsächlich im Bereich des Wohnbaus tätig, baute zusammen mit Matuella Wohnhäuser für Offiziere in Hall und Schwaz in Tirol (1939/40) sowie im Auftrag des Stadtmagistrats Volkswohnungen an der Langstraße in Innsbruck Pradl (1940). Feßler wurde die Nachfolge Baumanns als Leiter der Zivilkammer übertragen und war ab 1943 im Kriegsdienst.<sup>199</sup>

Zu den während der NS-Zeit einflussreichen Architekten zählten darüber hinaus Richard Dagostin und Theodor Prachensky.<sup>200</sup> Dennoch waren beide nicht am Wettbewerb beteiligt. Theodor Prachensky (1888–1970) war zum Zeitpunkt der Ausschreibung des Landhauswettbewerbs bereits etablierter Architekt in Innsbruck und von 1913–1953 im städtischen Bauamt tätig.<sup>201</sup> Einige Projekte verwirklichte er zusammen mit seinem Schwager Franz Baumann, wie die Hauptschule in Hötting. Die bis heute bekanntesten Bauten Theodor Prachenskys sind die große Sozialwohnungsanlage Pembaurblock (1926/27) und das Arbeitsamt (1931/32). Dass Prachensky dennoch nicht unter den Wettbewerbsteilnehmern für das Landhaus war, mag an seiner Aufgabe zu diesem Zeitpunkt liegen: zusammen mit Siegfried Thurner plante er die Erweiterung des Rathauses als Verwaltungsgebäude des Stadtmagistrats. Diese war – ähnlich wie im Falle der Erweiterung des Landhauses – Jahre zuvor von Franz Wiesenberger als Projekt ausgearbeitet worden, wurde aber schließlich erst nach dem „Anschluss“ realisiert.<sup>202</sup> Bereits im Juni 1938 wurde im „Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck“ der Start des Bauprojekts an der Friedrich-Wurnig-Straße (heute Fallmerayerstraße) angekündigt: „Ohne Prunk und Aufwand in der Außengestaltung ist das Gebäude an die Platzecke gestellt und den bestehenden Wohnhäusern an der Straße angeschmiegt.“ Gelobt wird die „gleichmäßige Anordnung der Fenster“, die „sparsame Ausbildung von Gesimsen und Fensterrahmungen“ sowie die „ehrliche Sachlichkeit“ des Gebäudes.<sup>203</sup>

---

<sup>194</sup> Geb. 15.2.1896 in Dornbirn, gest. 14.12.1973 in Innsbruck.

<sup>195</sup> Hambrusch/Moroder/Schlörhauser 1998, Fn. 31, S. 47; Christoph Hölz, Hans Feßler und die Patscherkofelschwebbahn 1927/1928, in: Tiroler Heimatblätter 82 (2007) 1, S. 4–6.

<sup>196</sup> Akte Hans Feßler 1/II-1974. Kammer der ZiviltechnikerInnen | Arch+Ing, Tirol und Vorarlberg.

<sup>197</sup> Zu den bis 1938 verwirklichten Projekten von Hans Feßler zählen Wohn- und Berghäuser in Vorarlberg und Tirol, Kirchenbauten in Langen und in Zürs am Arlberg und einige Hotelbauten, darunter das Hotel Mariabrunn (1930) in Innsbruck-Hungerburg oder das Hotel Gstrein in Vent im Ötztal (1932). Siehe AfB, NL Hans Feßler,

<sup>198</sup> Hans Feßler war seit Mai 1938 Mitglied der NSDAP, übte aber keine Funktion aus. StAI, Registrierungsakt Hans Feßler 48.

<sup>199</sup> Feßler verwirklichte nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche Projekte, zum Teil auch mit Ingo Feßler. Siehe AfB, NL Hans Feßler. 1970 wurde er zum Baurat h.c. ernannt. Siehe Akte Hans Feßler 1/II-1974. Kammer der ZiviltechnikerInnen | Arch+Ing, Tirol und Vorarlberg.

<sup>200</sup> Zu Richard Dagostin siehe Bettina Gratzner, NSKK-Gruppe Dagostin, in: Thomas Albrich (Hg.), Die Täter des Judenprogroms 1938 in Innsbruck, Innsbruck-Wien <sup>4</sup>2019, S. 306–308, hier S. 306.

<sup>201</sup> Bettina Schlörhauser/Matthias Boeckl, Theodor Prachensky. 1888-1970. Architekt und Maler, Innsbruck 2006, S. 9.

<sup>202</sup> Innsbrucker Nachrichten, 13.10.1938, S. 6.

<sup>203</sup> Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck (1938) 6, S. 1.

Das mit einem Bauvolumen von 150 Kanzleien umfangreiche Bauvorhaben startete im Oktober 1938 und wurde damit fast zeitgleich mit der Landhäuserweiterung in Angriff genommen. Der Raumbedarf des Rathauses stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem politischen Umbruch. Viele Ämter, wie auch das städtische Bauamt, wurden nach dem „Anschluss“ erweitert und nahmen damit mehr Raum in Anspruch. Darüber hinaus zogen die Baumaßnahmen am Landhaus den Abriss der Handelsakademie mit sich, wodurch dort angesiedelte Ämter wie das Wohlfahrtsamt ins Rathaus umgesiedelt werden mussten.<sup>204</sup> Die beiden Bauprojekte unterschiedlicher Bauherrn standen in gewisser Weise in „Materialkonkurrenz“. Da das Land Tirol aber im Hinblick auf die Baugründe für die Errichtung des Landhauszubaus auf das Entgegenkommen der Stadt angewiesen war, bat diese wiederum die Gauleitung um Unterstützung bei der Beschaffung des notwendigen Eisens für den Bau des Rathauses.<sup>205</sup> Neben den zahlreichen Wohnbauten der NS-Zeit gelten beide Erweiterungsbauten als die einzigen realisierten NS-Großbauten in Innsbruck. Dabei steht das Gauhaus aufgrund seiner Funktion während des NS-Regimes weit stärker im Fokus eines „belasteten“ Gebäudes als das Rathaus. Dennoch war auch der Rathausbau formal nicht frei von NS-Zutaten. Der zurückhaltenden Fassade des Rathauses wurde ein mächtiges Eingangsportal mit einer bossierten Rahmung aus Naturstein (Brekzie) aufgesetzt, das durchaus dem NS-Klassizismus entlehnt ist.

Die Architektenszene in Innsbruck während der NS-Zeit beschränkte sich auf wenige Protagonisten. Darüber hinaus galt mit dem „Anschluss“ Österreichs das Reichskulturkammergesetz. Damit war die Parteizugehörigkeit Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Reichskulturkammer, vertreten durch den gleichgeschalteten Landesverband Tirol, und an diese wiederum war die Ausübung des Architektenberufs geknüpft.<sup>206</sup> Die Eingliederung der Landesverbände auf Gauebene in die Reichskulturkammer erfolgte in Österreich weniger rasch als im „Altreich“ nach der nationalsozialistischen Machtergreifung. Doch die Auswahl der Wettbewerbsteilnehmer war über die Mitgliedschaft in der Partei hinaus an Kriterien wie aktiven, politischen Einsatz für den Nationalsozialismus geknüpft und/oder setzte umfassende berufliche Erfahrung als Architekt voraus. Die Bürogemeinschaft Walter und Ewald Guth erfüllten beide Voraussetzungen. In einem Interview beschrieb Ewald Guth den Landhausentwurf in Stichpunkten sehr zurückhaltend und distanziert: „Versuch im starren Raster der Staatskunst individuell zu schaffen.“<sup>207</sup> Zum Zeitpunkt der Baufertigstellung des Erweiterungsbaus war Ewald Guth bereits zur Wehrmacht eingezogen,<sup>208</sup> wie auch das „Tiroler Magazin“ 1967 feststellte:

„Guth ist nicht präsent, während die Tintenburg mit einem Stockwerk zuviel in den heimischen Föhnwind kraxelt, sondern steht als Gebirgsjäger tief in Polen, wird 1941 als Techniker in die Kriegsmarine abkommandiert und avanciert zum Marinebaurat des Marinebauamtes Lorient in der Bretagne. [...] Er baut die großen U-Boot-Bunker der Kriegsmarine am Atlantik.“<sup>209</sup>

---

<sup>204</sup> Innsbrucker Nachrichten, 13.10.1938, S. 6.

<sup>205</sup> Stellungnahme III zum Erweiterungsbau, 12.8.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0398, Datei 1498.

<sup>206</sup> In der Liste kammerpflichtige Vereinigungen wurden u.a. Architekten, Gartengestalter, Maler und Grafiker geführt. siehe Innsbrucker Nachrichten, 28.6.1938, S. 6. Zur Rolle der Reichskammer für die Architektenschaft siehe Jörn Düwel, Der Architekt als Sozialingenieur – Zum Selbstverständnis der Profession in Deutschland im 20. Jahrhundert, in: Winfried Nerdinger (Hg.), Der Architekt, Geschichte und Gegenwart eines Berufsstandes, Bd. 1, München-London-New York 2012, S. 153–167, hier S. 156. Zum Reichskulturgesetz siehe Kunst im 3. Reich. Dokumente der Unterwerfung. Ausstellung Frankfurter Kunstverein 1975, S. 17.

<sup>207</sup> Tiroler Magazin 2 (1967) 1, S. 4–5, hier S. 4.

<sup>208</sup> Ewald Guth wurde 1939 er als Gebirgsjäger zur Deutschen Wehrmacht eingezogen und war am Polenfeldzug beteiligt. Schreiben des Verbandes der geistig schaffenden Architekten Österreichs an die Tiroler Landesregierung, Ewald Guth, 11.5.1967. Akte Walter Guth; Kammer der ZiviltechnikerInnen | Arch+Ing, Tirol und Vorarlberg.

<sup>209</sup> Tiroler Magazin 2 (1967) 1, S. 4–5, hier S. 4.

Der Bruder Walter Guth übernahm in NS-Diensten ab 1941 die Planung und Bauleitung der Hochbauten des Molybdän-Bergbaus in Innervals im Valsertal und war Angestellter der Tiroler Erzbergbau GmbH St. Jodok. Ihm waren Zwangsarbeiter und französische Zivilarbeiter unterstellt.<sup>210</sup>

### 1.3. Der Bau 1938–1941

#### **Die Bauverhandlung und die beteiligten Firmen**

Auf dem Gebiet des Bauwesens galten in den einzelnen Reichsgauen nach dem „Anschluss“ die bisher gültigen Bauordnungen. Die Stadt Innsbruck stützte sich auf ein 1896 verlautbartes Gesetz, das durch drei spätere Novellierungen lediglich nebensächliche Änderungen erfahren hatte.<sup>211</sup> Bei öffentlichen Gebäuden war die Gauleitung als Vertretung des Landes demnach nur bei der Bestimmung der Baulinie und der Bauhöhe auf den Stadtmagistrat angewiesen. Die Durchführung des Bauverfahrens, die Handhabung der baupolizeilichen Vorschriften und die Erteilung der Baubewilligung waren ihr selbst vorbehalten. Die Prüfung und Genehmigung des Bauplanes als entscheidender Schritt für den Baustart räumte die gültige Bauordnung also dem Land ein, was die Umsetzung der Landhauserweiterung erleichterte.<sup>212</sup> Die Landeshauptmannschaft ordnete die gesetzlich vorgeschriebene mündliche Bauverhandlung am 12. September im Landhaus an. Die anwesenden Anrainerinnen und Anrainer äußerten lediglich Bedenken bezüglich der Vorplatzgestaltung, die aber explizit nicht Teil der Verhandlungen war. Die Stadt gab insgesamt drei Erklärungen zu den Projektplänen ab. Ihr wichtigstes Anliegen blieb, so wie 30 Jahre zuvor, die Höhe des Gebäudes. Die Vertreter der Stadtgemeinde baten „in Würdigung städtebaulicher Rücksichten“ die Höhe des Gebäudes auf vier Stockwerke zu beschränken. Außerdem sollte die Südfassade direkt an den Abschluss des Taxispalais anschließen. Die Pläne sahen hier eine Rückversetzung der Fassadenfront um mehrere Meter vor. In ästhetischer Hinsicht ersuchte die Stadt um eine Überarbeitung der Gestaltung der Südfassade, die „nach den vorliegenden Plänen nicht befriedigt“ und „das Stadtbild in weitem Umfange beeinflussen wird“.<sup>213</sup> Als Verwalterin des öffentlichen Gutes forderte sie für die Abtretung des benötigten Teils der Fuggergasse zudem Gegenleistungen ein. Das Land sollte der Stadt unter anderem das für den projektierten Erweiterungsbau des Rathauses notwendige Eisen verschaffen und den Abbruch der ehemaligen Handelsakademie finanzieren.<sup>214</sup>

Die Bauverhandlung entpuppte sich als reine Alibiaktion. Eine Verzögerung des Baubeginns kam für die Landeshauptmannschaft nicht in Frage. Mit dem Bauunternehmen Hinteregger war man bereits am 3. September handelseins geworden und hatte sich auf einen Vorvertrag für die Errichtung des Erweiterungsbaus geeinigt.<sup>215</sup> Der offizielle Baubescheid ließ noch eine Zeit lang auf sich warten, da er auf eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Landesamtes bezüglich der verwendeten Baustoffe angewiesen war. Erst Mitte November – die Bauarbeiten waren schon seit über einem Monat in vollem Gang – erhielt das Land die erforderliche Zusage für 100 Tonnen Eisen. In Wahrheit war der Bedarf in etwa drei Mal so hoch.<sup>216</sup> Der am 22. November 1938 erstellte Baubescheid

---

<sup>210</sup> Gerold Eßer/Gerhard A. Stadler, Der Molybdänbergbau im Valsertal 1941–1945: Ein Hoffnungsprojekt der NS-Kriegsmaschinerie im Licht der Baugeschichtsforschung, in: *Architectura. Zeitschrift für Geschichte der Baukunst*, Sonderdruck (2013) 2, S. 167–185.

<sup>211</sup> Gesetz- u. Verordnungsblatt für die gefürstete Grafschaft Tirol und das Land Vorarlberg, XIV. Stück, Nr. 31, 9.6.1896; Gesetz- u. Verordnungsblatt für die gefürstete Grafschaft Tirol und das Land Vorarlberg, XXXI. Stück, Nr. 99, 12.12.1914; Landesgesetz- und Verordnungsblatt für Tirol, III. Stück, Nr. 7, 12.3.1930; Landesgesetz- und Verordnungsblatt für Tirol, VII. Stück, Nr. 16, 14.6.1934.

<sup>212</sup> Landesgesetz- und Verordnungsblatt für Tirol, III. Stück, Nr. 7, 12.3.1930, § 22.

<sup>213</sup> Stellungnahme IV zum Erweiterungsbau, 12.8.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0398, Datei 1499.

<sup>214</sup> Stellungnahme III zum Erweiterungsbau, 12.8.1938. Ebd., Datei 1498.

<sup>215</sup> Hinteregger an die Landeshauptmannschaft für Tirol, 3.9.1938. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mapped Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

<sup>216</sup> Amtsvermerk, 15.11.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0398, Datei 1506.

protokollierte zwar die Einwände der Stadt, bis auf die Deckung des Eisenbedarfs ging das Land aber auf keine einzige Forderung ein. Durch die Beibehaltung der Baulinie und -höhe verstieß das Land als Bauherr gegen die gültige Bauordnung. Deziert lehnte die Landeshauptmannschaft die Finanzierung des Abbruchs des alten Handelsakademiegebäudes auf eigene Kosten ab. Eine Berufung gegen den Bescheid war nicht möglich.<sup>217</sup> Offiziell akzeptierte die Stadt die Höhe des Gebäudes erst mit der Herstellung des richtigen Grundbuchstandes Ende September 1942.<sup>218</sup> Von privater Seite existiert nur eine dokumentierte spätere Beschwerde gegen den Bau. Mitte April 1939 erhob die Anrainerfamilie Schirmer Einspruch, da sie nicht zur Bauverhandlung eingeladen worden war und erst jetzt bemerkte, dass die gebaute Geschoßanzahl nicht im Einklang mit dem geltenden Baulinienplan stünde. Einwendungen, „die nicht spätestens bei der Verhandlung vorgebracht wurden“, hieß es im Antwortschreiben lapidar, fänden keine Berücksichtigung.<sup>219</sup>

Die Abteilung Hochbau richtete mit Beginn der Planungen eine eigene Unterabteilung ein, die für den Erweiterungsbau zuständig war. Baumeister Albert Bermoser verantwortete dort die Abwicklung der Geschäfte. Er beschränkte sich nicht nur auf die Überwachung des Baugeschehens, sondern er brachte sich neben den bereits erwähnten Fassadenüberarbeitungen auch bei der Planung des Gemeinschaftsraumes oder der Vertäfelung des für Gauleiter Hofer bestimmten Sitzungszimmers gestalterisch ein. Bermoser, der sich auch als Architekt einen Namen gemacht hatte, scheint bis 1938 kein überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein. Ganz im Gegenteil waren seine Arbeiten über weite Strecken eher dem kirchlichen Bereich und der vaterländischen Gedenkkultur zuzuordnen. In Reith bei Brixlegg entwarf und erbaute er eine Kapelle, die ab August 1934 „zu Ehren des verewigten Kanzlers ‚Bundeskanzler Dr. Dollfuß-Kapelle‘“ hieß.<sup>220</sup> Bekanntheit erlangte er auch durch die Gestaltung zahlreicher Kriegerdenkmäler.<sup>221</sup> Ungeachtet seiner Tätigkeit – in Zell am Ziller wurde 1935 sein Entwurf eines Dollfuß-Gedenkbrunnens in Anwesenheit des Bundeskanzlers Schuschnigg eingeweiht – stieg er nach dem „Anschluss“ auf der Karriereleiter empor.<sup>222</sup> Bermoser steht exemplarisch für jenen Beamtentypus, der sich rasch mit dem neuen NS-Regime arrangierte. Traditionell national ausgerichtet und wissend, dass seine Fachkenntnisse unentbehrlich waren, erfüllte er anfallende Aufgaben, ohne sie in Frage zu stellen.<sup>223</sup> Parteimitglied wurde er am 1. Februar 1939.<sup>224</sup> Unter den Ingenieuren und Technikern des Bauamtes wären politisch verlässliche Alternativen für die Leitungsfunktion vorhanden gewesen. Einen Abteilungsleiter, der als ausgesprochener NS-Gegner bekannt war, hatte eine Gruppe am 12. März zu Beginn der Dienststunden aus seiner Kanzlei gejagt.<sup>225</sup> Bermosers direkter Vorgesetzter war Friedrich Riedl, der zum Leiter der Hochbauabteilung aufgestiegen und der NSDAP bereits 1936 beigetreten war.<sup>226</sup> Im Mai 1940 fand eine Degradierung Riedls statt.<sup>227</sup> Er war Gauleiter Hofer zuvor negativ aufgefallen,

---

<sup>217</sup> Bescheid, 22.11.1938. Ebd., Datei 1509–1511; Aktenvermerk (Stoll) an Tschiggfrey, 8.8.1957. TLA, ATR (nach 1945), Präs IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 8, Mappe Landhausplatz-Grundbereinigung L 154, Zl. 218/137/1957.

<sup>218</sup> Löschungserklärung, 26.9.1942. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Zentralabteilung (Justizariat), Karton 1942 (1–5), Zl. 3/42.

<sup>219</sup> Anna Schirmer's Erben an das Amt der Tiroler Landesregierung, 15.4.1939; Amt der Tiroler Landesregierung an Anna Schirmer's Erben, 25.4.1939. TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0398, Datei 1483f.

<sup>220</sup> Innsbrucker Nachrichten, 22.8.1934, S. 11.

<sup>221</sup> Ebd., 26.3.1928, S. 5 und 1.7.1932, S. 9.

<sup>222</sup> Ebd., 24.6.1935, S. 1.

<sup>223</sup> Schreiber 2013, S. 179.

<sup>224</sup> Personalkarte Albert Bermoser, o. D. TLA, ATR-Präs I Personal Reihe A+B, Zl. 02108.

<sup>225</sup> Schreiber 2013, S. 173.

<sup>226</sup> Fragebogen Riedl, 30.8.1938. TLA, ATR-Präs I Personal Reihe A+B, Zl. 10557.

<sup>227</sup> Beschreibung des Lebenslaufes, 31.10.1942. Ebd.

weil er Aufträge zur Projektierung der elektrischen und sanitären Anlagen im Erweiterungsbau ohne ausdrückliches Einverständnis des Gauleiters vergeben hatte.<sup>228</sup>

Für die abseits der durch das Generalunternehmen Hinteregger durchgeführten Arbeiten kamen mehrfach Betriebe zum Zug, die sich schon vor 1938 Verdienste um die Partei erworben hatten. Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime hatte sich redlich darum bemüht, NS-gesinnte Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Vorhaben nicht zu berücksichtigen. Bei der Überprüfung der „vaterländischen Verlässlichkeit“ der Firmen griff der autoritäre Ständestaat auf die Vaterländische Front zurück. Eine eigene Dienststelle zur Überwachung privatwirtschaftlicher Betriebe kontrollierte die endgültige Auftragsvergabe.<sup>229</sup> In Tirol war die Überprüfung häufiger Kritik ausgesetzt. Der damalige Landeshauptmann Franz Stumpf hatte beispielsweise die Inventarverwaltung des Bauamtes gegen Vorwürfe zu verteidigen. Er hielt fest, „dass die Landesregierung [...] durchaus und mit allen Mitteln darauf hinwirkt, dass, wo es nur irgend möglich ist, vaterländisch gesinnte Lieferanten berücksichtigt werden.“<sup>230</sup> Als Wiedergutmachung sollten nach dem „Anschluss“ nationalsozialistisch eingestellte Unternehmer so rasch wie möglich vom einsetzenden Investitionsboom profitieren. Ende März verlautbarte Landesrat Linert, dass bei öffentlichen Aufträgen in Zukunft auch jene Firmen zu berücksichtigen seien, die bis jetzt aufgrund ihrer politischen Einstellung von einer Angebotslegung ausgeschlossen worden waren:

„Firmen, die wegen ihrer nationalsozialistischen Einstellung durch längere Zeit hindurch keine öffentlichen Aufträge erhielten, sind bei den ersten Zuteilungen bevorzugt zu behandeln. Jüdische Firmen oder Deutsche Firmen, die ausschließlich ihre Warenbestellungen bei jüdischen Firmen tätigen, sind von den Lieferungen an öffentlichen Stellen ausgeschlossen. Im Zweifel ist bei der Gauleitung der NSDAP Tirol, Adolf Hitlerplatz 1, anzufragen.“<sup>231</sup>

Bisher in Verwendung stehende Lieferantenlisten mussten einer Überprüfung unterzogen werden. Erkundigungen über die Eignung von Firmen waren bei einer in Wien eingerichteten Dienststelle, dem Staatskommissar in der Privatwirtschaft, einzuholen.<sup>232</sup> Noch ein Jahr später gab es diesbezügliche Anordnungen. „Alte Kämpfer“ seien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu bevorzugen, ließ Landeshauptmann Hofer seine untergeordneten Dienststellen im Juli 1939 wissen.<sup>233</sup> Einzelne Firmen schloss Hofer dezidiert von der Vergabe öffentlicher Aufträge aus, wie beispielsweise das Installationsunternehmen Ignaz Ortner & Co. Der Inhaber der Firma war mit einer Jüdin verheiratet.<sup>234</sup>

Ein Blick auf die Inhaber der im Rahmen der Bautätigkeit und Innenausstattung im Landhaus angestellten Betriebe zeigt, dass die Ausführung öffentlicher Aufträge nach dem „Anschluss“ fast ausnahmslos NSDAP-Mitgliedern zufiel. Zu fast sämtlichen Firmenbesitzern mit Sitz in Innsbruck, die in den Rechnungsbelegen vorkommen, findet sich ein Registrierungsakt.<sup>235</sup> Lediglich zum Inhaber der

---

<sup>228</sup> Hofer an Karl Steiner und Eugen Maass, 5.9.1939; Steiner an Hofer, 9.9.1939; Maass an Hofer, 15.9.1939. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

<sup>229</sup> Landesreferent für Betriebsorganisation an den Regierungsdirektor Bundsmann, 6.5.1935; Regierungskommissär für die Privatwirtschaft an das Präsidium der Landeshauptmannschaft, 17.5.1935. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1939, Karton I3 (751–1300), Zl. I3/785.

<sup>230</sup> Landeshauptmann Stumpf an die Landesleitung der Vaterländischen Front, 6.7.1934. Ebd., Präsidium 1938, Karton I2 (601–3089)–I3 (1–500), Zl. I3/210.

<sup>231</sup> Rundschreiben Linert, 28.3.1938. Ebd., Präsidium 1939, Karton I3 (751–1300), Zl. I3/785.

<sup>232</sup> Rundschreiben des Staatskommissars in der Privatwirtschaft, 7.4.1938. Ebd.

<sup>233</sup> Rundschreiben des Landeshauptmanns von Tirol, 5.7.1939. Ebd.

<sup>234</sup> Rundschreiben des Gauleiters und Reichsstatthalters, 31.7.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GH 1939–1945, Karton VII/A/2–VII/D/2/5, Zl. VII/D/2/4/31.

<sup>235</sup> Es handelt sich dabei um Bartenbach Gustav Adolf, Ordner 11/Zl. 90; Baumgartner Konrad, Ordner 12/Zl. 180; Bosin Heinrich, Ordner 19/Zl. 611; Danninger Ludwig, Ordner 37/Zl. 397; Ehrenstrasser Karl, Ordner 45/Zl. 430; Fohringer Karl, Ordner 51/Zl. 379; Fritz Anton, Ordner 54/Zl. 526; Hiesmayr Hans, Ordner 98/Nachregistratur; Käferböck Alois, Ordner 128/Zl. 1297; Kleindl Josef, Ordner Ordner 113/Zl. 430; Knapp

Glockengießerei Grassmayr, die Belüftungsanlagen für die Luftschutzräume lieferte, aber hierbei über ein Alleinstellungsmerkmal verfügte, liegen keine Hinweise auf eine NSDAP-Mitgliedschaft vor.<sup>236</sup> Josef Kranebitters Möbeltischlerei verantwortete die Vertäfelung des Sitzungssaales im ersten Stock. Der Gauleiter soll „auf diesen mit heimischen Kräften ausgeführten Eichensaal“ sehr stolz gewesen sein. Kranebitter rechtfertigte die Auftragsvergabe an seine Firma später folgendermaßen:

„Erst nachdem sämtliche Parteianhänger ausreichend mit Aufträgen versorgt waren, wurde auch mein Betrieb als einer der leistungsfähigsten zu Arbeiten herangezogen. Es sollte der große Sitzungssaal im Gauhaus getäfelt werden. Von den übrigen heimischen Firmen war keine im Stande, diese Arbeiten durchzuführen. Bevor man nun den Auftrag nach Bayern vergab, wurde mir die Arbeit zugeteilt.“<sup>237</sup>

Die Mehrheit der Unternehmer war nach dem Krieg mit dem Vorwurf der illegalen NS-Betätigung vor 1938 konfrontiert. Die Eisenhandlung von Karl Neuwirth, der ab den frühen 1930er Jahren Kontakt zu Gauleiter Hofer hatte, 1932 der NSDAP beitrug und vor 1938 eine Haftstrafe wegen illegaler NS-Betätigung verbüßte, profitierte beispielsweise massiv von der zunehmenden Bautätigkeit und der Zuweisung öffentlicher Aufträge. Hofer ernannte ihn nach dem „Anschluss“ zum Gaubeauftragten für die Altmaterialerfassung, zudem fungierte er als Ratsherr der Stadt Innsbruck.<sup>238</sup> Sein Betrieb findet sich, so wie der Name des Tapezierermeisters Heinrich Bosin, öfters in den Abrechnungen des Erweiterungsbaus. Bosin hatte die illegale Gauleitung unterstützt, indem er seine Werkstatt zwischenzeitlich für den geheimen Druckereibetrieb zur Verfügung stellte.<sup>239</sup> Die Tiroler NS-Führung revanchierte sich nach 1938 unter anderem mit einer Auftragserteilung für die Innenausstattung des Arbeitszimmers des Gauleiters.<sup>240</sup> Danach war er für die Überprüfung der Verdunkelungsvorrichtung im gesamten Landhaus zuständig. Für diesen Großauftrag wurde er von seiner Wehrmachtseinheit für einen Monat freigestellt.<sup>241</sup>

Lief die Auftragsvergabe an die lokalen Unternehmen weitgehend friktionsfrei ab, hatte die Vergabe der Telefonanlage an die Gesellschaft für Automatische Telefonie mit Sitz in Wien, die sämtliche Telefonapparate aus Frankfurt bezog, ein politisches Nachspiel. Schon seit längerem liefen im Deutschen Reich Ermittlungen gegen die Frankfurter Zulieferfirma. Seit der NS-Machtergreifung in Deutschland musste der Konzern aufgrund zahlreicher jüdischer Vorstandsmitglieder und Aktionäre um staatliche Aufträge kämpfen. Seine wirtschaftlichen Kontrahenten hatten mit dem Hinweis auf die „nicht arischen Gesellschafter“ und das „jüdische Kapital“ einen Boykottaufruf gestartet. 1941 stieg der Thyssen-Konzern bei der Firma ein und übernahm die Führung der Geschäfte.<sup>242</sup> Landeshauptmann Hofer warf dem Wiener Unternehmen vor, hinsichtlich der Angaben zur

---

Konrad, Ordner 114/Zl. 525; Köllensperger Anton, Ordner 118/Zl. 740; Köllensperger Max, Ordner 118/Zl. 745; Kranebitter Josef, Ordner 122/Zl. 928; Mahrholdt Richard, Ordner 145/Zl. 74; Neuwirth Karl, Ordner 169/Nachregistratur; Norer Erwin, Ordner 167/Zl. 322; Ruedl Hans, Ordner 208/Zl. 750; Scheiring Alfons, Ordner 227/Zl. 158; Spechtenhauser Oskar, Ordner 219/Zl. 478; Steiner Karl, Ordner 247/Zl. 207; Stolz Otto, Ordner 250/Zl. 411; Volland Julius, Ordner 269/Zl. 134; Wopfner Felix, Ordner 284/Zl. 844; Zanier Peter, Ordner 291/Zl. 45. StAl, Registrierungsakten.

<sup>236</sup> Bermoser an den Landeshauptmann von Tirol, 22.9.1939. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, I. Teil, Zl. 2/41.

<sup>237</sup> Möbelfabrik Kranebitter & Comp. an den Polizeipräsidenten, 17.12.1945. StAl, Registrierungsakten, Ordner 122/Zl. 928.

<sup>238</sup> Vernehmung des Beschuldigten Neuwirth, 30.6.1945. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 576/45.

<sup>239</sup> Bericht über die illegale Tätigkeit der Terror und Sprenggruppe der S.A., SS und Pg, 12.4.1938. TLA, NSDAP – Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton VI/1/1–1/11, Zl. VI/1/1, Fol. 45ff.

<sup>240</sup> Rechnung Bosin an Gauleiter Hofer, 18.6.1940. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 403–498/41, Zl. 445/41.

<sup>241</sup> Heinrich Bosin an den Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg (Gebäudeverwaltung), o. D.; Heinrich Bosin an den Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg (Gebäudeverwaltung), 16.12.1942. Ebd., GH 1939–1945, Karton VII/A/2–VII/D/2/5, Zl. VII/D/1a/31.

<sup>242</sup> Susanne Meinel/Jutta Zwilling, Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen, Frankfurt/Main 2004, S. 104f.

Lieferfirma getäuscht worden zu sein. Zu seinem „größten Befremden“ musste er feststellen, dass der Besitzer dieser Firma „nicht in Ordnung“ sei. Er bat darum, von dem „unter falschen Voraussetzungen erteilten Auftrag, den ich wegen des Baufortschrittes nicht mehr aufzuheben in der Lage bin, keinen wie immer gearteten Gebrauch für Referenzen bzw. Reklame zu machen“.<sup>243</sup> Sein Schreiben ging „auf Weisungen höherer Stellen zurück“, wie er betonte.<sup>244</sup> Zwei Tage später erließ er für sämtliche Dienststellen des Landes ein Verbot, der Gesellschaft für Automatische Telefonie irgendwelche Aufträge zu erteilen.<sup>245</sup> Das Unternehmen hatte bereits 1936 ähnliche Erfahrungen im Zuge der Automatisierung der Telefonzentrale im Alten Landhaus gemacht. Der Bundesminister für Handel und Verkehr machte Landeshauptmann Schumacher damals aufmerksam, dass der Betrieb sämtliche Geräte aus dem Ausland beziehen würde. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen sei es nicht angängig, „durch überflüssige Auslandsbezüge die Interessen der österreichischen Produktion zu vernachlässigen“.<sup>246</sup>

### **Das Bauunternehmen G. Hinteregger**

Die eigentliche Errichtung des Erweiterungsbaus führte das Bauunternehmen G. Hinteregger<sup>247</sup> durch. Dieses ging auf die Gründung eines Zimmererbetriebes 1882 in Bregenz zurück. Gebhard Hinteregger, der Leiter des Unternehmens, hatte 1914 die Baumeisterprüfung abgelegt und den väterlichen Betrieb um die Baufirma erweitert. Schon in den 1920er Jahren machte er sich durch die Ausführung anspruchsvoller Bauvorhaben einen Namen. Auf die Errichtung der Bergstation der Bregenzer Pfänderbahn folgte mit dem Bau der Bergstation der Patscherkofelbahn 1927/28 der erste Großauftrag in Innsbruck, wo auch eine Niederlassung in der Maria-Theresien-Straße 15 bestand. Richtungsweisend war in der Folge der Ansatz, Großprojekte als Generalunternehmen in Arbeitsgemeinschaft mit anderen Firmen auszuführen.<sup>248</sup> Diese Herangehensweise kam auch beim Erweiterungsbau zum Einsatz. Neben der eigentlichen Errichtung des Gebäudes, das mit einer Warmwasserpumpenheizung und einem Personenaufzug auszustatten war, fielen auch sämtliche Steinmetzarbeiten in den Aufgabenbereich Hintereggers. Dazu zählte die Herstellung der Fensterumrahmungen und Sockelverkleidungen, des Stufen- und Plattengranitbelags beim Haupteingang, sowie der Hoheitsabzeichen an der Ostfassade. Im Bereich der Schlosserarbeiten waren lediglich die geschmiedeten Eingangstore in der Wilhelm-Greil-Straße und beim Verbindungsbau zum Taxispalais ausgenommen. Die Verlegung der Parkettfußböden, die Einrichtung von Zimmerwaschbecken und die für vorgesehene elektrische Installationen notwendigen Rohrleitungen hatten von Hinteregger bewerkstelligt zu werden. Selbst scheinbar nebensächliche Arbeiten, wie die Lieferung und Anbringung der Schneefanggitter oder der Beleuchtungskörper, werden in einem Vertragsentwurf zwischen Hinteregger und dem Land eigens erwähnt. Ausgenommen blieben die Küchen- und Saaleinrichtungen sowie die Ausstattung der Luftschutzräumlichkeiten – ebenso wie die Aufstellung einer Benzintankstelle im Hof und die Ausgestaltung eines Schießstandes in den Räumlichkeiten des östlich gelegenen Luftschutzkellers.<sup>249</sup>

---

<sup>243</sup> Hofer an die Gesellschaft für Automatische Telefonie, 24.5.1939. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1939, I3 (121–270), Zl. I3/262.

<sup>244</sup> Hofer an die Telefonbau und Normalzeit G.m.b.H., 31.7.1939. Ebd.

<sup>245</sup> Rundschreiben Landeshauptmann von Tirol (Riebel), 26.5.1939. Ebd.

<sup>246</sup> Bundesminister für Handel und Verkehr (Stockinger) an Landeshauptmann Schumacher, 20.3.1936. Ebd., Präsidium 1938, Karton I3 (501–1350), Zl. I3/718.

<sup>247</sup> Wir bedanken uns bei Ulrich Nachbaur, dem Leiter des Vorarlberger Landesarchivs, für die umfassende Unterstützung der Recherchen zu Gebhard Hinteregger. Nachbaur's Erkenntnisse sind im Schreiben an Christian Mathies, 2.11.2019, VLA-41.03-48/2019-2, zusammengefasst.

<sup>248</sup> Matthias Reisner, G. Hinteregger & Söhne Baugesellschaft m.b.H. 100 Jahre (1914–2014), Linz 2014, S. 14. Wir danken Matthias Reisner für die Übermittlung der Publikation.

<sup>249</sup> Entwurf für den Bauvertrag, o. D. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

Für die Errichtung des Gauhauses gab es wohl keinen berufeneren Baumeister als Hinteregger, der auf ein langjähriges Engagement für die NS-Bewegung zurückblicken konnte. Die „Innsbrucker Nachrichten“ stellten Hinteregger am 24. September 1938 als „Opfer der Systemzeit“ vor:

„Dafür, daß der Bau unentwegt voranschreitet und termingemäß fertiggestellt wird, gibt schon die Persönlichkeit des Betriebsführers der Baufirma Gewähr. Pg. Gebhard Hinteregger [...] hat nach längerer Haft in Kaisersteinbruch durch die Schikanen der Systembehörden sein Baugeschäft in Bregenz verloren. Er hat aber dann im Altreich zahlreiche behördliche Bauaufträge größeren Umfangs ausgeführt und im Mai d. J. auch das Gaudiplom des Traditionsgaues München-Oberbayern erhalten. Bei der Ausführung dieser Arbeiten hat Pg. Hinteregger Gelegenheit gehabt, seine organisatorischen und technischen Fähigkeiten an großzügigen Aufgaben unter Beweis zu stellen, so daß er die beiden Voraussetzungen dafür mitbringt, um auch den Erweiterungsbau des Landhauses in seinem Heimatgau rasch und planmäßig zu einem guten Ende zu führen.“<sup>250</sup>

Das Gendarmeriepostenkommando Bregenz urteilte 1949, dass er „zu den aktivsten, illegalen Nationalsozialisten“ gezählt und als „alter, verdienter Kämpfer“ in der Stadt gegolten hatte.<sup>251</sup> Hatte er sich in den 1920er Jahren in der Stadtvertretung der Stadt Bregenz für die Deutsche Volkspartei engagiert, betätigte er sich schon vor dem Verbot der NSDAP für die Partei. Mitglied wurde er Anfang April 1933. Sein NS-Engagement blieb nicht unbemerkt und führte Ende Jänner 1934 zu einer Hausdurchsuchung und seiner Verhaftung.<sup>252</sup> Hintergrund der Festnahme stellte eine Terrorwelle mit etlichen Papierboller-Attentaten der verbotenen NSDAP in Vorarlberg dar. Als Antwort auf die überhandnehmenden Anschläge kam es zu Verhaftungen prominenter Nationalsozialisten.<sup>253</sup> Hinteregger verbrachte im Anschluss ca. drei Monate im Anhaltelager Kaisersteinbruch.<sup>254</sup> Nach seiner Rückkehr war er von Mai 1934 bis Juli 1935 illegal als Kreisleiter in Vorarlberg tätig. Aufgrund fehlender öffentlicher Aufträge kehrte er Bregenz im Mai 1935 den Rücken und errichtete in München einen Baubetrieb, wo er spätestens mit der Ausführung eines Teilauftrages für den Bau des Flughafens München-Riem an seine wirtschaftlichen Erfolge in Österreich anschließen konnte. Nach dem „Anschluss“ fasste er in seiner Heimat wieder sehr schnell Fuß. Bereits im Sommer führte das Unternehmen den Bau einer Kaserne im 13. Bezirk in Wien aus.<sup>255</sup> Hinteregger hatte nach 1945 eine längere Haftstrafe in Paris zu verbüßen. Hintergrund dürfte zum einen seine Bautätigkeit für die deutsche Wehrmacht in Frankreich, zum anderen sein Pariser Büro, das sich in einer enteigneten Wohnung eines jüdischen Zahnarztes befunden hatte, gewesen sein. Erst 1949 kehrte er wieder nach München zurück.<sup>256</sup>

Der Leiter der Innsbrucker Niederlassung, Baumeister Karl Kastner, verantwortete das eigentliche Baugeschehen. Dieser stand Hinteregger in Sachen NS-Engagement in nichts nach. Er war seit Oktober 1932, in einigen Akten wird auch April 1933 genannt, Parteimitglied und zusätzlich Angehöriger der SS. Im Sommer 1934 wurde er für mehrere Monate im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftiert, weil er sich beim Abbrennen von Hakenkreuzfeuern beteiligte. Nach seiner Entlassung lebte er ab April 1935 in Garmisch. Erst mit dem Beginn der Bauarbeiten kehrte er wieder nach Innsbruck zurück. In der Folgezeit leitete er verschiedene Großbaustellen – unter anderem fungierte

---

<sup>250</sup> Innsbrucker Nachrichten, 24.9.1938, S. 7.

<sup>251</sup> Gendarmeriepostenkommando Bregenz an das Bezirksgericht Bregenz, 7.2.1949. VLA, BH Bregenz, Zl. I-1402-H176/1948.

<sup>252</sup> Gendarmeriepostenkommando Bregenz an die Bezirkshauptmannschaft Bregenz, 24.1.1934. Ebd., Zl. III-1615/1935.

<sup>253</sup> Harald Walser, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933–1938 (Materialien zur Arbeiterbewegung 28), Wien 1983, S. 98f.

<sup>254</sup> Gendarmeriepostenkommando Bregenz an das Bezirksgericht Bregenz, 7.2.1949. VLA, BH Bregenz, Zl. I-1402-H176/1948.

<sup>255</sup> Reisner 2014, S. 22 und 28.

<sup>256</sup> Bericht der Bundespolizeidirektion Innsbruck, 20.3.1947. TLA, Bundespolizeidirektion Innsbruck, Dokumentationsmaterial über Mitgliedschaft zur NSDAP, Arisierung, Karton 1/0–1/39/1-219, Zl. 1/18/1, S. 13; Reisner 2014, S. 39.

er als Bauleiter des Tauernkraftwerks in Kaprun – bis er 1944 zur Waffen-SS eingezogen wurde. Schon in seiner Rede anlässlich der Firstfeier des Erweiterungsbaus hatte Kastner „treueste Gefolgschaft und, wenn es sein muß, ebenso bedingungslose Waffenbruderschaft bis in den Tod“ versprochen.<sup>257</sup> Nach dem Ende des Krieges saß er zwei Jahre im Lager Glasenbach, einem Internierungslager der amerikanischen Besatzungsmacht für ehemalige Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher, ein.<sup>258</sup> Neben seiner illegalen Tätigkeit bereiteten ihm nach 1945 Denunziationsvorwürfe Probleme, wengleich der Volksgerichtsprozess im September 1952 in dieser Hinsicht mit einem Freispruch endete.<sup>259</sup>

Seit wann sich Gauleiter Hofer und Baumeister Hinteregger näher kannten, ist nicht überliefert. Wahrscheinlich pflegten sie nach der Errichtung der Niederlassung in Innsbruck in den frühen 1930er Jahren schon erste Kontakte oder lernten sich in München kennen. Bevor Hofer seine Tätigkeit im Rahmen des „Flüchtlingshilfswerks“ in Berlin aufnahm, schlug er – ebenso wie Hinteregger – seine Zelte in München auf. Laut Alois Tschabrun, der in Vorarlberg im Auftrag der Gauleitung die Wohnraumbeschaffung für die ankommenden Südtirolerinnen und Südtiroler koordinierte, kannten sich die beiden seit der illegalen Zeit, waren freundschaftlich verbunden und spielten sich „alle geeigneten Bälle“ gegenseitig zu.<sup>260</sup> Dass ein ausgesprochenes Naheverhältnis zwischen Hofer und Hinteregger bestand, bestätigen die Abrechnungsmodalitäten. Ohne die Vorlage von Bauabrechnungen von Seiten Hintereggers und ohne genauere Überprüfung leistete das Land Vorschusszahlungen. Um das Baugeschehen „technisch und ökonomisch“ überwachen zu können, wies der Rechnungsprüfer Regierungsoberinspektor Danzl im Juli 1942 auf die fehlenden Nachweise hin: „Soviel mir bekannt ist, hat jedoch die Fa. Hinteregger & Co bis heute keine Abrechnung vorgelegt und somit auch den Nachweis über die ordnungsmäßige Verwendung der ihr vom Lande überwiesenen vorschüsse [!] nicht erbracht.“<sup>261</sup> Nur im Rahmen von Nachverhandlungen mit Gauleiter Hofer zwecks gestiegener Baukosten hatte das Unternehmen Rechnungen vorgelegt. Im Juni 1939 segnete Hofer eine erste Kostensteigerung ab. Hinteregger rechtfertigte sich mit dem Hinweis, dass sich etliche Handwerker nicht an das Preisstopppgesetz halten würden.<sup>262</sup>

Ende 1939 griff Gauleiter Hofer dem Unternehmen mit der Erhöhung des Honorars auf über RM 1,78 Millionen noch einmal unter die Arme.

„Trotz der zweifellosen Rechtslage, dass schlüsselfertig das Haus zum Preis von RM 24,- für den umbauten Raum abgeschlossen wurde und dass jede wie immer geartete Überschreitung schon damals abhängig gemacht wurde von einer vorherigen Genehmigung, die sowohl von Ihnen als auch von mir gezeichnet werden muss“,

rechtfertigte Hofer gegenüber Landesfinanzreferent Linert seine Entscheidung „aus Gründen der Billigkeit gegenüber dem Pg. Hinteregger, der vor unnotwendigem Verlust bewahrt werden soll“.<sup>263</sup> Aussagen des Unternehmens zufolge, stellte der Landhauserweiterungsbau selbst nach diesem Entgegenkommen ein Verlustgeschäft von rund RM 250.000 dar. Das gute Verhältnis zu Hofer belegt auch ein Schreiben, in dem Baumeister Bermoser im Mai 1941 zum Begleichen offener Rechnungen an das Unternehmen aufgefordert wird. Die Anordnung schließt mit der Drohung, den

---

<sup>257</sup> Nationalsozialistischer Gaudienst, 7.5.1939, S. 1.

<sup>258</sup> Meldeblatt Karl Kastner, Oktober 1948 und Niederschrift, 14.8.1948. StAl, Registrierungsakten, Nachregister, Zl. 130; Bundespolizeidirektion Innsbruck an das Landesgericht – Volksgericht Linz, 7.7.1949. OLA, LG Linz, VgVr 0798/52.

<sup>259</sup> Urteil, 15.9.1952. Ebd.

<sup>260</sup> Alois Tschabrun, Widerstand und Nazi-Orden, Dornbirn 1981, S. 81.

<sup>261</sup> Danzl an Reichstatthalterei in Tirol und Vorarlberg, 1.7.1942. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton IV-611–8212/1-2, Zl. IV-615.

<sup>262</sup> Aktenvermerk von Hofer an Landesrat Linert, 22.6.1939. Ebd., Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

<sup>263</sup> Vermerk von Hofer an Landesrat Linert, 28.12.1939. Ebd.

Reichsstatthalter einzuschalten, falls die Zahlungen nicht zeitnah geleistet werden sollten.<sup>264</sup> Hinteregger wusste seine Kontakte auszunutzen. Ende 1939 profitierte er von der „Arisierung“ eines 7000 m<sup>2</sup> großen Lagerplatzes an der Ecke Dr.-Glatz-Straße/Amraser Straße, der dem jüdischen Möbelhändler Rudolf Brüll gehört hatte. Um einen Spottpreis von RM 42.000 erwarb Hinteregger den Platz, auf dem eine Wohnanlage errichtet werden sollte. Brüll wies im Zuge seiner Einvernahme im Juni 1946 darauf hin, dass Hinteregger schon allein aufgrund des späten Zeitpunktes des Vermögensentzuges – fast das gesamte jüdische Vermögen war bereits „arisiert“ – „eine besondere Gunst beim Gauleiter Hofer gehabt haben“ musste.<sup>265</sup>

### **Das Baugeschehen und seine propagandistische Verwertung**

In ausgesprochen kurzer Zeit wurde der Hauptbau im Winter 1938/39 fertig gestellt. Gearbeitet wurde rund um die Uhr. Eine Kostenaufstellung listet Zulagen für Sonntags- und Nachtarbeit auf.<sup>266</sup> Auch zwischen Weihnachten und Silvester wurde gearbeitet, wobei ein schneearmer Winter dem Projekt in die Arme spielte. Große Schneemengen brachten erst Mitte März 1939 leichte Verzögerungen mit sich. Ein von Baumeister Engelbert Plank, Mitarbeiter der Hochbauabteilung, angelegtes Fotoalbum dokumentiert den Baufortschritt.<sup>267</sup> Das erste Foto stammt vom 8. Oktober 1938 und zeigt die vorbereitenden Abbrucharbeiten am Gelände. Noch während der Schuttbeseitigung der ersten Teilabriss setzten die Aushubarbeiten ein. Da während der Bauarbeiten erst nach und nach weitere Abrissmaßnahmen erfolgten und die Zufahrt über die Fuggergasse sehr eng war, sah sich die Bauleitung mit logistischen Herausforderungen konfrontiert. Der Transport von Abraum- und Baumaterial erfolgte über Waggons auf Schienen, einer eigens eingerichteten „Feldbahn“. Die stufenweisen Baumaßnahmen begannen im Westen im direkten Anschluss an das Taxispalais und erfolgten in sechs Bauabschnitten Richtung Osten. Im Bauabschnitt 1 und 2, dem Westflügel, konnte Anfang November bereits mit dem Mauern begonnen werden, während für den Mitteltrakt (Bauabschnitt 3) erst der Aushub für die Verschalung mit Kellerbeton einsetzte. Der Mitteltrakt war im Dezember 1938 bereits bis zum ersten Stock gewachsen, während zugleich der letzte Teil für den Keller des Ostflügels (Bauabschnitt 4 und 5) ausgehoben wurde.

Erst im März/April 1939 konnte die „ehemaligen Handelsakademie“ abgerissen werden, sodass die Maurerarbeiten am Ostflügel voranschreiten konnten. Zeitgleich begann der Ausbau der Dachkonstruktion im Westen und bis Ende April 1939 dann schließlich auch im Ostflügel. Zur Firstfeier am 6. Mai 1939 berichteten die „Innsbrucker Nachrichten“ über einige Zahlen zum Baugeschehen. 30 Wochen lang arbeiteten im Durchschnitt 210 Männer auf der Baustelle. Über 2,5 Millionen Ziegel, 6.500 Kubikmeter Kies, 3.000 Kubikmeter Sand, 75 Waggons Zement und 320 Tonnen Eisen wurden verbaut. Die Gesamtlänge der Leitungen für die Heizungstechnik, die elektrischen Anlagen und die sanitären Einrichtungen betrug über 28 Kilometer.<sup>268</sup> Mit Fundament- und Kellermauern aus Stampfbeton und Mauerwerk aus Ziegeln „deutschen Formats“ erfolgte die Erstellung in traditioneller Ziegelbauweise. Die Baubeschreibung verweist auf die notwendige Einsparung von Eisen.<sup>269</sup> Das Bautagebuch bietet darüber hinaus noch weitere Hinweise auf einzelne technische Details wie den Einsatz von Luftdruckwerkzeugen und eines Greifbaggers für den Abbruch

---

<sup>264</sup> Baumeister Hinteregger (Kastner) an Baumeister Bermoser, 14.5.1941. Ebd., Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, II. Teil, Zl. 2/41.

<sup>265</sup> Befragung Rudolf Brüll, 27.6.1946. TLA, Bundespolizeidirektion Innsbruck, Dokumentationsmaterial über Mitgliedschaft zur NSDAP, Arisierung, Karton 1/0–1/39/1-219, Zl. 1/18/2.

<sup>266</sup> Zusammenstellung der Kosten „Bereits bezahlt“ (Anhang zum Amtsvermerk von Grosch, 26.9.1940). TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, I. Teil, Zl. 2/41.

<sup>267</sup> Siehe zu den folgenden Ausführungen Engelbert Plank, Bautagebuch, 8.10.1938–April 1939. StAI.

<sup>268</sup> Innsbrucker Nachrichten, 8.5.1939, S. 3.

<sup>269</sup> Baubeschreibung Erweiterungsbau (Riedel), 12.9.1938, TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0398, Datei 1495f.

oder die Verwendung eines Beton-Durchlaufmischers, dem „Kaisermischer“ und eines Bauaufzugs (Abb. 29–31).

Schon im August des laufenden Jahres bezogen die ersten Gliederungen der Partei ihre neuen Arbeitsräume. Die Fertigstellung des Saal- und Küchentraktes, der sich Richtung Innenhof befand, erfolgte zu einem späteren Zeitpunkt. Erst im Jänner 1941 war er im Rohbau fertig gestellt. Zur selben Zeit fanden die Montagearbeiten für die Kücheninstallationen statt.<sup>270</sup> Die Eröffnung des mit Fresken und Holzschnitzereien ausgestatteten Gemeinschaftssaales, der als Kantine fungierte, verkündeten die „Innsbrucker Nachrichten“ am 1. September 1941.<sup>271</sup> Einen Monat später konnte die Neubauleitung die Fertigstellung sämtlicher Bauarbeiten vermelden. Die Ausgestaltung des Innenhofes wurde zwei Monate später abgeschlossen.<sup>272</sup> Bis zum vierten Stock bot jede Etage des Hauptbaus Platz für ca. 50 Büroräumlichkeiten. Der Baubescheid erwähnt 257 Kanzleiräume, 10 Beratungszimmer und zwei Säle.<sup>273</sup> Waren die meisten Räume mit zwischen 15 bis 18 m<sup>2</sup> Größe relativ klein bemessen, verfügte Gauleiter Hofer im ersten Obergeschoss über ein 50 m<sup>2</sup> großes Arbeitszimmer. Über dessen Vorzimmer gelangte man in den 136 m<sup>2</sup> großen Sitzungssaal, der sich über zwei Stockwerke erstreckte und komplett vertäfelt war. Der Balkon Richtung Vorplatz war von diesem Saal aus zu erreichen. Der Zugang zum 378 m<sup>2</sup> großen Gemeinschaftssaal, der über eine Kinoeinrichtung verfügte, lag gegenüber. Technisch war der Bau am neuesten Stand, wie schon allein der vorhandene Personenaufzug sowie die installierte Lautsprecheranlage zeigt. Im Kellerabteil des Westflügels war die automatische Telefonanlage und die Telefonvermittlung untergebracht. Die vorgeschriebenen Luftschutzräume nahmen den überwiegenden Teil des Kellers in Anspruch. Der längs im Ostflügel untergebrachte Luftschutzkeller diente der Belegschaft des Landhauses zusätzlich als Kleinkaliber-Schießstand. Im Hof befanden sich zwei Garagen. Die Fahrbereitschaftsräumlichkeiten befanden sich im Parterre des Küchentraktes.<sup>274</sup>

Mit knapp über 200 Bauarbeitern spielten die Beschäftigungszahlen des Erweiterungsbaus im regionalen Maßstab zwar eine gewisse Rolle, insgesamt stellten sie aber eine vernachlässigbare Größe dar. Ein Blick auf die 1938 bei öffentlichen Bauprojekten beschäftigte Personenanzahl von 90.000 zeigt auch, dass die Auswirkungen der geförderten Arbeitsbeschaffungsprojekte gesamtwirtschaftlich kaum ins Gewicht fielen. 1935, am Höhepunkt der von Schuschnigg propagierten „Arbeitsschlacht“, waren mit über 77.000 Personen nur unwesentlich weniger Arbeiter im Rahmen öffentlicher Bauvorhaben angestellt. Mindestens 25.000 der 90.000 Arbeitsplätze gingen zudem auf das Konto von Wehrmachtsbauten. Der rapide Rückgang der Arbeitslosenrate war neu geschaffenen Arbeitsplätzen zur Kriegsvorbereitung geschuldet.<sup>275</sup> Dadurch gelang es dem NS-Regime, sein Versprechen der Beseitigung der Arbeitslosigkeit sehr rasch einzulösen. In Tirol sank die Arbeitslosenrate ab Dezember 1937 innerhalb eines Jahres von 24,7 auf 2,3 Prozent, sodass bereits im Winter 1938/39 Vollbeschäftigung herrschte. Waren im März 1938 in Tirol noch über 10.000 Bauarbeiter arbeitslos, fehlten ein Jahr später über 4.000 Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft. Ende September 1939 beschäftigte die Baubranche im Reichsgau 2.100 Italiener, 1.000 Slowaken sowie mehrere hundert Tschechen.<sup>276</sup> Ende April 1938 hatte die Arbeitsmarktsituation noch anders ausgesehen. Nur „fachlich vorgebildete und vor allem um die nationale Erhebung verdiente

---

<sup>270</sup> Stand der Bauarbeiten des Neubaus des Landhaus-Erweiterungsbaues, 15.1.1941. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel P 2171–2271 und O 1520–6005, Zl. O 6000/B/c.

<sup>271</sup> Innsbrucker Nachrichten, 1.9.1941, S. 4.

<sup>272</sup> Stand der Bauarbeiten des Neubaus des Landhaus-Erweiterungsbaues, 1.10.1941 und 15.1.1942. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel P 2171–2271 und O 1520–6005, Zl. O 6000/B(1. Teil)/c.

<sup>273</sup> Bescheid, 22.11.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0398, Datei 1509–1511.

<sup>274</sup> Vgl. zum Aufbau des Wirtschaftstraktes die folgenden Planunterlagen: Grundriss EG vom 26.10.1939 und 4.11.1939, Grundriss 1. OG vom 6.7.1940, Grundriss 2. OG vom 26.10.1939, Schnitt vom 31.8.1939, Nordansicht vom 16.6.1939, Hofansicht vom 18.10.1938. Registratur der Liegenschaftsverwaltung.

<sup>275</sup> Weber 1992, S. 151f.

<sup>276</sup> Schreiber 1994, S. 38 und 50.

Arbeitskräfte“ sollten durch das Arbeitsamt bei öffentlichen Bauvorhaben zugewiesen werden.<sup>277</sup> Wenige Monate später griff auch das Bauunternehmen Hinteregger auf Arbeitskräfte aus Italien zurück. Daneben waren auch Maurer aus München am Bau beteiligt (Abb. 30).<sup>278</sup> Als Schlafstelle dienten das vom Land soeben erworbene Wohnhaus in der Welsergasse 3 und das Gebäude der ehemaligen Handelsakademie, das erst im Frühjahr 1939 abgerissen wurde.<sup>279</sup>

Je länger der Krieg dauerte umso mehr war die Bauwirtschaft auf den Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeitern angewiesen. Die ersten im Spätherbst 1939 eingetroffenen 800 polnischen Kriegsgefangenen setzte die Gauleitung überwiegend am Bau ein.<sup>280</sup> Der frühe Zeitpunkt der Errichtung des Erweiterungsbaus verhinderte einen Einsatz von Kriegsgefangenen. Nur zwei Wochen nach Kriegsbeginn waren Zwangsarbeitskräfte in den Überlegungen der Bauabteilung aber schon ein Thema. Der Leiter der Hochbauabteilung hielt die Verwendung von Kriegsgefangenen in seinem Bereich für nicht zweckmäßig. Ob „beim Landhauserweiterungsbau, etwa bei der Vorplatzgestaltung (dazu gehört auch das geplante Abtragen von 2 oder 3 Häusern) Kriegsgefangene in Verwendung zu stellen sind“, machte er von der Entscheidung des Gauleiters abhängig.<sup>281</sup> Der Abbruch der hier genannten Häuser blieb aus, dennoch kann der Einsatz von Kriegsgefangenen bei späteren Arbeiten, wie etwa der Fertigstellung des Küchentraktes oder der Ausgestaltung des Innenhofes, nicht ausgeschlossen werden. Etliche am Erweiterungsbau beteiligte Firmen beschäftigten zudem Zwangsarbeitskräfte und Kriegsgefangene.<sup>282</sup>

Gauleiter Hofer und sein Mitarbeiterstab strebten eine öffentlichkeitswirksame Inszenierung des Projekts an, wie allein die Spatenstichfeierlichkeiten im September 1938 zeigen. Am selben Tag eröffnete Gauleiter Hofer die Innsbrucker Herbstmesse und das erste Tiroler Landesschießen. Hofer verzichtete dafür eigens auf eine durchgehende Teilnahme am Nürnberger Reichsparteitag, der zeitgleich stattfand. Die Feierlichkeiten symbolisierten den Aufbruch in eine neue Zeit und die transportierte Nachricht war bei jeder der drei Zeremonien dieselbe: Nach Jahren des Stillstandes steuerte der Nationalsozialismus die Heimat in eine bessere Zukunft, die im Zeichen „der Größe des deutschen Volkes“ stand.<sup>283</sup> Im Hofraum des Landhauses hatten Ehrenstürme der SA, der SS, des NSKK und des NSFK Aufstellung genommen. Zahlreiche Vertreter der Partei und Beamtenabordnungen waren anwesend. Gauleiter Hofer hob in seiner Rede die äußerst rasch abgewickelten Planungen als „Beweis nationalsozialistischer Zielstrebigkeit und Tatkraft“ hervor: „Was in kürzester Zeit geplant wurde, werden nun deutsche Volksgenossen, deutsche Arbeiter in die Tat umsetzen und vollenden. Jeden einzelnen dürfe es mit Stolz erfüllen, mitschaffen zu können an einem Werk, das zum Herzen des schönsten deutschen Gaus werden wird.“ Am Ende seiner Rede gedachte er „des Mannes, der uns die Befreiung brachte, der das Wort von Ehre der Arbeit geprägt, unseres Führers Adolf Hitler. Wir grüßen den größten Baumeister Großdeutschlands, Sieg Heil!“<sup>284</sup>

Die „Innsbrucker Nachrichten“ dokumentierten das Baugeschehen bis zur Firstfeier in unregelmäßigen Abständen und inszenierten den Bau als steingewordenes Abbild der nationalsozialistischen Idee. Der Aspekt der Arbeitsbeschaffung stand im Zentrum der propagandistischen Vermarktung. „Zu wenig Arbeiter! Das ist die größte Sorge des Bauführers heutzutage, und uns scheint gerade dies unfaßbar!“, wurde etwa auf eine Aussage des Baumeisters

---

<sup>277</sup> Landeshauptmann an das Bauamt der Landeshauptmannschaft für Tirol, 26.4.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1938, Karton I3 (501–1350), Zl. I3/1292.

<sup>278</sup> Plank, Bautagebuch. StAl.

<sup>279</sup> Innsbrucker Nachrichten, 28.1.1939, S. 9 und 21.3.1939, S. 5.

<sup>280</sup> Schreiber 1994, S. 229.

<sup>281</sup> Leiter der Hochbauabteilung (Riedl) an Leiter des Bauamtes, 15.9.1939. TLA, ATR (1924–1939/40), Bauamt, Abteilung H, Faszikel 1938/39, Zl. 203/1939.

<sup>282</sup> Vgl. dazu etwa die Erwähnung von Zwangsarbeit in den Betrieben Kranebitter und Norer. StAl, Registrierungsakten, Ordner 167/Zl. 322; Ordner 122/Zl. 928.

<sup>283</sup> Innsbrucker Nachrichten, 12.9.1938, S. 5.

<sup>284</sup> Neueste Zeitung, 10.9.1938, S. 2 und 7.

Kastner Bezug genommen.<sup>285</sup> Auch abseits des Baugeschehens fand das Projekt Erwähnung. Ende November 1938 fand auf der Baustelle im Rahmen der Geburtstagsfeierlichkeiten für Gauleiter Hofer ein Konzert des Gaumusikzuges statt, wo Hofer und die Arbeitskameraden am Bau den eigens von Sepp Tanzer komponierten „Gauleiter-Hofer-Marsch“ zum ersten Mal zu hören bekamen.<sup>286</sup> Die letzte in den Medien dokumentierte Baufeierlichkeit stellte die Firstfeier dar, die am 6. Mai 1939 stattfand (Abb. 32 und 33). Gauleiter Hofer, die Mitglieder der „Landesregierung“, Kreisleiter Primbs, Oberbürgermeisters Denz, zahlreiche andere Vertreter von Partei und Staat und Baumeister Hinteregger stießen auf den Bau an, „der künftighin als Sitz der Gauleitung ein neues Wahrzeichen des nationalsozialistischen Aufbauwillens in unserem Gau darstellen“ würde. Vor dem mit Hakenkreuzfahnen und Tannengrün geschmückten Gebäude hatten die Bauarbeiter und die Wiltener Musikkapelle Aufstellung genommen. In seiner Ansprache, die dem Skript der Rede zur Spatenstichfeier folgte, erinnerte Hofer an die vergangenen Jahre, „als noch Zehntausende arbeitsloser, verelendeter Menschen die Straßen füllten“. Anschließend marschierten die Bauarbeiter, angeführt von Gauleiter Hofer, zu einem gemeinsamen Mittagessen.<sup>287</sup> Den letzten Propagandabericht zum Baugeschehen druckte das Blatt am 17. Mai 1939 ab. In einer Art Reportage berichteten die „Innsbrucker Nachrichten“ über die am Bau beschäftigten Arbeiter, um sie als Sinnbild der Einheit des Volkes und der Überwindung des Klassenkampfes darzustellen:

„Ein festes Band der Kameradschaft umschlingt alle Schaffenden am Werk. Sie wissen ja, daß sie alle für das gleiche Ziel tätig sind und dem gleichen Ziel dienen. Und wenn wir sie so gesehen haben, die Männer auf den Gerüsten, die Zimmerleute auf schwindligem Gebälk, die Maschinisten an den surrenden Kränen und ratternden Kompressoren, die vielen schaffenden Hände am großen Bau, dann verstehen wir auch ein bißchen mehr von ihrer Arbeit. [...]. Dann ist auch dies Arbeit im Dienst des Volksganzen, Arbeit für uns alle!“<sup>288</sup>

Für auftretende Planungsfehler, Probleme und daraus resultierende Konflikte im Zuge der Bauausführung war in der Berichterstattung kein Platz, wobei angesichts des überhasteten Tempos erstaunlich wenig in diese Richtung passierte. Erst bei den Aushubarbeiten stießen die Bauarbeiter auf Gasleitungen in der Fuggergasse, die komplett vergessen worden waren. „Wir erfahren soeben“, meldete sich das Städtische Gaswerk Innsbruck leicht irritiert zu Wort, „daß im Zuge der Neubauarbeiten am Land- resp. Gauhaus, die Fuggergasse aufgelassen und überbaut wird. Durch diese Strasse führt jedoch unser Hauptversorgungsstrang für Wilten“, informierte das Unternehmen nach dem Beginn der Bauarbeiten. Die Leitung durfte unter keinen Umständen unterbrochen werden. Ein schnell erstelltes Provisorium musste in diesem Fall Abhilfe schaffen.<sup>289</sup> Das Land weigerte sich im Anschluss, die verrechneten Selbstkosten des Städtischen Gaswerkes zu begleichen. Für Baumeister Bermoser war die Kostenaufrechnung „nicht erklärlich, da diese Arbeiten doch eine Notwendigkeit im Interesse des Werkes“ darstellen würden.<sup>290</sup> Für Konfliktstoff sorgte eine weitere Panne im Dezember 1940. Im noch nicht endgültig fertiggestellten Küchentrakt fror die Heizung ab. Das Bauunternehmen Hinteregger machte den Heizer und den Hausmeister verantwortlich, da diese im Zuge einer Reparatur entgegen der Vorschriften die Pumpe der Heizungsanlage abgeschaltet hätten. Hausmeister Georg Frauscher beschuldigte wiederum die Arbeiter der Firma und führte das Malheur auf nicht geschlossene Türen und Fenster zurück. Die Streitparteien einigten sich darauf, die Reparaturkosten je zur Hälfte zu übernehmen.<sup>291</sup>

---

<sup>285</sup> Innsbrucker Nachrichten, 17.5.1939, S. 4.

<sup>286</sup> Neueste Zeitung, 28.11.1938, S. 3.

<sup>287</sup> Innsbrucker Nachrichten, 6.5.1939, S. 4.

<sup>288</sup> Ebd., 17.5.1939, S. 4.

<sup>289</sup> Städtisches Gaswerk Innsbruck an die Tiroler Landesregierung, 14.10.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Bauamt, Abteilung H, Faszikel 1938/39, Zl. 8/204/1939.

<sup>290</sup> Baumeister Bermoser an den Herrn Landeshauptmann im Wege der Herren Landesräte Linert und Hartwig, 12.12.1939. Ebd.

<sup>291</sup> Amtsvermerk von Moschen an Linert, 4.1.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, I. Teil, Zl. 2/41.

Mit Kriegsbeginn machte sich der Arbeitermangel und die zunehmenden Lieferengpässe für benötigte Baustoffe beim Erweiterungsbau noch mehr bemerkbar. Ein eklatanter Mangel an Arbeitskräften herrschte aufgrund der zahlreichen Einberufungen auf allen Ebenen. Der Leiter der Bauabteilung der Reichsstatthalterei in Tirol und Vorarlberg, Moritz Kojetinsky, informierte zu Beginn des Jahres 1941, dass sein Amt lediglich noch „kriegswichtige und unaufschiebbare lebensnotwendige“ Instandsetzungen abarbeiten konnte.<sup>292</sup> Im bauwirtschaftlichen Sektor sah die Situation nicht anders aus. Für die Ausgestaltung des Gemeinschaftssaales lud Baumeister Bermoser vier der größten Tischlerfirmen in Innsbruck zur Angebotslegung ein. Zwei Firmen sagten im Vorhinein ab und begründeten dies mit der starken Inanspruchnahme durch Wehrmachaufträge und dem Mangel an fähigen Möbeltischlern.<sup>293</sup> Auch für den termingerechten Abschluss der Arbeiten für die Verdunkelungsanlage im Gemeinschaftssaal hatte das Arbeitsamt zusätzliche Arbeitskräfte zuzuweisen.<sup>294</sup> War der Mangel an Arbeitskräften und die dadurch hervorgerufenen Verzögerungen noch verkraftbar, hatten Lieferengpässe am Baustoffmarkt einen unmittelbaren Baustopp zur Folge. Vor allem die Nachfrage nach Eisen und Stahl löste erbitterte Verteilungskämpfe zwischen den unterschiedlichen Behörden auf Landes- und Reichsebene aus. Vorrang erhielten dabei Projekte, die einen „Sonderstufen“-Status vorweisen konnten. Im Gau Tirol-Vorarlberg traf dies beispielsweise auf das Bauprogramm der „Südtiroler Umsiedlungsaktion“ zu.<sup>295</sup> Danach erst folgten die übrigen Dringlichkeitsstufen. Die Arbeitsämter waren angewiesen, in erster Linie die Sonderstufen und die höchste Dringlichkeitsstufe mit Arbeitskräften zu versorgen.<sup>296</sup> Die Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes konnte mit keiner hohen Dringlichkeitsstufe aufwarten. Für die Lieferung der Hauptverteiler für das Licht und die Küchenbelüftung im Saal- und Küchentrakt durch eine Berliner Firma bedeutete dies starke Terminverzögerungen.<sup>297</sup>

Für die Lieferung der Kücheneinrichtung, der elektrischen Kochgeräte, der Waschmaschinen, des Notstromerzeugers und einer Ergänzung der Lautsprecheranlage und den dafür notwendigen Eisenbedarf versuchte Gauleiter Hofer über die Verteilungsstelle für Gemeinden und Gemeindeverbände in Berlin im September 1940 die Genehmigung zu erhalten. Mit Nachdruck verwies Hofer darauf, dass er „persönlich auf die beschleunigte Fertigstellung des Gebäudes mit der gesamten Einrichtung allergrößten Wert“ lege.<sup>298</sup> Da eine Antwort ausblieb, erreichte die Hochbauabteilung den benötigten Eisen- und Metallbedarf über das „Südtiroler Kontingent“ abzudecken.<sup>299</sup> Nach der Fertigstellung des Gebäudes Ende 1941 fielen weitere angedachte Ausbaurbeiten und Instandsetzungen der geschilderten Situation zum Opfer. Baumeister Bermoser beantragte für das Hauptverwaltungsgebäude im Jahr 1942 noch Investitionen über RM 382.000. Der Leiter der Hochbauabteilung leitete den Kostenvoranschlag mit der Bemerkung weiter, dass nach seinem „Dafürhalten der Großteil der vorgesehenen baulichen Herstellungen infolge der Baustoff- und Arbeitseinsatzlage nicht durchführbar sein wird. Ich habe jedoch von jedem Abstrich abgesehen, um der Entscheidung des Gauleiters nicht vorzugreifen.“<sup>300</sup>

---

<sup>292</sup> Rundschreiben Abteilung Vc (Kojetinsky), 16.1.1941. Ebd., Karton 1404–I-361/12-42, Zl. 1465.

<sup>293</sup> Vermerk der Neubauleitung Landhaus-Erweiterungsbau (Bermoser), 23.4.1941. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6238/BIII-V–6261/BI-VI, Zl. O 6261/BI/4, Fol. 98.

<sup>294</sup> Neubauleitung Landhaus-Erweiterungsbau (Bermoser) an die Abteilung Vc, 9.1.1940. Ebd., Fol. 30.

<sup>295</sup> Pitscheider 2015, S. 99.

<sup>296</sup> Henry Marx, Arbeitsverwaltung und Organisation der Kriegswirtschaft, in: Alexander Nützenadel (Hg), Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus 1), Göttingen 2017, S. 282–314, S. 304.

<sup>297</sup> Neubauleitung Landhaus-Erweiterungsbau an die Abteilung Vc, 16.10.1940. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6238/BIII-V–6261/BI-VI, Zl. O 6261/BI/4, Fol. 31.

<sup>298</sup> Hofer an die Eisenverteilungsstelle für Gemeinden und Gemeindeverbände, 21.9.1940. Ebd., Fol. 36.

<sup>299</sup> Hochbauabteilung an den Gausiedlungsbeauftragten Tusch, 10.1.1941; Der Beauftragte des Gauleiters für das Wohn- und Siedlungswesen (Tusch) an den Reichsstatthalter für Tirol-Vorarlberg, Unterabteilung Vc (Rosche), 23.1.1941. Ebd., Fol. 55 und 67.

<sup>300</sup> Rosche an Grosch, 31.3.1942. Ebd., Fol. 5.

#### 1.4. Die Liegenschaftsankäufe 1938–1940

##### Erwerbungen im Zuge des Baubeginns

Im Zuge des Baubeginns erwarb das Land bestehende Baulichkeiten, die dem Erweiterungsbau und der Errichtung des Aufmarschplatzes direkt im Weg standen (Abb. 34, 35 und 42). Die Verantwortlichen stellten die Besitzerinnen und Besitzer der jeweiligen Liegenschaften nicht vor die Wahl, ob sie verkaufen wollen oder nicht, wie der damalige Landesrat und spätere Gauhauptmann Gustav Linert nach 1945 zu Protokoll gab. Die Gauleitung bemühte sich aber darum, die Interessen der Verkäuferseite zu befriedigen. Die ersten Ankäufe gingen schnell und unkompliziert über die Bühne, was Linert mit der stark etablierten Autorität Hofers in der Bevölkerung begründete. Die Erklärung, „es sei der dringende Wunsch des Gauleiters“, hätte genügt, um „die Vorstellung hervorzurufen, dass der Gauleiter von seinem Vorhaben nicht leicht abgehen werde“.<sup>301</sup> Nach einer durchgeführten Wertberechnung vom 26. September 1938 durch die Hochbauabteilung der Landeshauptmannschaft,<sup>302</sup> erfolgte die Unterzeichnung der jeweiligen Kaufverträge zwischen dem 6. und 11. Oktober – gut einen Monat nach dem erfolgten Spatenstich.<sup>303</sup>

Der erste Ankauf betraf die Baufirma Grissemann und Walch, die in Innsbruck spätestens seit der Errichtung der Patscherkofelbahn 1928 eine bekannte Größe im Baugeschäft war.<sup>304</sup> Architekt Karl Grissemann und Baumeister Roman Walch hatten ihren Firmensitz in der Fuggergasse 1924 erworben und sofort renoviert und ausgebaut. Er bestand aus modernen Sanitäreanlagen, einem Lichtpausenraum, zwei Kanzleiräumen, die beide über einen Vorraum verfügten, und einem einräumigen Kanzleianbau. Anschließend an die Büroräume war eine aus einem Zimmer und Küche bestehende Hausmeisterwohnung vorhanden. Die Baulichkeiten lagen dem geplanten Eingangsportaal des Neubaus – nur wenige Meter entfernt – direkt gegenüber.<sup>305</sup> Politisch war sowohl Grissemann als auch Walch dem NS-Lager zuzurechnen. Grissemann war zum Zeitpunkt des Verkaufs bereits NSDAP-Mitglied und gehörte der Partei schon 1935 an.<sup>306</sup> Roman Walch meldete sich Ende 1938 zur Partei.<sup>307</sup> Die erste Firstfeier nach dem „Anschluss“ auf einer Baustelle, die in der Verantwortung ihres Unternehmens lag, schlachteten die „Innsbrucker Nachrichten“ im April 1938 zu Propagandazwecken aus. Es „kam die Freude darüber zum Ausdruck, nun ohne die Hemmungen des Schuschniggstaates, gleichberechtigt als Arbeiter der Stirn und der Faust am Aufbau unserer Heimat mitschaffen zu können“, fasste die Zeitung die Redebeiträge der beteiligten Personen, unter ihnen auch Karl Grissemann, zusammen.<sup>308</sup> „Ich kann den Bau nicht aufhalten“, gab Grissemann im Rahmen der Bauverhandlung zum Erweiterungsbau zu Protokoll. In seiner Funktion als Arbeitgeber von 200 Personen meldete er aber den Wunsch nach einem Grundtausch an, um ein neues Kanzleigebäude

---

<sup>301</sup> Zeugenaussage Linert in der öffentlichen mündlichen Verhandlung, 15.11.1948. TLA, Rückstellungskommission beim LG Innsbruck, RK 99/47, Fol. 68.

<sup>302</sup> Schätzungsweise Wertberechnung der abzulösenden Baulichkeiten (Riedl), 26.9.1938. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6238/BIII-V–6261/BI-VI, Zl. O 6261/BI/1.

<sup>303</sup> Vgl. die Kaufverträge TLA, Urkundenreihe III (Landesverträge), Zl. 1606 (zwischen Kastner und Land Tirol, 6.10.1938), Zl. 1607 (zwischen Grissemann und Walch und Land Tirol, 11.10.1938) und Zl. 1611 (zwischen Hintze und Land Tirol, 8.10.1938).

<sup>304</sup> Innsbrucker Nachrichten, 3.3.1928, S. 5.

<sup>305</sup> Schätzungsweise Wertberechnung der abzulösenden Baulichkeiten (Riedl), 26.9.1938. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6238/BIII-V–6261/BI-VI, Zl. O 6261/BI/1.

<sup>306</sup> Im Zuge seines Registrierungsverfahrens stritt er den frühen Zeitpunkt des Parteibeitritts ab, siehe Einspruch des Grissemann an den Stadtmagistrat als Registrierungsbehörde, 26.9.1947. StAI, Registrierungsakten, Ordner 67/Zl. 544.

<sup>307</sup> Meldeblatt zur Registrierung der Nationalsozialisten, Walch Roman, 13.4.1946. StAI, Registrierungsakten, Ordner 272/Zl. 83.

<sup>308</sup> Innsbrucker Nachrichten, 21.4.1938, S. 10.

errichten zu können.<sup>309</sup> Man einigte sich schließlich auf eine finanzielle Abgeltung über RM 50.000.<sup>310</sup> Dem Verkaufspreis lag ein Gutachten des damaligen Leiters der Hochbauabteilung der Landeshauptmannschaft, Regierungsoberbaurat Riedl Friedrich, zugrunde, der das Anwesen ohne Berücksichtigung des Grundwertes auf RM 24.947 schätzte.<sup>311</sup>

Ähnlich unproblematisch verlief der Ankauf der Liegenschaft in der Fuggergasse 2. Dabei handelte es sich um ein Nebengebäude des Wohnhauses von Maria und Max Hintze. Es bestand aus einem alten Teil, der um 1870 errichtet worden war und gegenwärtig als Werkstatt für den Maler-, Anstreicher- und Lackiererbetrieb von Alois Krebs fungierte. Der größere Teil, der erst 1925 gebaut worden war, beherbergte die Wohnung und das Geschäftslokal des Antiquitätenhändlers Josef Freiseisen. Zudem waren Räumlichkeiten des Annoncenbüros Kratz in dem Gebäudeteil untergebracht. Der Baubescheid kategorisierte den neuen Teil wie den Zubau der Geschäftspartner Grissemann und Walch als widerrufliches Provisorium. Er hatte nur unter der Bedingung errichtet werden können, dass ihn die Besitzer im Falle eines Widerrufs auf eigene Kosten entfernen. An und für sich lastete auf den Bauparzellen in der Fugger- und Welsergasse aufgrund des Regulierungsplanes aus dem Jahr 1897 ein allgemeines Bauverbot. In der Wertberechnung der Liegenschaft wirkte sich dieser Umstand insofern aus, dass der augenblickliche Gebäudewert mit RM 0 angesetzt werden konnte. Mit etwa RM 15.000 fiel die Schätzung für das Nebengebäude auch dementsprechend gering aus.<sup>312</sup> Inklusive Grundstückswert zahlte das Land schließlich RM 39.000 an Maria und Max Hintze.<sup>313</sup> Krebs und Freiseisen erhielten für ihre Unternehmen kurze Zeit später Mietverträge in den vom Reichsgau angekauften Wohnhäusern in der Welsergasse 3 und 5.<sup>314</sup>

Komplett andere Rahmenbedingungen begleiteten den Ankauf des Wohngebäudes in der Welsergasse 3. In den Planungen der Gauleitung fiel das Gebäude dem Vorplatz des Erweiterungsbaus zum Opfer und sollte abgerissen werden. Es handelte sich um ein mindestens 100 Jahre altes dreistöckiges Gebäude, das zu einem Drittel unterkellert war und über einen geräumigen Dachboden verfügte. 1932 wurden moderne Sanitäreinrichtungen eingebaut. Regierungsoberbaurat Riedl, der den Wert des Gebäudes auf knapp über RM 76.000 schätzte, hob in seiner Beschreibung die vom Stadtlärm abgeschiedene und in einem Garten gelegene Lage hervor. Einen besonderen „Liebhaberwert“ attestierte er einer im Haus befindlichen Kassettendecke, einem Deckengemälde und einem schönen alten Kachelofen. Zum Anwesen gehörte eine große Waschküche samt Werkstatt und zwei Holzhütten. Jährlich spielte das Haus nach Abgabe der Steuern und der Instandhaltungskosten über RM 4.300 an Mieteinnahmen ein.<sup>315</sup> Das Ehepaar Kastner, die Besitzer des Wohnhauses, war auf dieses Geld angewiesen. Anton Kastner war seit Jahren infolge eines Schlaganfalls krank. Seine Frau musste für die vollkommen mittellose Schwester ihres Partners, die ebenfalls in dem Haus lebte, aufkommen.<sup>316</sup>

---

<sup>309</sup> Stellungnahme V zum Erweiterungsbau (Grissemann), 12.9.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0398, Datei 1500.

<sup>310</sup> Kaufvertrag zwischen Architekt Karl Grissemann und Baumeister Roman Walch und dem Land Tirol, 11.10.1938. TLA, Urkundenreihe III (Landesverträge), Zl. 1607.

<sup>311</sup> Schätzungsweise Wertberechnung der abzulösenden Baulichkeiten (Riedl), 26.9.1938. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6238/BIII-V–6261/BI-VI, Zl. O 6261/BI/1.

<sup>312</sup> Ebd.

<sup>313</sup> Kaufvertrag zwischen den Eheleuten Max Hintze und Maria Hintze und dem Land Tirol, 8.10.1938. TLA, Urkundenreihe III (Landesverträge), Zl. 1611.

<sup>314</sup> Adressbuch Innsbruck 1940, S. 289 und 326.

<sup>315</sup> Schätzungsweise Wertberechnung der abzulösenden Baulichkeiten (Riedl), 26.9.1938. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6238/BIII-V–6261/BI-VI Zl. O 6261/BI/1.

<sup>316</sup> Gebäudeverwalter Matuella und Pechlaner an die Kanzleivorsteherin des Herrn Gauleiters, 10.9.1938. TLA, Bundespolizeidirektion Innsbruck, Dokumentationsmaterial über Mitgliedschaft zur NSDAP, Arisierung, Karton 1/0–1/39/1-219, Zl. 1/39/145.

Die Gauleitung ersuchte Frau Kastner, ein Kaufangebot für ihre Liegenschaft zu unterbreiten. Diesem Wunsch kam sie am 1. September über ihre Hausverwalter Karl Alfred Matuella und Helmut Pechlaner nach. Wenige Tage später meldete Matuella bei einem Termin im Landhaus Bedenken an, für die Eheleute Kastner und ihre Verwandte eine entsprechende Wohnung zu finden. Er unterbreitete den beispielgebenden Vorschlag, die Abwicklung des Verkaufs über ein Ersatzobjekt zu regeln. Ihm schwebte der Erwerb eines Hauses vor, das „im Arisierungswege“ verkauft werden würde. Er glaube, dass sich die Kaufangelegenheit dadurch „am raschesten und für beide Teile am günstigsten lösen würde“, schrieb er nach seiner Vorsprache an Gauleiter-Stellvertreter Parson.<sup>317</sup> Der Verkauf ging dennoch ohne „arisiertes“ Tauschobjekt über die Bühne. Das Wohnhaus in der Welsergasse 3 wechselte um RM 155.000 seinen Besitzer.<sup>318</sup> Da die Errichtung des Aufmarschplatzes auf sich warten ließ, blieb das Wohnhaus bestehen. Nachdem es zuerst leer gestanden war, fungierte es später als Notunterkunft für die am Landhausbau beschäftigten Arbeiter. Im Erdgeschoß richtete die Bauleitung eine Arbeiterkantine samt Lagerräumen und eine Baukanzlei ein. Zudem befanden sich einige Kanzleiräume der Agrarbezirksbehörde in dem Gebäude.<sup>319</sup> Im Fall des Antiquitätenhändlers Freiseisen hatte die Gauleitung auf ein „arisiertes“ Geschäftslokal als Mietobjekt zurückgegriffen. Freiseisen, der sein Geschäftslokal in der Fuggergasse hatte räumen müssen, verfügte über gute Beziehungen innerhalb der Partei und stand der NSDAP schon lange vor der NS-Machtergreifung nahe.<sup>320</sup> Aufgrund seiner Parteizugehörigkeit unterstützte ihn Hofer bei der „Arisierung“ des Geschäftslokals von Ludwig Mayer, der in der Fuggergasse Feuerbekämpfungsartikel vertrieb. Schon seit April 1938 stand Mayers Geschäft unter kommissarischer Verwaltung durch SS-Scharführer Johann Primus. Heinz Mayer, der Sohn von Ludwig, bemühte sich vergebens um die Übernahme des väterlichen Betriebes. Als nach den „Nürnberger Rassegesetzen“ geltender „Mischling 1. Grades“ fand er beim Leiter der „Arisierungsstelle“ Hermann Duxneuner kein Gehör.<sup>321</sup>

#### **Tauschgeschäfte mit „arisierten“ Ersatzobjekten**

Die zweite Phase von Liegenschaftsankäufen zum Jahreswechsel 1939/40 war zum einen den neuen Entwürfen für eine größere Platzgestaltung geschuldet und betraf zwei Wohngebäude nördlich der Welsergasse. Zum anderen plante die NS-Führung einen baulich in sich geschlossenen Machtkomplex zu errichten und erwarb zu diesem Zweck zwei Häuser in der Meraner Straße. Auf lange Sicht war auch ein Auszug der Tiroler Landeshypothekenanstalt geplant, die im Eckgebäude Meraner Straße 8 untergebracht war.<sup>322</sup> Die langwierigsten Verhandlungen betrafen die Liegenschaft in der Welsergasse 5, die erst im September 1940 zu einem Abschluss gelangten.<sup>323</sup> Die Gauleitung setzte auch mit dem Erwerb der Wohnhäuser in der Meraner Straße bereits bestehende Ideen und Wünsche der Tiroler Landesregierung um. Die Liegenschaft in der Meraner Straße 8 hatte das Land bereits 1927 mit der Absicht angekauft, die Baulichkeiten des gesamten Landhausbereichs zu einem späteren Zeitpunkt zu erwerben. Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Peer setzte den Landtag vor dem Kauf über die Zukunftspläne in Kenntnis. Es sei „ein alter Wunsch“ der Tiroler Landesregierung,

---

<sup>317</sup> Ebd.

<sup>318</sup> Kaufvertrag zwischen Frau Maria Kastner und dem Land Tirol, 6.10.1938. TLA, Urkundenreihe III (Landesverträge), Zl. 1606.

<sup>319</sup> Moschen an das Finanzamt, 19.2.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Zl. 308–402/41, Zl. 357/41.

<sup>320</sup> Österreichische Demokratische Freiheitsbewegung an das Bürgermeisteramt Innsbruck, 25.7.1946. StAI, Registrierungsakten, Ordner 54/Zl. 472.

<sup>321</sup> Horst Schreiber, Heinz Mayer. Obmann des „Bundes der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol“, in: Lisa Gensluckner/Horst Schreiber/Ingrid Tschugg/Alexandra Weiss (Hg.), Gaismair-Jahrbuch 2002. Menschenbilder – Lebenswelten, Innsbruck-Wien-München 2001, S. 25–38, hier S. 29.

<sup>322</sup> Reichsstatthaltereie in Tirol und Vorarlberg (Frank) an das Amtsgericht Innsbruck, 17.2.1943. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Zentralabteilung (Justizariat), Karton 1943 (1–93), Zl. 11/43.

<sup>323</sup> Vgl. dazu die Kaufverträge TLA, Urkundenreihe III (Landesverträge), Zl. 1616 und 1617 (zwischen Redlich und Land Tirol, 20.12.1939), Zl. 1621 (zwischen Waldmüller und Land Tirol, 22.11.1939), Zl. 1611 (zwischen Schirmer und Land Tirol, 15.1.1940) und Zl. 1623 (zwischen Obexer u.a. und dem Reichsgau Tirol und Vorarlberg, 14.9.1940).

dass „mit der Zeit der ganze rechteckige Block, begrenzt durch die jetzige Meraner Straße, den Boznerplatz, die Maria-Theresien-Straße und das rückwärtige kleine Postgaßl, ausschließlich in den Besitz des Landes übergehe“, führte er aus. Nur auf diese Weise könne „der Besitz des Landes, insoweit er heute aus dem Hofe besteht, zu einem wertvolleren gemacht werden“.<sup>324</sup>

Etliche Mietparteien, deren Ansprüche es zu befriedigen galt, waren von den Besitzumschichtungen betroffen. Auch hier bemühte sich die Gauleitung um einvernehmliche Lösungen. Sie versuchte Rechtsstreitigkeiten unter allen Umständen aus dem Weg zu räumen und war bei der Suche eines neuen Mietobjektes behilflich. Da die Stadt über keine leerstehenden Wohnungen verfügte,<sup>325</sup> verlängerte das Land die Verträge für die überwiegende Mehrheit der Parteien. Probleme bereitete nur die Kündigung der Mietparteien in dem Haus Meraner Straße 8, in dem auch die Tiroler Landeshypothekenanstalt untergebracht war. Das Gebäude sollte ebenfalls für Behördenzwecke verwendet werden. Die Hypothekenanstalt erwarb zu diesem Zweck ein „arisiertes“ Wohngebäude in der Museumstraße 5, wobei aber bis 1945 keine Übersiedlung zustande kam.<sup>326</sup> Drei der fünf betroffenen Parteien fochten ihre Kündigung an. Sie befürchteten, keine entsprechende Ersatzwohnung zu finden. Helene von Mersi, die in ihrer Wohnung zusätzlich einen Zahntechnikbetrieb führte, sprach in ihrer Eingabe an das Amtsgericht die propagierten NS-Ideale an: „Wie ist es denn mit dem Bestreben der Bewegung, den Wohlstand zu heben und den Lebensraum des Einzelnen zu erweitern, vereinbar, wenn der Volksgenosse der Gefahr der Obdachlosigkeit ausgesetzt und ihm noch dazu die Verdienstmöglichkeit genommen wird?“<sup>327</sup> Pensionist Andreas Profanter zog den Kündigungsgrund in Zweifel. Eigenbedarf für die Unterbringung von öffentlichen Ämtern der Reichsverwaltung bestand in seinen Augen schon deshalb nicht, weil das Land bald über etliche Räume im neuerbauten Gauhaus verfügen würde.<sup>328</sup> Durch die Bereitstellung adäquater Ersatzwohnungen, die Gauleiter-Stellvertreter Parson in die Wege leitete, konnte ein Rechtsstreit aber vermieden werden.<sup>329</sup> Die anfallenden Übersiedlungskosten übernahm das Land.<sup>330</sup>

Der letzte für das Land relativ unkomplizierte Ankauf betraf das Wohnhaus in der Welsergasse 7. Das als „Haidenburg“ bezeichnete Gebäude war ursprünglich ein inmitten von Gärten gelegener Anstich, der aus einem dreistöckigen Herrenhaus und einigen Nebengebäuden bestand. 1939 waren drei Geschäftslokale und die Familien Engl, Ertl und Schmied in dem Anwesen untergebracht.<sup>331</sup> Johann Katschthaler, Leiter der Kredit- und Finanzabteilung des Landes, leitete die Kaufverhandlungen mit Felicitas Waldmüller, die das Wohnhaus gemeinsam mit ihren drei Töchtern 1932 geerbt hatte. Ein von Verkäuferseite eingeholtes Schätzgutachten ergab einen Verkehrswert der Liegenschaft von RM 94.000, wobei Baumeister Josef Retter die ausgesprochen günstige Lage in seiner Schätzung hervorhob.<sup>332</sup> Das Landesbauamt bezifferte den Wert des Gebäudes mit nur RM 80.000.<sup>333</sup> Letztlich einigten sich die Parteien auf einen Verkaufspreis von RM 88.000. Das Land übernahm zudem drei Viertel der anfallenden Gebührensahlungen.<sup>334</sup> Sowohl das Wohnhaus, das abgerissen werden sollte,

---

<sup>324</sup> Stenographische Berichte der Tiroler Landtages, II. Periode, 5. Tagung, 3. Sitzung am 20.5.1927, S. 25.

<sup>325</sup> Denz an Hofer, 2.8.1939. GSV Tirol-Vorarlberg, GH 1939–1945, Karton VI/V/8e–VI/V/21, Zl. VI/V/14/1.

<sup>326</sup> Reichsstatthalterei in Tirol und Vorarlberg (Frank) an das Amtsgericht Innsbruck, 17.2.1943. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Zentralabteilung (Justizariat), Karton 1943 (1–93), Zl. 11/43.

<sup>327</sup> Helene von Mersi, vertreten durch Rechtsanwalt Julius Schumacher, an das Amtsgericht Innsbruck, 2.8.1939. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GH 1939–1945, Karton VI/V/8e–VI/V/21, Zl. VI/V/14/1.

<sup>328</sup> Andreas Profanter, vertreten durch Kanzlei der Rechtsanwälte Theodor Ulm und Raimund Würstl, an das Amtsgericht Innsbruck, 31.7.1939. Ebd.

<sup>329</sup> Aktenvermerk von Linert an Moschen, 7.8.1939. Ebd.

<sup>330</sup> Vgl. dazu die entsprechenden Schreiben im Sammelakt Gebäudeverwaltung Innsbruck, Meraner Straße 4, 6 u. 8. Ebd., GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Zl. 3/41.

<sup>331</sup> Der Anbau der Geschäftslokale war zudem erst in den Jahren 1928 erfolgt. AfB, NL Retter.

<sup>332</sup> Schätzung der Liegenschaft Innsbruck, Welsergasse 7 (Retter), 9.5.1939. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1939–1945, Karton V-9311–93370, Zl. V-9311/13.

<sup>333</sup> Sachverhaltsdarstellung (Katschthaler), 17.7.1939. Ebd.

<sup>334</sup> Kaufvertrag zwischen Frau Felicitas Waldmüller und Töchter und dem Land Tirol, 22.11.1939. TLA, Urkundenreihe III (Landesverträge), Zl. 1621.

als auch die bestehenden Mietverträge führte das Land in der Folgezeit weiter.<sup>335</sup> Die Möglichkeit einer sofortigen Räumung des Gebäudes hatte Katschthaler schon vor Abschluss des Kaufvertrages angezweifelt: „Die Unterbringung dieser Familien in entsprechenden Wohnungen wird sehr schwierig sein, umso mehr [!], als man solchen Leuten die Bezahlung eines freien Mietzinses ganz und gar nicht zumuten kann.“<sup>336</sup>

Im Zuge der Verhandlungen mit den Parteien Redlich (Meraner Straße 6), Schirmer (Meraner Straße 4) und Obexer (Welsergasse 5) unterbreitete die Gauleitung Angebote, die neben einer finanziellen Abgeltung „arisierte“ Ersatzobjekte ins Spiel brachte.<sup>337</sup> Die Verkaufsgespräche liefen immer nach demselben Muster ab. Die erste Kontaktaufnahme erfolgte über Johann Katschthaler oder Alexander Moschen, Leiter der Gebäudeverwaltung. Beteiligt und in Kenntnis gesetzt waren auch die beiden Landesräte Linert und Robert Hartwig. Gauleiter Hofer gab die Richtung der Verhandlungen vor und musste über sämtliche Vorgänge unterrichtet werden. Teilweise nahm er auch persönlich an Besprechungen mit den Verkäuferinnen und Verkäufern teil. Sein Stellvertreter Herbert Parson übernahm die Aufgabe, Ersatzmietwohnungen zu organisieren. Der Zwangsverkauf erwies sich für die Verkäuferseite – wenn auch nur kurzfristig – als lukratives Geschäft. Gauleiter Hofer versuchte auch in diesen Fällen unter allen Umständen Enteignungen zu verhindern. Sie hätten viel Zeit in Anspruch genommen und in rechtlicher Hinsicht Probleme bereitet. Als Drohgebärde setzte er die Enteignungsmöglichkeit bei den Verhandlungen aber bewusst ein. Die Parteien Schirmer und Obexer, die über gute Beziehungen zu Hofer verfügten, traten bei den Verhandlungen energisch und selbstbewusst auf – insbesondere hinsichtlich der Zuteilung eines Ersatzobjektes. Dafür kamen nur „arisierte“ Wohnhäuser in Frage, wie allen Beteiligten klar gewesen sein musste. Der Verlauf der aufgezwungenen Verkaufsverhandlungen hatte aus Geschädigten kurzzeitig Profiteure der NS-Zeit gemacht. Von wem die Initiative für den Tausch mit „arisierten“ Liegenschaften ausging und wie sehr die zum Verkauf gezwungenen Parteien Profit aus der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung schlagen wollten, bleibt fraglich. Der Ablauf der Verhandlungen legt aber offen, für wie selbstverständlich die antisemitischen Repressionen gehalten wurden. Die Gauleitung griff auf Wohnungen Innsbrucker Juden zurück, die größtenteils vor der Verfolgung durch das NS-Regime noch rechtzeitig geflohen waren. Es handelte sich dabei um ein Wohnhaus in der Kaiser-Franz-Josef-Straße 14 des Ehepaares Heller, eine Liegenschaft in der Museumstraße 8 der Brüder Alfred und Richard Graubart<sup>338</sup> und eine Immobilie in der Museumstraße 12/Erlersstraße 1, die den Kaufleuten Josef Schulhof und Josef Schenkel gehört hatte.

Bürokratische Hürden zogen die Abwicklung der Tauschgeschäfte in die Länge, da der Prozess der „Arisierung“ nach einer kurzen unregelmäßigen Phase einem genau definierten Ablauf zu folgen hatte. Die Mitte Mai 1938 eingerichtete „Vermögensverkehrsstelle“ in Wien, die dem Reichsministerium für Wirtschaft und Arbeit unterstellt war, übte die gesamte Kontrolle über den Vermögensentzug von Juden aus. blieb die Abwicklung der Eigentumsübertragungen letzten Endes unter dem Einfluss lokaler Parteistellen, achtete die „Vermögensverkehrsstelle“ auf die Einhaltung pseudorechtlicher Rahmenbedingungen. Sie bestellte unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten „Kommissare“ und „Treuhandler“ für „arisierte“ Betriebe und Liegenschaften. Dass die lokalen NS-Größen dennoch Wege fanden, ihre Ziele ohne Genehmigung der „Vermögensverkehrsstelle“ durchzusetzen, zeigen die erwähnten Fälle. Richtete sich der Fokus zu Beginn des nationalsozialistischen Raubzuges auf gewerbliche Betriebe, standen Enteignungen von Besitztümern spätestens ab Ende 1938 an der Tagesordnung. Ein unmittelbarer Zwang zur Veräußerung von

---

<sup>335</sup> Einzel-Baubedarfsnachweisung (Welsergasse 7), 6.7.1942. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6238/BIII-V–6261/BI-VI, Zl. O 6261/BIV/10.

<sup>336</sup> Sachverhaltsdarstellung (Katschthaler), 17.7.1939. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton V-9311–93370, Zl. V-9311/13.

<sup>337</sup> Die folgenden zusammenfassenden Ausführungen stützen sich auf die detaillierten Fallbeschreibungen, die Teil der geplanten Publikation zur Geschichte des Landhauses sein werden.

<sup>338</sup> Richard Graubart wurde in der Novemberpogromnacht in Innsbruck in seiner Wohnung in der Gänsbacherstraße 5 ermordet.

Liegenschaften bestand nach der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938.<sup>339</sup> Die Liegenschaften wurden weit unter dem tatsächlichen Wert verkauft, wie eine Aussage des Leiters der Unterabteilung Justizariat, August Frank, verdeutlicht:

„Dass man bei einem Entjudungsgeschäfte dem Juden als Veräusserer den zulässigen Höchstpreis zukommen lässt, erscheint mir nicht richtig. [...]. Wenn es auch im Gesetze nicht ausdrücklich gesagt ist, so ist doch der Sinn der angezogenen Gesetze der, dass dem jüdischen Veräusserer gegenüber nur der durch die Massnahmen zur Zurückdrängung des Judentums erfahrungsgemäße verminderte Wert seines Vermögens als Kaufpreis zu veranschlagen bzw. festzusetzen ist.“<sup>340</sup>

Im Gau Tirol-Vorarlberg liefen in „Arisierungsfällen“ ab Herbst 1938 alle Fäden bei Hermann Duxneuner zusammen, der die dafür verantwortliche Dienststelle leitete. Bei der Abwicklung des Vermögensentzuges arbeitete er eng mit Gauleiter Hofer zusammen. Ständigen Kontakt unterhielt er auch zur Gestapo, die durch Terror und Verfolgung die „Verkaufsverhandlungen“ anbahnte. Unmittelbar nach dem „Anschluss“ setzte ein wahrer Wettlauf um „arisiertes“ Vermögen ein. Der große Andrang führte mitunter zu Konflikten. Zu Unstimmigkeiten zwischen der „Vermögensverkehrsstelle“ und den Tiroler Parteistellen – aber auch zwischen Gauleiter Hofer und Duxneuner – kam es auch bei den im Rahmen der Landhauserweiterung abgehandelten Fällen. Hofer unterstellte Duxneuner, dass er die „Arisierungen“ im Falle der Landhauserweiterung nicht der notwendigen Bearbeitung unterziehen würde. Der Beschuldigte rechtfertigte die auftretenden Probleme mit rechtlichen Widerständen und „Interventionen aller möglichen Stellen“.<sup>341</sup> Rechtliche Widerstände sprach Duxneuner an, weil die vom NS-Regime eingeforderte pseudolegale Inszenierung eines gültigen Verkaufs nicht gewahrt werden konnte. In zwei Fällen mussten etwa eingetragene Vorverkaufsrechte umgangen werden. Ein weiterer Grund für die Konflikte lag wie üblich in einem zu großen Bewerberandrang. Die angespannte Wohnsituation in Innsbruck machte sich dabei besonders bemerkbar. Gerade für diesen Bereich landeten etliche Ansuchen um „Arisierung“ auf dem Schreibtisch Duxneuners.<sup>342</sup> Die übergeordneten Dienststellen maßen dem Landhausprojekt insgesamt nur wenig Aufmerksamkeit bei und sowohl Hofer als auch Duxneuner mussten des Öfteren bei der „Vermögensverkehrsstelle“ in Wien intervenieren. Um die Interessen der Tiroler NS-Führung zu wahren, informierte Duxneuner die „Vermögensverkehrsstelle“ Ende Oktober 1939 zum wiederholten Mal, „dass die Gauleitung für den Erweiterungsbau des Gauhauses mehrere arische Häuser benötige und die Arier hierfür Judenhäuser bekommen sollen“.<sup>343</sup>

---

<sup>339</sup> Clemens Jabloner u. a., Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich (Veröffentlichung der Österreichischen Historikerkommission 1), Wien-München 2003, S. 110.

<sup>340</sup> Aktenvermerk von Frank an den Regierungspräsidenten, 5.8.1942. TLA, RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Zentralabteilung (Unterabteilung Justizariat), Karton 1942 (6–58), Zl. 6/42.

<sup>341</sup> Duxneuner an die NSDAP-Gauleitung von Tirol-Vorarlberg, 19.5.1939. TLA, Bundespolizeidirektion Innsbruck, Dokumentationsmaterial über Mitgliedschaft zur NSDAP, Arisierung, Karton 1/0–1/39/1-219, Zl. 1/39/89.

<sup>342</sup> Wolfgang Meixner, „Arisierung“ – die „Entjudung“ der Wirtschaft im Gau Tirol-Vorarlberg, in: Steininger/Pitscheider 2002, S. 319–340, hier S. 329.

<sup>343</sup> Bericht der Bundespolizeidirektion Innsbruck, 28.1.1947, S. 23. TLA, Bundespolizeidirektion Innsbruck, Dokumentationsmaterial über Mitgliedschaft zur NSDAP, Arisierung, Karton 1/0–1/39/1-219, Zl. 1/13/1.

## 2. Nutzungs- und Bedeutungsgeschichte

### 2.1. Die Nutzung in der NS-Zeit

#### Die räumliche Besetzung und die Verwaltungsstruktur

Die räumliche Besetzung des Landhauses war ein Abbild der NS-Propagandaformel des Primats der Partei.<sup>344</sup> Die Gauleitung und die Organisationen der NSDAP bezogen ab August 1939 das neue, moderne und monumentalere Gebäude des Erweiterungsbaus. Die staatlichen und kommunalen Stellen verblieben im ehemaligen Regierungssitz. Innerhalb dieser Gebäudestruktur rief eine groß angelegte Umstrukturierung der Verwaltung anhaltende Übersiedlungen hervor. Die Behördenapparate des Staates und der Partei waren in etwa gleich groß. Ende 1941 beschäftigte die Reichsstatthalterei 372 Angestellte, die NSDAP stützte sich auf 380 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 130 Beschäftigte fielen in den Bereich der Gauselbstverwaltung, wozu auch Angestellte der Gebäudeverwaltung, wie etwa das Reinigungspersonal, zu zählen sind. Insgesamt gingen nahezu 900 Personen in dem Gebäude ein und aus.<sup>345</sup> Hofers Vorhaben, ausschließlich Staats- und Parteidienststellen im Landhaus unterzubringen, stieß auch auf Widerstand. Unter seinem Vorgänger Christoph, der die Gauleitung in der Hofburg aufbaute, befand sich noch die regionale Verwaltungsebene der 87. SS-Standarte im Landhaus. Es existierten Pläne, das gesamte Taxispalais als Dienststelle der SS zu verwenden.<sup>346</sup> Nach Hofers Einzug ordnete er umgehend deren Ausquartierung an. Nicht „freiwillig sondern auf Befehl des Gauleiters“ führte die SS-Standarte ihre Übersiedlung in ein Gebäude am Rennweg aus.<sup>347</sup> Sowohl die Parteiarmee von SA und SS als auch die Gestapo, deren Beziehungen zur Partei nicht immer friktionsfrei verliefen, hatten in der Folgezeit keine räumliche Anbindung an das Landhaus. Trat die SA und SS im Gau nur wenig in Erscheinung, machte sich die Gestapo als NS-Terrorinstrument rasch einen Namen. Sie war in der Herrengasse 1 untergebracht.<sup>348</sup>

Im Vergleich zu anderen Reichsgauen, wo die Ämter der Partei und des Staates in der Regel räumlich getrennt waren, versuchte Hofer mit der Unterbringung in ein und demselben Gebäudekomplex eine zusätzliche Vereinheitlichung zu erreichen. Mit der Einrichtung eines „Gemeinschaftsraumes“ im Parissaal zielte Hofer schon Anfang August 1938 bewusst auf eine Umklammerung des staatlichen Beamtenkörpers durch die Partei ab. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gauleitung, sowie die Beamten und Angestellten der Behörde des Landeshauptmannes nahmen hier das Mittagessen ein. In seiner Eröffnungsansprache brachte Gauleiter Hofer seine Absicht zum Ausdruck, „die kameradschaftlichen Bande zwischen den einzelnen Dienststellen der Partei und des Staates zu festigen“.<sup>349</sup> Zum Jahreswechsel 1940/41 wählte sich Hofer allmählich am Ziel seiner Bemühungen:

„Am Anfang des neuen Jahres kann ich zu meiner grossen Freude feststellen, dass in den vergangenen Monaten nicht nur die Zusammenarbeit zwischen den Gauämtern und den Abteilungen, also die Zusammenarbeit zwischen Partei und Staat eine sehr erfreuliche geworden

---

<sup>344</sup> Siehe dazu die Erläuterungen in Robert Ley (Hg.), Organisationsbuch der NSDAP, 7. Auflage, München 1943, S. 487.

<sup>345</sup> Aufstellung über die Zahl der Angestellten im Landhaus, Landhaus-Erweiterungsbau, Taxishof, Meranerstrasse 2, 4, 6, und 8, o. D. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 269–307/41, Zl. 300/41. In der Aufstellung wird die Zahl der 130 Angestellten dem Bereich „Privat“ zugeordnet. Damit kann nur die Gauselbstverwaltung gemeint sein.

<sup>346</sup> Kommissarischer Leiter der bildenden Künstler Tirols an die Landesregierung von Tirol (Hartwig), 26.4.1938. TLA, ATR (1924–1939/45), Präsidium 1938, Karton I3 (1351–3715), Zl. I3/1529.

<sup>347</sup> SS-Sturmbann I/87 an den Regierungsdirektor Riebl, 5.9.1938. Ebd., Karton I6–II7 (1–199), Zl. I6/1529.

<sup>348</sup> Wilfried Beimrohr, Tirol unter dem Hakenkreuz, in: Meinrad Pizzinini (Hg.), Zeitgeschichte Tirols, Innsbruck-Wien-Bozen 1990, S. 111–140, hier S. 115–118.

<sup>349</sup> Innsbrucker Nachrichten, 5.8.1938, S. 3.

ist, sondern dass auch das persönliche Verhältnis meiner Mitarbeiter in der Partei und am staatlichen Sektor zueinander sich immer mehr dem von mir von Anfang an erstrebten Zustand nähert.“<sup>350</sup>

Die angeblich durch Gauleiter Hofer erreichte Verschmelzung von Partei und Staat war auch in der Presseberichterstattung ein wiederkehrendes Thema. „Gauleiter Hofer ist es geglückt,“ stellten die „Innsbrucker Nachrichten“ Ende 1942 fest, „seine Mitarbeiter in Partei und Staat zu einer festen Gemeinschaft zusammenzufügen, die unter seiner Führung in reibungsloser Zusammenarbeit die Erfüllung der vom Führer gestellten Aufgaben verbürgt.“<sup>351</sup>

Ein noch entscheidenderes Mittel, Verflechtungen zwischen Partei und Staat zu forcieren, stellte Hofers Personalpolitik dar. Leitende Beamte band er in hohen Funktionen an den Parteiapparat und staatliche Abteilungsleiter rekrutierte er aus einem Pool strammer Nationalsozialisten. Bis auf den Vorstand des Amtes für Bauwesen Moritz Kojetinsky hatten sich alle staatlichen Abteilungsleiter der Reichsstatthalterei mit Stand Mai 1940 schon vor 1938 für die Partei engagiert und übernahmen gleichzeitig Funktionen in der Gauleitung. Auch Kojetinsky trat in der Folge als Gauamtsleiter im Amt für Technik im Parteiapparat in Erscheinung.<sup>352</sup> Der spätere Gauamtsleiter für Beamte, Karl Stettner, beschrieb in seinem Volksgerichtsprozess die angewandte Taktik folgendermaßen:

„Die NSDAP pflegte ja grundsätzlich, wo es nur irgendwie anging, die Träger wichtiger Beamtenpositionen mit irgendeinem, an sich vielleicht gar nicht besonders wichtigen Pol. Leiterposten zu betrauen, um den Betreffenden dadurch ein für allemal unlösbar an die Partei, ihre strenge Disziplin und erhöhte Verantwortungs- bzw. Verschwiegenheitspflicht zu binden und ihn nötigenfalls entsprechend beeinflussen zu können.“<sup>353</sup>

Ständige Rivalitäten und Kompetenzkonflikte zwischen den unterschiedlichen Dienststellen, ein wesentliches Charakteristikum des NS-Staates,<sup>354</sup> blieben in Tirol aus. Der Partei gelang es, die staatlichen Stellen ohne nennenswerte Schwierigkeiten für eigene Zwecke zu vereinnahmen, wobei dies in der „Ostmark“ durch die personelle Verschmelzung des Gauleiter- und Reichsstatthalterpostens generell zutrifft.<sup>355</sup>

Gauleiter Hofer, der als Landeshauptmann bzw. Reichsstatthalter gleichzeitig oberster Vertreter des Staates war, richtete seine Kanzlei im ersten Stock des Neubaus ein, was seinem Rollenverständnis entsprach. In erster Linie trat er in der Öffentlichkeit und in seinem Regierungssitz als Führer der NS-Bewegung in Erscheinung. Dass er der Partei einen bedeutend höheren Stellenwert einräumte, zeigt seine Haltung in Bezug auf ausgetragene Meinungsverschiedenheiten zwischen staatlichen und parteilichen Dienststellen im Februar 1942. Selbst kleinste sprachliche Fehlgriffe stießen ihm sauer auf:

---

<sup>350</sup> Rundschreiben des Gauleiters, 30.12.1940. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 70–97/41, Zl. 95/24.

<sup>351</sup> Innsbrucker Nachrichten, 27.11.1942, S. 2.

<sup>352</sup> Meldeblatt Moritz Kojetinsky, 15.7.1947. StAl, Registrierungsakten, Ordner 129/Zl 1359; Schreiber 2013, S. 203f.

<sup>353</sup> Karl Stettner an den Herrn Liquidator der Einrichtungen des Deutschen Reiches in der Republik Österreich, 1946 (o. D.). TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 1527/46, Fol. 152.

<sup>354</sup> Vgl. etwa die entsprechenden Beiträge in Sven Reichardt/Wolfgang Seibel (Hg.), Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2011.

<sup>355</sup> Detaillierte Forschungen, die sich mit der konkreten Herrschaftspraxis im Gau Tirol-Vorarlberg auseinandersetzen und die Zusammenarbeit zwischen Staat und Partei untersuchen, fehlen bislang. Eine erste Grundlage dafür schuf Schreiber 2013, hier S. 157–164.

„In diesem Zusammenhang mache ich nochmals darauf aufmerksam, daß staatliche Dienststellen keinesfalls berechtigt sind, Parteidienststellen um irgendwelche Maßnahmen oder Äusserungen zu ‚ersuchen‘! Parteidienststellen sind Staatsdienststellen weder nachgeordnet noch gleichgeordnet. Es kann daher in jedem Falle nur ‚gebeten‘, niemals aber ‚ersucht‘ werden.“<sup>356</sup>

Um „die gesamte politische, kulturelle und wirtschaftliche Gestaltung aller Lebensäußerungen nach nationalsozialistischen Grundsätzen“ – so das Organisationsbuch der NSDAP – sicherzustellen, stützten sich die Gauleitungen der NSDAP auf eine weit verzweigte Ämterstruktur mit angeschlossenen Verbänden und betreuten Organisationen.<sup>357</sup> Der Parteiapparat war auf Hauptämter und Ämter aufgebaut, die den unterschiedlichen Teilaufgaben entsprechend in Hauptstellen und Stellen unterteilt waren. Bis auf wenige Kleinigkeiten entsprach die Struktur der Tiroler Gauleitung auf dem Papier den Vorgaben. Jede Gaudienststelle war mit einem eigenen Hoheitsschild zu kennzeichnen und grundsätzlich sollten sämtliche Ämter und Gliederungen in einem Dienstgebäude untergebracht werden.<sup>358</sup> In der Regel war dies die Ausnahme und die Dienststellen verstreuten sich über die gesamte Gauhauptstadt.<sup>359</sup> Die Salzburger Gauleitung verteilte sich etwa auf 15 unterschiedliche Gebäude.<sup>360</sup> Bis auf die Gauamtsleitung der NSV, die unweit des Landhauses in der Anichstraße untergebracht war, befanden sich in Innsbruck sämtliche Dienststellen im Erweiterungsbau.<sup>361</sup>

In dem im Alten Landhaus untergebrachten staatlichen Sektor kam es 1939/40 zu einer organisatorischen Umstrukturierung. Das am 1. Mai 1939 verlautbarte „Ostmarkgesetz“ ließ der Landeshauptmannschaft für Tirol mit dem Präsidium und seinen neun Abteilungen die Reichsstatthalterei in Tirol und Vorarlberg folgen. Neben einer Zentralabteilung stützte sich der Apparat zukünftig auf fünf in Unterabteilungen und Dezernate gegliederte Ämter.<sup>362</sup> Die dadurch eingeleitete Auflösung der Landeshauptmannschaft Vorarlberg kompensierte bis Oktober 1941 die Abteilung VI. Die Antwort auf die Frage bezüglich des neuen Hoheitszeichens nach dem Zusammenschluss Tirols und Vorarlbergs findet sich heute noch durch die gleichzeitige Anbringung des Tiroler Adlers und der Montfort'schen Flagge an der Ostfassade des Neuen Landhauses. Um „stimmungsgemäße Schwierigkeiten“ in der Bevölkerung zu vermeiden, sollten weiterhin zwei getrennte Wappen bestehen.<sup>363</sup> Die behördliche Umstrukturierung war im April 1940 weitgehend abgeschlossen. Außer der in der Herrrengasse 1 untergebrachten Bauabteilung befanden sich sämtliche Dienststellen im Landhauskomplex. Das Obergewerksamt, das die Rechtsprechung in Sozialversicherungsangelegenheiten sowie die Aufsicht über die Versicherungsträger verantwortete, und die für buchhalterische Aufgaben zuständige Regierungsoberkasse befanden sich als Teil der Reichsstatthalterei ebenfalls dort. Mitte 1940 übersiedelte das Obergewerksamt in das

---

<sup>356</sup> Aktenvermerk von Hofer, 9.2.1942. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GH 1939–1945, Karton VII/D/2/6–VII/G/1-10, Zl. VII/E/4.

<sup>357</sup> Siehe dazu das Organigramm bei Ley 1943, S. 141.

<sup>358</sup> Ebd., S. 136.

<sup>359</sup> Armin Nolzen, Die Gaue als Verwaltungseinheiten der NSDAP, Entwicklungen und Tendenzen in der NS-Zeit, in: Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“ (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer), München 2007, S. 199–217, hier S. 206.

<sup>360</sup> Vgl. dazu die Webseite der Stadt Salzburg [[https://www.stadt-salzburg.at/pdf/amtskalender\\_nsdap\\_salzburg\\_\\_auszug\\_.pdf](https://www.stadt-salzburg.at/pdf/amtskalender_nsdap_salzburg__auszug_.pdf)], 22.6.2020.

<sup>361</sup> Adreßbuchverlag der Industrie- und Handelskammer München (Hg.), Amtsverzeichnis für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg mit Geschäftsadreßbuch 1942/43, München 1942, S. 7f.

<sup>362</sup> Die Ämterstruktur sah folgendermaßen aus: I. Allgemeine und innere Verwaltung; II. Erziehung, Volksbildung, Kultur- und Gemeinschaftspflege; III. Volkspflege; IV. Landwirtschaft, Wirtschaft und Arbeit; V. Bauwesen.

<sup>363</sup> Hans Schneider an Linert, 21.11.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GH 1939–1945, Karton 1–II/G1-6, Zl. I/F1-8; Hagen 2017, S. 333 und 339f.

entzogene Kloster zur Ewigen Anbetung in die Karl-Kapferer-Straße.<sup>364</sup> Es war durchaus üblich, geraubte Liegenschaften für die Unterbringung zusätzlicher Dienststellen zu nutzen. Im dem Landhaus gegenüber liegenden Servitenkloster befand sich unter anderem die Dienststelle „Umsiedlung Südtirol“, die der Behörde des Reichsstatthalters angegliedert war.

Neben der Rolle einer regionalen Mittelinstanz des staatlichen Verwaltungsapparats erhielten die Reichsgaue die Rechte einer Selbstverwaltungskörperschaft. Vereinfacht dargestellt entsprach dies der früheren Einteilung der Verwaltung zwischen Bund und Land. Die sogenannte Gauselbstverwaltung, die sich ebenfalls im Alten Landhaus befand, bot regionale Steuerungsmöglichkeiten, wobei die Beschreibung ihres konkreten Aufgabenbereichs diffus blieb und sich mitunter Kompetenzstreitigkeiten mit staatlichen Abteilungen ergaben. Erst im Lauf der Zeit entwickelte sich eine innere Organisationsstruktur heraus, die auf den im Landhaus untergebrachten Kanzleien des Gauhauptmannes und Gaukämmerers aufbaute. Eingeteilt in jeweils fünf Dezernate war der Gauhauptmann für die kaufmännische und personelle Verwaltung und die nachgeordnete Gaukämmerei für die Finanzgebarung der gaueigenen Betriebe und Anstalten zuständig.<sup>365</sup>

Die Agenden der Gebäudeverwaltung fielen als eigenes Dezernat in den Aufgabenbereich der Gaukämmerei. Die Dienststelle verantwortete die Verwaltung sämtlicher Amtsgebäude und des reichsgaueigenen Gebäude- und Grundbesitzes, der in der NS-Zeit sprunghaft anstieg. Die „Notwendigkeit“, wie es der Leiter der Gebäudeverwaltung 1949 umschrieb,<sup>366</sup> zur Errichtung einer eigenen Dienststelle für die Gebäudeverwaltung ergab sich in hauptsächlich durch den systematischen Vermögensentzug kirchlicher Einrichtungen und den Ankauf neuer Liegenschaften. Verfügte das Land 1938 neben den Amtsgebäuden und der Liegenschaft in der Meraner Straße 8 lediglich über drei weitere Wohnhäuser, kamen bis Ende März 1941 fünf Gebäude in der Welsergasse und Meraner Straße, mehrere Klöster, das Canisianum und das Jesuitenkolleg dazu.<sup>367</sup> Neben der Vermietung zählten der Materialeinkauf, Inventarisierungsangelegenheiten und die Überwachung der Hausmeister, des Reinigungspersonals und der Telefonzentrale zu den wichtigsten Aufgabenbereichen. Sechs männliche Mitarbeiter und eine weibliche Schreiberkraft besorgten im Februar 1941 die Geschäfte.<sup>368</sup> Vor der NS-Zeit hatte den Großteil der Aufgaben, wie die Anschaffung von Kanzleimaterial und die Einhebung der Mietbeiträge, die im Juli 1940 aufgelöste Landeskanzleidirektion erledigt.<sup>369</sup>

Das Reichsministerium des Innern versuchte, sämtliche staatliche Verwaltungsgebäude auf österreichischem Boden in seinen Besitz zu bekommen. Im März 1940 stellte es eine Lösung der Eigentumsfrage zu einem späteren Zeitpunkt in Aussicht. In der Zwischenzeit hatte das Reich dem Reichsgau eine Miete zu erstatten. Nutzten staatliche und kommunale Büros dasselbe Dienstgebäude, wie das in Tirol-Vorarlberg der Fall war, stieg der Reichsgau finanziell etwas schlechter aus. Die gesamten Kosten der Telefonzentrale waren zum Beispiel vom Reichsgau zu

---

<sup>364</sup> Ebd., S. 372.

<sup>365</sup> Ebd., S. 340–353.

<sup>366</sup> Moschen an Landesamtsdirektor Stoll, 19.4.1949. TLA, ATR (nach 1945), Präs. IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 1, Zl. A 184/2.

<sup>367</sup> Zusammenstellung der Liegenschaften, die Eigentum des Reichsgaues Tirol und Vorarlberg sind (Stand 31. März 1941). TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton IV-611–8212/1-2, Zl. IV-612.

<sup>368</sup> Geschäftsplan Dezernat GK 5, 21.2.1941. Ebd., Karton 308–402/41, Zl. 402/41.

<sup>369</sup> Rundschreiben Hofer an alle Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter und Dezernenten, 11.7.1940. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1939, Karton I3 (4101–6417), Zl. I3/6235; Moschen an Landesamtsdirektor Stoll, 19.4.1949. TLA, ATR (nach 1945), Präs. IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 1, Zl. A 184/2.

begleichen.<sup>370</sup> In Innsbruck verkomplizierte die gleichzeitige Verwendung des Gebäudes durch die Partei die Situation noch mehr. Die NS-Gliederungen hatten die Nutzungskosten ebenfalls über Mietzahlungen an den Reichsgau zu erstatten. Die Kosten für jene HJ-Burschen, die den Wachdienst unterstützten, teilten sich die Gauselbstverwaltung und die Partei je zur Hälfte auf (Abb. 36).<sup>371</sup> Insgesamt ging es um durchaus hohe Beträge. Das Reich nutzte in etwa die Hälfte der vorhandenen Nutzfläche aller Verwaltungsgebäude und steuerte jährlich etwa RM 200.000 bei. Die Partei ließ sich die Unterbringung im Landhauserweiterungsbau jährlich knapp über RM 125.000 kosten.<sup>372</sup> Der DAF war ihr Anteil an den Nutzungskosten zu hoch. Auf die im Jänner 1940 geäußerte Forderung nach einer Mietreduktion ging Gauleiter Hofer aber nicht ein.<sup>373</sup>

### **Der Verwaltungsapparat der Gauleitung**

Dem Gauleiter, den ein Adjutant und ein Stellvertreter unterstützte, waren ein Organisations-, Personal-, Schulungs-, Schatz-, Propaganda- und Presseamt als zentrale Dienststellen der Gauleitung untergeordnet. Ein eigenes Gaugericht regelte die Parteigerichtsbarkeit. Danach folgten für den operativen Bereich – DAF und NSV ausgenommen – weniger bedeutende Ämter, denen meist ein angeschlossener Verband angehörte. Mit Abstand am meisten Platz nahm mit knapp 100 Räumlichkeiten das Amt der DAF in Anspruch. Die eigentliche Gauleitung und deren Führungsämter folgte mit ca. 60 Büros. Die NS-Frauenschaft verfügte als drittgrößte Organisation über etwa 20 Zimmer. Bis auf das Propagandaamt, das etwa 10 Räumlichkeiten besetzte, kamen die übrigen Ämter mit bis zu sieben Zimmern aus.<sup>374</sup> Die Bedeutung der unterschiedlichen Gauämter variierte erheblich. Ein guter Gradmesser für den Stellenwert der jeweiligen Dienststelle stellt das Anstellungsverhältnis der jeweiligen Leiter dar. In Tirol-Vorarlberg waren im August 1940 neben der Kanzlei des Gauleiters und des Schatzamtes die Ämter für Organisation, Personal, Schulung, Presse, Kriegsofopfer, das Gaugericht und die Dienststellen der DAF, NSV und NS-Frauenschaft hauptamtlich besetzt. Insgesamt arbeiteten zu diesem Zeitpunkt von knapp über 500 Funktionärinnen und Funktionären 54 Prozent ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis.<sup>375</sup> Diese Zahl ist im Vergleich zum reichsweiten Trend, der am 1. Januar 1940 44 Prozent der Arbeitskräfte als ehrenamtlich auswies, wesentlich höher.<sup>376</sup> Im Folgenden werden Schlaglichter auf die Tätigkeitsbereiche einiger hauptamtlich besetzter Stellen geworfen, um ein konkretes Bild der Nutzung des Gebäudes zu erhalten.

Die Kanzlei des Gauleiters wickelte den Parteienverkehr und die Verteilung der Post innerhalb des Gebäudes ab. Die Einlaufstelle befand sich in einem Zimmer im ersten Stock, wo Angestellte die Post öffneten und den in Frage kommenden Ämtern zur Bearbeitung zuleiteten. Lediglich das Gaupresseamt war berechtigt, ein eigenes Postfach zu führen. Im Nebenzimmer sammelte die Auslaufstelle die zum Versand bestimmten Briefe der einzelnen Ämter und gab sie in die vorbereiteten Umschläge. Diese Regelung garantierte eine lückenlose Überwachung des Schriftverkehrs der gesamten Behörde – ausgenommen waren lediglich das Gauschatzamt, das

---

<sup>370</sup> Schnellbrief des Reichsministers des Innern an die Landeshauptmänner der Ostmark, 26.3.1940; Reichsminister des Innern an die Reichsstatthalter in den Reichsgauen der Ostmark, 20.8.1940. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 160–267/41, Zl. 181/41.

<sup>371</sup> Amtsvermerk von Moschen an Linert, 27.1.1941. Ebd., GH 1939–1945, Karton VII/A/2–VII/D/2/5, Zl. VII/B/1/9.

<sup>372</sup> Einnahmen an Mietzinsen pro Rechnungsjahr, 6.1.1941; Hofer an den Herrn Reichsminister des Innern, 5.3.1941. Ebd., Karton VI/A–VI/T/P, Zl. VI/S1/42.

<sup>373</sup> Linert an Frapporti, 25.1.1940. TLA, DAF – Gauverwaltung Tirol-Vorarlberg, Karton II/6–8, Zl. II/7, Fol. 1052.

<sup>374</sup> Eigene Berechnungen anhand der Einnahmen an Mietzinsen pro Rechnungsjahr, 6.1.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GH 1939–1945, Karton VI/A–VI/T/P, Zl. VI/S1/42.

<sup>375</sup> Stellenbesetzungsplan Gauleitung, August 1940. TLA, NSDAP – Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton I–IV, Zl. IV/12a.

<sup>376</sup> Nolzen 2007, S. 202.

Reichspropagandaamt und die Dienststelle des Deutschen Gemeindetages.<sup>377</sup> Daneben befanden sich in der Kanzlei des Gauleiters noch Sachbearbeiter für Wehrmachtsfragen, Bittgesuche und Gnadensachen.<sup>378</sup> Den Gauinspektoren, ebenfalls Teil der Kanzlei Hofers, kam in der Überwachung der Partei eine zentrale Rolle zu. Sie hatten Beschwerden nachzugehen und Missstände innerhalb der NSDAP aufzudecken und zur Anzeige zu bringen, die das im Erweiterungsbau tagende Gaugericht bearbeitete. Die Parteigerichtsbarkeit hatte „zur Sauberhaltung und inneren Festigung der Bewegung“ ausschließlich über Parteimitglieder zu urteilen. Die Durchführung eines Gerichtsverfahrens und gefällte Entscheidungen bedurften der Bestätigung durch den Gauleiter. Bei Unstimmigkeiten schaltete sich die nächste Instanz ein. Als Strafen konnten Verweise, Verwarnungen und Parteiausschlüsse ausgesprochen werden.<sup>379</sup> Den Umstand, dass „weder Geld- noch Freiheitsstrafen“ verhängt werden konnten, betonte auch Rudolf Hampl, der Leiter des Gaugerichts in Tirol-Vorarlberg, in einer 1947 durchgeführten Einvernahme.<sup>380</sup> Eine Verurteilung war freilich mit massiven Konsequenzen verbunden. Im Landhaus waren von der Partei oder ihren Formationen entlassene ehemalige Parteimitglieder nicht mehr anzustellen, stellte Gauhauptmann Linert im Februar 1941 etwa klar.<sup>381</sup>

Den Aufbau und die Verwaltung des Parteiapparats besorgten das Organisations-, Personal-, Schulungs- und Schatzamt. Der Gauorganisationsleiter war einer der engsten Mitarbeiter des Gauleiters und hatte eng mit dem Personal- und dem Schulungsamt, das die Ausbildung sämtlicher Politischer Leiter der NSDAP verantwortete, zusammenzuarbeiten. Sie nahmen unter anderem die Auslese der Politischen Leiter vor, wobei im Personalamt generell der breitenwirksamste Kontrollapparat beheimatet war. Es fasste die politischen Beurteilungen sowohl für Parteimitglieder als auch NS-außenstehende Personen ab. Diesbezügliche Anfragen mussten ausnahmslos über das Personalamt laufen, das mit einem nahezu nicht bewältigbaren Arbeitsaufkommen zu kämpfen hatte. Waren Mitte Dezember 1938 bereits 14.700 Beurteilungsvorgänge aktenkundig, steigerte sich diese Zahl zehn Monate später auf 36.000.<sup>382</sup> Der Gauschatzmeister hatte im Namen der Reichsleitung der NSDAP die Finanzen der Partei, ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände zu überwachen und verantwortete die Finanzmittelverwaltung im Gau.<sup>383</sup> Gerade in der Anfangsphase litt die Partei in Tirol unter chronischem Geldmangel und in der Reglementierung der Finanzgebarung herrschten chaotische Zustände. Gauleiter Hofer nahm auf die leeren Parteikassen keine Rücksicht, was zu Konflikten mit übergeordneten Stellen führte. Den Angestellten der Gauleitung versuchte er durch eigene Haushaltspläne mehr Gehalt zu verschaffen. Erst nach heftigen Disputen mit der Behörde des Reichsschatzmeisters lenkte Hofer ein. Die Finanzschwierigkeiten erschwerten die Besetzung einzelner Dienststellen. Die im Gauschatzamt angesiedelte Revisionshauptstelle, die eine Überprüfung der parteilichen Finanzgebarung vorzunehmen hatte, begann ihre Arbeit erst ab März 1939.<sup>384</sup>

---

<sup>377</sup> Anordnung des Gauleiters, 30.9.1939. TLA, DAF – Gauverwaltung Tirol-Vorarlberg, Karton I-II/5, Zl. II/3, Fol. 316ff.

<sup>378</sup> Hauptverhandlung, 18.5.1949. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 1390/46; Stellenbesetzungsplan Gauleitung, August 1940. TLA, NSDAP – Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton I-IV, Zl. IV/12a.

<sup>379</sup> Ley 1943, S. 142 und S. 341–349.

<sup>380</sup> Niederschrift aufgenommen mit Rudolf Hampl (Bundepolizeidirektion Innsbruck), 17.2.1947. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 1260/47.

<sup>381</sup> Rundschreiben Linert, 22.2.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GH 1939–1945, Karton VII/D/2/6–VII/G/1-10, Zl. VII/E/7.

<sup>382</sup> Bericht über die Entwicklung der Hauptstelle Politische Beurteilung, 11.10.1939. TLA, NSDAP – Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton I-IV, Zl. IV/8.

<sup>383</sup> Ley 1943, S. 287b.

<sup>384</sup> Schreiber 2013, S. 150ff.

Im Gaupresseamt liefen sämtliche Fäden des Pressewesens zusammen. Ihre Dienststelle besetzte sieben Zimmer im zweiten Stock des Erweiterungsbaus und arbeitete rund um die Uhr. Regulär dauerte ihr Arbeitstag täglich bis Mitternacht. Zusätzlich wurde ab 21 Uhr ein Bereitschaftsdienst für die Nacht eingerichtet, den ein Mitarbeiter der Gauleitung zu leisten hatte.<sup>385</sup> Die Gauwache war angehalten, eilbriefliche Presseberichte, die außerhalb der Dienstzeiten eintrafen, sofort an das Amt zuzustellen.<sup>386</sup> Das Presseamt lieferte auf der einen Seite Nachrichten über die Parteiarbeit im Gau, andererseits sorgte es für die Verbreitung von Informationen der Reichspressestelle. Die regelmäßige Herausgabe des NS-Gaudienstes, einer regionalen Parteikorrespondenz, und die Bearbeitung aller von der Gauleitung herausgegebenen Publikationen fiel in ihren Aufgabenbereich. Nicht zuletzt fungierte sie als zentrales Überwachungsinstrument des Büchermarktes. Im Zeitungsbereich entfiel die Notwendigkeit einer Aufsicht zusehends, da der 1938 ins Leben gerufene NS-Gauverlag die Herausgabe der wichtigsten Periodika verantwortete. Die „Innsbrucker Nachrichten“, das wichtigste Zeitungsmedium in der NS-Zeit, erschienen ab Juli 1938 als „parteiamtliches Organ der NSDAP“.<sup>387</sup> Gauleiter Hofer beschwerte sich mitunter über die Qualität der Presseverlautbarungen: „Immer wiederkehrende Fehler zeigen, daß an sich selbstverständliche Fragen falsch behandelt werden“, ließ er dem Gaupresseamtsleiter über Parson ausrichten. Ein Reihungsfehler in der Nennung des Regierungspräsidenten und eines Landrates diente als Anlass der Beschwerde.<sup>388</sup>

Die Einheitsorganisation der DAF fungierte als Ersatz für die zerschlagenen Arbeitnehmerorganisationen und bot dem Angestellten bis zum Unternehmer eine „freiwillige“ Mitgliedschaft. Ihr Zweck lag einerseits in der Kontrolle der Arbeiterschaft und zum anderen in der Integration ihrer Mitglieder in das NS-System. Ihre Hauptaufgaben stellten die arbeits- und sozialrechtliche Betreuung, die Freizeitgestaltung und die politische Schulung der Mitglieder dar. Im März 1939 hatte die im dritten und vierten Stock untergebrachte Dienststelle ca. 25 Prozent der Gesamtbevölkerung des Gaues zu betreuen. Neben Rechtsberatungsstellen bot die DAF berufliche Aus- und Fortbildungen an. Den Parteienverkehr wickelte sie ausschließlich vormittags von 9 bis 12 Uhr ab.<sup>389</sup> Sie trat auch als Betreiber des Kantinenbetriebes im Verwaltungsgebäude in Erscheinung. Die NS-Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ nahm innerhalb der DAF eine Sonderrolle ein. Durch günstige Kurzausflugsangebote, verbilligte Konsumgüter und abwechslungsreiche Feiernachtveranstaltungen machte sie die in das NS-Regime gesetzten Hoffnungen nach einer erfolgsversprechenden Zukunft greifbar.<sup>390</sup> Ihr Hauptbüro befand sich im Erdgeschoß des Saaltraktes und nahm die Besucherinnen und Besucher dadurch gewissermaßen in Empfang.<sup>391</sup> Das im vierten Stock untergebrachte Ehren- und Disziplinargericht der DAF, das der Reichsorganisationsleitung unmittelbar unterstand, sorgte für die Disziplinierung ihrer Mitarbeiter und Mitglieder.

Die Gauämter für Kommunalpolitik, Volksgesundheit, Erzieher und Technik, das Rassenpolitische Amt, das Gaurechtsamt und die Gauwirtschaftsberatung stützten sich mit Stand August 1940 ausschließlich auf ehrenamtliche Tätigkeiten.<sup>392</sup> Weitgehend handelte es sich um Dienststellen, die

---

<sup>385</sup> Aktenvermerk an die Gauwache (Peifer), 21.8.1939; Aktenvermerk an das Gauorganisationsamt, 25.1.1940. TLA, NSDAP – Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton V/6–7, Zl. V/6, Fol. 1 und 222.

<sup>386</sup> Aktenvermerk an den Gauorganisationsleiter, 8.4.1940. Ebd., Fol. 218.

<sup>387</sup> Ley 1943, S. 303–307; Hagen 2017, S. 473.

<sup>388</sup> Aktennotiz von Parson an den Gaupresseamtsleiter Pg. Pisecky, 11.4.1940. TLA, NSDAP – Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton V/6–7, Zl. V/6, Fol. 80.

<sup>389</sup> Rundschreiben (Giselbrecht) an alle Mitarbeiter, 1.9.1939. TLA, DAF Gauverwaltung Tirol-Vorarlberg, Karton I–II/5, Zl. II/3, Fol. 151.

<sup>390</sup> Schreiber 1994, S. 204–210.

<sup>391</sup> Plan, Grundriss EG, Landhauserweiterungsbau vom 4.11.1939, Bauamt Abt. 4. Registratur der Liegenschaftsverwaltung.

<sup>392</sup> Stellenbesetzungsplan Gauleitung, August 1940. TLA, NSDAP – Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton I–IV, Zl. IV/12a. Die Erforschung der Frage, was dies für den konkreten Arbeitsablauf in den genannten Ämtern

sich in einer beratenden Funktion in die Gesetzgebung einschalten konnten. Die konkreten Aufgaben führten teilweise die staatlichen Abteilungen aus. Das Rassenpolitische Amt, dem in Tirol der Frauenarzt Theodor Seeger vorstand, hatte neben der gesamten Schulungs- und Propagandaaarbeit auf dem Gebiet der Bevölkerungs- und Rassenpolitik beispielsweise die entsprechenden Maßnahmen „in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden“ zu bearbeiten.<sup>393</sup> Die ehemaligen Leiter – um Distanz zur Gauleitung bemüht – spielten ihre Tätigkeit nach 1945 herab. Seeger behauptete, „im Gauhaus von der Gaufrauenschaft ein kleines Zimmer als Unterschlupf“ für seine Dienststelle erhalten zu haben, auf die Gauleiter Hofer angeblich keinen Wert legte. Ihren Bestand sicherte lediglich der vorgeschriebene Organisationsplan der Gauleitung, gab Seeger zu Protokoll.<sup>394</sup> Oberbürgermeister Denz, der das Gauamt für Kommunalpolitik ehrenamtlich leitete, attestierte seiner Behörde, „zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt“ gewesen zu sein. An eine „Aktivierung“ des Amtes – neben der Beratung des Gauleiters in kommunalpolitischen Fragen war es für die politisch-weltanschauliche Erziehung sämtlicher Gemeindeangestellten und die „Heranbildung eines Nachwuchses wahrhaft nationalsozialistisch gesinnter und fachlich befähigter Gemeindepolitiker“ verantwortlich<sup>395</sup> – sei in Anbetracht seiner arbeitsintensiven Tätigkeit als Oberbürgermeister nicht zu denken gewesen.<sup>396</sup> In einigen Fällen verfügten die ehrenamtlichen Leiter folglich über keine eigenen Räumlichkeiten im Gebäude. Dies trifft auf den ab Spätherbst 1939 als Gauwirtschaftsberater tätigen Georg Bilgeri zu, der vorher in Wien die „Vermögensverkehrsstelle“ geleitet hatte. Er stand hauptberuflich der Dienststelle Umsiedlung Südtirol vor.<sup>397</sup> Egon Denz residierte als Oberbürgermeister der Stadt Innsbruck im Rathaus.

Eine in der Struktur der NSDAP einzigartige Einrichtung stellte der brauchtumsorientierte Standschützenverband des Gaus Tirol-Vorarlberg dar. Gauleiter Hofer war es gelungen, sämtliche Brauchtumsvereine, ausgehend von den Schützenkompanien, in einem ihm unterstehenden Verband zusammenzuschließen. De facto handelte es sich um eine weitere der NSDAP angeschlossenen Organisation, die auf Verwaltungsebene der Gauselbstverwaltung unterstand. Nannten die Statuten die Erziehung zur Wehrhaftigkeit, weltanschauliche Schulung und Brauchtumpflege als Aufgabenbereiche, zielte Hofer mit der Etablierung des Verbandes auf eine breitenwirksame Mobilisierung der Bevölkerung ab. 1940 zählte der Verband bereits über 100.000 Mitglieder.<sup>398</sup> In einer kurzen Replik auf Hofers bisheriges Schaffen anlässlich seines 40. Geburtstages betonten die „Innsbrucker Nachrichten“ seine Bemühungen um die Errichtung des Verbandes:

„Mit ganz besonderem Erfolg hat sich Gauleiter Hofer auch für die Wiederbelebung und Pflege der wehrhaften Tradition und des von den Vätern überkommenen Brauchtums seines Gaus

---

bedeutete, erschwerte eine mehr als dürftige Aktenüberlieferung. Lediglich aus dem Amt für Kommunalpolitik sind einige wenige Akten erhalten geblieben, siehe Wilfried Beimrohr, *Das Tiroler Landesarchiv und seine Bestände* (Tiroler Geschichtsquellen 47), Innsbruck 2002, S. 242.

<sup>393</sup> Ley 1943, S. 330.

<sup>394</sup> Einvernahme Theodor Seeger, aufgenommen im Lager Reichenau, 7.11.1946. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 49/47.

<sup>395</sup> Ley 1943, S. 283f.

<sup>396</sup> Gnadengesuch an den Herrn Bundespräsidenten der Republik Österreich, 5.10.1948. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 3472/47.

<sup>397</sup> Zur Biographie Bilgeri siehe Michael Gehler/Helmut Alexander, „Ich war Nationalsozialist“. Aspekte einer vergessenen Biographie: Dr. Hans Georg Bilgeri, in: *Österreich in Geschichte und Literatur* 37 (1993) 3, S. 133–169.

<sup>398</sup> Zum Standschützenverband siehe Schreiber 2013, S. 255–261, Hagen 2017, S. 267–293 und Michael Forcher, *Die Tiroler Schützen in der NS-Zeit*, in: Wilfried Beimrohr u.a. (Hg.), *Vom Wert des Erinnerns* (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 22), Innsbruck 2020, S. 135–160.

eingesetzt. Der von ihm neugegründete Standschützenverband Tirol-Vorarlberg wurde zum Treuhänder des Wehrwillens, des Volkskunstgutes und des heimischen Brauchtums.<sup>399</sup>

Im Erweiterungsbau regelten Ende 1941 sechs Angestellte die Geschäfte der Organisation.<sup>400</sup> Die Dienstbehörde Hofers legte sämtlichen Mitarbeitern einen „freiwilligen“ Beitritt zum Standschützenverband nahe. In monatlichen Abständen hatten die Standschützen Schießübungen zu absolvieren, deren Ergebnisse dokumentiert wurden.<sup>401</sup> Ihre Treffsicherheit stellten die Mitglieder beim alljährlichen Tiroler Landesschießen unter Beweis. Der von Gauleiter Hofer eingeführte größte Schießwettbewerb des Reiches avancierte zum bedeutendsten Volksfest im Gau.

### **Zwischen Repräsentation und Funktion**

Ob der Landhauserweiterungsbau eher als Funktions- oder Repräsentationsbau gesehen werden muss, erschließt sich über die Fragen, welche Veranstaltungen hier stattfanden und ob die Bevölkerung das Gebäude als „offenes“ Haus wahrnahm. Wenn Personen den Weg in den Regierungssitz auf sich nahmen, war dies zum einen auf persönlich motivierte Vorsprachen zurückzuführen. Beschwerden und Bittgesuche konnte die Bevölkerung etwa in der Kanzlei des Gauleiters anbringen. Zum anderen konnten konkrete Dienstleistungen in Anspruch genommen werden. In erster Linie sind von der DAF geleitete berufliche Fortbildungsmöglichkeiten zu nennen, für die man sich im Gebäude anmelden konnte. Lehrgänge für Kurzschrift, Maschinenschreiben, Servierkunde, Gemeinschaftsverpflegung oder ein Nähkurs für „Hausgehilfinnen“ – um nur einige zu erwähnen – standen zur Wahl.<sup>402</sup> Im Amt für Volksgesundheit informierten sich Ehepaare unter anderem über die Aktion „Hilfe bei kinderloser Ehe“, Anträge für die Zuerkennung eines „Veteranensoldes“ für über 70-Jährige oder für einen finanziellen Zuschuss für Eltern gefallener Söhne waren im Amt für Kriegsoffer abzugeben.<sup>403</sup> 1941 forderte das Gaupresseamt die Innsbrucker Bevölkerung auf, Bilder oder Filme „aus den Märztagen 1938“ abzugeben.<sup>404</sup> Größere Veranstaltungen fanden aber ausschließlich für Parteimitglieder statt. Am aktivsten trat hier das Amt für Technik in Erscheinung, das in unregelmäßigen Abständen Vorträge zu technischen Themen im Gemeinschaftssaal organisierte. Gausiedlungsplaner Helmut Erdle referierte etwa am 12. März 1942 um 20:00 Uhr mit Lichtbildern zum Thema „Städtebau, Siedlung, Wohnung“, die Vorführung des Tonfilms „Die Bauten Adolf Hitlers“ sowie der Wochenschau folgten im Anschluss. Der Abend endete mit einem kameradschaftlichen Beisammensein bei Getränken und einem einfachen Imbiss.<sup>405</sup>

Die allgemeine Öffentlichkeit beteiligte sich lediglich an den Geburtstagsfeierlichkeiten für Gauleiter Hofer am 27. November. Neben Vertretern von Partei- und Staat fanden sich an diesem Tag laut „Innsbrucker Nachrichten“ viele „Partei- und Volksgenossen“ ein, „um dem Gauleiter ihre treue Verbundenheit zu erweisen“. Der Geburtstag bestimmte den kompletten Tagesablauf im Gebäude, wie das Programm der Feierlichkeiten im Jahr 1940 zeigt. Schon in den Morgenstunden brachte der Gaumusikzug mit einer Ehrenformation der Politischen Leiter und der HJ vor dem Landhauserweiterungsbau ein Ständchen dar. Danach gab es ein Stelldichein der engsten Mitarbeiter Hofers in seiner Kanzlei. Am Nachmittag folgten Darbietungen einer Kindergruppe der NS-Frauenschaft und weiterer Konzerte am Vorplatz. Abends erwiesen Hofer die Innsbrucker

---

<sup>399</sup> Innsbrucker Nachrichten, 27.11.1942, S. 2.

<sup>400</sup> Kanzlei des Landes-Oberschützenmeisters (Gurschler) an den Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg, 20.12.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GH 1939–1945, Karton VII/A/2–VII/D/2/5, Zl. VII/A/2/33.

<sup>401</sup> Rundschreiben (Fischer) an alle männlichen Mitarbeiter der DAF, 20.9.1939. TLA, DAF – Gauverwaltung Tirol-Vorarlberg, Karton I–II/5, Zl. II/3, Fol. 339.

<sup>402</sup> Innsbrucker Nachrichten, 11.9.1939, S. 10; 19.10.1939, S. 6; 14.3.1940, S. 5; 7.6.1940, S. 5.

<sup>403</sup> Ebd., 21.11.1942, S. 7; 23.4.1943, S. 3; Neueste Zeitung, 9.11.1939, S. 4.

<sup>404</sup> Innsbrucker Nachrichten, 6.3.1941, S. 4.

<sup>405</sup> Ebd., 10.3.1942, S. 4.

Ortsgruppenleiter und der Stab der Kreisleitung die Ehre.<sup>406</sup> Ansonsten achtete die Behörde unter anderem mit einem zeitaufwendigen Anmeldesystem darauf, so wenig Parteienverkehr wie möglich im Gebäude zu haben. Die publikumswirksame KdF-Vorverkaufsstelle, die sämtliche Angebote der NS-Freizeitgemeinschaft vermarktete, befand sich beispielsweise in der Museumstraße.<sup>407</sup> „Volkssprechtage“, die bei anderen Gauleitern zur Demonstration gelebter Volksnähe durchaus üblich waren, gab es in Innsbruck keine. Baldur von Schirach hielt in Wien zumindest 18 Mal ganztägige Sprechtag ab, in der er sich vorher angemeldeten Anliegen der Bevölkerung widmete.<sup>408</sup> Die ersten verlaublichen Besuchszeiten Hofers fielen vergleichsweise gering aus. An drei Tagen pro Woche war er zwischen 11 und 12:30 Uhr erreichbar. Eine vorherige telefonische Anmeldung, ob überhaupt „ein Vorkommen“ möglich war, wurde empfohlen.<sup>409</sup>

Eine offizielle Besucherstatistik für das Landhaus ist nicht überliefert. Parson sprach in seinem Volksgerichtsprozess davon, dass die Kanzlei des Gauleiters täglich mit immerhin 30 bis 40 Personen zu tun hatte.<sup>410</sup> Luftschutzplanungen aus dem Jahr 1941 gingen von einem täglichen Parteienverkehr von 200 Personen aus.<sup>411</sup> Die Besucherinnen und Besucher hatten ein zeitaufwendiges Prozedere bei Vorsprachen in einer Dienststelle zu durchlaufen. Sie erhielten von der Gauwache einen Anmeldeschein, auf dem nach der Erledigung des Geschäftsgangs vom jeweiligen Referenten seine Unterschrift und die Zeitangabe der Entlassung zu vermerken war. Unter keinen Umständen durften sie bei mehreren Dienststellen ohne passenden Anmeldeschein vorsprechen. Beim Verlassen des Gebäudes kontrollierten die Wachorgane, ob das vorgeschriebene Prozedere eingehalten worden war. Fehlte eine Unterschrift oder eine Zeitangabe, hatten die betroffenen Parteien die jeweiligen Stellen nochmals aufzusuchen.<sup>412</sup> Die Begleitumstände des angewandten Systems bedeuteten „eine erhebliche Belastung“ für Personen, die in dem Haus öfters zu tun hatten. Sehr häufig kam es vor, dass der aufgesuchte Referent gar nicht anwesend war oder dass auf die Mitnahme des Anmeldescheins vergessen wurde.<sup>413</sup>

Politische Veranstaltungen, wie Parteischulungen, Tagungen, Reden, Feierstunden oder Empfänge, fanden nur selten im Landhaus statt. Dies ist auf die dafür fehlenden Räumlichkeiten zurückzuführen. Lediglich der Gemeinschaftssaal bot ausreichend Platz für größere Aktionen, wie etwa eine Schulung für Politische Leiter und Angehörige der Gliederungen der NSDAP Ende November 1943. SA-Obergruppenführer Max Luyken sprach in seiner Funktion als „Beauftragter des Führers für wehrgeistige Erziehung“ über die „soldatische Haltung als Grundgesetz der Wesensart deutscher Menschen“ zu den NS-Funktionären.<sup>414</sup> Mitunter führte Gauleiter Hofer Preisverleihungen im Gemeinschaftssaal durch. Zum Auftakt des 5. Landesschießens 1942 hielt er dort eine Rede vor den Siegern der Schießmeisterschaft der Jugend.<sup>415</sup> Arbeitstagungen der unterschiedlichen NS-Organisationen fanden in den beiden Sitzungssälen des Haupttraktes statt.<sup>416</sup> Gauleiter Hofer nutzte

---

<sup>406</sup> Ebd., 28.11.1940, S. 3.

<sup>407</sup> Ebd., 27.1.1940, S. 5.

<sup>408</sup> Perz/Pawlowsky/Markova 2018, S. 230ff.

<sup>409</sup> Rundschreiben Nr. 6/38/Gesch., 2.7.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1938, Karton I3 (1351–3715), Zl. I3/2022.

<sup>410</sup> Hauptverhandlung, 18.5.1949. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 1390/46, Fol. 247.

<sup>411</sup> Handschriftliche Notiz am Aktenvermerk von Hofmann an Moschen, 23.10.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 269–307/41, Zl. 300/41.

<sup>412</sup> Sonderrundschreiben von Braunsdorff, 7.3.1940. TLA, DAF – Gauverwaltung Tirol-Vorarlberg, Karton I–II/5, Zl. II/3, Fol. 345.

<sup>413</sup> Tiroler Rechtsanwaltskammer an den Reichsstatthalter und Gauleiter, 2.5.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GH 1939–1945, Karton VI/T/1a–VI/V/8g, Zl. VI/V/8a/3.

<sup>414</sup> Innsbrucker Nachrichten, 29.11.1943, S. 4.

<sup>415</sup> Ebd., 7.7.1942, S. 4.

<sup>416</sup> Ebd., 29.2.1940, S. 4; 12.3.1943, S. 4.

den zu seiner Kanzlei im ersten Stock benachbarten Saal üblicherweise für größere Dienstbesprechungen. Hier fanden einmal im Jahr auch die medial in Szene gesetzten Abschlussprüfungen des Ausleselehrgangs der „Pimpfe“ für die Adolf-Hitler-Schule in Sonthofen statt. Gauleiter Hofer persönlich nahm die Prüfungen in Anwesenheit der wichtigsten NS-Funktionäre des Gaustabes ab.<sup>417</sup> Sobald eine festlichere Umrahmung der Veranstaltung erwünscht war, griffen die Organisatoren auf den „Festsaal“ im Alten Landhaus zurück.<sup>418</sup> Mit hoher Wahrscheinlichkeit fanden hier auch sämtliche Landhausempfänge wichtiger Parteigrößen statt, die Innsbruck besuchten.<sup>419</sup> Die meisten politischen Veranstaltungen hielt die Partei nicht im Landhaus, sondern im großen Stadtsaal ab.

Dass die Tiroler Gauleitung in der Verwendung des Erweiterungsbaus die Funktion der Repräsentation voranstellte, veranschaulicht die Nutzungsgeschichte des Landhausplatzes. Schon die Namensgebung weist auf das fehlende Interesse der Gauleitung hin, dem Platz einen bedeutenden Stellenwert einzuräumen. Den Vorschlag der Stadt, ihn nach Hermann Göring zu benennen, lehnte sie ab und entschied sich für die lapidare Bezeichnung „Landhausplatz“.<sup>420</sup> Zeitweise boten unterschiedliche Musikkapellen Standkonzerte dar und bei Empfängen fand hier das Abschreiten angetretener NS-Formationen statt.<sup>421</sup> Größere Menschenansammlungen im Zuge positiv besetzter Kundgebungen dokumentierte die Presseberichterstattung lediglich in zwei Fällen. Am 10. Juni 1940 hielt Gauleiter Hofer, „von stürmischem Jubel begrüßt“, anlässlich der Kapitulation Norwegens und des verkündeten Kriegseintritts Italiens eine Rede vom Balkon des Erweiterungsbaus. Die „Innsbrucker Nachrichten“ stellten die Kundgebung als spontane Reaktion der Bevölkerung auf die bekanntgewordenen Nachrichten dar.<sup>422</sup> Ansonsten findet sich kein Hinweis, dass sich Hofer auf dem Balkon bis 1945 noch einmal in Szene setzte. Das zweite Großereignis stellte eine Wintersammlung für die Wehrmacht im Jänner 1942 dar. Sämtliche Ortsgruppen der Stadt und ihrer Umgebung versammelten sich am Landhausplatz, um hochgetürmte Ladungen von Rodeln und Skiern zu präsentieren. Gauleiter Hofer nahm am Platz die Meldung des Sammelergebnisses durch Kreisleiter Primbs entgegen.<sup>423</sup> Üblicherweise hielt die Partei massentaugliche Veranstaltungen wie Aufmärsche oder Kundgebungen am Adolf-Hitler-Platz vor dem heutigen Landestheater ab.

Der Innsbrucker Bevölkerung blieb die Nutzung des Platzes im Rahmen von Begräbnisfeierlichkeiten am nachhaltigsten in Erinnerung. Die Gauleitung geleitete hier drei verdiente Persönlichkeiten der Partei – Gaufrauenschaftsleiterin Tony Nachtmann, Gaurechtsberater Theodor Ulm und Gauorganisationsleiter Kurt Braunsdorff – zur letzten Ruhe.<sup>424</sup> Das prägendste Bild blieben aber die aufgebahrten Särge der Opfer des Luftangriffs im Dezember 1943 vor dem mit Fahnen flankierten Eingangstor, jeder Sarg mit einer Hakenkreuzflagge und einem Kranz bedeckt (Abb. 37). Die Angehörigen versammelten sich gegenüber, auf der linken und rechten Seite flankierten die Gliederungen der Partei, eine Ehrenkompanie der Wehrmacht und eine Abordnung des Standschützenverbandes die Särge.<sup>425</sup> Mit der Verabschiedung der Toten brachte die Bevölkerung das Landhaus und den davor liegenden Platz ab diesem Zeitpunkt mit Tod und Elend in Verbindung.

---

<sup>417</sup> Ebd., 4.3.1940, S. 5.

<sup>418</sup> Ebd., 29.4.1940, S. 6;

<sup>419</sup> Ebd., 12.5.1941, S. 5.

<sup>420</sup> Gauleiter-Stellvertreter Parson an Bürgermeister Christoph, 1.11.1940. StAI, Abteilung VI, Akten/Pläne-Bebauung, Karton 6, Mappe „Verbauungsplan, Regulierungen, Bauverbote, Gebäudehöhe etc (Allgemeines), 1937–1944“, o. Zl.

<sup>421</sup> Innsbrucker Nachrichten, 25.1.1941, S. 3; 10.2.1941, S. 5; 22.7.1941, S. 3; 21.5.1943, S. 3 und 28.2.1944, S. 3.

<sup>422</sup> Ebd., 11.6.1940, S. 7.

<sup>423</sup> Ebd., 6.1.1942, S. 3.

<sup>424</sup> Ebd., 13.5.1941, S. 4; 27.3.1943, S. 3 und 1.11.1943, S. 3.

<sup>425</sup> Ebd., 20.12.1943, S. 3.

Seinen Nimbus als bauliches Aushängeschild einer neuen Zeit hatte das Gebäude spätestens jetzt verloren.

Von außen sichtbare Repräsentationsmaßnahmen, wie die Beflaggung des Gebäudes, setzten die Behörden unmittelbar nach dem „Anschluss“ um. Verordnungen des Reichsministers des Innern regelten die für „besondere Anlässe“ sowie festgelegte Feiertage notwendige Beflaggung.<sup>426</sup> Eine „Ausschmückung“ des Gebäudes hatte sich auf die Anbringung von Tannengrün zu beschränken. „Übertreibungen und Geschmacklosigkeiten“ hatten tunlichst zu unterbleiben.<sup>427</sup> Für den Erweiterungsbau ordnete Hofer die Bestellung von 32 Hakenkreuzfahnen (15 mal 1,6 Meter) und einer Reichsdienstflagge (8 mal 4,8 Meter) im September 1939 an.<sup>428</sup> Im Inneren des Gebäudes hielt sich die Gauleitung mit Vorgaben zurück. Selbstverständlich waren im gesamten Reichsgau alle Dienst- und Aufenthaltsräume mit Führerbildern auszustatten.<sup>429</sup> Das Geschäft um den Kauf von Führer-Devotionalien entwickelte sich zu einem regelrechten Wirtschaftszweig. Ende Juni 1938 waren die in der Landeshauptmannschaft verwendeten Führerbilder bereits vergriffen.<sup>430</sup> Im Alten Landhaus kaufte die Behörde bis Oktober 1938 48 Bilder an – zu wenig, um wie geplant jede Abteilung mit mindestens zwei bis drei Bildern auszustatten. Es erfolgte ein weiterer Ankauf von 24 Bildern, deren größte Ausführung in 45 mal 60 Zentimetern zu haben war.<sup>431</sup> Fehlende Führerbilder mahnte die Gebäudeverwaltung immer wieder ein, so etwa Oberinspektor Moschen, der im März 1941 in verschiedenen Zimmern der Gauselbstverwaltung entsprechende Bilder vermisste.<sup>432</sup>

### **Künstlerische Ausstattung**

Grundsätzlich legte die Gauleitung keinen großen Wert auf die künstlerische Ausgestaltung der Räume. Schon die Verwendung des Parissaales im Taxispalais als vorübergehende Kantine offenbarte einen gleichgültigen Umgang mit Kunst. Nach der Übersiedlung in den Erweiterungsbau machte Abteilungsleiter Hans Tittel auf schwerwiegende Schäden aufmerksam. Die wertvollen Deckengemälde von Martin Knoller und Franz Altmutter hatten „durch Feuchtigkeit und fettige Ablagerungen des Dampfes gelitten“. Durch den Einbau von Leitungen und Lautsprechern war die Wandbemalung massiv in Mitleidenschaft gezogen worden.<sup>433</sup> Baumeister Bermoser dachte überhaupt daran, die „etwas derben“ Wandmalereien zu übertünchen.<sup>434</sup> Welche Bilder in den jeweiligen Kanzleien angebracht waren, hing – das Einverständnis Hofers vorausgesetzt – von den Leitern selbst ab. Gaupresseamtsleiter Franz Pisecky forderte für sein Dienstzimmer eine Reproduktion des Gemäldes „Am Anfang war das Wort“ an, das eine Rede Hitlers vor einem kleinen

---

<sup>426</sup> Als Feiertage fungierten der Reichsgründungstag (18. Januar), der Tag der nationalen Erhebung (30. Januar), der Heldengedenktag (16. März als Jahrestag der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht), der Geburtstag Hitlers (20. April), der Nationale Feiertag des Deutschen Volkes (1. Mai), der Erntedanktag (1. Sonntag nach Michaeli) und der Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung (9. November). Siehe dazu Rundschreiben Landeshauptmann von Tirol, 21.3.1939. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1939, Karton I3 (284–500), Zl. I3/367.

<sup>427</sup> Rundschreiben des Amtes des Reichsstatthalters, 28.3.1938. Ebd.

<sup>428</sup> Amtsvermerk, 14.9.1939. Ebd.

<sup>429</sup> Rundschreiben des Gauleiters und Reichsstatthalters, 8.5.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 646–937/41, Zl. 731/41.

<sup>430</sup> Regierungsdirektor Riebl an die Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel, 24.6.1938. TLA, ATR (1924–1939/40), Präsidium 1939, Karton I3 (501–750), Zl. I3/635.

<sup>431</sup> Amtsvortrag von Riebl an Linert, o. D. Ebd.

<sup>432</sup> Amtsvermerk von Moschen an Gaukämmerer Grosch, 12.3.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 403–499/41, Zl. 499/41.

<sup>433</sup> Aktenvermerk von Tittel an Gauhauptmann Linert, 25.8.1941. BDAI, Innsbruck profan 16, Maria-Theresien-Straße Nr. 43/45, Altakt, GZ 1925–1960.

<sup>434</sup> Aktenvermerk von Gritsch, 17.11.1941. Ebd.

Kreis in der Anfangszeit der NS-Bewegung zeigte.<sup>435</sup> In den meisten Fällen standen hinter der Auswahl relativ beliebige und rein dekorative Beweggründe. Im Februar 1939 bat die Landeshauptmannschaft das Ferdinandeum etwa um die Aushändigung eines Bildes entsprechend einer bestimmten Größenangabe – ohne Angabe von Motiv oder Künstler.<sup>436</sup>

Leihgaben des Ferdinandeums, die nach 1938 ihren Weg in das Landhaus fanden, sind nur wenige dokumentiert: Ein „Blumenstück“ des niederländischen Malers Jakob Marrell,<sup>437</sup> sowie arisierte Gemälde aus dem Besitz von Friedrich Reitlinger.<sup>438</sup> Die einzige gegenwärtig sich noch am ursprünglichen Standort befindliche Kunstausrüstung befindet sich an der Westwand des Sitzungssaales. Das großformatige Historienbild „Claudia de Medici und Kanzler Biener auf dem Tiroler Landtag“ von Karl Anrather, 1891 mit großem Erfolg beim Publikum und in der Kunstkritik im Innsbrucker Ferdinandeum ausgestellt, hatte das Tiroler Landesmuseum angekauft.<sup>439</sup> Im November 1940 sollte es in den Landhauserweiterungsbau überführt werden.<sup>440</sup> Das Gemälde diente bereits während des Besuches Adolf Hitlers am 5./6. April 1938 in Innsbruck als Ausschmückung seiner Räumlichkeiten im Hotel Tyrol (Abb. 38).<sup>441</sup> Dort waren darüber hinaus weitere Gemälde aus dem Tiroler Landesmuseum zur Ausschmückung angebracht: Drei Gemälde von Franz Defregger und zwei von Albin Egger-Lienz, unter anderem das berühmte Porträt von Andreas Hofer.<sup>442</sup> Die Präsentation von Kunstwerken aus den Sammlungen für Staatsbesuche war in der NS-Zeit durchwegs üblich. So wurden zum Beispiel im Führerbau in München anlässlich der Einweihung und des Besuchs von Mussolini im September 1937 mehrere Gemälde aus der Schackgalerie angebracht, darunter die berühmtesten Münchner Vertreter des 19. Jahrhunderts wie Anselm Feuerbach, Arnold Böcklin und Franz von Lenbach.<sup>443</sup>

Im Vergleich mit anderen Repräsentationsräumen des NS-Regimes war eine Ausschmückung durch ein großformatiges Gemälde durchaus üblich. Dass im Sitzungssaal nicht die Heroen der Tiroler Kunstgeschichte Defregger und Egger-Lienz präsentiert wurden, sondern das Werk eines weit weniger bekannten Malers des 19. Jahrhunderts, mag zum einen an der Verwendung anlässlich des Besuches Hitlers in Innsbruck sowie schlicht an den erforderlichen Ausmaßen eines Gemäldes aus den Beständen gelegen haben. Ein Schreiben an die Direktion des Tiroler Landesmuseums bestätigt diese Annahme: Baumeister Bermoser, verantwortlich für die Ausgestaltung des Sitzungssaales, wird

---

<sup>435</sup> Aktenvermerk von Pisecky an den Gauschatzmeister, 29.5.1940. TLA, NSDAP – Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton V/6–7, Zl. V/6, Fol. 352.

<sup>436</sup> Bestellschein der Landeshauptmannschaft für Tirol, 10.2.1939. TLMF, Zl. 135/1939.

<sup>437</sup> Reichsstatthaltereie (Schneider) an das Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, 7.2.1942. TLMF, Zl. 72/1942, IId2-79/42.

<sup>438</sup> In den Akten finden sich nur wenig aufschlussreiche Informationen zu den Gemälden. Die Rede ist von einem „Porträt aus dem 17. Jahrhundert (Junger Mann mit Blume)“ oder „Unbekannter Meister, fremde Dame.“ Reichsstatthaltereie (Schneider), an das Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, 7.2.1942; Akt vom 23.2.1942. TLMF, Zl. 72/1942, IId2-79/2/42.

<sup>439</sup> Mathias Frei, Karl Anrather 1861–1893, Bozen 1993, S. 27.

<sup>440</sup> Hauser, Reichsstatthaltereie an die Direktion des Tiroler Landesmuseums, 25.11.1940. TLMF, Zl. 440/1940. Mit Dank an Sonia Buchroithner für den Hinweis. Das Gemälde ist im TLMF unter der Inv. Nr. Gem/843 gelistet. Zudem findet sich der Hinweis, dass es sich seit 1956 im Landhaus befindet. Eine Aufnahme im Sitzungssaal vom 5.5.1945 zeigt, dass das Gemälde zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal angebracht war. Siehe Foto der Kapitulationsunterzeichnung vom 5.5.1945, Fotograf T/5 Allan G. Smith, 163 Signal Photographic Company. National Archives, Office of War Information, EA 66043. Wir danken Peter Pirker für den Hinweis.

<sup>441</sup> Verhandlungsschrift der Ausschuss-Sitzung, 12.4.1938. TLMF. Mit Dank an Carl Kraus über den Hinweis zur Präsentation des Anrather-Gemäldes im Hotel Tyrol. AfB, NL Wilhelm Stigler.

<sup>442</sup> Carl Kraus, „Freudebringer für den kleinen Mann“ – Zur Kunst in Tirol 1938–1945, in: Steininger/Pitscheider 2002, S. 251–280, hier S. 273. Die Ausschmückung durch das Hofer-Porträt ist belegt durch Fotos. AfB, Fotobestand NL Wilhelm Stigler.

<sup>443</sup> Birgit Schwarz, Geniewahn. Hitler und die Kunst, Wien 2009, S. 179.

darin berechtigt, die Maße des Gemäldes von Anrather zu nehmen, und „im Bedarfsfalle dieses Bild zu übernehmen.“<sup>444</sup> Passgenau ist das Gemälde über drei Felder in die Wandvertäfelung eingespannt, die zugleich den festgefügtten Rahmen bildet. Dass das Gemälde für die Konzeption der Wandverkleidung eine zentrale Rolle spielte, und nicht erst im Nachhinein angebracht wurde, ist offensichtlich: Hinter dem Gemälde blieb die Holzverkleidung ausgespart.<sup>445</sup> Außerdem wurde das Rahmensystem der Holzvertäfelung, das an der gegenüberliegenden Stirnwand mit verstärkten und damit betonten vertikalen Stützen arbeitet, im Umfeld des Gemäldes ausgelassen.

Zum anderen begründet sich die Auswahl des Gemäldes auf die gängige NS-Praxis, sich der Darstellung historischer Ereignisse zu bedienen und sie entsprechend zu kontextualisieren. Anrathers Historienbild widmet sich einem Ereignis der Tiroler Landesgeschichte des 17. Jahrhunderts, das vor allem durch den 1863 erschienen Roman von Hermann Schmid „Der Kanzler von Tirol“ wieder an Aktualität gewann.<sup>446</sup> Im Mittelpunkt stehen die Landesfürstin Claudia de Medici und Kanzler Wilhelm Biener, der dem Ratskollegium angehörte. Das Bild zeigt den Landtag in Innsbruck 1640 und die Eskalation des andauernden Konflikts mit den Fürstbistümern Brixen und Trient, die ihre territoriale Eigenständigkeit und Steuerhoheit gegenüber der Landesfürstin verteidigten.<sup>447</sup> Während die Sprecher der Fürstbistümer, Adlige und kirchliche Vertreter sich weigern, weiter an den Sitzungen des Landtags teilzunehmen und die Gemeinschaft mit Tirol aufzulösen drohen, versuchen sie, den Saal zu verlassen, bis Kanzler Biener durch den Einsatz von Soldaten die „Separatisten“ daran hindert.<sup>448</sup> Seine politischen Gegner erreichten unter dem Nachfolger der Landesfürstin 1650 seine Entlassung und Verhaftung. Das in einem fragwürdigen Prozess gefällte Todesurteil wurde ein Jahr später vollstreckt. Die Bildauswahl stützt sich vermutlich auf Anrathers Lesart des historischen Ereignisses in Anlehnung an die Romanvorlage: Wilhelm Biener wird als freiheitlicher Kämpfer dargestellt, darüber hinaus aber vor allem als ein Vertreter des gesamtdeutschen Nationalbewusstseins gefeiert. Den „Innsbrucker Nachrichten“ diente er im September 1944 als Personifikation der angesichts der aussichtslosen Kriegslage ausgegebene Parole, bis zum letzten Mann zu kämpfen. Sie stellten ihn als „bedeutende staatsmännische Persönlichkeit von großer Willenskraft, tiefer Einsicht und edlem Streben für das Wohl seines Landes und Reiches und dessen Volk im ganzen“ vor. „Unbeugsam trat er für das ein, was er für recht erkannt hatte, und wich vor andersgesinnten Männern nicht zurück“, dafür „opferte er schließlich auch sein Leben“, fuhr das Blatt fort.<sup>449</sup>

Zeitgenössische Künstler wählte die Tiroler Gauleitung nach einer vergleichbaren Strategie und denselben Kriterien wie die historischen Werke aus. Damit folgte Tirol dem durch das „Altreich“ vorgegebenem Kurs und unterschied sich lediglich in der Konzentration auf Tirol-spezifische Themen und Motive. Ein „Heimatstil“ wurde vor allem in den regelmäßig stattfindenden Gau-Kunstaussstellungen im Ferdinandeum gefördert und durch Ankäufe bestätigt.<sup>450</sup> Dass zeitgenössische Künstler mit Bildwerken in Repräsentationsräumen vertreten waren, gehörte eher zur Ausnahme. Im

---

<sup>444</sup> Reichsstatthaltereie (Hauser) an die Direktion des Tiroler Landesmuseums, 25.11.1940. TLMF, Zl. 440/1940.

<sup>445</sup> Der Untersuchungsbericht von Pescoller Werkstätten aus dem Jahr 2020 zeigt in Abbildung 8 die nicht mit Holz verkleidete Rückwand hinter dem Gemälde. Mit Dank an Markus Danzl (Büro Hanno Schlögl) für die Übermittlung.

<sup>446</sup> Hermann Schmid, *Der Kanzler von Tirol*, München 1863.

<sup>447</sup> Andere Deutungsweisen nennen als historische Bezugnahme den Ausschusslandtag des Jahres 1636 in Sterzing. Frei verweist dazu auf Otto Stolz, *Geschichte des Landes Tirol*, 1955, S. 545–551 und Rudolf Palme, in: *Geschichte des Landes Tirol*, 1986, S. 171–183 (Frei 1993, S. 27).

<sup>448</sup> Frei 1993, S. 32.

<sup>449</sup> *Innsbrucker Nachrichten*, 12.9.1944, S. 4.

<sup>450</sup> Buchroithner/Sporer-Heis 2018, S. 103. Die Auswirkungen auf die Kunstszene durch die Gleichschaltung der kulturellen Institutionen wie dem Kunstverein oder die Einrichtung der Reichskammer der bildenden Künste wurde von Nikolaus Hagen umfangreich bearbeitet, siehe Hagen 2017.

Erweiterungsbau des Landhauses setzten Innsbrucker Kunstschaaffende den Tiroler „Heimatstil“ mit einem großen Selbstverständnis in der Kanzlei Hofers und dem Gemeinschaftssaal um. Der als Wirtschaftstrakt bezeichnete letzte Bauabschnitt beherbergte im ersten Obergeschoss einen zwei Stockwerke umfassenden Gemeinschaftssaal. Mit 378 m<sup>2</sup> war er der größte Raum des gesamten Landhauses. Die künstlerische Ausgestaltung mit traditionell volkstümlichen Fresken folgte der traditionellen Ausstattung von Gemeindegalerien, wie sie in Rathäusern oder anderen kommunalen Einrichtungen üblich waren.<sup>451</sup> Die Fassaden- und Wandmalerei erlebte in Tirol bereits in den 1920er Jahren eine Renaissance.<sup>452</sup> Zunehmend wurden Hausfassaden, Gaststuben oder öffentliche Bauten mit Fresken versehen, wie die Schalterhalle des Bahnhofs mit volkstümlichen Szenen von Maler Rudolf Stolz (1931).<sup>453</sup> Daran anknüpfend wurde die Freskomalerei in Innsbruck aber im Besonderen durch die Reichskammer der bildenden Künste gefördert, die in der neu eingerichteten „Werkstelle“ im August 1939 einen Freskokurs unter der Leitung von Ernst Nepo anbot, dem sogar Gauleiter Hofer einen Besuch abstattete.<sup>454</sup> Zu den bekanntesten Freskomalern zählten in der NS-Zeit in Innsbruck vor allem Ernst Nepo – Landesleiter der Reichskammer der bildenden Künste und „Vorzeigekünstler“ –, aber auch der Maler Max Weiler, Erich Torggler und Sepp Ringel, der den Auftrag zur Gestaltung des Gemeinschaftssaales im Erweiterungsbau erhielt.<sup>455</sup>

Ringels Wandmalerei schmückte die von Fenstern freie Südwand des Saales (Abb. 39). In einem Artikel der „Innsbrucker Nachrichten“ werden die Motive ausführlich geschildert:

„Die erste Gruppe zeigt in alter Schützentracht einen Vorarlberger Schützen, neben ihm rührt ein Bub die Trommel, während ein Tiroler Standschütze voll Kern und Kraft, die schwere Büchse über die Schulter gelegt, die Gruppe beschließt. Das Mittelstück stellt ein Hochzeitspaar aus Bruneck vor, die dritte Gruppe zeigt drei Bregenzerwälderinnen am Spinnrocken und an einer wunderschönen alten Wiege. [...] Die naturgetreue Wiedergabe der schönen alten Trachten, die Haltung der Gruppen und der lebendige Ausdruck in den Gesichtern geben dem Kunstwerk eine besondere Eindringkraft.“<sup>456</sup>

Im Allgemeinen konzentrierte sich die Ausgestaltung der Räumlichkeiten auf den Erweiterungsbau, da das Alte Landhaus in weiten Teilen in der bestehenden Ausstattung belassen wurde. Ein Antrag zur Neugestaltung des Sitzungssaales Nr. 48/49 im Alten Landhaus ist anhand von Skizzen vom November 1940 zwar dokumentiert,<sup>457</sup> wurde aber von der Gaukämmerei ein Jahr lang nicht

---

<sup>451</sup> Vgl. z.B. Wandgemälde im Festsaal des Wiener Rathauses von Ferdinand Kitt 1939. Das Fresko zeigt allerdings keine „Heimatszene“, sondern bezieht sich auf germanische Heldensagen (Oliver Rathkolb, Nazi-Ästhetik und die „Ostmark“, in: Ilija Dürhammer, Pia Janke (Hg.), Die „österreichische“ nationalsozialistische Ästhetik, Wien-Köln-Weimar 2003, S. 11–31, hier S. 15). Der Sitzungssaal im Rathaus Berlin Schöneberg wurde durch ein umlaufendes Riesengemälde mit Darstellungen aus der deutschen Geschichte durch Franz Eichhorst 1938 ausgestattet, um nur einzelne Beispiele zu nennen. Siehe Klaus Wolbert, Programmatische Malerei, in: Kunst im 3. Reich. Dokumente der Unterwerfung, Kat. Ausst. Frankfurt 1974, S. 130–143, hier S. 131.

<sup>452</sup> Heinrich Hammer, Kunstgeschichte der Stadt Innsbruck, Innsbruck-Wien-München 1952, S. 368f.

<sup>453</sup> Carl Kraus/Hannes Obermair (Hg.): Mythen der Diktaturen. Kunst in Faschismus und Nationalsozialismus – Miti delle dittature. Arte nel fascismo e nazionalsocialismo. Südtiroler Landesmuseum für Kultur- und Landesgeschichte Schloss Tirol 2019, S. 175. Hammer 1952, S. 367f.

<sup>454</sup> Innsbrucker Nachrichten, 5.8.1939, S. 3.

<sup>455</sup> Hagen 2017, S. 180–188.

<sup>456</sup> Innsbrucker Nachrichten, 1.9.1941, S. 4.

<sup>457</sup> Die Umgestaltungspläne werden sehr aufwändig beschrieben: Verzierung der Wände mit Stuck, Goldleisten und Seidentapeten entsprechender stuckierten Decke. Diese soll gereinigt werden. Möbel in Anlehnung zur Ausstattung des Raumes im Neobarock gehalten: mattiertes Kirschholz und edle Stoffe für die Polsterung. Verkleidung der Heizkörper durch ein „streng linear gehaltenes Hoheitszeichen unter dem Führerbild“ und einem Tiroler Adler auf der anderen Seite. Vorhangstoff: zartgemusterter Brokat. Siehe Erläuterungsbericht für die bauliche Umgestaltung und die Einrichtung eines Sitzungszimmers Nr. 48/49 im Landhaus, Nov. 1940. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau,

bearbeitet und dann aufgrund von arbeits- und materialtechnischen Engpässen abgelehnt.<sup>458</sup> Die Innenausstattung des Gemeinschaftssaales umfasste nach einem Kostenvoranschlag von Bermoser RM 68.500. Beauftragt wurde Oskar Spechtenhauser mit einer umlaufenden Wandvertäfelung, Peter Zanier mit Schlosserarbeiten, die auch rustikale Deckenluster umfassten, und Hans Obleitner mit Schnitzereien an der Decke und an den Türen.<sup>459</sup> „Rund um den Saal verläuft ein zweieinhalb Meter hohes friesgekröntes Paneel in naturfarbenem Holz,“ beschrieben die „Innsbrucker Nachrichten“ die Innenausstattung, „deren senkrechte Gliederungsbalken wieder je ein anderes Ornament in kunstvoller Holzschnitzerei aufweisen (Abb. 40 und 41). Die beiden Flügeltüren zeigen in ornamentaler Gestaltung Städtewappen des Gaues Tirol-Vorarlberg. Festgefügte, schwere Sessel umstehen die langen Tafeln [...].“<sup>460</sup> Die Ausstattung erfolgte in regionaltypischer Art und Weise, wie sie vor allem für die Einrichtung von Veranstaltungsräumen in kommunalen Bauten üblich war. Der Gemeindesaal des Rathauses in Telfs war zum Beispiel mit ähnlichen Stabstühlen mit geschwungenem Kamm ausgestattet<sup>461</sup> oder der Veranstaltungsraum in der „Ordensburg“ in Sonthofen mit nahezu identischen schmiedeeisernen, kreisrunden Kronleuchtern versehen – ein Rekurs auf mittelalterliche Handwerkstradition.<sup>462</sup>

Dieselben Handwerker waren auch im Amtsräum des Gauleiters am Werk. Ebenfalls im ersten Stock, grenzte dieses an den großen Sitzungssaal an und war mit diesem über ein Durchgangszimmer verbunden. Das Gauleiterbüro wurde erst nach dem Bezug der Kanzleien im Frühjahr 1940 in Angriff genommen. Das Durchgangs- bzw. Vorzimmer zu Hofers Büro existiert noch heute. Es wurde an der Stirnseite vollvertäfelt und an der Wand angebrachte geschmiedete Kleiderhaken dienten als Garderobe. Die gegenüberliegende Wand wurde in der ganzen Breite von einem Schrank mit teilweise verglasten Schranktüren eingenommen. Im „Hofer-Zimmer“ kam nun das Kunsthandwerk zum vollsten Einsatz. Ebenso bis heute erhalten geblieben sind 21 Deckenbalken aus massiver Eiche, gebeizt und an drei Seiten mit aufwendig geschnitzten Ornamenten in Anlehnung an mittelalterliche Schmuckbänder verziert. Bänder aus Blumen, Blätter und geometrischen Formen finden sich hier ebenso wie Motive, die auf Handwerkstraditionen und ihre Symbole hinweisen.<sup>463</sup> Dargestellt werden Symbole aller Gewerke, die am Bau beteiligt waren, darüber hinaus auch versorgende Berufe wie Bäcker oder Land- und Gastwirte. Am siebten Balken wurden in das Schmuckband drei Hakenkreuze und am vierzehnten Balken fünf Parteiadler zwischen einem Band von SS-Zeichen (als doppelte Sig-Rune) eingearbeitet. Immer wieder wurden auch stilisierte Flügel eingesetzt, in der Art der Darstellung des Reichsadlers, und vielfach in Verbindung mit dem Zahnrad, das zusammen mit dem Hakenkreuz das Symbol der DAF darstellte – aber auch ohne den Schriftzug auf die DAF verwies. In der auf den ersten Blick neutralen Ornamentik erschließt sich bei näherer Betrachtung ein

---

Sitzungszimmer, Zl. 2/41 und RStH in Tirol und Vorarlberg (1940–1945), Abt. Vc, Faszikel O 6238/BIII-V–6261/BI-VI, Zl. O 6261/BI/2.

<sup>458</sup> Aktenvermerk Gaukämmerei, 11.10.1941. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Sitzungszimmer, Zl. 2/41.

<sup>459</sup> Schreiben von Bermoser, 30.4.1941. Ebd., Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Ausbau der Gauküche mit Gemeinschaftsraum, Zl. 2/41; Rechnung vom 17.6.1941; Zusammenstellung aller Arbeiten durch Hinteregger am 7.8.1940. Ebd., Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

<sup>460</sup> Innsbrucker Nachrichten, 1.9.1941, S. 4.

<sup>461</sup> Gemeindesaal Telfs, Foto 092g. Archiv Stefan Dietrich. Die Bestuhlung der Gemeindesäle entspricht dem Formenrepertoire, das vom Amt „Schönheit der Arbeit“ – einer Einrichtung von „Kraft durch Freude“ und der DAF unterstellt – verbreitet wurde.

<sup>462</sup> Zur „Ordensburg“ in Sonthofen siehe Früchtel 2007, S. 43–73. Die Kronleuchter wurden im Zuge der Recherche im Dachboden des Landhauses aufgefunden.

<sup>463</sup> Schlüssel, Hammer, Schraube und Mutter für den Schlosser, Schraubzwingen und Meisel für den Bildhauer, eine Säule mit Kapitel und Basis für den Architekten, Zimmerer- und Maurerzeichen, eine abstrakte Darstellung eines Kaisermischers, Leiste und Hammer für die Lederverarbeitung bzw. den Sattler sowie Schere und Garn für den Schneider.

vielseitiges Repertoire an NS-Symbolen von der Triskele als dreiarmliges Hakenkreuz (mit gerundeten und eckigen Armausläufern) über das Weltenbaummotiv in der Symbolik der Irminsul bis zur Odal-Rune, die auf die Blut- und Bodenideologie verweist.

Die Heimatstil-Ausstattungen im Gemeinschaftssaal und schließlich in den Repräsentationsräumen des Gauleiters stehen zum einen in der Tradition rustikaler Holzverarbeitung mit Deckenbalken und Wand- oder Stützenvertäfelungen wie sie im privaten Bereich, aber auch in Gaststuben, Hotels und öffentlichen Gebäuden durchaus bis in die 1930er Jahre in Tirol Einsatz fanden.<sup>464</sup> Zum anderen zeichneten sich aber seit den 1920er Jahren in der Möbelausstattung moderne und „neusachliche“ Formen ab, die im Erweiterungsbau nicht aufgegriffen wurden.<sup>465</sup> Eine weder moderne noch tirolerisch anmutende Ausstattung zeigt sich im Sitzungssaal. Über zwei Stockwerke reichend und im ersten Stock des Mitteltraktes gelegen nahm der Sitzungssaal eine zentrale Schlüsselrolle in der Grundrissausbildung des Erweiterungsbaus ein. Mit 136 m<sup>2</sup> Fläche und drei die gesamte Raumhöhe einnehmenden Südfenstern war der Saal großzügig und hell angelegt – gerade im Vergleich mit den kleinen Amträumen und den engen, niedrigen Fluren. Zunächst wurde der Raum verputzt und die Decke weiß und die Wände in hellem Ocker gestrichen.<sup>466</sup> An Tischler Kranbitter erging im September 1939 der Auftrag für die Inneneinrichtung. Geliefert wurden Stühle, die mit „bestem, deutschen, blauen Rindsleder“ bezogen wurden, „Armstühle in Eiche gebeizt, mattiert“ und ebenso „nach Modell gefertigt“ wie Sitzungstische aus Eichenholz.<sup>467</sup> Damit schien das Sitzungszimmer zunächst ausgestattet, doch ein paar Monate später wurde Tischler Kranbitter am 10. Februar 1940 mit der Wand- und Deckenvertäfelungen des Sitzungszimmers beauftragt. Am 16. Dezember 1940 stellte er eine Rechnung für seine abgeschlossenen Arbeiten.<sup>468</sup> Die zweite und weitaus aufwendigere Ausgestaltung des Saales lag in der Verantwortung von Albert Bermoser und setzte zeitgleich mit der Gestaltung des „Hofer-Zimmers“ ein. Die eichenfurnierte Verkleidung mit klassischer Kassettendecke und Rahmenkonstruktionen mit Innenpanelen ist bis heute erhalten, ebenso die geschmiedeten Wand- und Deckenleuchten.<sup>469</sup>

Aufgrund der repräsentativen Funktion des Saales folgte die Gauleitung in der Ausgestaltung weniger dem eigenem Gestaltungswillen wie er sich im „Hofer-Zimmer“ abzeichnete, sondern vielmehr dem „Reichskanzleistil“. Die im Herbst 1939 eingerichteten Räume der Neuen Reichskanzlei Berlin in der Ausstattung von Albert Speer und Cäsar Pinnau – darunter der Sitzungssaal der NSDAP, der sogenannte Große Sitzungssaal oder das Konferenzzimmer der „Präsidialkanzlei des Führers“<sup>470</sup> und vor allem Hitlers Arbeitszimmer – wurden mehrfach publiziert. Dunkle Holzvertäfelung, klare Wand- und Deckengliederung, Kassettendecken und Symmetrie in der Raumstruktur wurden

---

<sup>464</sup> Allerdings werden Balkenschnitzereien zumeist weniger in Verwaltungsbauten der NSDAP als vielmehr in Bauten privater, gewerblicher oder freizeithlicher Nutzung oder Vereinsheimen eingesetzt. Ein 1938 publiziertes Beispiel ist ein „Bierstübel in einer Skihütte der Luftwaffe“ nach einem Entwurf der Baugruppe des Reichsluftfahrtministeriums. Abb. in: *Moderne Bauformen* (1938) 4, S. 227.

<sup>465</sup> Tiroler Stubenmöbel der 20er und 30er Jahre, Ausstellung im Archiv für Baukunst, Innsbruck 2012.

<sup>466</sup> Untersuchungsbericht von Pescoller Werkstätten aus dem Jahr 2020.

<sup>467</sup> Auftragserteilung an Kranbitter, 29.9.1939; Rechnung, 5.10.1939. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 403–498/41, Zl. 445/41.

<sup>468</sup> Kranbitters Rechnung bezieht sich auf sein Angebot vom 3.2.1940 („nach der Zeichnung Bermosers“) und den Auftrag vom 10.2.1940. Rechnung (Möbelfabrik Kranbitter & Comp) für die Gauleitung von Tirol und Vorarlberg, 16.12.1940. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 403–498/41, Zl. 445/41. Die Gesamtkosten für die Ausstattung des Sitzungssaales belaufen sich auf RM 57.973,51, siehe Bericht von Stellvertreter Parson an Hofer, 29.3.1941. Ebd.

<sup>469</sup> Unterkonstruktion aus Lärchen- und Fichtenhölzer, Verkleidung Eichenfurnier, siehe Untersuchungsbericht von Pescoller Werkstätten aus dem Jahr 2020.

<sup>470</sup> Zur Ausstattung der Neuen Reichskanzlei durch Cäsar Pinnau und Albert Speer siehe Hans-Jörg Czech/Vanessa Hirsch/Ullrich Schwarz (Hg.), Cäsar Pinnau. Zum Werk eines umstrittenen Architekten, Hamburg/München 2016, S. 89–93.

gewissermaßen zum zwingenden Modus für die Ausgestaltung von Repräsentations- und Verwaltungsbauten. Ob die schlichte und erste Raumausstattung des Sitzungssaales im Erweiterungsbau auf die rasche Bauumsetzung in elf Monaten zurückführen ist und als Provisorium geplant war,<sup>471</sup> oder die Neugestaltung vielmehr die Folge einer ästhetischen Kollaboration der Gauleitung mit dem „Altreich“ war, lässt sich nicht belegen.<sup>472</sup> Die „Zwittersituation“ des Landhauses, das die Funktionen einer Parteizentrale, Gauverwaltung und zugleich Reichsstatthalterei in einem Ensemble vereint, tritt gerade in der Unterschiedlichkeit der Ausstattung besonders hervor. Darüber hinaus zeigte sich aber in erster Linie das „Hofer-Zimmer“ als Amtssitz des Gauleiters in der Ausstattung einer „Tiroler Stuben“ als eine eigenwillige Maßnahme – ohne Vorbild im NS-Kanon – und zeugte vom Selbstverständnis des Tiroler Gauleiters.

### **Zwischen Verbrechen und Verantwortung**

Der spätere Gauhauptmann Linert beschrieb die Funktion des Regierungssitzes schon im Rahmen der Spatenstichfeierlichkeiten treffend:

„Hier werden Sie, mein Gauleiter, einmal schaffen, von hier werden einmal die Fäden hinauslaufen in alle Teile unseres schönen Gauces, und unser aller Wunsch ist es, daß sich ihre enge Verbundenheit mit dem Tiroler Volke immer mehr vertiefe, zum Wohle unserer herrlichen deutschen Heimat, zum Heile unseres großen deutschen Vaterlandes.“<sup>473</sup>

Das von Linert ersehnte „Wohl des deutschen Vaterlandes“ ging mit schrecklichen Verbrechen und umfassenden Verfolgungsmaßnahmen einher. Die Gauleiter Hofer nach 1945 angelasteten Tatbestände waren in räumlicher Hinsicht untrennbar mit dem Neuen Landhaus verbunden. Eine Ende 1947 vom zuständigen Untersuchungsrichter Anton Stürzenbaum formulierte Sachverhaltsdarstellung listete Hofers Verantwortung für unzählige NS-Verbrechen auf und zeichnete ein unmissverständliches Bild der NS-Schreckensherrschaft.<sup>474</sup> Als Symbole der NS-Gewaltherrschaft fungieren in der Tiroler Erinnerungskultur bislang die Gestapo-Zentrale in der Herrengasse und das „Arbeitserziehungslager“ in der Reichenau, wo Handlanger des Regimes bis zuletzt folterten und mordeten. Die NS-Vergangenheit des Landhausblocks geriet komplett in Vergessenheit, obwohl er die Schaltzentrale des Repressionsapparats darstellte, wo sämtliche Fäden zusammenliefen. Im Landhaus fielen die Entscheidungen zur Planung und Ausführung von NS-Verbrechen, von hier aus ordneten die Machthaber den Vollzug der Maßnahmen an und hier fand ihre bürokratische Abwicklung statt.

Der Behördenalltag gibt über den Stellenwert des Gebäudes innerhalb des NS-Repressionsapparats Auskunft. Nahezu sämtliche Abteilungen und Dienststellen beteiligten sich in irgendeiner Form an den Verfolgungsmaßnahmen. Ausgehend von der Kanzlei des Gauleiters baute die Tiroler NS-Bewegung unter Mitwirkung der Bevölkerung einen gut funktionierenden Überwachungsstaat auf. Max Nedwed, der kurzzeitig als Dienststellenleiter bei der Gestapo Innsbruck fungierte, wies in einer polizeilichen Vernehmung nach 1945 auf die Zusammenarbeit mit der Gauleitung hin. Die Kanzlei des Gauleiters nahm Anzeigen der Bevölkerung entgegen und leitete sie umgehend an die Gestapo weiter. Josef Hauser, ein Mitarbeiter der Kanzlei Hofers, bestätigte nach 1945, dass er in seiner

---

<sup>471</sup> Schreiben von Hofer an Reichspostdirektion: „Nachdem nun das Landhaus bezogen wird [...]“, 10.8.1939, TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

<sup>472</sup> Verweis auf die nutzungsbezogene Ausstattung von Repräsentations- und Gemeinderäumen in der NS-Zeit siehe Ingrid Holzschuh/Monika Platzer (Hg.), „Wien. Die Perle des Reiches“ – Planen für Hitler, Wien 2015, S. 90.

<sup>473</sup> Neueste Zeitung, 10.9.1938, S. 2.

<sup>474</sup> Albrich 2006/2007, S. 50f.

Funktion Anzeigen aufnahm und weiter gab.<sup>475</sup> Leo Schöpf, ebenfalls im Empfang der Kanzlei des Gauleiters tätig, sagte im Rahmen seines Volksgerichtsprozesses 1946 aus, dass er die Anliegen der Parteien an Parson weiterzuleiten hatte. Meist handelte es sich in seiner Erinnerung um Wohnungsangelegenheiten. Etliche Vorsprachen hatten aber auch mit inhaftierten Angehörigen zu tun und standen im Zusammenhang mit durchgeführten Repressionsmaßnahmen, wie er zu Protokoll gab.<sup>476</sup>

Die Umsetzung der Verfolgungsmaßnahmen begann unmittelbar nach dem „Anschluss“ im eigenen Haus. Ehemalige leitende Beamte der Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur verloren ihren Posten und hatten teilweise mit Inhaftierungen zu rechnen. Bei insgesamt fünf Beamten der politischen Verwaltung war die Enthebung auf ihre jüdische Abstammung zurückzuführen.<sup>477</sup> Zwei von ihnen arbeiteten vor 1938 im Landhaus. Heinrich Giovanelli wurde wenige Tage nach dem „Anschluss“, am 16. März, seines Postens als Leiter der Abteilung Ib enthoben. Bis zu seiner zwangsweisen Versetzung in den Ruhestand im Oktober 1938 war er seiner Abteilung als untergeordneter Beamter zugeteilt. Als „Mischling 1. Grades“ überlebte er den Zweiten Weltkrieg weitgehend in Innsbruck. Im Oktober 1944 erhielt er so wie über 20 andere „jüdische Mischlinge“ in Tirol und Vorarlberg eine Arbeitsverpflichtung nach Rositz bei Altenburg in Thüringen. Die Zwangsarbeiter hatten schwerste körperliche Arbeiten zur Erzeugung synthetischer Brennstoffe zu verrichten.<sup>478</sup> Giovanelli, er war bereits 60 Jahre alt, brach dort vor Erschöpfung zusammen. Die letzten Monate vor Kriegsende verbrachte er als Kanzleihilfskraft in Innsbruck.<sup>479</sup> Noch im Mai 1945 kehrte er in den Landesdienst zurück. Landeshauptmann Gruber betraute ihn mit der Leitung der Abteilung für Soziale Verwaltung.<sup>480</sup> Georg Heinsheimer, von den Nationalsozialisten als „Volljude“ kategorisiert, arbeitete im gehobenen Beamtenamt der Abteilung Ia, wo er bis zum Oberlandesregierungsrat aufstieg.<sup>481</sup> Am 3. August 1938 teilte ihm Hofer mit, dass man gegen ihn wegen seiner „nichtarischen Abstammung“ ein Verfahren eingeleitet hatte, bis zu dessen Abschluss er mit sofortiger Wirkung nicht mehr zum Dienst erscheinen durfte.<sup>482</sup> Im Sommer 1939 flüchtete Heinsheimer zunächst nach England. Erst 1945 erhielt er eine Einreisebewilligung für Argentinien, wo er sich mit seiner Familie ein neues Leben aufbaute. Er kehrte nicht nach Tirol zurück.<sup>483</sup>

Neben den Liegenschaftsankäufen, die im Zuge der Landhauserweiterung nur durch „arisierte“ Tauschobjekte möglich waren, machte der groß angelegte systematische NS-Vermögensentzug einen zentralen Bestandteil des Berufsalltags im Landhaus aus. Sukzessive vergriff sich die Gauleitung unter anderem am Kirchen- und Ordensbesitz. Die Gauselbstverwaltung fungierte als organisatorischer Umschlagplatz des kirchlichen Beuteguts.<sup>484</sup> Hatte sie administrativ die Übertragung der kirchlichen Liegenschaften in Landesbesitz abzuwickeln und die neuen Besitztümer zu verwalten, machte sich der Entzug des beweglichen Kloster- und Kircheninventars durch die Verwahrung im Landhaustresor

---

<sup>475</sup> Auszug aus der polizeilichen Vernehmung des Max Nedwed in 10 Vr 2515/47; Übertragung des Kurzschriftprotokolls, 16.10.1947. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 2096/47.

<sup>476</sup> Hauptverhandlung, 17.7.1946. Ebd, 10 Vr 63/46.

<sup>477</sup> Schreiber 2013, S. 169–174.

<sup>478</sup> Thomas Albrich, Die Jahre der Verfolgung und Vernichtung unter der Herrschaft von Nationalsozialismus und Faschismus 1938 bis 1945, in: Thomas Albrich (Hg.), Jüdisches Leben im historischen Tirol. Von den Anfängen bis zu den Kultusgemeinden in Hohenems, Innsbruck und Meran (Von der Teilung Tirols 1918 bis in die Gegenwart 3), Innsbruck-Wien 2012, S. 187–356, hier S. 351f.

<sup>479</sup> Giovanelli an das Präsidium der Landeshauptmannschaft, 22.12.1945. TLA, ATR-Präs I Personal Reihe A+B, Zl. 04218.

<sup>480</sup> Gruber an Giovanelli, 20.5.1945. Ebd.

<sup>481</sup> Aktenvermerk Landesamtsdirektion, o. D. Ebd., Zl. 05130.

<sup>482</sup> Landeshauptmannschaft für Tirol (Hofer) an Heinsheimer, 3.8.1938. Ebd.

<sup>483</sup> Heinsheimer an die Präsidentschaftskanzlei, 3.10.1963. Ebd.

<sup>484</sup> Hagen 2017, S. 369–378.

im Gebäude selbst bemerkbar. Ab Oktober 1939 trudelten in unregelmäßigen Abständen kirchliche Wertgegenstände im Landhaus ein. Nahm die Gauselbstverwaltung das Beutegut in einer ersten Phase von der Gestapo entgegen, die auf Basis der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 18. November 1938 agierte, gab sie ab März 1941 die „Ablieferungen“ selbst in Auftrag. Hitler entschied zu diesem Zeitpunkt endgültig, dass die Verwertung der kirchlichen Besitztümer zu Gunsten der Reichsgaue erfolgen sollte. Neben unzähligen Kultus- und Wertgegenständen fanden sich Kanzleimaterialien und Privatsachen unter den geraubten Objekten.<sup>485</sup> Was nicht niet- und nagelfest war, wurde abtransportiert. Am 6. Dezember 1939 gelangte etwa eine Holzkassette aus dem Jesuitenkolleg ins Landhaus, die Besteck, verschiedene Reliquien, eine Lupe, 26 Taschenuhren, acht Füller, Theatergläser und Taschen- und Rasiermesser beinhaltete. Außerdem fanden sieben Schreibmaschinen aus dem Kolleg ihren Weg in die Kanzlei Linerts.<sup>486</sup>

Immer wieder bedienten sich unterschiedliche Abteilungen an den konfiszierten Wert- und Sachgegenständen, wobei der Kantinenbetrieb einer der größten Nutznießer des NS-Beutezuges war. Die Telefonzentrale erhielt im Februar 1943 technische Gerätschaften, darunter auch ein Schmalfilm- und Projektionsapparat.<sup>487</sup> Die Gauselbstverwaltung befriedigte über diesen Weg auch private Interessen. Die Sekretärin Linerts übernahm im August 1940 etwa einen Chorrock und eine Stola, wobei die weitere Verwendung unklar bleibt.<sup>488</sup> Unter Mithilfe des Landeskonservators Trapp sichtete die Gaukämmerei im Juni 1943 die wertvollsten Gegenstände, da sich allmählich „eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Kelchen, Monstranzen und sonstigen Kultgegenständen sowie anderer Gegenstände aus Metall“ angesammelt hatte, wie sich Gaukämmerer Herbert Grosch ausdrückte.<sup>489</sup> Angesichts der Luftangriffe brachte die Gebäudeverwaltung die Gegenstände ein Jahr später im Schloss Petersberg in Sicherheit.<sup>490</sup> Die übrigen Metallgegenstände gab Hofer zur Verschrottung frei.<sup>491</sup> Auch „arisierte“ Einrichtungsgegenstände fanden ihren Weg in die Kanzleien des Landhauses. Die Behörden bedienten sich aus dem Bestand des Jenbacher Industriellen Friedrich Reitlinger, dessen gesamter beweglicher Besitz im Tiroler Landemuseum Ferdinandeum deponiert worden war. Er hatte sich mit seiner Tochter Johanna nach nationalsozialistischen Anfeindungen bereits am 14. März 1938 das Leben genommen. Nachweislich befanden sich zwei Gemälde und eine Kommode aus dem 18. Jahrhundert aus dem Besitz Reitlingers im Landhaus, die der Leiter der Abteilung II, Hans Schneider, organisierte. Linert organisierte sich im Mai 1942 drei Standuhren aus dem betreffenden Depot.<sup>492</sup>

Unweigerlich stellt sich vor dem Hintergrund der NS-Verbrechen die Frage nach der Verantwortung der Landhausangestellten. Juristisch hatte sich ein Großteil des Führungspersonals nach 1945 vor dem Volksgericht zu erklären. Die Verteidigungsstrategie der Angeklagten war durchgehend dieselbe. In der Darstellung Hofers als machtbesessener Despot, der sich jegliche Entscheidungsgewalt selbst

---

<sup>485</sup> Vgl. dazu die angelegten Inventarlisten. TLA, ATR (nach 1945), Präs. IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 1947–1951, Zl. 265/139/1954.

<sup>486</sup> Inhalt einer Holzkassette aus dem Jesuitenkolleg übergeben von Zecha, 6.12.1939. Ebd.

<sup>487</sup> Bescheinigung-Uebernahme, 9.2.1943. Ebd.

<sup>488</sup> Handschriftliche Notiz (unbekannter Verfasser), 2.8.1940. Ebd.

<sup>489</sup> Aktenvermerk von Grosch an den Gaustabsamtsleiter Hauser, 4.6.1943. Ebd.

<sup>490</sup> Handschriftliche Notiz von Moschen, 26.5.1944. Ebd.

<sup>491</sup> Moschen an Gottlieb Boßhart, 5.4.1944. Ebd.

<sup>492</sup> Schneider an das Tiroler Landesmuseum, 7.2.1942; Bestätigung von Linert, 15.5.1942. TLMF, Zl. IId2-79/2/42 und 202/1942. Wir danken Sonia Buchroithner für den Hinweis. Zu den Gegenständen aus dem Besitz Reitlingers siehe Claudia Sporer-Heis/Eleonore Gürtler, Restitutionsfälle am Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum im Überblick, Reitlinger Friedrich, in: Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum (Hg.), Veröffentlichungen des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum 82 (2002) 2, S. 88–132 hier S. 90, 93, 106 und 108.

vorbehielt, versuchten sie von ihrer Rolle innerhalb des NS-Repressionsapparats abzulenken. Gauleiter-Stellvertreter Parson erläuterte seine Machtbefugnis mit einem angeblichen Zitat Hofers: „Parson hat alles zu wissen, nichts zu entscheiden“.<sup>493</sup> Seine gesamte Argumentation baute auf diese Aussage auf, die etliche eidesstaatliche Erklärungen ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Parsons bestätigten. Ilse Lechner, die Sekretärin Hofers, sprach Parson eine „selbstständige Entscheidungsgewalt“ komplett ab und attestierte dies dem gesamten Behördenapparat: „Es war wohl überhaupt die Eigenart Hofers, dass er von allen wesentlichen Angelegenheiten und Ereignissen unterrichtet werden wollte und nicht ohne seine Zustimmung oder seines Wissens entschieden werden durfte.“<sup>494</sup> Die Erfüllung politischer Aufgaben stellten die Angeklagten in Abrede. Linert war es etwa ein Anliegen zu betonen, dass seine „Tätigkeit eine rein verwaltungsmäßige Funktion[,] keineswegs eine politische war“.<sup>495</sup> Von den verübten Verbrechen wollte die Mehrheit der Angeklagten erst nach dem Ende des Krieges erfahren haben. Auch wenn sich seine Kanzlei nicht im Landhaus befunden hatte, sei an dieser Stelle stellvertretend auf die Aussage des ersten Gauleiters, Edmund Christoph, hingewiesen:

„Ich habe von den vielen Verbrechen, [...], erst während meiner 26monatigen Lagerinternierung erfahren, so habe ich z.B. erst lange nach dem November 1938 von der Judenverfolgung in Innsbruck gehört. Ich habe nie Auslandssender gehört und waren mir daher die im KZ. vorgekommenen Verbrechen verhüllt.“<sup>496</sup>

Dass Gauleiter Hofer als ausgesprochener Machtmensch tatsächlich die wichtigsten Entscheidungen selbst traf, scheint durchaus glaubwürdig zu sein. Aber die Vielzahl notwendiger Verfügungen lässt erahnen, wie groß die Handlungsspielräume innerhalb des NS-Apparats dennoch waren. Heinrich Mandlez, ein enger Vertrauter Hofers und Leiter der Geschäftsstelle des Amts für Agrarpolitik im Erweiterungsbau,<sup>497</sup> strich in seinen Erinnerungen diesen Umstand eigens hervor: „Aber es war zumindest in Tirol nicht so, wie man es heute gerne hinstellen möchte, nämlich daß nur der Gauleiter Hofer befohlen hätte und alle seine Mitarbeiter nur Befehlsempfänger gewesen wären.“<sup>498</sup> Freimütig berichtete Mandlez, dass die Anordnung, Deserteure durch Enteignungen zu bestrafen, auf ihn zurückging – weil er der Meinung war, „daß Leute, die in dieser Situation ihre Heimat im Stich lassen, auch nicht wert sind, in diesem Land Grund und Boden zu besitzen“.<sup>499</sup> Eine Verschärfung der Strafmaßnahmen gegenüber Bauern, die ihrer „Ablieferungspflicht“ nicht nachkamen und nun mit einer kurzzeitigen Inhaftierung im Lager Reichenau rechnen mussten, schrieb sich Mandlez ebenfalls auf seine Fahnen. Wenn „Fragen dieser Art zu behandeln waren“, zog Hofer immer seine entsprechenden Referenten hinzu, schilderte Mandlez den gängigen Prozess der Entscheidungsfindung.<sup>500</sup> Mandlez nutzte seine Handlungsspielräume – symptomatisch für den NS-Apparat – in verschärfender Weise und vorauseilend aus.<sup>501</sup> So wie Gauhauptmann Linert, der das unerlaubte Verlassen des Landhauses in den Mittagsstunden unterbinden wollte, indem die

---

<sup>493</sup> Hauptverhandlung, 18.5.1949. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 1390/46.

<sup>494</sup> Zeugenvernehmung Ilse Sillaf (geb. Lechner), 30.6.1948. Ebd.

<sup>495</sup> Niederschrift aufgenommen mit Gustav Linert (Bundespolizeidirektion Innsbruck), 17.2.1947. Ebd., 10 Vr 1271/47.

<sup>496</sup> Vernehmung des Beschuldigten, 24.7.1947. Ebd., 10 Vr 3136/47.

<sup>497</sup> Gauschatzmeister Neuner an den Reichsschatzmeister der NSDAP, 29.11.1940. BA, Sammlung Berlin Document Center, Personenbezogene Unterlagen der NSDAP, R 9361-II/683706.

<sup>498</sup> Heinrich Mandlez, Zu der Errichtung und zu den Aufgaben des Lagers in der Reichenau, o. O. u. J. TLA, Handschrift 7063, S. 11.

<sup>499</sup> Erinnerungen von Heinrich Mandlez nach seinem eigenen Diktat aus der Zeit 1938–1945, o. O. u. J. Ebd., S. 26ff.

<sup>500</sup> Ebd., S. 23.

<sup>501</sup> Sylvia Paletschek, Badische und Württembergische Landesministerien und nationalsozialistische Repressionspolitik, in: Pyta 2017, S. 30.

betreffenden männlichen Angestellten ihre Unabkömmlichkeitsstellung verlieren und die weibliche Belegschaft für das Arbeitsamt freigestellt werden sollte. „Ohne scharfes Zugreifen ist es unmöglich, wieder die notwendige Zucht und Ordnung in den Dienstbetrieb hineinzubringen“, schloss er seinen Aktenvermerk an Parson ab.<sup>502</sup>

Der allgemeinen Belegschaft blieben die verbrecherischen Vorgänge nicht verborgen und in Teilbereichen hatte sie die Aktionen bürokratisch zu begleiten. In die Übernahme, Verwahrung und Verwaltung des kirchlichen Beuteguts war quasi die gesamte Gebäudeverwaltung und Teile der Gauselbstverwaltung eingebunden.<sup>503</sup> Eine in den Akten der Gaukämmerei vorhandene Kostenabrechnung für „Krankentransporte“ von Hall nach Oberösterreich zeigt die bürokratische Involvierung der Abteilung in die „Euthanasie“-Morde. Es handelt sich hier um den ersten Transport, der am 10. Dezember 1940 179 Menschen aus der Heil- und Pflegeanstalt Hall und 67 Personen aus dem St. Josefs-Institut in Mils betraf. Insgesamt kam es zwischen Dezember 1940 und August 1942 zu vier Transporten nach Hartheim und Niedernhart in die dortigen Tötungsanstalten.<sup>504</sup> Der Hintergrund der Transporte blieb den Landhausangestellten vermutlich nicht verborgen. Margaretha Schwitzer, eine Schreibkraft in der verantwortlichen Abteilung III, gab 1948 zu Protokoll, dass sie zwar aus eigener Wahrnehmung nichts wisse, wohl wurde aber „immer wieder gemunkelt, dass diese Geisteskranken auf die Seite geräumt würden, aber etwas Bestimmtes hat man darüber nicht erfahren“.<sup>505</sup> Gustav Linert sagte aus, dass er „manches Mal auch bei den Abteilungsleiterbesprechungen davon erfahren“ habe, obwohl dieses Thema nie offiziell erörtert worden sei.<sup>506</sup> Die Systematik bürokratischer Abläufe, die auf hierarchische und funktionale Arbeitsteilung aufbauen, waren für die Ermöglichung der NS-Verbrechen ausschlaggebend. Jede Dienststelle, auf eine optimale Umsetzung ihres zugeteilten Arbeitsschrittes konzentriert, war nur in einem Teilbereich in den Ablauf der gesamten Aktion eingebunden. Auch mit Kenntnis über das Ergebnis des gesamten Prozesses, konnten die Verantwortlichen für sich in Anspruch nehmen, dass ihr Aufgabenbereich nur indirekte Auswirkungen auf das Resultat hatte.<sup>507</sup> Hinzu kam, dass eine Legalisierung der Ausgrenzung das Vorgehen der Beamten und Angestellten unterstützte und legitimierte.<sup>508</sup>

Unbestritten hielten die Beamten und Angestellten im Landhaus den NS-Apparat am Laufen und eine Umsetzung der Verfolgungsmaßnahmen wäre ohne sie nicht möglich gewesen, wobei eine klare Trennung zwischen den Führungspositionen und den hinteren Reihen gemacht werden muss. Dennoch, wer die Augen nicht verschloss, konnte erahnen, wie viel Leid der Nationalsozialismus außerhalb der „Volksgemeinschaft“ stehenden Menschen zufügte. Etliche haderten vermutlich mit

---

<sup>502</sup> Aktenvermerk von Linert an Parson, 10.1.1944. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1943–1945 (093/02–093/07), Zl. 093/02.

<sup>503</sup> Vgl. dazu den Sammelakt Ebd., Präs. IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 1947–1951, Zl. 265/139/1954.

<sup>504</sup> Zu den „Euthanasie“-Morden in Tirol-Vorarlberg siehe Oliver Seifert, „Sterben hätten sie auch hier können“. Die „Euthanasie“-Transporte aus der Heil- und Pflegeanstalt Hall in Tirol nach Hartheim und Niedernhart, in: Brigitte Kepplinger/Gerhart Marckhgott/Hartmut Reese (Hg.), Tötungsanstalt Hartheim (Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus 3), Linz 2013<sup>3</sup>, S. 359–410, hier S. 378f. Dass die Kostenabrechnung eine Person zu viel nennt, könnte mit dem Umstand zu tun haben, dass ein Mann kurz vor dem Abtransport fliehen konnte.

<sup>505</sup> Zeugenvernehmung Margaretha Schwitzer, 11.8.1948. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 4740/47.

<sup>506</sup> Zeugenvernehmung Gustav Linert, 2.9.1948. Ebd.

<sup>507</sup> Brigitte Kepplinger, Zum Gesundheitssystem im Reichsgau Tirol-Vorarlberg. Eine Skizze, in: Bertrand Perz u. a., Schlussbericht der Kommission zur Untersuchung der Vorgänge um den Anstaltsfriedhof des Psychiatrischen Krankenhauses in Hall in Tirol in den Jahren 1942 bis 1945 (Veröffentlichungen der Kommission zur Untersuchung der Vorgänge um den Anstaltsfriedhof des Psychiatrischen Krankenhauses in Hall in Tirol in den Jahren 1942 bis 1945 1), Innsbruck 2014, S. 83–89, hier S. 89.

<sup>508</sup> Paletschek 2017, S. 30.

ihrer Rolle, hatten aber eine Familie zu ernähren und sahen, konfrontiert mit den kriegsbedingten Rahmenbedingungen, keine andere Möglichkeit. Andere hatten aufgrund des ausgeübten Drucks Angst vor Konsequenzen und erfüllten ihre Aufgaben wenig überzeugt. Es gab aber auch Beschäftigte, die – entweder aus Überzeugung oder der NS-Propaganda geschuldet – bis zum Schluss mit Leib und Seele an der Umsetzung des NS-Weltbildes tatkräftig mitarbeiteten. Leo Schöpf, der den Parteienverkehr in der Kanzlei des Gauleiters abwickelte, war einer von ihnen, wie seine Ehefrau beschrieb:

„Zur Charakterisierung der Pflichttreue meines Mannes führe ich nur nebenbei an, dass er wohl der Einzige von den Benützern des Gauhauses war, der dasselbe bei keinem der Bombenangriffe verliess. Durch 5 Jahre hindurch gönnte er sich keinen Tag Urlaub. Seine Gutmütigkeit wurde ausgenutzt und er durfte Dienst für andere machen, die inzwischen auf Erholungsurlaub weilten. Das Ende des Krieges und des Dritten Reiches brachten meinem Mann den Verlust aller seiner Illusionen.“<sup>509</sup>

Ein Bekannter zählte Schöpf „zu den sogenannten Idealisten, die bis zuletzt an die Bewegung glaubten, sich ihr verpflichtet fühlten und ihr die Treue hielten.“<sup>510</sup> Schöpf selbst präsentierte sich in seinem Volksgerichtsprozess als geläutert, behauptete erst nach dem „Zusammenbruch“ von den NS-Verbrechen gehört zu haben und war mittlerweile der Meinung, dass nicht „alles, was die Partei tat, zum Wohle der Allgemeinheit“ geschehen war – und doch hatte er „nie gefühlt, dass ich mich an etwas Unrechtem beteilige“.<sup>511</sup>

### **Exkurs: Gauforumplanungen im Zuge der Neugestaltung Innsbrucks**

Die Brüder Guth legten für den Platz vor dem Erweiterungsbau eine Gestaltung vor, die in Lage und Dimension an die bereits vor dem Ersten Weltkrieg geplanten Maßnahmen für einen Landhauszubau anknüpfte.<sup>512</sup> Da in der früheren Platzkonzeption das Kastnerhaus bestehen bleiben sollte, wurde in der damaligen Planung der Platz an seiner Südostecke um das Haus herumgeführt. Nun gingen die Architekten von einer symmetrischen Platzanlage in Trapezform aus, wodurch der Abriss des Kastnerhauses ebenso notwendig wurde wie die Auflösung der Welsergasse (Abb. 7, 42 und 43).<sup>513</sup> Die Mittelachse des Platzes orientierte sich am zentralen Mitteltrakt des Erweiterungsbaus. Auf dieser Achse war eine leicht erhöhte Fläche geplant, die zusammen mit „zwei hohen steinernen Opferpylonen“ ein Ehrenmal für die „Tiroler Blutzeugen“ bilden sollte, für die im Kampf gegen „Ständestaat“ und Republik „gefallenen Kameraden der Bewegung des Gaues Tirol“.<sup>514</sup> Die Architekten verliehen damit dem Platz eine konkrete Funktion und griffen auf bekannte Vorbilder zurück, wie die Ehrenmale, die für den Adolf-Hitler-Platz in Weimar vorgesehen und am Königsplatz in München in den Ehrentempeln verwirklicht worden waren. Die Gauleitung hingegen zog es vor, die Bestimmung der Funktion und Gestaltung des Platzes zu vertagen.<sup>515</sup>

---

<sup>509</sup> Gnadengesuch der Rosa Schöpf an das Volksgericht beim Landesgericht, 13.11.1946. TLA, LG Innsbruck, Volksgericht, 10 Vr 63/46.

<sup>510</sup> Peter Bachlechner an Rechtsanwalt Friedrich Punt, 30.1.1946. Ebd.

<sup>511</sup> Hauptverhandlung, 17.7.1946. Ebd.

<sup>512</sup> Siehe „Lageplan zu einer zukünftigen Verbauung des landschaftl. Grundes in der Fuggergasse“, Januar 1915. StAl, Fuggergasse Abteilung VI, Akten/Pläne-Bebauung, Karton 1, Mappede Alte Bebauungspläne, Fuggergasse.

<sup>513</sup> Walter und Ewald Guth, Wettbewerbsbeitrag Landhaus-Erweiterungsbau, Lageplan, August 1938. TLA, Landesbaudirektion, Pläne T.39-11.

<sup>514</sup> Innsbrucker Nachrichten, 13.8.1938, S. 7. Siehe auch Horst Schreiber, Das Befreiungsdenkmal am Eduard-Wallnöfer-Platz in Innsbruck, in: Amt der Tiroler Landesregierung (Hg.), Den für die Freiheit Österreichs Gestorbenen. Das Befreiungsdenkmal und die Erinnerung. Eine Intervention, Innsbruck 2011, S. 9–39, hier S. 9.

<sup>515</sup> „Von der Südfront des Neubaues soll eine Platzgestaltung geschaffen werden; welches Ausmaß dieser Platz erhalten soll, ist heute noch ungeklärt und durch eine spätere Verhandlung zu bestimmen“. Baubeschreibung

Zu Beginn des Jahres 1939 berichteten die „Innsbrucker Nachrichten“: „Die Bauten, die sich zwischen dem Bismarckplatz und dem zukünftigen Erweiterungsbau des Landhauses einschieben, wurden zum Teil käuflich erworben und werden einem weiteren Vorplatz Raum geben, der mit dem Bismarckplatz zu einer Fläche verwachsen wird.“<sup>516</sup> Im Frühjahr wurde ein Umgebungsmodell im Maßstab 1:100 angefertigt<sup>517</sup> und im Landhaus aufgebaut. Die zum Abriss bestimmten Gebäude konnten wahlweise situationsgerecht platziert oder dem Modell entnommen werden. Das Modell diente der Darstellung der städtebaulichen Situation eines neuen Wettbewerbsprojekts, der Platzgestaltung zwischen Landhauserweiterungsbau und dem geplanten Neubau eines „Haus der Bergsteiger“. Dass die Konzeptionierung als eine Einheit vorgesehen war, zeigt ein Foto von Richard Müller mit Gauleiter Hofer und wahrscheinlich Baumeister Albert Bermoser am Modell. Das „Haus der Bergsteiger“ ist bereits positioniert und der Platz als unbebaute Fläche zu sehen (Abb. 44–46).<sup>518</sup>

Die erhöhten Planungsaktivitäten in den Gauen, die Hitlers „Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte“ 1937 auslöste, konzentrierte sich zunächst auf die Gauhauptstädte. Die Gauforumsplanungen waren dabei eng mit den Neugestaltungsplänen der Städte verknüpft – wie die Neugestaltungspläne für Augsburg und Hamburg zeigen, aber auch nach 1938 der Ausbau der Gauhauptstädte der Ostmark Linz,<sup>519</sup> Salzburg, Graz und Klagenfurt<sup>520</sup> oder das Neugestaltungsprojekt von Hanns Dunstmann für Wien.<sup>521</sup> Dagegen konzentrierte sich in Innsbruck zum Zeitpunkt des Gestaltungsvorhabens für Landhausplatz und „Haus der Bergsteiger“ die Gauleitung auf die Ausführung städtebaulicher Einzelmaßnahmen, nachdem ein erstes Konzept von Wilhelm Weyhenmeyer zum Ausbau Groß-Innsbrucks zum Tourismuszentrum der Ostmark auf Widerstand gestoßen war.<sup>522</sup> Auch zählte Innsbruck noch nicht zu den offiziellen „Neugestaltungsstädten“, wodurch die Kompetenzen im Hinblick auf die Stadtplanung nicht klar definiert waren. Keiner der vorgelegten Ausbaupläne für Innsbruck kam über ein Entwurfsstadium hinaus, da zum einen Stadtverwaltung und Gauleitung unterschiedliche Interessen verfolgten – und verschiedene Architekten und Stadtplaner bevorzugten – und zum anderen sich kriegsbedingt die Voraussetzungen rasch wandelten. Mit der am 23. Juni 1939 durch die NSDAP und das faschistische Italien vereinbarten Umsiedlung der Südtiroler waren neue Rahmenbedingungen geschaffen.<sup>523</sup> Der erwartete Zustrom von zunächst 200.000 „Optanten“ stellte auch Innsbruck vor die große Aufgabe,

---

Erweiterungsbau, 12.9.1938, gez. Riedel. TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm 0398, Datei 1495 und 1496.

<sup>516</sup> Innsbrucker Nachrichten, 28.1.1939, S. 5.

<sup>517</sup> Schreiben von Engelbert Plank an die Behörde des Landeshauptmannes, 10.3.1939. TLA, GSV Tirol-Vorarlberg, GK 1940–1945, Karton 192–662/40 und 1–16/41, Mappe Landhaus-Erweiterungsbau, Alter Akt, Zl. 2/41.

<sup>518</sup> Neben Hofer ist nicht wie anderenorts erwähnt Ewald Guth zu sehen. Die Person neben Hofer könnte aber auch Bauleiter Engelbert Plank sein, der das Bautagebuch zusammengestellt hatte. Im Bautagebuch ist dieselbe Person auf mehreren Fotografien abgebildet. Im März 1939 besichtigte der Verwaltungsausschuss des D.A.V. im Rahmen der Wettbewerbsauslobung das Modell. Protokoll der 6. Sitzung des Verwaltungsausschusses des D.A.V., 4.3.1939. OeAV, HA.

<sup>519</sup> Zu Augsburg siehe Früchtel 2008, S. 125–132; zu Linz ebd. S. 284–320 und Hanns Christian Löhner, Hitlers Linz. Der „Heimatgau des Führers“, Berlin 2013 sowie Lioba Schmitt-Imkamp, Hitlers Architekten. Roderich Fick (1886–1955), Wien-Köln-Weimar 2014, S. 121–177.

<sup>520</sup> Braumann 1986.

<sup>521</sup> Ingrid Holzschuh, Wiener Stadtplanung im Nationalsozialismus von 1938 bis 1942. Das Neugestaltungsprojekt von Architekt Hanns Dunstmann, Wien-Köln-Weimar 2011; Holzschuh/Platzer 2015.

<sup>522</sup> Willi Weyhenmeyer, Betrachtungen zur städtebaulichen Entwicklung von Groß-Innsbruck. Typoskript vom 14.9.1938, 46 Seiten. StAI, D 182.

<sup>523</sup> Hubert Mock/Walter Pichler u.a., Die Option, in: Tiroler Geschichtsverein (Hg.), Option Heimat Optionen, Eine Geschichte Südtirols/Una storia dell' alto adige, Bozen-Innsbruck 1989, S. 138–149.

Wohnraum zu schaffen.<sup>524</sup> Planungen zur Gestaltung des Landhausplatzes und der Bau eines „Haus der Bergsteiger“ wurden damit nicht nur kriegsbedingt zurückgestellt. Vielmehr lag die vorrangige Herausforderung in der Bewältigung der Wohnungsfrage. Ein von Gauleiter Hofer am 10. September 1939 verordnetes Bauprogramm im Rahmen der „Sondermaßnahme S“ zielte auf die Schaffung von 10.000 Wohnungen und beinhaltete die Bereitstellung von Baumaterial, Arbeitskräften und zinsbegünstigten Darlehen.<sup>525</sup> Die Verantwortung für einen Großteil der Wohnbaumaßnahmen lag bei der im Februar 1939 neu gegründeten Wohnbaugesellschaft „Neue Heimat Tirol“. Diese war zwar der DAF unterstellt, aber auf die Unterstützung der Kommune angewiesen, die erforderlichen Baugründe zu erschließen.<sup>526</sup>

Im Dezember 1939 erging der Auftrag für einen neuen Flächennutzungs- und Wirtschaftsplan für die Stadt Innsbruck an den Stadtplaner Peter Koller (1907–1996). Seit Anfang 1938 Leiter des DAF-Stadtplanungsbüros für die Neugründung der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ (Wolfsburg) wurde Koller auf Veranlassung von Oberbürgermeister Denz beauftragt.<sup>527</sup> Dieser begründete die Wahl mit Kollers engen Verbindungen zu Albert Speer: „Die Einschaltung des Architekten Koller kann Gewähr dafür bieten, dass die gesamte bauliche Gestaltung im Sinne des Generalbauinspektors Prof. Speer entwickelt wird“.<sup>528</sup> Gauleiter Hofer zeigte sich damit einverstanden, da „die Einschaltung des Architekten Koller Gewähr dafür bieten wird, dass die Belange baugestalterischer Art beachtet werden.“ Zur „Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeiten“ reduzierte Hofer die Befugnisse des städtischen Planungsamtes. Es sollte „nur insoweit auf bauliche Gestaltung Einfluss nehmen“ als dies nötig sei.<sup>529</sup> Koller wickelte den Auftrag über ein privates Baubüro ab und nahm einen Stab von Mitarbeitern aus Wolfsburg mit. Im Fall „Innsbruck hängen die Macher eng mit Wolfsburg

---

<sup>524</sup> Himmlers Chefplaner Konrad Meyer, ging von 200.000 „Rücsiedlern“ aus Südtirol aus, auch wenn es schließlich 75.000 Menschen waren, die Südtirol verlassen haben. Siehe Konrad Meyer, Statistische Zusammenfassung der Umsiedler-Volksgruppen, in: Konrad Meyer, Landvolk im Werden. Material zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und zur Gestaltung des dörflichen Lebens, Berlin 1942, S. 97; Helmut Alexander, Der lange Weg, in: Tiroler Geschichtsverein (Hg.), Option Heimat Opzioni, Eine Geschichte Südtirols/Una storia dell' alto adige, Bozen-Innsbruck 1989, S. 192–255, hier S. 229.

<sup>525</sup> 70 Prozent des „Sonderprogramms S“ sollten aus zinsgünstigem Reichsdarlehen finanziert werden. Die D.A.F hatte RM 18 Millionen zur Verfügung gestellt. Alexander 2013, S. 20f.; siehe Hans Wagner, Neue Heimat für Südtiroler, in: Bauen, Siedeln, Wohnen (1940) 17, S. 552–554; Christoph Braumann, Stadtplanung in Österreich von 1918 bis 1985 unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Salzburg, Wien 1986, S. 103f; Horst Schreiber, Die Inszenierung des Nationalsozialismus als Umbruchs- und Aufbruchszeit, in: Horst Schreiber (Hg.), 1938. Der Anschluss in den Bezirken Tirols (Studien zu Geschichte und Politik 21), Innsbruck-Wien-Bozen 2018, S. 285–307, hier S. 306.

<sup>526</sup> Die Gründungsversammlung der „Wohnbaugesellschaft Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der DAF in den Gauen Tirol-Vorarlberg und Salzburg“ fand am 27.1.1939 statt, die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 7.2.1939. TLA, Archiv NHT, Teil 1, Geschäftsführung, Verwaltung und Verschiedenes 1939-1947; Box 6, Mapped 3. Im Oktober 1939 wurde in Salzburg ein eigener Verwaltungssitz der Neuen Heimat gegründet und damit von Tirol-Vorarlberg getrennt.

<sup>527</sup> Das Beziehungsgeflecht Wolfsburg-Innsbruck war über Kollers Verbindungen hinaus auch insofern eng, da die T.W.U. Träger des Wolfsburger Stadtbaubüros war und Hans Strauch, dessen Leiter, Aufsichtsratsvorsitzender der Neue Heimat Tirol-Vorarlberg in Innsbruck. Für die Realisierung Wolfsburgs wurden zwei Wohnbaugesellschaften gegründet, denen Titus Taeschner vorstand. Taeschner war wiederum zugleich technischer Geschäftsführer der NHT in Innsbruck. Manuskript über die Entwicklung Innsbrucks in der NS-Zeit von Peter Koller, verfasst im Mai 1983, 17 Seiten, hier S. 1f und 15f. Stadt Wolfsburg, Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Nachlass S 11 Koller, Nr. 101; Klotz 1984, S. 184f.

<sup>528</sup> Oberbürgermeister Denz an Regierungsrat Jung, 2.12.1939, Zl. VI-4758/1939. TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm Nr. 0389, Datei 1925; Am 27.1.1940 erhält Koller den Vertrag, siehe „Architektenvertrag für die städtebauliche Planung der Gauhauptstadt Innsbruck“. Stadt Wolfsburg, Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Nachlass S 11 Koller Nr. 91.

<sup>529</sup> Landeshauptmann Hofer an Oberbürgermeister Denz, 5.12.1939, Zl. VI-4758/1939. TLA, ATR (1924–1939/40), Abt. VI, digitalisierter Mikrofilm Nr.0398, Datei 1924.

zusammen; der ganze Ablauf in Innsbruck ist ohne Wolfsburg weder verständlich, noch wäre er je so abgelaufen“,<sup>530</sup> berichtete Koller rückblickend. Zudem ließ Stadtbaurat Anton Kininger ein „Stadterweiterungsamt“ einrichten, das aus dem Vermessungsamt herausgelöst war, um zügiger Ergebnisse zu erzielen. Erst nachdem Peter Koller einen Monat nach Vertragsunterzeichnung im Februar 1940 erste Pläne geliefert hatte,<sup>531</sup> wurde Gauleiter Hofer durch den Erlass Hitlers vom 15. März 1940 beauftragt, die städtebaulichen Maßnahmen in Innsbruck, die im Rahmen des „Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. 10. 1937“ zur „Anlage und zum Ausbau sowie zur planvollen Gestaltung der Stadt erforderlich sind“, durchzuführen.<sup>532</sup> Damit waren die Kompetenzen festgelegt. Nähere Ausführungen enthielt die „Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Neugestaltung der Stadt Innsbruck“ vom 13. April 1940. Diese benannte unter anderem die Bestimmungen über das Verfügungsrecht der Stadt Innsbruck bei Grundverkäufen sowie die Änderungen des bestehenden Stadtregulierungs- und Erweiterungsplanes.<sup>533</sup>

In der Zeitschrift „Der soziale Wohnungsbau in Deutschland“ veröffentlichte Peter Koller im Februar 1941 sein Konzept für Innsbruck, das sich auf den Wohnungsbau fokussierte, den er als „städtebaulichen Motor“ besonders herausstellte.<sup>534</sup> Koller formulierte seinen Auftrag, Wohnraum für „5.000 Rückwandererfamilien, d.h. für etwa 20.000 zusätzliche Einwohner [...] in möglichst kurzer Zeit in Innsbruck“ zu schaffen.<sup>535</sup> Mit dem bestehenden Fehlbedarf von 3.000 Wohnungen, einem Sanierungsbedarf von 1.000 Wohnungen und erwartetem Zuwachs der Bevölkerung, der 4.150 zusätzliche Wohnungen erfordere, ging Koller von 13.150 Wohnungen aus, die in den kommenden Jahren gebaut werden müssten. Der ausgearbeitete Flächennutzungsplan sah einen Flächenbedarf von 450 Hektar vor und im Zuge dessen eine Erweiterung der Stadt nach Osten und Westen.<sup>536</sup> Auch Koller plädierte – wie sein Vorgänger Weyhenmeyer – für eine Verlagerung des Bahnhofs. Dieser sollte außerhalb der Stadt in Richtung Nordosten bei Hall angesiedelt werden.<sup>537</sup> Für die Wohnbauentwicklung der Stadt sollten daher jene Flächen unangetastet bleiben, die durch Verkehrs- und Eisenbahnfragen berührt wurden. Während die historische Stadtmitte als „Mittelstadt“ ausgebaut werden sollte, schlug Koller eine Verlagerung von Gewerbebetrieben aus dem Zentrum vor. Der Bericht schloss keine repräsentativen Verwaltungsbauten ein, sondern konzentrierte sich auf Wirtschafts-, Verkehrs- und Wohnraumfragen. Als „Neue Achse“ sollte parallel zum Verlauf der Sill in Nord-Südrichtung – anstelle des Bahnhofs – eine mächtige „Geschäftsstadt“ entstehen (Abb. 47).<sup>538</sup>

In ersten Vorstudien, die Koller im Februar 1940 vorlegte, sah der Stadtplaner noch andere Schwerpunkte der Stadtgestaltung vor: entlang eben jener Achse plante er eine langgestreckte Platzanlage, die über einen halben Kilometer lang und 17 Meter breit von Repräsentationsbauten gesäumt werden sollte. An den platzräumlichen Erweiterungen war von bis zu 37 Metern Breite

---

<sup>530</sup> Manuskript über die Entwicklung Innsbrucks in der NS-Zeit von Peter Koller, verfasst im Mai 1983, 17 Seiten, hier S. 15. Stadt Wolfsburg, Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Nachlass S 11 Koller, Nr. 101.

<sup>531</sup> Plan StAl, 17.2.1940, Ph-26048.

<sup>532</sup> Erlaß des Führers und Reichskanzlers über städtebauliche Maßnahmen in der Stadt Innsbruck, vom 15.3.1940, RGBl. I, S. 503; Innsbrucker Nachrichten, 23.3.1940, S. 3.

<sup>533</sup> Verordnung über die Neugestaltung der Stadt Innsbruck, 13.4.1940, RGBl. I, S. 639–641. Siehe Klotz 1984, S. 187; Klaus Luggner (Hg.), Wohnbau sozial. Innsbruck von 1900 bis heute, Innsbruck 1993, S. 42; Weihsmann 1998, S. 1089.

<sup>534</sup> Peter Koller, Zusammenhang von Städtebau und Wohnungsbau erläutert an der Planung Innsbruck, in: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland (1941) 4, 16. Februar 1941, S. 110–127, hier S. 110.

<sup>535</sup> Ebd.

<sup>536</sup> Ebd., S. 114.

<sup>537</sup> Ebd., S. 112.

<sup>538</sup> Peter Koller, „Schematischer Überblick über die Neugestaltung der Verkehrsbeziehung“, in: Koller 1941, S. 120; Stadt Wolfsburg, Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Nachlass S 11 Koller III, Nr. 252-2.

auszugehen (Abb. 48).<sup>539</sup> Nach einer Anfrage Kollers an Gauleiter Hofer wenige Monate später, inwiefern gemäß den Richtlinien für die Neugestaltung Innsbrucks dringende öffentliche Gebäude wie ein Landesarbeitsamt oder ein Verwaltungsgebäude für die Gestapo mit in die Planung vorgesehen waren,<sup>540</sup> verschwanden diese anschließend aus Kollers Konzept und wurden durch die erwähnten Geschäftsanlagen ersetzt. Auch Planungen für ein NS-Gauforum am Hofgarten, die im Februar 1940 noch Teil des Stadtkonzeptes waren, wurden aufgegeben.<sup>541</sup> Kollers Gauforum mit Ost-West ausgerichteter Gauhalle, flankiert von zwei Seitenflügeln mit Vorplätzen, richtete sich gegen eine riesige Platzanlage. An diese wiederum knüpfte direkt der zentrale Verbindungspunkt zur Nord-Süd gerichteten Platzanlage an. Ein Gauhaus schien in Kollers Entwurf nicht vorgesehen. Der Landhauserweiterungsbau wurde zwar im Lageplan aufgenommen, jedoch kein Versuch unternommen, diesen in die komplexen NS-Repräsentationsachsen aufzunehmen. Kollers Stadtplanungskonzepte stießen auf Widerstand. Er schrieb im Dezember 1940:

„Ich bin jedenfalls auf alles gefasst und mein Urteil über die Tiroler ist ein für allemal abgeschlossen, [...]. Die Absicht, noch vor Weihnachten zum Führer zu gehen, kann mich nicht erschüttern. Ich habe gegen ein Ende mit Knalleffekt gar nichts einzuwenden, wenn das Fass von anderen Leuten angezündet werden soll.“<sup>542</sup>

Hitler wurden die Planungen zu Innsbruck nicht vorgelegt. Zwei Monate später berichtete Speer über den aktuellen Stand des Ausbaus der Gauhauptstädte. Seine Einschätzung der Lage in Innsbruck:

„An städtebaulichen Planungen wird gearbeitet. Sie wurden mir mehrfach vorgelegt. Eine Vorlage beim Führer konnte bis jetzt noch nicht stattfinden, da die Lage des neuen Bahnhofs noch nicht festliegt, der aber für die endgültige Festlegung der Straßenzüge von entscheidender Bedeutung ist. Innerhalb der Planung ist ein Gauforum vorgesehen, dessen Lage auch noch nicht endgültig festgestellt werden kann.“<sup>543</sup>

Zudem konstatierte Speer im selben Bericht:

„Grundsätzlich wünscht der Führer in allen Gauhauptstädten die Errichtung eines Gauforums, an dem in der Hauptachse die Parteibauten, eine Gauhalle, ein Kundgebungsplatz, ein Glockenturm, aber auch die Behörde des Reichstatthalters einen Sitz hat. Dieses Gauforum ist im Allgemeinen der Mittelpunkt aller städtebaulichen Überlegungen.“<sup>544</sup>

Kurz darauf legte Koller seinen Auftrag nieder, teilte dies Albert Speer mit und vermerkte, dass die Entwicklungsplanung für Innsbruck Otto Mayr aus München ausführen werde.<sup>545</sup> Zuvor schon hatte sich der von Hofer protegierte Gausiedlungsplaner Helmut Erdle, der ebenso wie einige bei der „Neuen Heimat Tirol“ tätige Architekten der „Stuttgarter Schule“ zuzurechnen war, gegen Kollers

---

<sup>539</sup> Peter Koller, Lageplan, Stadtplanung Innsbruck, Neugestaltung, 17.2.1940. StAI, Ph-26048; Arnold Klotz, Stadtentwicklung und Städtebau in Innsbruck 1938–2015. Strategien, Konzepte, Gestaltung, Innsbruck 2016, S. 58.

<sup>540</sup> Siehe Pitscheider 2002, S. 290; Amtsvermerk Peter Koller, 8.10.1940. StAI, Bauakten, geordnet nach Bezirken, Sch. 5, Abschrift.

<sup>541</sup> Klotz 2016, S. 56–58.

<sup>542</sup> Koller an Baurat Karl Reuter, 7.12.1940. Stadt Wolfsburg, Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Nachlass S 11 Koller Nr. 91. Reuter war Mitarbeiter von Kollers Baubüro in Innsbruck und enger Vertrauter. Sie kannten sich aus der Zeit in Augsburg, wo Koller 1935 bis 1938 Bezirksplaner war.

<sup>543</sup> Speer an den Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz, München, Braunes Haus, 19.2.1941. Zit. in Jost Dülffer/Jochen Thies/Josef Henke (Hg.), Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich, Köln-Wien 1978, S. 70.

<sup>544</sup> Ebd., S. 66.

<sup>545</sup> Vermerk Kollers über ein Telefonat mit Speer am 14.3.1941 vom 17.3.1941. Stadt Wolfsburg, Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Nachlass S 11 Koller Nr. 91.

Konzept gestellt und einen Gegenentwurf ausgearbeitet.<sup>546</sup> Inwiefern Differenzen zwischen Koller und Hofer oder ein Kurswechsel in der Schwerpunktsetzung Siedlungsplanung versus Gauforumsentwicklung Ursache für das Ausscheiden Kollers waren, ist nicht belegt. Otto Mayr (1911–1986) wurde schließlich dezidiert von Hofer mit der Gestaltung des Bahnhofsgeländes zum neuen Stadtzentrum beauftragt.<sup>547</sup> Dieser legte im Februar 1943 ein Konzept für die Stadtmitte vor, das ein überdimensioniertes Gauforum mit allen erforderlichen repräsentativen Bauten an der Stelle des Hauptbahnhofs berücksichtigte. Den Entwürfen lag nun, im Unterschied zu den vorherigen Vorhaben, eine konkrete Ausführungsplanung der Reichsbahndirektion München vor. Die Verlagerung des Bahnhofs und der Bahntrasse sollte einen Umsetzungszeitraum von sechs Jahren in Anspruch nehmen und konzentrierte sich auf eine Zeit nach dem „Endsieg“. Die monströse Anlage sollte von der Museumsstraße bis zur Höhe der Egger-Lienz-Straße (Höhe Westbahnhof) reichen und die Anforderungen einer Gauhauptstadt erfüllen: eine Gauhalle im Norden – mit einem Gauhof, der 72.000 Menschen fasst –, ein Theater in der zentralen Mitte, einen Glockenturm, einen Laubenhof umfassende Geschäfte mit Hotels und Fremdenverkehrseinrichtungen sowie Sportanlagen entlang des Sillufers. Ein neuer Personenbahnhof schloss das neue Stadtzentrum im Süden ab. In der Verlängerung der Südachse war ein „Tiroler Ehrenmal“ auf dem Bergisel vorgesehen (Abb. 49 und 50). „Auf dem Höhepunkt des Kriegs, unmittelbar nach Stalingrad,“ so Christoph Hölz, „sollte der Mythos des ‚Innsbrucker Heldenbergs‘ und des Nationalhelden Andreas Hofer erneut beschworen werden.“<sup>548</sup>

Die gewaltigen Dimensionen erforderten eine Reduktion der durch Koller berechneten erforderlichen Siedlungsflächen.<sup>549</sup> Zeichnete sich bislang ein stadtplanerischer Kurs ab, der den Fokus auf den Siedlungsbau als repräsentative NS-Bauleistung in Innsbruck legte, änderte sich dieser mit Mayrs Konzept. Mayr rechtfertigte die Verkleinerung der Siedlungsflächen zugunsten Macht demonstrierender Bauten: „Unsere Generation hat [...] zu beweisen, dass sie im Stande ist, zur Höchstleistung zu schreiten, die der Führer uns durch die Schaffung des autoritären Staates Großdeutschland ermöglicht hat.“<sup>550</sup> Die Neugestaltungspläne wurden durch die Gutachter vor allem im Hinblick auf die Dimensionen des Vorhabens kritisch bewertet, das von „Riesenkundgebungen“ ausging. Es wurde die Frage gestellt, wozu die Platzanlage unabhängig davon dienen sollte: „Auch der geschäftigste Amtsbotenverkehr zwischen den einzelnen den Platz flankierenden Ämtern wird die Steinwüste nicht zu beleben vermögen.“ Weitere Kritik richtete sich gegen die Gestaltung der Gauhalle. Lediglich ihre Positionierung fand Zuspruch: „Die Gauhalle an den Rand des Geländebruches bei der Museumsstraße zu stellen ist zweifellos sehr bestechend.“<sup>551</sup> Mayrs

---

<sup>546</sup> Erdle gewann den renommierten Kollegen Paul Schmitthenner aus München dafür, auf der Basis seines Entwurfs im November 1941 ein Gegengutachten einzureichen. Siehe Helmut Erdle, Struktur- und Verkehrslinienplan für Innsbruck, Oktober/November 1940. Planmaterialien im saai Karlsruhe, NL Helmut Erdle, und Architekturmuseum der TU München, NL Paul Schmitthenner. Helmut Erdle war auch mit dem Reichslandschaftsanwalt Alwin Seifert gut bekannt. Auch dieser äußerte sich negativ über Kollers Entwurf. Seifert wiederum bringt einen weiteren Architekten für Innsbruck ins Spiel – Roderich Fick, Hitlers Architekt für Linz, soll beauftragt werden. Siehe Höhns 1993, S. 101. Zitat: Alwin Seifert an Fritz Todt, 13.3.1940. TU München, Freising, NL Alwin Seifert.

<sup>547</sup> Otto Mayr war gebürtiger Innsbrucker und hatte 1933 in München an der Technischen Hochschule sein Diplom abgelegt. Zum Zeitpunkt der Beauftragung führte Mayr ein Büro in München.

<sup>548</sup> Hölz 2018, S. 282; Christoph Hölz verweist auf einen Entwurf von Hubert Prachensky für ein „Vaterländisches Zentrum“ auf dem Bergisel aus dem Jahr 1936 (Christoph Hölz (Hg.), Vom Heldenberg zur Sporena. Bauten und Projekte für den Bergisel 1809–2009, Innsbruck 2009, S. 150f.).

<sup>549</sup> Hinweise zum Neugestaltungsvorschlag für Innsbruck, Juli 1943, Typoskript, 10 Seiten, hier S. 1. AfB, NL Franz Baumann.

<sup>550</sup> Otto Mayr, Die neue Stadtmitte in Innsbruck, Februar 1943, 26 Seiten, hier S. 6. AfB, NL Franz Baumann.

<sup>551</sup> Hinweise zum Neugestaltungsvorschlag für Innsbruck, Juli 1943, Typoskript, 10 Seiten, hier S. 1 und 8. AfB, NL Franz Baumann.

gewaltige Forumspläne schlossen keinen Neubau eines Gauhauses ein. Der Landhauserweiterungsbau wurde damit in seiner Funktion als Verwaltungssitz der Gauleitung im Zuge der Neugestaltungspläne nicht in Frage gestellt. Das Vorhaben wurde spätestens mit den Bombenangriffen auf Innsbruck Ende 1943 eingestellt.

## 2.2. Die Nutzung in der Besatzungszeit

### Zwischen Befreiung und Plünderung

Um die Befreiung Tirols von der NS-Herrschaft ranken sich viele Mythen. Auf die Außenwirkung bedacht, inszenierte sich das Land als Widerstandsnest, das „die deutsche Terrorherrschaft“ auf sich allein gestellt gebrochen hätte. „Lange, zähe Arbeit und unerschrockener Kampfgeist der Widerstandsbewegung“ seien die Voraussetzung dafür gewesen, hielt ein Bericht der Landeshauptmannschaft im April 1946 fest.<sup>552</sup> Widersprüchliche und übertriebene Schilderungen kennzeichnen auch die Überlieferung der Geschehnisse um die Inbesitznahme des Landhauses. Die Widerstandsbewegung nahm für sich in Anspruch, bereits am 2. Mai Hofer im Landhaus persönlich zur Übergabe der Landesverwaltung aufgefordert zu haben.<sup>553</sup> In anderen Überlieferungen wird dagegen explizit erwähnt, dass es zu keiner Aussprache mit Hofer gekommen sei.<sup>554</sup> Fritz Molden, ein Vermittler zwischen den Alliierten und der österreichischen Widerstandsbewegung O5, gelangte am 4. Mai, aus Italien kommend, nach Innsbruck. Sein erster Weg führte ihn zu Karl Gruber in das Landhaus, dessen Inbesitznahme er in seinen 1976 veröffentlichten Erinnerungen so beschrieb:

„Dort hatte bis vor wenigen Tagen sein Vorgänger, Gauleiter Hofer, [...] residiert. Gruber hatte sich seinen Arbeitsplatz im wahrsten Sinne des Wortes selbst erobert; an der Spitze einer Gruppe von Widerstandskämpfern hatte er von seinem Hauptquartier, dem nahen Hotel ‚Stadt München‘ aus, [...] das Landhaus im Sturm genommen.“<sup>555</sup>

Ludwig Steiner, der auf Seiten der Widerstandsbewegung direkt in die Aktionen involviert war, ging 1986 noch einen Schritt weiter. „Die Übernahme des Landhauses fand nach einer mehrstündigen Schießerei statt“, deutete er die Besetzung in eine militärische Eroberung um. Davon konnte aber keine Rede sein.<sup>556</sup> Der kleine, mit Gewehren und Pistolen bewaffnete Stoßtrupp, der das Landhaus besetzen sollte, traf auf keinen Widerstand. Nur wenige Beamte waren überhaupt noch anzutreffen, erinnerte sich der beteiligte Alfred Hirsch.<sup>557</sup> Auch die in zeitgenössischen Überlieferungen enthaltene Erzählung einer versuchten Rückeroberung des Regierungssitzes durch die SS, einem „letzten Aufflackern der Nazibarbarei“, hält einer historischen Analyse nicht stand.<sup>558</sup>

Im Landhaus liefen schon längst nicht mehr die Fäden des darniederliegenden Tiroler NS-Herrschaftsapparats zusammen. Gauleiter Hofer hatte seinen Regierungssitz mehr oder weniger auf sein privates Anwesen, den Lachhof, 10 Kilometer östlich von Innsbruck verlegt. Dort versuchte er, sich die beste Ausgangssituation für ein Leben nach dem Krieg zu sichern. Erfüllte er offiziell die NS-

---

<sup>552</sup> Präsidium der Landeshauptmannschaft an das Bundeskanzleramt, 5.4.1946. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1945/46 (242–598), Zl. 432.

<sup>553</sup> Ebd.

<sup>554</sup> Rudolf Mackowitz (Hg.), Kampf um Tirol. Entscheidende Taten zur Befreiung Innsbrucks im Frühjahr 1945, Innsbruck 1945, S. 44.

<sup>555</sup> Fritz Molden, Fepolinski & Waschpalski auf dem berstenden Stern, Wien 1980, S. 397.

<sup>556</sup> Schreiber dekonstruierte den Mythos der militärischen Inbesitznahme des Landhauses in Horst Schreiber, Widerstand und Erinnerung in Tirol 1938–1998. Franz Mair – Lehrer, Freigeist, Widerstandskämpfer, Innsbruck-Wien-München 2000, S. 84–89.

<sup>557</sup> Alfred Hirsch, Unser Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Erinnerungen eines „Zeitzeugen“, o. O. u. J., S. 11.

<sup>558</sup> Schreiber 2000, S. 87.

Vorgaben nach einem Kampf bis zum letzten Mann, lotete er hinter den Kulissen über Fred Mayer, einem US-Geheimagenten, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Amerikanern aus. Seine Kanzlei suchte er nur noch in Ausnahmefällen auf. Mayer berichtete von Unterredungen mit Hofer in seinem Büro am 29. oder 30. April, wo Mayer eine Änderung einer geplanten Radioansprache Hofers bewirkt haben will.<sup>559</sup> Rief Hofer in dieser Ansprache noch zur Verteidigung der Gaugrenzen auf, erklärte er am 2. Mai Innsbruck zur „offenen Stadt“ und untersagte weitere Kampfhandlungen im Innsbrucker Stadtgebiet. Nach seiner zweiten Rede, deren Ausstrahlung gegen 14:20 Uhr erfolgte, trat die Widerstandsgruppe erstmals öffentlich in Erscheinung. Ein Großteil des Mitarbeiterstabs der Gauleitung, insgesamt zwölf NS-Funktionäre, flüchteten aus dem Landhaus auf den Lachhof. Führende Gestapo- und SS-Männer hatten sich schon einen Tag früher aus dem Staub gemacht.<sup>560</sup> Das Landhaus, zu diesem Zeitpunkt zwar noch schwer bewacht, stand zur Einnahme durch die Widerstandsgruppe bereit. Anders als sieben Jahre zuvor fand seine Inbesitznahme aber am Ende der Besetzung öffentlicher Gebäude statt. Erst gegen 14 Uhr am 3. Mai besetzte ein kleiner Stoßtrupp den nahezu leerstehenden Regierungssitz. Die Angestellten der Gauleitung hatten zuvor noch einen Großteil der Akten verbrannt und die gesamten Wertsachen mitgenommen.<sup>561</sup> Im Gebäude befand sich neben einigen wenigen Angestellten zu diesem Zeitpunkt nur noch Hausmeister Frauscher und eine Polizeiwache von sechs Mann. Als „wir die leeren Räume durchschritten, zum ersten Mal seit 8 Jahren wieder eine österreichische Autorität, die von diesem Regierungsgebäude Besitz nahm“, überkam Gruber ein „sonderbares Gefühl“, erinnerte er sich später an den denkwürdigen Augenblick.<sup>562</sup>

Umgehend ließ Karl Gruber, der zum Leiter der Widerstandsbewegung avanciert war, das Gebäude militärisch sichern, wobei man sich auf das Alte Landhaus konzentrierte. Dort fanden ab diesem Zeitpunkt sämtliche Besprechungen und Sitzungen des Ordnungsausschusses der Widerstandsbewegung statt. Vom Balkon in der Maria-Theresien-Straße wehte sehr bald eine österreichische Fahne.<sup>563</sup> Dem Erweiterungsbau, wo sich auch die Kanzlei Hofers befunden hatte, schenken die NS-Gegner keine Aufmerksamkeit. Militärisch unerfahrene Burschen kamen bei der Sicherung zum Einsatz. Der damals 17-jährige Bert Breit, der über die Schule und seinen Lehrer Franz Mair zur Widerstandsbewegung gestoßen war, bewachte das Landhaustor in der Meraner Straße auf sich allein gestellt. Ausgestattet „mit einer Pistole und ein paar Handgranaten“ kam er zum ersten Mal in seinem Leben mit schussbereiten Waffen in Kontakt und hoffte auf ein glimpfliches Ende: „Hoffentlich kommt niemand, mit dem ich kämpfen muss. [...]. Unter Umständen hätte ich schießen müssen, oder wäre erschossen worden; es ist zum Glück niemand gekommen.“<sup>564</sup> Alfred Hirsch, Jahrgang 1924, lag auf dem schmalen Balkon des Landhauses, um das Regierungsgebäude zu sichern.<sup>565</sup> Etwas später stießen geflüchtete KZ-Angehörige, polnische Offiziere und Zwangsarbeiter zum Sicherungstrupp dazu, wie sich die Landeshauptmannschaft im April 1946 erinnerte.<sup>566</sup> Vereinzelt kam es noch zu Gefechten mit abziehenden SS-Männern. Franz Mair, eines der wenigen Todesopfer auf Seiten des Widerstandes, verlor dabei in der Nähe des Landhauses, vermutlich auf Höhe der Anichstraße, sein Leben. Er erlag am 6. Mai seinen Schussverletzungen. Sein Tod, der bis

---

<sup>559</sup> Zur Operation Greenup, wie das geheimdienstliche Unternehmen hieß, siehe Peter Pirker, Codename Brooklyn. Jüdische Agenten im Feindesland. Die Operation Greenup 1945, Innsbruck 2019, hier S. 261.

<sup>560</sup> Ebd., S. 264.

<sup>561</sup> Präsidium der Landeshauptmannschaft an das Bundeskanzleramt, 5.4.1946. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium Landesamtsdirektion, Karton 1945/46 (242–598), Zl. 432.

<sup>562</sup> Zit. in Horst Schreiber, Endzeit. Krieg und Alltag in Tirol 1945 (Studien zu Geschichte und Politik 26), Innsbruck 2020, S. 372f.

<sup>563</sup> Karl Gruber, Meine Partei ist Österreich. Privates und Diplomatisches, Wien-München 1988, S. 45.

<sup>564</sup> Zit. in Pirker 2019, S. 272.

<sup>565</sup> Schreiber 2000, S. 91.

<sup>566</sup> Präsidium der Landeshauptmannschaft an das Bundeskanzleramt, 5.4.1946. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion) Karton 1945/46 (242–598), Zl. 432. Der später tradierte Befreiungsnarrativ brachte die freigelassenen „Fremdarbeiter“ nur noch mit der systematischen Plünderung von Geschäften und Wohnungen in Zusammenhang, so zum Beispiel bei Gruber 1988, S. 47f.

heute nicht restlos geklärt ist, prägte die Tiroler Erinnerungslandschaft an die NS-Zeit nachhaltig. Rasch stieg er zur Ikone in der verklärten Schilderung eines heldenhaften Kampfes gegen das NS-Regime auf.<sup>567</sup>

Zeitgleich mit der Besetzung des Landhauses internierte Fred Mayer Gauleiter Hofer und seinen Mitarbeiterstab auf dem Lachhof außerhalb Innsbrucks. Die amerikanischen Truppen hatten sich zwischenzeitlich bis nach Zirl durchgekämpft und ihre Agenten konnten sie dort über den Stand der Dinge informieren. Bis zur kampflosen und umjubelten Einnahme Innsbrucks dauerte es noch bis zum Abend. Die Widerstandsbewegung hatte unertags alles darangesetzt, Innsbruck als befreite Stadt übergeben zu können. Neben der österreichischen hatte sie auch eine amerikanische Flagge am Alten Landhaus entrollt. Gegen 20 Uhr traf die erste Abordnung der US-Militärbehörden unter der Führung von Major Shelden D. Elliot ein. Der Ordnungsausschuss der Widerstandsbewegung nahm sie vor dem Alten Landhaus in Empfang. Eduard Reut-Nicolussi begrüßte die alliierten Vertreter mit einer Rede in englischer Sprache:

„Meine Herren! Wir heißen Sie in Tirol herzlich willkommen. Sie kommen als Vertreter eines Landes, das an seiner Pforte im Hafen von Newjork [!] das Standbild der Freiheit als Symbol ihrer politischen Ideale aufgestellt hat. Wir begrüßen die amerikanischen Truppen als Sinnbild jener demokratischen Freiheit, die wir in diesem Lande nach siebenjähriger Unterdrückung aufzubauen gewillt sind und die wir auch über Ihren hiesigen Verbleib hinaus bewahren und verteidigen wollen.“<sup>568</sup>

Bis zur offiziellen Kapitulation der Wehrmacht war es nur noch eine Frage der Zeit. Nach der Festnahme des Oberbefehlshabers der 19. Armee, General Erich Brandenberger, bereiteten die US-Militärbehörden die Kapitulationsunterzeichnung aller noch in Tirol stehenden Wehrmachtsteile vor. Im Sitzungssaal des ehemaligen Gauleiters Franz Hofer konnte das Ende der Kampfhandlungen schließlich am 5. Mai besiegelt werden. In der später verfassten Selbstdarstellung der 103. US-Infanteriedivision, die Innsbruck befreit hatte, fand die Unterzeichnung fälschlicherweise in einem „red-carpeted room of Innsbruck’s Landrathaus“ statt.<sup>569</sup> Fotografien in den National Archives in Washington lassen aber keine Zweifel am Ort des Geschehens aufkommen (Abb. 51 und 52).<sup>570</sup>

Die amerikanische Besatzungsmacht richtete ihren Stützpunkt im Landhauserweiterungsbau ein. In etlichen Räumlichkeiten des ehemaligen Gauhauses fanden aber immer noch österreichische Behörden Platz. Teile der Präsidialabteilung, wie die Unterabteilung für Presse und Information, und der inneren und sozialen Verwaltung waren neben dem Landesernährungs- und Wirtschaftsamt und der Abteilung für Öffentliche Sicherheit Mitte Juni in dem Gebäude anzutreffen. Auch die Gebäudeverwaltung unter Oberinspektor Moschen war vom Alten Landhaus kurzzeitig in das Parterre des Erweiterungsbaus übersiedelt.<sup>571</sup> Bereits am 22. Mai ernannte die US-Militärregierung Karl Gruber zum provisorischen Landeshauptmann. In der Anfangszeit gaben fast ausschließlich Personen aus der Widerstandsbewegung die politische Richtung vor. Sie hatten einen Exekutivsausschuss gebildet, der bis zur Einrichtung der provisorischen Landesregierung Anfang Juni 1945 die Verwaltung des Landes unter der Kontrolle der amerikanischen Militärregierung regelte.<sup>572</sup>

Die Tiroler Zivilverwaltung hatte in Bezug auf die NS-Verlassenschaft ein schweres Erbe anzutreten. Landeshauptmann Gruber nannte Ende Juni den Kampf gegen den Hunger, die Beseitigung der

---

<sup>567</sup> Schreiber 2000, S. 84–92.

<sup>568</sup> Tiroler Nachrichten, 4.5.1945, S. 1.

<sup>569</sup> Ralph Mueller/Jerry Turk, Report after Action. The story oft he 103d Infantry Division, o. O. 1945, S. 144.

<sup>570</sup> Wir danken Peter Pirker für den Hinweis.

<sup>571</sup> Vorläufiger Geschäftsverteilungsplan der Landeshauptmannschaft von Tirol, 18.6.1945. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1943–1945 (091–092), Zl. 091/01/10.

<sup>572</sup> Michael Gehler, Politischer Neubeginn unter militärischer Besatzung. Ing Dr. Karl Gruber, Tirols erster Landeshauptmann im Jahr 1945, in: Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum (Hg.), Das Jahr 1945 in Tirol. Ende und Neubeginn, Innsbruck 1995, S. 22–27, hier S. 22f.

Bombenschäden (Abb. 53), die Kohle- und Treibstoffversorgung und die generelle Materialknappheit als die größten Schwierigkeiten, mit denen die provisorische Regierung konfrontiert war.<sup>573</sup> Eine unmittelbare Folge der genannten Belastungen waren Plünderungen aller Art, die bereits in den letzten Kriegstagen eingesetzt hatten, und auch vor dem Landhaus nicht Halt machten. Bereits im ersten Aufruf des Exekutiv Ausschusses der Widerstandsbewegung am 4. Mai warnte dieser vor gesetzlosen Zuständen:

„Und nun noch eins. Bedenket, daß Plünderung, Sabotage und Zerstörung an Wehr-, Volks- und Privatgut in [!] Not, in die uns ein gewissenloses Regime gestürzt hat, nur noch vergrößert. Wer plündert oder unrechtmäßig sich Lebensmittel, lebenswichtige Bedarfsartikel und dergleichen aneignet, wird rücksichtslos und schwerstens bestraft.“<sup>574</sup>

Die Angst vor Plünderungen blieb noch lange bestehen. Die für die Gestaltung der Platzanlage vor dem Erweiterungsbau angeeigneten Häuser mussten Anfang 1947 vor ihrem Abbruch bewacht werden, um eine befürchtete Ausplünderung zu verhindern.<sup>575</sup> Im Landhaus sind Diebstähle durch die amerikanische Besatzungsmacht, aber auch durch ehemalige NS-Parteigänger und Privatpersonen dokumentiert. Gebäudeverwalter Moschen beschuldigte die Amerikaner, einen Großteil der Möbel im Juli 1945 abtransportiert zu haben.<sup>576</sup> Fritz Proxauf, ein ehemaliges Mitglied des NSKK, entwendete „verschiedene Möbel und sonstige Gebrauchsgegenstände“ aus dem Erweiterungsbau.<sup>577</sup> Ein junger österreichischer Jurist stahl einen Ledersessel aus den Räumlichkeiten der ehemaligen Gauleitung und ließ sich aus dem Leder eine Aktentasche anfertigen. Der Diebstahl wurde ein Fall für das US-Militärgericht. Ein österreichischer Akademiker könne zwar Not und Elend ertragen, würde ohne das Statussymbol Aktentasche aber sein Gesicht und seine Würde verlieren, argumentierte der Verteidiger des Juristen und erreichte einen Freispruch.<sup>578</sup>

Neben Einrichtungsgegenständen war dringend benötigtes Kanzleimaterial von den Plünderungen betroffen. Das Liquidierungsamt stellte eine massive Verringerung des Schreibmaschinenbestandes in der Behörde der Landeshauptmannschaft fest und führte sie auf die US-Militärregierung zurück.<sup>579</sup> Es kam aber auch in diesem Bereich zu Diebstählen von privater Seite. Die Kanzleidirektion hatte schon früher darauf hingewiesen, dass sich in den Zeitungen nahezu täglich Annoncen über den Verkauf von Schreibmaschinen fänden. Sie ging davon aus, dass es sich um Behördenschreibmaschinen handelte.<sup>580</sup> Das Wohnungs- und Siedlungsamt bestätigte die geäußerten Vermutungen und meldete den Diebstahl einer Schreibmaschine, der „einige Tage nach dem Einmarsch der Amerikaner im Zuge der damals im Landhaus üblichen ‚Organisierungen‘“ stattgefunden hatte.<sup>581</sup> Auch im Materiallager für Kanzleibedarf, das sich in einem Kellerraum des Landhauserweiterungsbaus befand, kam es zu Verwüstungen und Plünderungen. Angehörige der US-Militärregierung sprengten die mit einem Vorhängeschloss verspernte Eisentüre, verwüsteten den

---

<sup>573</sup> Michael Gehler (Hg.), Karl Gruber. Reden und Dokumente 1945–1953. Eine Auswahl (Historische Forschungen 2), Wien-Köln-Weimar 1994, S. 41f.

<sup>574</sup> Ebd., S. 36.

<sup>575</sup> Amt der Tiroler Landesregierung (Abt. VI d) an die Gebäudeverwaltung, 6.3.1947. TLA, ATR (nach 1945), Präs. IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 3, Zl. L-154/296/829/1957.

<sup>576</sup> Gebäudeverwaltung (Moschen) an die Abteilung VII, 3.3.1959. Ebd., Faszikel 1956–59, Zl. 209/139/1959.

<sup>577</sup> Vorfallberichtsbericht, 18.7.1945. StAI, Polizeiberichte 1945 – 1947, Polizeipräsidium Innsbruck. Wir danken Lukas Morscher für den Hinweis.

<sup>578</sup> Ludwig Steiner, Der Botschafter. Ein Leben für Österreich, Bozen 2005, S. 113f. Wir danken Horst Schreiber für den Hinweis.

<sup>579</sup> Liquidierungsamt an die Landeshauptmannschaft (Präsidialabteilung), 13.1.1947. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1947 (A12b–B8), Zl. 90/A16c.

<sup>580</sup> Kanzleidirektion an die Landeshauptmannschaft, 31.5.1946. Ebd.

<sup>581</sup> Abteilung Ve an die Landesgebäudeverwaltung (Moschen), 19.5.1948. TLA, ATR (nach 1945), Präs. IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 8, Zl. 276/139/1954.

Raum und veranstalteten „Schiessübungen“ vor Ort. Amerikanische Soldaten verweigerten einem Mitarbeiter der Landeshauptmannschaft später den Zutritt in den Lagerraum. Die Versorgung der Behörde mit Kanzleimaterialien sei in Kürze unmöglich, wie die Kanzleidirektion vor dem Hintergrund dieses Vorfalles befürchtete. Auch weil sich die US-Militärregierung mit großen Mengen an Material eindeckte, „ohne dass Einsprüche Beachtung“ fänden.<sup>582</sup> Bedingt durch die vielen eigenmächtigen Entnahmen und Zwangsabgaben sah sich die Kanzleidirektion im August 1945 außer Stande, den weiteren Betrieb der Verwaltung garantieren zu können.<sup>583</sup>

### Die Raumsituation

Relativ spät entschieden sich die Siegermächte schließlich, Tirol der französischen Besatzungszone zuzusprechen. Gerade als sich auf Ebene der Verwaltung vieles schon einzuspielen begonnen hatte, erfolgte die Ablösung der US-Truppen Anfang Juli 1945. Vergebens hatte sich Landeshauptmann Gruber für den Verbleib der Amerikaner eingesetzt.<sup>584</sup> Die französische Besatzungsmacht errichtete im Landhauserweiterungsbau die für die gesamte Zone zuständige Militärregierung, die Tirol und Vorarlberg zu kontrollieren hatte (Abb. 54). In einer ersten Phase degradierten die Alliierten die österreichischen Dienststellen zu bloßen ausführenden Organen. Erst mit dem Abschluss des Zweiten Kontrollabkommens Ende Juni 1946 traten die Militärregierungen zunehmend in den Hintergrund. Vor allem die französische Besatzungsmacht hatte sich bei den anderen Siegermächten vehement für eine Lockerung der bisherigen Kontrollmechanismen stark gemacht. Frankreich war an einer baldigen Wiederherstellung eines freien und wirtschaftlich soliden Österreichs interessiert. Das war der Grund, warum die französische Führung die Direktive ausgab, in Tirol und Vorarlberg als Befreier und nicht als Besatzer aufzutreten.<sup>585</sup>

Im Landhaus ließ die französische Besatzungsbehörde anfangs aber keinen Zweifel aufkommen, wer der Herr im Hause war und im Verwaltungsbereich bestätigten sich die schlimmsten Befürchtungen. Mitte Juli meldete die französische Militärregierung einen unerwartet großen Raumbedarf an. Außer jenen schon durch die Amerikaner besetzten Räumlichkeiten sollte die Tiroler Landesregierung weitere 120 Räume zur Verfügung stellen. Die fast nicht durchzuführende Unterbringung der betroffenen Abteilungen stelle einen geordneten Amtsbetrieb völlig in Frage, versuchte Landeshauptmann Gruber Schlimmeres zu verhindern und bat um einen Aufschub der Raumanforderung um acht Tage.<sup>586</sup> Der Küchenbetrieb des Landhauses, der 950 Angestellte der Tiroler Landesregierung und des Stadtmagistrats versorgte, sollte überhaupt eingestellt werden. Verzweifelt wandte sich die Verwaltung der Landhauskantine an die Militärregierung, um eine Räumung zu verhindern.<sup>587</sup> Sie erreichte, dass die Besatzungsbehörden lediglich einen Teil des Speisesaales und der Küche in Anspruch nahm und der eigene Betrieb unter geringfügigen Einschränkungen weiterlaufen konnte.<sup>588</sup>

Die Unterbringung von Ämtern stellte sich in der Folgezeit als eines der größten Probleme der Tiroler Zivilverwaltung dar. Zur Requirierung von Büroräumlichkeiten durch die französische Militärregierung kam die Räumung von kirchlichen Gebäuden hinzu, die sich das Land in der NS-Zeit

---

<sup>582</sup> Hauptbüro an die Landeshauptmannschaft, 16.5.1945. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1943–1945 (091–092), Zl. 092/00/0.

<sup>583</sup> Kanzleidirektion an das Präsidium der Landeshauptmannschaft, 14.8.1945. Ebd.

<sup>584</sup> Gehler 1995, S. 23.

<sup>585</sup> Klaus Eisterer, Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 9), Innsbruck 1992, S. 17f und 24ff.

<sup>586</sup> Gruber an Gouverneur Voissard [!], 16.7.1945. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1943–1945 (093/02–093/07), Zl. 093/02.

<sup>587</sup> Verwaltung der Landhauskantine (Berger) an die französische Militärregierung, 11.8.1945. Ebd., Karton 1943–1945 (094/02–096/05), Zl. 095/04.

<sup>588</sup> Moschen an die Präsidialabteilung, 24.10.1945. Ebd.

einverleibt hatte. Ende Februar 1946 sah sich die Landeshauptmannschaft mit Räumungsaufforderungen der Schwestern des Klosters der Ewigen Anbetung und des Jesuitenordens, der das Canisianum betrieb, konfrontiert. Dort besetzte die Finanzlandesdirektion immer noch 181 Zimmer. Hinzu kam noch der Bedarf nach zusätzlichen Räumen für den Tiroler Behördenapparat. Wegen Raummangel hatten einige Ämter ihre Arbeit bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal aufgenommen. „Unter den gegenwärtigen Umständen“, beantwortete die Landeshauptmannschaft die kirchlichen Bittschreiben, „ist es leider ganz ausgeschlossen, diesen Wünschen, so berechtigt sie auch sind, nachkommen zu können“.<sup>589</sup> Wenige Monate später kamen weitere 250 Büros der Polizeidirektion in der Sillgasse dazu, deren Räumung der Jesuitenorden einforderte. Da sich die französische Militärregierung weigerte, auf Amts- oder Wohnräume zu verzichten, sah sich der zuständige Bearbeiter Heinrich Giovanelli außer Stande, den Forderungen nachkommen zu können. Es „sei denn, daß ganze Wohnblocks in der Stadt angefordert und von der Zivilbevölkerung geräumt werden“, wie er in einem Aktenvermerk andachte. Angesichts „der ohnehin zum Bersten gespannten Lage im Wohnungswesen“ sei dafür aber „niemals die Zustimmung des Landeshauptmannes“ zu bekommen, verwarf Giovanelli seinen Gedankengang sofort.<sup>590</sup>

Weitere Vorfälle im Landhaus belegen, dass französische Einheiten die angeordnete Behandlung Österreichs als befreundetes Land nicht flächendeckend umsetzten. Soldaten warfen dort verschiedene Möbelstücke aus dem Erweiterungsbau und der Landhauskapelle in den Hof. Auf der Suche nach Schlafgelegenheiten brachen sie die Sakristei der Kapelle auf. Französische Militärangehörige nahmen zudem Räume des zweiten Stocks im Alten Landhaus als Schlafräum in Verwendung, die der Landeshauptmannschaft vorbehalten waren. Auch im ehemaligen Obexerhaus nahmen Soldaten eine Wohnung in Besitz, die für bedürftige Angestellte des Landes vorgesehen war. „Bei Aufrechthaltung dieser Zustände ist an einen geregelten Amtsbetrieb überhaupt nicht mehr zu denken“, fasste die Gebäudeverwaltung die Verhältnisse zusammen.<sup>591</sup> Ende Dezember 1945 herrschten untragbare Zustände im Erweiterungsbau. „Papierkörbe werden einfach auf den Gang ausgeleert und Zigarettenstummel auf die bereits gereinigten Gänge geworfen“, rechtfertigte Moschen vorkommende Unzulänglichkeiten im Reinigungsbereich. Außerdem hielten die Wachen und diensthabenden Soldaten die jüngeren Putzfrauen von ihrer Arbeit ab, monierte er. Der außergewöhnlich hohe Parteienverkehr der französischen Dienststellen erhöhe die Verschmutzung zusätzlich. Die Putzfrauen mussten gegen einen Hungerlohn teilweise bis Mitternacht arbeiten. Als größtes Problem stellte sich die Reinigung der Toiletten heraus. Diesbezüglich war kein Personal zu finden, da diese Arbeit „derart verschrien“ war.<sup>592</sup> Nachdem keine Besserung eingetreten war, drohte die französische Militärregierung „sehr strenge Zwangsmaßnahmen“ an. In der NS-Diktion verhaftet, machte Moschen dieses Mal „vorbestrafte, teilweise asoziale Elemente“ innerhalb des Reinigungspersonals für den kläglichen Zustand verantwortlich und verlangte die Zuteilung „ordentlicher Frauen“, um eine klaglose Durchführung der Reinigung des Gebäudes garantieren zu können.<sup>593</sup>

---

<sup>589</sup> Landeshauptmannschaft an die französische Militärregierung, 25.2.1946. Ebd., Karton 1947 (A12b–B8), Zl. A16a.

<sup>590</sup> Aktenvermerk von Giovanelli, 8.7.1946. Ebd.

<sup>591</sup> Amtsvermerk von Moschen an das Präsidium der Landesregierung (Giovanelli), 14.8.1945. Ebd., Karton 1943–1945 (093/02–093/07), Zl. 093/05.

<sup>592</sup> Gebäudeverwaltung (Moschen) an die Präsidialabteilung, 21.1.1946; Stellungnahme Gebäudeverwaltung bezüglich Beschwerde wegen Reinigung der Aborte, 31.1.1946. TLA, Sicherheitsdirektion für Tirol (ATLR Abteilung VIII), Staatspolizeiliche Akten, Pos. 1145/1946.

<sup>593</sup> Aktenvermerk von Moschen an Giovanelli, 25.3.1946. TLA, ATLR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1945/46 (1–240), Zl. 138.

Für die Tiroler Behörden hatte die Vorgehensweise der Besatzungsmacht eine verheerende Raumsituation zur Folge. Der Gebäudeverwaltung stand mit einem Personalstand von 10 bis 12 Personen im August 1945 lediglich ein Kanzleiraum zur Verfügung.<sup>594</sup> Der spätere Landeshauptmann Alfons Weißgatterer bezeichnete den Zustand als „unhaltbar“, weil er mit drei weiteren Kollegen nur ein Büro zur Verfügung hatte.<sup>595</sup> Zahlreiche Abteilungen mussten um einen Platz im Landhaus kämpfen. Selbst der Kanzleidirektion, die sämtliche Behörden mit Materialien zu versorgen hatte und für den Postverkehr verantwortlich war, drohte eine Übersiedlung in ein anderes Gebäude. Die zugewiesenen Räumlichkeiten befanden sich „in einem geradezu schandbaren Zustand, so daß vor einer grundlegenden Herstellung an ein Beziehen nicht gedacht werden“ konnte. Eine Nutzung im Winter stellte die Kanzleidirektion überhaupt in Frage. Nach erfolgreichem Protest bezog die Abteilung einige Räume in der Herrengasse, wo weitere Behörden untergebracht waren.<sup>596</sup> Die weit auseinanderliegenden Abteilungen der Landeshauptmannschaft erschwerten die Botenzustelldienste. Hinzu kamen noch zu beseitigende Bombenschäden, die einige Zimmer unbrauchbar machten. Erst im Frühjahr 1946 befreiten Arbeiter etwa einen Raum im zweiten Stock des Alten Landhauses von Trümmern und Schutt.<sup>597</sup> Die Einrichtung der Amträume war eine äußerst primitive. Es fehlte teilweise an Vorhängen, Schreibtischen und anderen Möbelstücken. Immer wieder sperrte die französische Militärregierung die Verbindungsgänge zwischen dem Landhaus und dem Erweiterungsbau, was „sich sowohl zeitraubend, wie diensthindernd und erschwerend“ auf den Arbeitsalltag auswirkte.<sup>598</sup> Die Zuteilung neuer Räumlichkeiten hing von der Freigabe durch die Besatzungsbehörden ab, die ihre Mitarbeiterstäbe mit dem Zweiten Kontrollabkommen massiv reduzierten.<sup>599</sup> Für etwaige Schäden übernahm die Besatzungsbehörde keine Haftung.<sup>600</sup>

Der Raumbedarf der Besatzungsmacht war anfangs in der Tat enorm. Im Dezember 1945 standen nicht weniger als 30 Büros des Alten Landhauses, 25 Räume des Taxispalais und nahezu das gesamte Neue Landhaus in französischer Verwendung.<sup>601</sup> Sukzessive baute die Militärregierung ihre räumliche Präsenz ab, bis sie im Juli 1954 nur noch ungefähr die Hälfte des Neuen Landhauses in Anspruch nahm.<sup>602</sup> Der Rückzug der Besatzungsmacht brachte in unregelmäßigen Abständen ein komplexes Übersiedlungsprozedere in Gang. Die Freigabe von fünf Zimmern im dritten Stock des Neuen Landhauses im November 1952 wirkte sich beispielsweise auf die räumliche Situation von nicht weniger als 11 Abteilungen aus.<sup>603</sup> Die letzte dokumentierte Übergabe von Büroräumlichkeiten – es handelte sich um vier Erdgeschosszimmer – fand am 29. September 1955 statt.<sup>604</sup> Schon frühzeitig wälzte die Gebäudeverwaltung Pläne, welche Abteilungen im Neuen Landhaus nach dem endgültigen Abzug der Besatzungsbehörden untergebracht werden sollten. Die Idee, die Landesbaudirektion von der Herrengasse in das Gebäude zu übersiedeln, verwarf sie wieder schnell. Ein angenommener

---

<sup>594</sup> Amtsvermerk von Moschen an das Präsidium der Landesregierung (Giovannelli), 14.8.1945. Ebd., Karton 1943–1945 (093/02–093/07), Zl. 093/05.

<sup>595</sup> Aktenvermerk von Weißgatterer an Landeshauptmann Gruber, 1.8.1945. TLA, Handakten LH Alfons Weißgatterer, Karton 1–3, Pos. 2.1.

<sup>596</sup> Kanzleidirektion an das Präsidium der Landeshauptmannschaft, 22.8.1945. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1943–1945 (093/02–093/07), Zl. 093/05.

<sup>597</sup> Protokoll Hans Zozin, Arbeiter im Landhaus, 25.4.1947. Ebd., Karton 1947 (A12b–B8), Zl. 544/A16d.

<sup>598</sup> Kanzleidirektion an das Präsidium der Landeshauptmannschaft, 16.8.1945. Ebd., Karton 1943–1945 (093/02–093/07), Zl. 093/05.

<sup>599</sup> Eisterer 1992, S. 27.

<sup>600</sup> Vgl. zum Beispiel das Protokoll vom 24.7.1954, abgeschlossen zwischen Lechevallier und Gurtner. TLA, ATR (nach 1945), Präs IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 3, Zl. 272/139/1954.

<sup>601</sup> Chef der Kontrollmission an den Landeshauptmann von Tirol, 17.8.1948. Ebd., Zl. 89/132/1955.

<sup>602</sup> Zusammenstellung der Flächenausmaße über die von der französischen Mission belegten Räume, Stand 1. Juli 1954, o. D. Ebd.

<sup>603</sup> Rundschreiben Gebäudeverwaltung (Moschen), 13.11.1952. Ebd., Zl. 160/131/1952.

<sup>604</sup> Consulat General de France a Innsbruck, Proces-Verbal, 29.9.1955. Ebd., Zl. 285/132/1955.

Raumbedarf von 150 Zimmern hätte die Kapazität des Neuen Landhauses gesprengt.<sup>605</sup> Neben weiteren Abteilungen der Tiroler Landesregierung, wie etwa dem Landesschulrat, übersiedelten schließlich die Kanzleien der Regierungsmitglieder nach 1955 in das Neue Landhaus. Das ehemalige Büro des Gauleiters fungierte als Regierungssitzungszimmer.<sup>606</sup>

Neben einem Friseurbetrieb im Parterre des Neuen Landhauses, der von 1944 bis 1960 dort untergebracht war, stellte die Errichtung eines Radiostudios im dritten Stock eine räumliche Folgeerscheinung aus der NS-Zeit dar. Bis zur Eröffnung des ORF-Landesstudios im Jahr 1972 verblieb es dort. Im Luftschuttkeller befand sich eine provisorische Anlage der Gauleitung, die für Informationszwecke der Bevölkerung nach Fliegerangriffen eingerichtet worden war. Bereits am 3. Mai 1945 verwendete die Widerstandsbewegung die Anlage für eigene Durchsagen. Unmittelbar nach ihrem Einmarsch unterband die US-Militärregierung die Benutzung des Kellerstudios. Der Bedeutung des Rundfunks bewusst, nutzte die provisorische Landesregierung das Interregnum nach dem Abzug der amerikanischen Truppen, um Artur von Schuschnigg, ein Bruder des früheren Bundeskanzlers, mit der Wiederaufnahme des Senders zu betrauen.<sup>607</sup> Der kleine Raum im ehemaligen Luftschuttkeller bot für eine professionelle Ausführung der Radiosendungen ungenügende Rahmenbedingungen. Neben einem provisorischen Mischpult, einem kleinen Schallplattentisch und einem alten Nähtisch mit Mikrofon hatten höchstens fünf bis sechs Personen in dem Raum Platz. Ende Oktober 1945 übersiedelte das Studio daher in den dritten Stock des Gebäudes.<sup>608</sup>

Die französische Militärregierung verfolgte mit der Unterstützung des Rundfunkwesens vorwiegend eigene Interessen, da sie das Radio als zentrales „Organ der kulturellen und politischen Propaganda“ betrachtete. Neben Sendungen für die Besatzungstruppen entwickelte die Militärregierung auch Programme für die einheimische Bevölkerung. Dreimal wöchentlich strahlte sie beispielsweise die politische Chronik „Worte zur Politik“ aus, die von den Verbrechen und Gräueltaten des NS-Regimes berichtete. Die inhaltliche Prüfung von österreichischen Produktionen nahm ein Kontrolloffizier vor, dem der Text vor der Ausstrahlung vorgelegt werden musste. Erst mit dem Zweiten Kontrollabkommen ging das Rundfunkwesen in den Verantwortungsbereich der Landesregierung über.<sup>609</sup> Anfangs fungierte Innsbruck lediglich als Nebenstation der Sender in Salzburg bzw. Dornbirn. Eine allmählich steigende Anzahl von Eigenproduktionen<sup>610</sup> hatte bald mehr Raumbedarf zur Folge, den die Besatzungsmacht weitgehend erfüllte. Überhaupt sprach Schuschnigg von einer „verhältnismässig guten“ Beziehung zur vorgesetzten Direction de l'Information, die sich nicht in die Programmgestaltung einmischte und ein spezifisch Tirolerisches Programm wünschte.<sup>611</sup> Die guten Beziehungen mündeten im Juni 1946 in der festlichen Eröffnung eines großen Sendungsstudios, das sich im ehemaligen Sitzungssaal im dritten Stock befand. Durch den Umbau des Saales verfügte Tirol über eine der modernsten Anlagen dieser Art in ganz Österreich.<sup>612</sup>

---

<sup>605</sup> Aktenvermerk von Moschen an Landesamtsdirektor Stoll, 11.3.1954. Ebd., Zl. 88/131/1954.

<sup>606</sup> Landeshauptmann an die Gebäudeverwaltung, 3.11.1955. Ebd., Zl. 201/131/1955.

<sup>607</sup> Viktor Ergert, 50 Jahre Rundfunk in Österreich. 1945–1955, Wien 1975, S. 17 und 83ff.

<sup>608</sup> Artur Schuschnigg, Meine Tätigkeit bei Radio Tirol, maschinengeschriebenes Manuskript, o. O. u. J., S. 2. Kopie in Besitz des Verfassers.

<sup>609</sup> Eisterer 1992, S. 275ff.

<sup>610</sup> Ergert 1975, S. 86.

<sup>611</sup> Schuschnigg o. J., S. 3.

<sup>612</sup> Schuschnigg an Weißgatterer, 19.6.1946. TLA, Handakten LH Alfons Weißgatterer, Karton 19–22, Pos. 19.

### 2.3. Die Spuren der Vergangenheit

#### **Auswirkungen des NS-Raubzuges und getätigter Vermögensverschiebungen**

Das NS-Erbe des Gebäudes war nach 1945 omnipräsent und Anlässe, sich mit der Vergangenheit der Verwaltungszentrale auseinanderzusetzen, gab es genug. Neben dem Vorgang der Entnazifizierung auf personeller Ebene trat der augenscheinlichste Bezug zur NS-Zeit bei Amtsabläufen zutage, die direkt mit dem Raubzug und den Vermögensverschiebungen der Nationalsozialisten zu tun hatten. Schon Ende Juni 1945 landete die Anmeldung der Wiedergutmachungsansprüche des Sohnes und der ehemaligen Haushälterin von Friedrich Reitlinger auf dem Tisch der provisorischen Landesregierung. Konkreten Handlungsbedarf für das Landhaus ergaben die Vermutungen, dass sich etliche wertvolle Perserteppiche aus dem Besitz Reitlingers immer noch im Landhaus befanden. Im Oktober 1946, über ein Jahr nach der ersten Eingabe, wiederholte Reitlinger seine Äußerungen gegenüber der neu eingerichteten Vermögenssicherungsstelle der Landeshauptmannschaft.<sup>613</sup> Über die anderen Gegenstände, die sich nachweislich im Landhaus befunden hatten, wusste Reitlinger offensichtlich nicht Bescheid. Im Sommer 1949 holte er einen Teppich ab, der aus dem Zimmer des Landesrats Josef Anton Mayr entfernt werden musste.<sup>614</sup>

Noch intensiver beschäftigte die Landesregierung der NS-Vermögensentzug kirchlicher Güter. Die Landhauskapelle war völlig leergeräumt. Die Kirchenbänke und das Heilige Grab samt zugehöriger Kulisse befanden sich im Stift Wilten. Ein Kelch war verschrottet worden und die Messleuchter aus Messing waren der Metallsammlung zum Opfer gefallen. Lediglich eine silberne Reliquienmonstranz und zwei Glocken blieben erhalten.<sup>615</sup> Im Oktober 1945 gab die Gebäudeverwaltung erstmals kirchliches Raubgut, in diesem Fall Essbestecke an das Jesuitenkloster, zurück.<sup>616</sup> Anfang 1947 erinnerte sich Landeskonservator Oswald Trapp, der in der NS-Zeit als Gutachter in die Verwertung der geraubten Kunstschatze involviert war, an den Goldbestand, der durch die Verschrottung von kirchlichen Gegenständen angefallen war. Für Instandsetzungsarbeiten am Turm der Höttinger Pfarrkirche, wo die dort angebrachten Symbole erneuert und vergoldet werden mussten, übergab die Gebäudeverwaltung das Gold am 25. März 1947.<sup>617</sup> Ende Juli 1948 erfolgte die Rückgabe eines Kontrabasses und einer Geige, die aus dem Besitz des Servitenklosters stammten.<sup>618</sup> Im Laufe des Jahres 1949 erfuhr der Provinzial der Nordtiroler Kapuziner, Pater Optat Winder, dass immer noch Kirchenläufer und Altarteppiche des Klosters im Landhaus in den Räumen der Kanzlei des Landeshauptmannes Verwendung fanden. Jede Absicht der Anklage stand ihm fern, wie er eigens betonte. „Sowenig wir selber wussten, wohin die Teppiche gekommen seien, ebensowenig, ja noch weniger konnten Herr Landeshauptmann beim Antritt Ihres Amtes ahnen, daß Kirchengut in Ihrer Kanzlei seine Dienste tue.“<sup>619</sup>

---

<sup>613</sup> Rechtsanwalt Albin Steinbrecher an die Tiroler Landesregierung (Kunraditz [!]), 25.6.1945; Rechtsanwalt Alfons Klingsland an die Landeshauptmannschaft für Tirol (Treuhandstelle), 15.10.1946. TLA, ATR (nach 1945), Abt. IXd, Zl. 4375.

<sup>614</sup> Amtsvermerk von Thurner an Landesrat Ortner, 3.8.1949. TLA, ATR (nach 1945), Präs. IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 1947–1951, Zl. C32-28/1949.

<sup>615</sup> Aktenvermerk Oswald Trapp, 17.7.1945. BDAI, Innsbruck profan 16, Maria-Theresien-Straße Nr. 43/45, Altakt, GZ 1925–1960.

<sup>616</sup> Bestätigung der Übernahme (Moschen/Pater Adolf), 19.10.1945; Empfangsbestätigung (Pater Adolf), 25.10.1945. TLA, ATR (nach 1945), Präs. IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 1956–59, Zl. 45/139/1958.

<sup>617</sup> Landeskonservator Trapp an die Gebäudeverwaltung (Moschen), 12.2.1947; Landeskonservator Trapp an die Apostolische Administration, 14.2.1947; Aktenvermerk von Gritsch an Moschen, 25.3.1947. Ebd.

<sup>618</sup> Bestätigung (Pater Riccabona), 30.7.1948. Ebd.

<sup>619</sup> Provinzial der Nordtiroler Kapuziner an den Herrn Landeshauptmann Weißgatterer, 14.9.1949. Ebd., Faszikel 1947–1951, Zl. C32-28/1949.

Mit der Rückgabe des kirchlichen Besitzes war ausgerechnet Alexander Moschen betraut, der das Raubgut einige Jahre zuvor übernommen hatte. Die handelnden Personen auf Seiten der Tiroler Landesregierung stellten die Rückgabe der geraubten Gegenstände zwar nie infrage, agierten jedoch nicht initiativ. Der Abgabe von 81,47 kg Schrott an die Apostolische Administratur, der von beschlagnahmten Kirchengeräten stammte, stimmte die Tiroler Landesregierung erst in einer Regierungssitzung Mitte Oktober 1957 zu.<sup>620</sup> Die letzte dokumentierte Rückgabe kirchlicher Gegenstände – unter denen sich ein Silberkreuz und silberne Piusmedaillen befanden – fand am 15. Jänner 1958 an das Stift Wilten statt. Die Kunstschatze hatten die Verschrottungsaktion nur deshalb überstanden, weil sie Moschen erst im Oktober 1944 in einem Panzerschrank im Tresor des Landhauses deponiert hatte.<sup>621</sup> Davor hatten sie als Beweismaterial in einem Gerichtsprozess gegen vier Jugendliche gedient, denen das NS-Sondergericht den Diebstahl der Sakralkunst im Kloster Wilten nach einem Fliegerangriff zur Last legte.<sup>622</sup>

Im Vergleich zu den anstehenden Rückstellungen auf liegenschaftlicher Ebene handelte es sich hier freilich nur um Lappalien. Wie die Vorgänge rund um die Rückgabe des Canisianums belegen, war die Tiroler Landesregierung nicht gewillt, ohne weiteres auf in der NS-Zeit hinzugekommene Besitztümer zu verzichten. Im Garten des Konvikts, der im Besitz des Reichsgaues Tirol und Vorarlberg verblieben war, hatte die Gauleitung drei Wohnhäuser errichtet. Das Land wollte mit dem Hinweis auf den Einsatz öffentlicher Mittel diese Gebäude nicht zurückstellen. Die Finanzlandesdirektion sprach sich letztlich klar für die entschädigungslose Rückgabe der Wohnhäuser aus.<sup>623</sup> Das Auftreten der Tiroler Landesregierung in dieser Angelegenheit ließe auf eine „liberale, die Interessen der katholischen Einrichtungen geringschätzende Haltung“ schließen, beschwerten sich die kirchlichen Vertreter. Die Vermögenssicherungsstelle unterbreitete Landesamtsdirektor Stoll daraufhin Argumentationsvorschläge für ein Gespräch mit Bischof Paul Rusch. Das Schreiben wirft ein bezeichnendes Licht auf die damalige Bewertung der NS-Vergangenheit und die von Seiten der Alliierten eingeforderten Rückstellungsprozesse:

„Es ist vielfach der Mangel an Einfühlungsvermögen, der es den rückwandernden Exilierten schwer fallen lässt, sich in die Denk- und Vorstellungsweise derer hineinzufinden, die während dieser sieben Jahre nicht ausgewandert sind. Es ist ein Fehler, den Versuch unternemen zu wollen, die Gegenwart unmittelbar an das Jahr 1938 anzuknüpfen. [...] Man muss in die Meinung des Volkes hineingelauscht haben, um das Echo wahrnehmen zu können, welches der durch die Alliierten vorgetragene Anspruch der jüdischen Rückwanderer hervorgerufen hat, dass der Staat Österreich für die den Rückwanderern zugefügten Schäden zu haften hätte. Dem österreichischen Volke ist es von 1938 bis 1945 schlecht ergangen, es geht ihm in materieller Hinsicht noch kaum besser. Es trägt an der Bürde der Nachkriegsnöte ebenso schwer wie an der Bürde des Krieges und hat wenig Verständnis für die Einstellung, die davon abstrahiert und die Gegenwartsansprüche aus der kühlen Höhe souveräner Erhabenheit über die Nöte des Alltags beurteilt.“<sup>624</sup>

In dieser Atmosphäre fanden die gegen das Land angestrebten Rückstellungsverfahren statt, der Höhenpunkt der aufgezwungenen Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe der Landhauserweiterung.

---

<sup>620</sup> Auszug aus dem Beschlussprotokoll Nr. 27 über die Regierungssitzung vom 17. Oktober 1957. Ebd., Faszikel 1956–59, Zl. 45/139/1958.

<sup>621</sup> Aktenvermerk auf einem Schreiben der Kriminalpolizeistelle Innsbruck an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Innsbruck, 13.7.1944. Ebd.

<sup>622</sup> Urteil, 15.9.1944. Ebd.

<sup>623</sup> Bescheide der Finanzlandesdirektion für Tirol, 21.7.1947 und 15.12.1947. StAl, Rückstellungen ab 1946, Karton K–P, Mappe Kollegium der Gesellschaft Jesu.

<sup>624</sup> Schreiben an Landesamtsdirektor Stoll, 2.2.1948. TLA, ATR (nach 1945), Abt. IXd, Zl. 1586.

Zur Erinnerung: Die Gauleitung hatte drei Liegenschaftsankäufe mithilfe „arisierten“ Ersatzobjekte abgeschlossen. Diese mussten im Lauf des Jahres 1948 an ihre rechtmäßigen jüdischen Besitzerinnen und Besitzer zurückgegeben werden. Die Familien Redlich, Schirmer und Obexer, die das vormalige jüdische Eigentum erworben hatten, versuchten ihrerseits die vom Reichsgau abgelösten Immobilien zurückzuerhalten. Familie Redlich, die ihr Wohnhaus in der Meraner Straße 6 aufgegeben hatte, stellte Ende 1947 einen Rückstellungsantrag gegen das Land. Sie begehrte die Rückgabe der Immobilie im Zustand des Übergabezeitpunktes und den Ersatz der Ausgaben, die von Seiten der Familie für den Ankauf des „arisierten“ Besitzes getätigt worden waren.<sup>625</sup> Familie Schirmer beschränkte sich ein Jahr danach auf die Forderungen, ihr Wohnhaus zurückzubekommen und einen Betrag für die Nutzung des Gebäudes während der NS-Zeit zu erhalten.<sup>626</sup> Im Fall Obexer, die ihren Antrag zeitgleich mit der Familie Schirmer einbrachte, war eine Rückgabe des Wohnhauses in der Welsergasse 5 gar nicht mehr möglich. Schwer bombengeschädigt und den Plänen zur Platzgestaltung im Weg, war das Gebäude bereits abgetragen worden. Obexer verlangte ein gleichwertiges Objekt oder den Erhalt des gegenwärtigen Schätzwertes der Immobilie.<sup>627</sup>

Die klagenden Parteien argumentierten, dass der Verkauf nur unter Zwang, Einschüchterungsversuchen und Enteignungsandrohung zustande gekommen war. Der diktierte Verkaufspreis habe auch nicht dem tatsächlichen Wert der Liegenschaft entsprochen. Der Verkauf basierte, fasste Rechtsanwalt Haslwanter die Sachlage zusammen, ausschließlich auf der Anwendung von NS-Gewaltmethoden.<sup>628</sup> Im Fall Redlich anerkannte das Land im März 1948 seine „Rückstellungspflicht“ und beide Parteien wollten sich außergerichtlich über „das ‚Wie‘ der Rückstellung“ einig werden.<sup>629</sup> Die ursprünglich in Aussicht genommene Rückgabe des Gebäudes scheiterte aber an den dafür notwendigen außergerichtlichen Absprachen über die Ablösesumme. Vier Monate später änderte das Land seine Verhandlungstaktik. Rechtsanwalt Anton Bauer, der die Interessen des Landes in den Prozessen ab nun vertrat, wollte von den ursprünglichen Äußerungen nichts mehr wissen. Ihm kam die Aufgabe zu, das Vorgehen der Tiroler NS-Führung nur drei Jahre nach Kriegsende zu verteidigen. Das Land wies darauf hin, dass die Erwerbung der Liegenschaft Redlich seit jeher im Sinne einer zentralen Verwaltung beabsichtigt gewesen war. Die Voraussetzung der Enteignung hätte aufgrund des öffentlichen Interesses schon immer bestanden. Zudem waren die Antragsteller, führte Rechtsanwalt Bauer aus, „weder politisch Verfolgte, noch diene das Kaufgeschäft – und dies scheint ein ausschlaggebendes Moment zu sein – keineswegs einer politischen Zielsetzung des Nationalsozialismus“.<sup>630</sup> Familie Redlich erhielt letztlich S 10.000 und ein 50 Jahre lang garantiertes Mietrecht für ihr Geschäftslokal in dem Gebäude.<sup>631</sup>

Noch offensiver agierte das Land gegen Frau Obexer. Es sei „vollständig aus der Luft gegriffen, wenn Herrn Linert Einschüchterungsversuche in die Schuhe geschoben“ werden, bezog Bauer für den ehemaligen Gauhauptmann Stellung. Für den Erwerb des „arisierten“ Schulhof-Hauses machte das Land ausschließlich Frau Obexer verantwortlich. Um sie „zufrieden zu stellen, blieb der Gauleitung

---

<sup>625</sup> Antrag auf Rückstellung von entzogenem Vermögen (Rechtsanwalt Höflinger) an die Rückstellungskommission beim Landesgericht in Innsbruck, 13.12.1947. TLA, Rückstellungskommission beim LG Innsbruck, RK 99/47, Fol. 5.

<sup>626</sup> Rückstellungs-Antrag (Rechtsanwalt Punt) an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 31.12.1948. Ebd., RK 589/48, Fol. 6.

<sup>627</sup> Rückstellungsantrag (Rechtsanwalt Haslwanter) an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 30.12.1948. Ebd., RK 614/48, Fol. 4.

<sup>628</sup> Ebd.

<sup>629</sup> Übertragung des Kurzschriftprotokolls vom 15.3.1948. Ebd., RK 99/47, Fol. 13.

<sup>630</sup> Gegenäußerung (Rechtsanwalt Bauer) an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 20.7.1948. Ebd., Fol. 20f.

<sup>631</sup> Vergleichsausfertigung der Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 22.1.1949. Ebd., Fol. 87f.

nichts anderes mehr übrig, als ihre Forderungen hinzunehmen“. Ohne Beweise vorzubringen unterstellte Bauer, dass Obexer die „illegale Tätigkeit der NSDAP nach Kräften gefördert hatte“. Der Ankauf des Hauses in der Welsbergasse 5 stelle „keinen Akt typisch nationalsozialistischer Zielsetzung dar. Die Inaussichtstellung der Enteignung war gesetzlich fundiert. Der Verkauf erfolgte im Zuge städtebaulicher Maßnahmen, die auch nach dem Jahre 1945 und auch heute noch durchgeführt werden.“<sup>632</sup> Die Stadt Innsbruck unterstützte die Argumentationslinie des Landes und ergänzte, dass von „einem typischen nationalsozialistischen Parteiprojekt“ schon deshalb keine Rede sein könne, da das Gauzentrum an anderer Stelle geplant war“.<sup>633</sup>

Im Fall Obexer vertrat die Rückstellungskommission den Standpunkt des Landes. Dass der Verkauf des Hauses in der Welsbergasse und der Ankauf des „arisierten“ Besitzes in zwei zeitlich weit auseinanderliegenden Verträgen geregelt worden war, rächte sich nun. Die Geschäftsabschlüsse stünden „in keinem rechtlichen Zusammenhang“ und die Kommission stellte einen „Tauschvorgang“ in Abrede. Die Landhauserweiterung stelle einen reinen Funktionsbau dar, der nur der Schaffung von Raum für Verwaltungszwecke diene und der so wie die geplante Platzgestaltung in keinem Zusammenhang mit der NS-Machtergreifung stand, fuhr der Bericht fort. Der Entschluss, „vor diesem großen Haus einen großen Platz zu schaffen“ sei „durchaus normal“ und „verfolgte zweifellos keine ns [!] Ziele“ Als wichtigster Zeuge in dem Prozess fungierte der ehemalige Gauhauptmann Linert.<sup>634</sup> Konsterniert wandte sich Obexer und ihr Anwalt an die nächste Instanz,

„denn keinem Menschen wäre es je eingefallen, einen solchen monströsen Parteipalast wie es das ‚Gauhaus‘ ist mit einem solchen gigantischen Vorplatz als Aufmarschplatz hinzustellen ausser eben der allgewaltigen NSDAP mit ihren großen Mitteln und vor allem mit ihren Gewaltmethoden, die allein es ermöglichten, solche Zwecke und Ziele zu erreichen.“<sup>635</sup>

Nachdem die Rückstellungsoberkommission die Beschwerde ablehnte, schickte erst die beim Obersten Gerichtshof in Wien angesiedelte Instanz die Verhandlungen zurück an den Start. Sie stellte den bisher durchgeführten Erhebungen ein schlechtes Zeugnis aus. Schon allein der Umstand, dass der Erweiterungsbau für die Unterbringung von Parteidienststellen vorgesehen war, weise auf einen Zusammenhang mit politischen Zielsetzungen des Nationalsozialismus hin, argumentierte die Behörde.<sup>636</sup> In der Folgezeit einigten sich die Streitparteien außergerichtlich auf eine S 25.000 hohe Entschädigungszahlung.<sup>637</sup> Auch im Fall Schirmer war es schon zuvor zu einem Vergleich gekommen. Für die Beendigung der Rückstellung legte das Land S 100.000 auf den Tisch.<sup>638</sup>

Die Tiroler Landesregierung hatte bei den Erwerbungen in der Meraner Straße recht, wenn sie auf den lang gehegten Wunsch nach einem geschlossenen Baukomplex als Verwaltungszentrum verwies. Tatsächlich war die Gauleitung den Verkäuferinnen und Verkäufern auch weitgehend entgegengekommen und sie waren wirtschaftlich gestärkt aus den Verhandlungen hervorgegangen. Dass es ein aufgezwungener Verkauf war, da keine der Parteien ein Interesse an der Veräußerung ihres Besitzes hatte, stand hingegen außer Zweifel. Kompletzt unberücksichtigt blieb der Verlust der jüdischen Immobilien, deren Erwerb den wichtigsten Teil der Kaufabsprachen darstellte und im Fall

---

<sup>632</sup> Gegenäußerung (Rechtsanwalt Bauer) an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 7.3.1949. Ebd., RK 614/48, Fol. 9–20.

<sup>633</sup> Stadtbauamt an die Rückstellungsoberkommission beim Oberlandesgericht, 24.10.1949. Ebd., Fol. 57.

<sup>634</sup> Erkenntnis der Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 28.7.1949. Ebd., Fol. 39ff.

<sup>635</sup> Beschwerde (Rechtsanwalt Haslwanger) an die Rückstellungsoberkommission beim Oberlandesgericht Innsbruck, 27.8.1949. Ebd., Fol. 52.

<sup>636</sup> Beschluss der Obersten Rückstellungskommission, 14.1.1950. Ebd., Fol. 76.

<sup>637</sup> Bekanntgabe (Rechtsanwalt Bauer) an die Rückstellungskommission, 2.3.1950. Ebd., Fol. 79f.

<sup>638</sup> Vergleichsausfertigung der Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 20.9.1949. Ebd., RK 589/48.

des Erweiterungsbaus – ganz zu schweigen von der projektierten Platzgestaltung – keinen NS-Bezug zu erkennen, entbehrt jeglicher Grundlage. Die dazu vor dem Ersten Weltkrieg ausgearbeiteten Pläne sahen eine viel abgespecktere Variante vor und es sind keine Überlegungen für die Errichtung eines weitläufigen Platzes dokumentiert. Das Land war auf seinen eigenen Vorteil bedacht und entgegen der vorherrschenden Argumentationslinie trat es in Sachen Landhaus gerne in die Fußstapfen des NS-Regimes. In vermögensrechtlichen Fragen beharrte die Landesregierung, so auch im Zuge der Rückstellungsprozesse, ansonsten auf das genaue Gegenteil: „Das heutige Land Tirol“, klärte Rechtsanwalt Bauer auf, ist nicht „als Rechtsnachfolger des Reichsgaues Tirol des Grossdeutschen Reiches anzusehen“.<sup>639</sup>

### **Die Verleugnung und Überschreibung der NS-Vergangenheit**

Eine zentrale Aufgabe erblickten die französischen Besatzungsbehörden darin, sämtliche NS-Relikte zu beseitigen und Erinnerungen an die jüngste Vergangenheit zu löschen. Spätestens der Einzug in das Landhaus machte der Militärregierung die Notwendigkeit dieses Unterfangens bewusst. Vor allem in den Dachböden und den zerstörten Teilen des Gebäudes, aber auch in den Büros, befanden sich zahlreiche nationalsozialistische Bücher und Propagandaschriften.<sup>640</sup> Die Abteilungen und Dienststellen der Landeshauptmannschaft hatten ab September sämtliche Druckwerke, Manuskripte und sonstige Literatur mit NS-Bezug an die Landeskanzleidirektion abzuliefern.<sup>641</sup> Im Oktober weitete die französische Militärregierung ihre Anordnung auf Kinofilme, Musik, Übertragungen von Reden, Bilder, Gemälde, Fotografien, Büsten, Statuetten, Medaillen, Abzeichen und alle ikonographische Reproduktionen aus, „die von der nationalsozialistischen Idee inspiriert“ waren oder zu Propagandazwecken gedient hatten.<sup>642</sup> Neun Monate nach Kriegsende brachte Generaladministrator Voizard sein Befremden zum Ausdruck, weil einzelne Beamte immer noch Drucksorten mit dem Wappen des Deutschen Reiches inklusive Hakenkreuz verwendeten.<sup>643</sup> Auch das Bundesministerium für Inneres meldete sich auf diesem Gebiet zu Wort, da in einigen Behörden im September 1946 immer noch Dokumente mit der Frage nach der „arischen“ Abstammung im Umlauf waren. Die Verwendung von Drucksorten aus der NS-Zeit hatte künftig die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zur Folge.<sup>644</sup>

Von noch größerer Bedeutung waren die Entfernung sämtlicher nationalsozialistischer Hoheitszeichen und die Umbenennung jener Plätze und Straßen, die ihren Namen in der NS-Zeit erhalten hatten. Die Stadtgemeinde Innsbruck leitete diesen Vorgang unmittelbar nach Kriegsende in die Wege.<sup>645</sup> Bis zur Entfernung des Reichsadlers an der Ostseite des Neuen Landhauses sollte es noch einige Zeit dauern. Mitte Juli 1945 machte die Sicherheitsdirektion die Präsidialabteilung darauf aufmerksam.<sup>646</sup> Auch die Hakenkreuzelemente der Balkonbrüstungen, die sich Richtung

---

<sup>639</sup> Gegenäußerung (Rechtsanwalt Bauer) an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 7.3.1949. Ebd., RK 614/48, Fol. 19.

<sup>640</sup> Militärgouverneur Piatte an Landeshauptmann Gruber, 30.8.1945. TLA, Kanzlei LH, Akten mit Zahl (Gruber/Weißgatterer/Grauß/Tschiggfrey/Wallnöfer), Karton 1945/46 (1–700), Zl. 76.

<sup>641</sup> Rundschreiben des Landeshauptmann-Stellvertreters Weißgatterer, 24.9.1945. Ebd., Zl. 76/2.

<sup>642</sup> Entscheidung des Generaladministrators Voizard, 20.10.1945. Ebd., o. Zl.

<sup>643</sup> Rundschreiben von Kneußl an alle der Landesregierung unterstehenden Ämter und Dienststellen, 25.2.1946. TLA, ATLR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1945 (2/28a/28b/Erlässe und Regierungssitzungen), Mappe Abteilung I/Erlässe/1946, o. Zl.

<sup>644</sup> Rundschreiben von Jaksic an alle der Landeshauptmannschaft eingegliederten und nachgeordneten Dienststellen, 12.9.1946. Ebd., Karton 1945/46 (1–240), Zl. 14.

<sup>645</sup> 2. Sitzung des Exekutivausschusses der österreichischen Widerstandsbewegung am 4./5. Mai 1945. TLA, Handakten LH Alfons Weißgatterer, Karton 25.2–27, Pos. 27.4.

<sup>646</sup> Sicherheitsdirektion an die Präsidialabteilung, 16.7.1945. TLA, Sicherheitsdirektion für Tirol (ATLR Abteilung VIII), Staatspolizeiliche Akten, Pos. 219/1945.

Landhausplatz befanden, blieben noch länger bestehen.<sup>647</sup> Erst im Februar 1946 kam die Entfernung der Hakenkreuze im Rahmen des Preisausschreibens des Schmiedeeisengitters des Befreiungsdenkmals zur Sprache.<sup>648</sup> Der Zeitpunkt der Zerstörung der NS-Gedenktafel in der Eingangshalle des Alten Landhauses ist nicht dokumentiert. Mindestens eines der in die Deckenbalken in der Kanzlei des ehemaligen Gauleiters geschnitzten Hakenkreuze verblieb sogar bis 2002 an seinem Platz.<sup>649</sup> Ab 1955 fanden in diesen Räumlichkeiten die Regierungssitzungen statt.<sup>650</sup> Den Zugang der Tiroler Politik zu dieser Fragestellung beschreibt ein Redemanuskript einer Landtagsrede des Landeshauptmannes Weißgatterer. Er sah in der restlosen Beseitigung der Überreste des Nationalsozialismus eine „der Hauptvoraussetzungen für die weitere Erhöhung der Verständigungsbereitschaft der hohen Militärregierung“. In seinen weiteren Ausführungen vertrat er die Meinung, dass „nicht jede Mauer, auf welcher sich die nationalsozialistischen Schlagworte breit machten, jede Hauswand, jede Litfaßsäule, jeder Radio- und Projektions-Apparat, durch den die Nazi-Propaganda zu wirken versuchte, deshalb niedergerissen und demoliert werden muss“.<sup>651</sup>

In Bezug auf das Neue Landhaus finden sich in den Akten dementsprechend keine Überlegungen von Seiten Tirols, inwiefern der NS-Vergangenheit des Gebäudes Rechnung getragen werden sollte. Die französische Militärregierung widmete sich dieser Fragestellung hingegen sehr intensiv und strebte mit der Errichtung eines Denkmals die Befreiung des Neuen Landhauses von seiner NS-Vergangenheit an. Der Oberkommandierende der französischen Zone, General Marie-Emile Béthouart, war sich der symbolischen Bedeutung des Gauhauses bewusst, wie er in seinen Erinnerungen festhielt: „Unsere Dienststellen waren in einem großen Gebäude untergebracht, das seinerzeit für die Ämter des Gauleiters errichtet worden war und daher irgendwie ein Symbol der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft darstellte.“<sup>652</sup> Mit der Errichtung des Denkmals und des weitläufigen Platzes vor dem ehemaligen Gauhaus erreichte man aber das genaue Gegenteil: Erst jetzt kam die monumentale Architektur des Gebäudes vollends zur Geltung. Der Denkmalentwurf des französischen Architekten Jean Pascoud nahm zudem ästhetische Merkmale der Herrschaftsarchitektur des gegenüberliegenden NS-Baus auf (Abb. 55 und 56). Der ideologisch gegensätzliche Hintergrund des Denkmals und des ehemaligen Gauhauses – auf der einen Seite Freiheit und Demokratie, auf der anderen Seite Massenmord und Diktatur – ist auf den ersten Blick nicht zu erkennen. Selbst der Administrator und Direktor der Straßenarbeiten und Transporte der französischen Militärregierung, Labarrière, hinterfragte den Stil des Denkmals, „der sich erstaunlicherweise dem nationalsozialistisch inspirierten neuen Landhaus angleicht“, wie er sich gegenüber dem Landesbaudirektor ausdrückte.<sup>653</sup>

---

<sup>647</sup> Ein undatierter Entwurf dokumentiert die Umgestaltungsmaßnahmen der Vergitterungen der Balkonbrüstungen. Registratur der Liegenschaftsverwaltung.

<sup>648</sup> Protokoll der Sitzung des Preisgerichtes einberufen für das Preisausschreiben betreffend das Schmiedeeisengitter des Befreiungsdenkmals in Innsbruck, 26.2.1946. StAI, Abt. VI 1946, Abschnitt 25, Zl. 955/5072 (Wir danken Sabine Pitscheider für die Weitergabe des Akts); Schreiber/Grüner 2016, S. 19.

<sup>649</sup> Die Recherchen zum Zeitpunkt der Entfernung der Hakenkreuze lieferten unterschiedlichste Ergebnisse. Eine 1996 erschienene Publikation nennt das Jahr 1993, seit damals sei das Regierungssitzungszimmer „garantiert hakenkreuzfrei“ (Almud Magis/Bernhard Nicolussi Castellan (Hg.), Ansichtssachen. 61 Gründe Innsbruck zu verlassen oder dazubleiben, Innsbruck 1996, S. 41). Helmut Mader erinnert sich, dass die Beseitigung der letzten Hakenkreuze bereits Landeshauptmann Eduard Wallnöfer anordnete (Posting vom 7.5.2019 [<https://www.tt.com/artikel/15614276/tiroler-landhaus-auf-pruefstand-der-historiker/diskussion>], 22.6.2020). Eine Auskunft von Hannes Gschwentner im März 2020 nennt wiederum das Jahr 2002: „Ich glaube mich richtig zu erinnern, dass Hr. LHStv. Eberle im Jahr 2002 während einer Regierungssitzung dieses Hakenkreuz entdeckt hat (Funktionsperiode von LH Dr. Weingartner) und dies dann aus der Holzdecke entfernt wurde.“

<sup>650</sup> Landeshauptmann an die Gebäudeverwaltung, 3.11.1955. TLA, ATR (nach 1945), Präs IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 3, Zl. 201/131/1955.

<sup>651</sup> Manuskript der Rede Weißgatterers, o. D. TLA, Handakten LH Alfons Weißgatterer, Karton 19–22, Pos. 19.

<sup>652</sup> Emile-Marie Béthouart, Die Schlacht um Österreich, Wien 1967, S. 61; Schreiber 2016, S. 15.

<sup>653</sup> Schreiber 2016, S. 14 und 37f.

Landeshauptmann Weißgatterer, der im Namen der Tiroler Landesregierung die Absicht zur Errichtung eines Denkmals grundsätzlich „mit großer Freude und lebhaftem Interesse“ begrüßte, kritisierte die französischen Pläne in zweierlei Hinsicht. Sein im Oktober 1945 formuliertes Schreiben an General Béthouart stellt die einzige schriftliche Überlieferung der unmittelbaren Nachkriegszeit dar, in der die Tiroler Politik bewusst auf die NS-Vergangenheit des Neuen Landhauses Bezug nahm. Er führte einesteils die Beseitigung zweier denkmalgeschützter Häuser und den dadurch hervorgerufenen Wohnungsverlust für 28 Personen gegen das Projekt ins Treffen. Auf der anderen Seite machte er auf die Umsetzung einer NS-Idee aufmerksam:

„Es ist ohne Zweifel richtig, daß die Front des Landhauserweiterungsbaues eine Gestaltung des davor liegenden Platzes wünschenswert macht. Aber das mächtige, nüchterne Gebäude ist mit der Erinnerung an das verhaßte Regime behaftet. Soll aber durch den Nationalsozialismus in seinem Stil geschaffenen Platz nunmehr durch ein Denkmal anlässlich der Befreiung Österreichs seine Vollendung und Krönung erhalten.“<sup>654</sup>

Weißgatterer brachte mit dem Claudiaplatz einen alternativen Aufstellungsort für das Denkmal ins Spiel, wo es „schon von weitem gesehen und ehrfürchtig bewundert werden“ könnte. „Neben dem häßlichen Riesenbau des neuen Landhauses dagegen wird sich seine Schönheit nicht entfalten können und die Gefühle der Dankbarkeit Ehrfurcht und Bewunderung werden verdrängt werden durch dem [!] Haß, den die Erinnerung an die Erbauer des neuen Landhauses erweckt.“<sup>655</sup> Ohne die wirklichen Beweggründe des Schreibens zu kennen – die Landesregierung wollte sich mit der Verlegung des Denkmals in die Peripherie der Stadt vielleicht eines aufgezwungenen Erinnerungszeichens der Sieger entledigen – versinnbildlicht es den Versuch der Tiroler Politik, das Land als ausschließliches Opfer des NS-Regimes darzustellen. Sie stempelte das ehemalige Gauhaus zu einem architektonischen Fremdkörper ab, zweifelte dessen Ästhetik an und definierte das Gebäude über angebliche Ressentiments, die es angesichts der Erinnerung an das NS-Regime hervorrief. Die französische Militärregierung ließ sich von ihrem Vorhaben nicht abbringen. Ganz im Gegenteil machte sie dem Land und der Stadt recht schnell klar, dass die Initiative nicht nur als Angebot zu verstehen war.<sup>656</sup>

Das Alte Landhaus versuchte die Tiroler Politik nach 1945 zu einem Symbol der Befreiung und des Widerstandes zu machen. Die Überhöhung der Bedeutung des Tiroler Widerstandes verhinderte eine Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass Tirol – gemessen am Bevölkerungsanteil – die meisten Parteimitglieder in Österreich vorzuweisen hatte. Kurzerhand verlegte der Befreiungsnarrativ die Kampfhandlungen, denen Franz Mair zum Opfer gefallen war, direkt vor das Gebäude. Die groß angelegten Feierlichkeiten anlässlich der Einweihung der Gedenktafel am Alten Landhaus, die im Mai 1946 stattfanden, stehen stellvertretend für das bis in die 1990er Jahre gepflegte Selbstverständnis des Landes als ausschließlichem Opfer des Nationalsozialismus.<sup>657</sup> Auf für das Land positive NS-Nachwirkungen wie das ehemalige Gauhaus war dieser Narrativ nicht eins zu eins anzuwenden. Als Produkt innertirolescher NS-Kräfte führte das Gebäude die einseitige Opferdarstellung Tirols ad absurdum. Durch die weitgehende Leugnung jeglichen Zusammenhangs mit der NS-Zeit erfuhr die erinnerungskulturelle Erzählung eine bedeutende Erweiterung. Begrifflich zeigt sich dieser Umstand

---

<sup>654</sup> Landeshauptmann Weißgatterer an General Béthouart, Oktober 1945 (in der erhalten gebliebenen Abschrift fehlt das genaue Datum). BDAI, Innsbruck profan 61, Welsergasse 7.

<sup>655</sup> Ebd.

<sup>656</sup> Der Direktor der Abt. Strassenarbeiten und Strassentransporte der Sektion Transporte und Verbindungen Labarrière an den Stadtbaudirektor Reiter, 7.2.1947; Der Direktor der Abt. Strassenarbeiten und Strassentransporte der Sektion Transporte und Verbindungen Labarrière an das Tiroler Landesbauamt, 7.3.1947. StAI, Abt. VI 1947, Abschnitt 25, Zl. 641.

<sup>657</sup> Horst Schreiber, Gedächtnislandschaft Tirol. Zeichen der Erinnerung an Widerstand, Verfolgung und Befreiung 1938–1945 (Studien zu Geschichte und Politik 24), Innsbruck-Wien-Bozen 2019, S. 29f.

in der seit Kriegsende verwendeten Bezeichnung des Gebäudes als Neues Landhaus, die sich Mitte Juni 1945 schon im ersten Geschäftsverteilungsplan findet.<sup>658</sup> Sprachlich löschte die Darstellung den Begriff Nationalsozialismus überhaupt aus ihrem Repertoire. Landeshauptmann Weißgatterer sprach in einem Schreiben an seine Angestellten im Landhaus im Jänner 1947 etwa von „der vergangenen Zwischenzeit“. In einer Mitteilung der Landesamtsdirektion war von „der erst jüngst abgeschlossenen Epoche“ die Rede.<sup>659</sup>

Die begriffliche Verknüpfung mit dem Alten Landhaus versuchte dessen Bedeutung als Symbol der Demokratie zu nutzen, obwohl die Tiroler Politik dem Neuen Landhaus bis 1955 keine Aufmerksamkeit schenkte. Wenn es in Berichten oder Darstellungen zur Sprache kam, dann ausschließlich als Ort der Repression vorwiegend gegen die Tiroler Bevölkerung. „Von hier aus (Neues Landhaus in Innsbruck) nahm die Unterdrückungspolitik des ehemaligen Gauleiters Hofer ihren Ausgang“, lautete eine Bildunterschrift in der ersten Gesamtdarstellung des Tiroler Widerstandes, die bereits 1945 erschien.<sup>660</sup> Um die Erzählung zu stützen, betonte das offizielle Tirol die demokratische Vergangenheit des Alten Landhauses. Der Landtag, der erst ab 1946 im traditionellen Landtagssaal tagte, idealisierte das Land als Hort der Demokratie. Der Präsident des Tiroler Landtags, Adolf Platzgummer, wollte alles daran setzen, „die Demokratie, die bei uns in Tirol sozusagen ihre – zum Teil wenigstens – Wiege gehabt hat, in allen Dingen hochzuhalten“. Den „Verfall der Demokratie“ im Jahr 1934 stellte er als aufgezwungene Maßnahme der Nachbarfaschismen in Deutschland und Italien dar. „Alle, die damals im Landtag waren“, könnten überdies bestätigen, „daß man alles getan hat, wenigstens wir in Tirol -, um überall dort, wo es anhand der Verfassung von 1934 noch möglich war, die Demokratie obenauf zu bringen, die Demokratie durchzusetzen und demokratische Methoden gelten zu lassen“.<sup>661</sup> Damit diese beschönigende Botschaft in räumlicher Hinsicht eine Bestätigung fand, war die Abhaltung der Sitzungen im Landtagssaal notwendig. Dementsprechend enthusiastisch begrüßte Platzgummer die Freigabe des Saales im Jahr 1946:

„Diesmal findet die Sitzung wiederum statt in unserem prächtigen, altherwürdigen Landtagssaal, der so viel von Tirols Geschichte gesehen hat. Ich weiß mich mit Ihnen einig, meine Herren, wenn ich sage, daß es uns mit aufrichtiger Genugtuung erfüllt, daß sich die Besatzungsbehörden nun entschlossen haben, der uralten tirolischen Demokratie, einer der ältesten Europas, ihr stolzes Heim wieder zur Verfügung zu stellen.“<sup>662</sup>

Die Behandlung der französischen Besatzungsmacht durch die Gebäudeverwaltung schloss sich nahtlos an den erinnerungskulturellen Narrativ an. So wie die Dienststellen der NSDAP hatten auch die französischen Behörden ab 1947 eine Miete zur Abdeckung der Betriebskosten zu bezahlen. Durch den bloßen Austausch der NS-Partei durch die französische Militärregierung war eine Umdeutung der Jahre von 1938 bis 1945 als Besatzungszeit möglich. Das französische Hochkommissariat hatte dieser Vorgangsweise nach Verhandlungen mit der Tiroler Landesregierung Ende November 1947 zugestimmt. Für beschlagnahmte Gebäude, die vor 1938 Eigentum des österreichischen Staates waren oder die er seit 1945 erworben hatte, mussten monatliche

---

<sup>658</sup> Vorläufiger Geschäftsverteilungsplan der Landeshauptmannschaft von Tirol, 18.6.1945. TLA, ATR (nach 1945), Präsidium (Landesamtsdirektion), Karton 1943–1945 (091–092), Zl. 091/01/10.

<sup>659</sup> Rundschreiben von Weißgatterer an alle der Landeshauptmannschaft eingegliederten Dienststellen, 8.1.1947; Rundschreiben Landesamtsdirektion, 16.4.1947. Ebd., Karton 1947 (C4–C8c), Zl. 14/C8b.

<sup>660</sup> Mackowitz 1945, S. 46.

<sup>661</sup> Stenographische Berichte des Tiroler Landtags, I. Periode, 1. Tagung, Eröffnungssitzung am 15. Dezember 1945, S. 31f.

<sup>662</sup> Ebd., I. Periode, 2. Tagung, 1. Sitzung am 31.1.1946, S. 5f.

Entschädigungszahlungen geleistet werden.<sup>663</sup> Nachdem die Gebäudeverwaltung für das Jahr 1947 den seinerzeit für die NSDAP festgesetzte Mietzins in Rechnung gestellt hatte, stiegen die Kosten in den Folgejahren exorbitant. Bezahlte die Besatzungsbehörde im ersten Jahr knapp S 190.000, folgten Anforderungen von fast S 350.000 und S 500.000 für die Jahre 1948/49. Es handelte sich bei den Zahlungen um die Rückerstattung der anfallenden Betriebskosten und um keinen Mietzins im eigentlichen Sinne.<sup>664</sup> Die französische Seite erteilte dem enormen Anstieg der Kosten die „grundsätzliche Zustimmung“, wobei sie „detaillierte Beweise“ für die Differenzen zum Vorjahr einforderte.<sup>665</sup> 1954 ging die Tiroler Landesregierung schließlich daran, einen zusätzlichen Mietzins von S 3 pro m<sup>2</sup> pro Monat zu verrechnen. Dies hätte für die Besatzungsbehörden im Neuen Landhaus einen jährlichen Mehraufwand von weit über S 100.000 zur Folge gehabt.<sup>666</sup> Nachdem der Chef der Besatzungsbehörden, Generalkonsul Koenig, Beschwerde gegen die Vorschreibung eines Mietzinses einlegte, stellte sich das Bundesministerium für Finanzen hinter den Standpunkt der Tiroler Landesregierung, „daß es ein ausgesprochenes Entgegenkommen gegenüber der Französischen Mission war, daß nicht bereits in den vorhergehenden Jahren eine Entschädigung für die Benützung der Räumlichkeiten verlangt wurde“. Bis zum Abzug konnte die französische Besatzungsmacht eine zusätzliche Mietzinszahlung aber verhindern.<sup>667</sup>

Bis 1955 blieb das Gebäude ein wenig beachteter Fremdkörper im Innsbrucker Stadtbild. Die Übergabe des Regierungssitzes nach dem Abschluss des Staatsvertrags fand dann im Rahmen einer feierlichen Zeremonie statt. Eine große Menschenmenge wohnte dem Festakt am Landhausplatz bei, wo sich Vertreter der Landesregierung, der Stadtpolitik und der ehemaligen französischen Militärregierung, begleitet von den Klängen der Landeshymne, einfanden. Das Abspielen der Marseillaise und der österreichischen Bundeshymne umrahmte den Wechsel der Flaggen am Fahnenmast des Neuen Landhauses. Der Besitzerwechsel fand in einer freundlichen, in den Medien fast kitschig beschriebenen Atmosphäre statt. Die Berichterstattung sah in dem Akt ein richtungsweisendes Zeichen des Friedens und der Versöhnung:

„Möge diese Stunde nicht nur ein Symbol wiedergewonnener Freiheit, möge sie auch ein Auftakt wahren Verständnisses, dauernden Friedens und der Wohlfahrt für ein geeintes Europa und für alle Völker der Welt sein: dann wird sie über die schöne Bedeutung, die sie für Österreich hat, noch weit hinauswachsen zu unvergänglicher Bedeutung für die Welt.“<sup>668</sup>

Die Tiroler Landesregierung leitete die Übersiedlung in das Gebäude umgehend in die Wege, wobei erneut eine fehlende Sensibilität für die NS-Vergangenheit offen zu Tage trat. Ohne viel zu überlegen und ohne drei sich an den Deckenbalken befindliche Hakenkreuze zu entfernen, bestimmte die Landesregierung das ehemalige Büro Hofers als Regierungssitzungszimmer.

Fünf Jahre später fand an der Südfassade mit der Befestigung des von Bühnenbildner Lois Egg gestalteten Zenoburger Adlers der bis heute – von der Entfernung des NS-Hoheitszeichens an der Ostfassade abgesehen – einzige von außen sichtbare Eingriff in den Ursprungszustand statt (Abb. 57).<sup>669</sup> Vor diesem Hintergrund muss die Intervention als offizielle Inbesitznahme des Gebäudes in

---

<sup>663</sup> Rundschreiben Amt der Tiroler Landesregierung (Ortner), 27.11.1927. TLA, ATR (nach 1945), Präs IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 3, Zl. 89/132/1955.

<sup>664</sup> Amt der Tiroler Landesregierung (Moschen) an die Direction de l'Administration, 11.4.1949, 18.5.1949 und 25.5.1950. Ebd.

<sup>665</sup> Hochkommissar der Französischen Republik Béthouart an das Amt der Tiroler Landesregierung (Gebäudeverwaltung), 22.4.1949. Ebd.

<sup>666</sup> Amt der Tiroler Landesregierung (Stoll) an den Chef der Französischen Mission in Tirol und Vorarlberg Koenig, 2.6.1954. Ebd.

<sup>667</sup> Auszug aus dem Beschl. Prot. Nr. 19 über die Reg. Sitzung vom 29.7.1954; Bundesministerium für Finanzen (Harrer) an das Amt der Tiroler Landesregierung, 7.2.1955. Ebd.

<sup>668</sup> Volkszeitung, 28.7.1955, S. 2; sie auch den Bericht der Tiroler Nachrichten, 28.7.1955, S. 1.

<sup>669</sup> Tiroler Nachrichten, 21.7.1960, S. 3.

der Nachkriegszeit verstanden werden. Mit dem Emblem prangt ein zentrales Gestaltungselement des Festumzugs anlässlich der 150-Jahr-Feierlichkeiten zur Erhebung von 1809 am Neuen Landhaus. Neben der religiösen Verbundenheit des Landes mit der katholischen Kirche betonte das Jubiläumsjahr die Landeseinheit sowie den Freiheitswillen und die Wehrhaftigkeit der Tiroler.<sup>670</sup> Die Entscheidung, den Festumzugs-Adler an dem Gebäude anzubringen, macht zum einen die enorme Bedeutung der Südtirolfrage in der Tiroler Politik sichtbar. Eine Woche nach dem Festumzug suchte die Vollversammlung der Vereinten Nationen auf Initiative von Außenministers Bruno Kreisky nach entsprechenden Antworten. Zum anderen blendete das Gedenkjahr die jüngste Vergangenheit komplett aus und rehabilitierte die „Wehrmachtsgeneration“, die spätestens ab diesem Zeitpunkt wieder stolz auf ihren Waffendienst für ein gemeinsames Reich zurückblickte.<sup>671</sup> Die fünf Jahre zuvor geäußerte Hoffnung auf Frieden und Versöhnung hatte in dieser Deutung keinen Platz. Landeshauptmann Hans Tschiggfrey zeigte sich im September 1959 über den Ablauf der Feierlichkeiten sehr zufrieden. In seiner Dankesrede führte er aus:

„Ich darf dabei besonders jener Männer gedenken, die bereits bei der Jahrhundertfeier im Jahre 1909 dabei waren und auch diesmal nicht fehlen wollten, wie auch jener, die als Soldaten der glorreichen alten Armee oder als wackere Tiroler Gebirgsjäger für ihre Heimat das Beste gaben und somit zum Vorbild und Ansporn für unsere junge Generation geworden sind.“

An die Abgeordneten appellierte er, die „tiefe Verpflichtung“ zu fühlen, „die uns durch die Haltung und den Geist unserer Ahnen auferlegt ist. Laßt uns daher als Tiroler [...] leben, streben und wirken im Sinne der Tugenden unserer ruhmreichen Vorfahren zum Wohle unserer Heimat Tirol, zum Wohle unserer Jugend, die einmal das Werk ihrer Väter weiterzuleben hat.“<sup>672</sup>

Dieser Zugang machte es möglich, dass sich die Tiroler Politik erst mit der Neugestaltung des Eduard-Wallnöfer-Platzes, die mit der Ausschreibung eines baukünstlerischen Wettbewerbs im Herbst 2008 ihren Anfang nahm, mit der Vergangenheit des Gebäudes auseinandersetzen musste. Davor war es gelungen, das NS-Erbe des Gebäudes komplett auszuklammern. Eines der wenigen Schreiben, in dem bewusst auf die NS-Vergangenheit des Neuen Landhauses Bezug genommen wird, erklärte 1954 die Diskussion, noch bevor sie begonnen hatte, für beendet. Der damalige Landeshauptmann Alois Grauß beantwortete eine Anfrage der Französischen Mission, die auf die Eigentumsverhältnisse der Immobilie abzielte:

„Das neue Landhaus wurde in den Jahren 1938/39 aus Mitteln des Landes Tirol und auf Grundstücken, die im grundbücherlichen Eigentum des Landes Tirol stehen, [...] errichtet. Hieraus ergibt sich eindeutig, daß der [...] errichtete Landhauserweiterungsbau Eigentum des Landes Tirol ist. Selbst wenn man auf dem Standpunkt stünde, daß der Bauauftrag durch die NSDAP erteilt worden wäre, wäre der Bau trotzdem in das Eigentum des Landes Tirol übergegangen, weil er – wie bereits erwähnt – auf landeseigenen Grundstücken errichtet wurde. [...]. Der Standpunkt, dass der Landhauserweiterungsbau Eigentum des Landes Tirol ist, ist daher auf alle Fälle gerechtfertigt. Daß dieser Standpunkt richtig ist, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die seinerzeitige NSDAP für die Benützung der Räume des Landhauserweiterungsbaus immer eine jährliche Miete an das Land Tirol gezahlt hat.“<sup>673</sup>

---

<sup>670</sup> Irmgard Plattner, Kultur und Kulturpolitik, in: Michael Gehler (Hg.), Tirol. „Land im Gebirge“. Zwischen Tradition und Moderne (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945/Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 6/3), Wien-Köln-Weimar 1999, S. 223–312, hier S. 241ff.

<sup>671</sup> Hans Heiss, Treibsätze der Geschichtspolitik. Die Gedenkfeiern der Tiroler Erhebung 1909–2009, in: Geschichte und Region/Storia e regione 16 (2007) 2, S. 118–146, S. 135f.

<sup>672</sup> Stenographische Berichte des Tiroler Landtages, IV. Periode, 21. Tagung am 25. September 1959, S. 3f.

<sup>673</sup> Landeshauptmann Grauß an den Chef der französischen Mission für Tirol und Vorarlberg Koenig, 9.3.1954. TLA, ATR (nach 1945), Präs IV, Sachgebiet Landesgebäudeverwaltung, Faszikel 3, Zl. 193/132/1954.

Auch als das Stadtarchiv 1983 die Kennzeichnung des Alten Landhauses und des Taxispalais mit historischen Hinweistafeln vorschlug, zog niemand die Anbringung einer Tafel beim Neuen Landhaus in Betracht. Im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt stattete das Archiv seit vielen Jahren „historisch oder architektonisch bemerkenswerte Baudenkmäler“ mit entsprechenden Texten aus.<sup>674</sup> Dem an der Ostfassade angebrachten Vorarlberger Landeswappen war es geschuldet, dass die NS-Vergangenheit des Gebäudes nicht gänzlich in Vergessenheit geriet. Schon 1983 machte „Innsbruck aktuell“ in der Reihe „Was das 3. Auge entdeckt“, freilich weit entfernt von einer kritischen Auseinandersetzung, darauf aufmerksam:

„Außergewöhnlich hingegen ist, daß zwei Fenster weiter auch das Landeswappen Vorarlbergs, die Montforter Fahne, in Stein verewigt ist. Dazwischen ist ein Feld frei. In diesem Feld horstete der deutsche Reichsadler. Man hat ihn im Jahre 1945 wegen des Hakenkreuzes, auf dem er sich niedergelassen hatte, entfernt. Es wird in unserem Lande wenig öffentliche Gebäude geben, auf denen die Symbole Tirols und Vorarlbergs in traurem Zusammensein vor sich hin ‚sinnbildlichen‘. Doch auf dem Neuen Landhaus war dies gerechtfertigt.“<sup>675</sup>

Selbst die „Waldheim-Affäre“ in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, die einen Veränderungsprozess innerhalb der gelebten Erinnerungskultur begleitete bzw. einleitete, ging am Neuen Landhaus spurlos vorüber, wie ein Vorfall Ende 1996 belegt. In einem Sozialraum der Bediensteten im dritten Stock hingen damals Fotografien der NS-Firstfeier. Eine Mitarbeiterin erhob Einspruch gegen die Verwendung der „Nazibilder“. Ihrer Meinung nach könnte man sie, „um zum Nachdenken anzuregen“, eine begrenzte Zeit ausstellen, sollte sie aber nicht auf Dauer hängen lassen. Die Vorgesetzten sahen vorläufig keinen Handlungsbedarf, „da man ansonsten das ganze Landhaus (NS-Bau) abreißen müßte“.<sup>676</sup>

In der jüngeren Vergangenheit war es vorerst Tiroler Historikerinnen und Historikern vorbehalten, auf die fehlende Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe hinzuweisen.<sup>677</sup> Fragen des Denkmalschutzes brachten schließlich Bewegung in die politische Debatte. Landeskonservator Franz Caramelle sprach sich 1996 gegen die Umgestaltung des Portal- und Eingangsbereiches aus. Als „steingewordener Ausdruck eines totalitären Regimes“ dokumentiere das Neue Landhaus einen unbequemen Abschnitt der Tiroler Geschichte. Aus Pietätsgründen gegenüber jenen, die unter der unmenschlichen Politik der damaligen Zeit zu leiden hatten, sollte das Gebäude unangetastet bleiben.<sup>678</sup> Groß angelegte Umbaupläne hatten ab 2004 dennoch den Abriss des Gemeinschaftssaaltraktes zur Folge. Österreichweit sorgte etwa zeitgleich ein Rechtsstreit um die Demontage einer der letzten erhaltenen Innenraumausstattungen aus der NS-Zeit im Wiener Volkstheater für Schlagzeilen. Der Streit wies auf blinde Flecken im Umgang mit allgegenwärtiger NS-Architektur in ganz Österreich hin.<sup>679</sup> Das Bundesdenkmalamt reagierte gemeinsam mit dem Architekturzentrum Wien mit der Organisation des Symposiums „Erbe verweigert – Österreich und NS-Architektur“ auf die öffentliche Debatte. Das Landhaus kam dort als prominentes Beispiel jener NS-Bauten zur Sprache, „die in der allgemeinen Wahrnehmung so eingewachsen sind, dass ihre Rolle der Zeitzeugenschaft für das 1000-jährige Reich von kaum jemanden bemerkt wird. Sie haben im täglichen Wahrnehmungsprozess

---

<sup>674</sup> Stadtmagistrat Innsbruck (Stadtarchiv) an Landesamtsdirektor Gstrein, 3.10.1983. Registratur der Liegenschaftsverwaltung, Faszikel L-68/997–1194(6. Teil), Zl. L-68/1022.

<sup>675</sup> Innsbruck aktuell, 20.3.1983, S. 4.

<sup>676</sup> Aktenvermerk, 5.12.1996 und 12.12.1996. Registratur der Liegenschaftsverwaltung, Faszikel L-68/ab 2221 (13. Teil), Zl. L-68/2275.

<sup>677</sup> So zum Beispiel Natter 2000, S. 80–84.

<sup>678</sup> Landeskonservator Caramelle an das Amt der Tiroler Landesregierung (Abt. Vld2 – Bundes- und Landeshochbau), 3.5.1996. BDAI, Innsbruck profan 10, Maria-Theresien-Straße Nr. 43, Altakt, GZ 34626/1978–1997.

<sup>679</sup> Profil. Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs, 36 (2005) 46, S. 136–140.

quasi ideologischen Neutralitätsstatus erlangt“ und sind von einem „Schutzmantel des Vergessens oder Verdrängens umgeben“. <sup>680</sup> Der Architekt Rainer Köberl schlug kurzerhand den Abriss des Gebäudes vor, denn ohne „das Landhaus abzureißen, bleibt es ewig das finstere Gesicht aus finsterner Zeit auf einem Platz, der endlich aus seinem Nicht-Platz-Dasein erlöst werden sollte“. <sup>681</sup>

Die ausgelösten Diskussionen in Tirol drehten sich ab 2008 mit der Ausschreibung eines baukünstlerischen Wettbewerbs um die Neugestaltung des Eduard-Wallnöfer-Platzes, die aber zwangsläufig auf das Neue Landhaus übergriffen. Das Siegerprojekt von ARGE LAAC/Stiefel Kramer/Christopher Grüner ließ das Gebäude unangetastet, löste aber die Symmetrie zwischen Denkmal und Landhaus auf. Vor allem die Öffnung der Gittertore, die das konservative Tiroler Geschichtsverständnis der Nachkriegsgeschichte konterkariert, lieferte einen bedeutenden erinnerungskulturellen Beitrag. <sup>682</sup> Was blieb, war aber die fehlende Zeichensetzung in Bezug auf die Geschichte des Neuen Landhauses als ehemaliges Gauhaus. Der Künstler Franz Wassermann griff das NS-Erbe 2018 im Rahmen des ersten Performancefestivals auf. Seine geplante Eröffnungsaktion „Offizialdelikt Kreide“ scheiterte aber an der Genehmigung durch das Land. Konkret wollte Wassermann ein Hakenkreuz mit Kreide auf die gläserne Eingangstür des Gebäudes spritzen. Die Teilnehmer sollten das Hakenkreuz langsam zum Verschwinden bringen, indem sie mit ihren Fingern die Namen von Widerstandskämpfern in die Kreidefläche schreiben. Der Verweis auf das Landhaus war dabei ganz zentral, der Künstler verstand die Aktion auch als Appell an die Bevölkerung, demokratische Strukturen zu schützen und mitzugestalten. <sup>683</sup> Zuletzt kritisierte Markus Wilhelm auf seinem Blog [dietiwag.org](http://www.dietiwag.org) die fehlende Zeichensetzung. <sup>684</sup>

---

<sup>680</sup> Eva-Maria Höhle, Staatlicher Schutz für NS-Bauten – Ein österreichisches Dilemma?, in: Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege 61 (2007) 1, S. 10–18, hier S. 14.

<sup>681</sup> Tiroler Tageszeitung, 19.5.2005, S. 16.

<sup>682</sup> Schreiber 2016, S. 45ff.

<sup>683</sup> Franz Wassermann an Ledl-Rossmann, Pediton [!] zur Umsetzung der Performance, 14.5.2018 [<https://portal.tirol.gv.at/LteWeb/public/ggs/petition/petitionDetails.xhtml?id=15160&>], 20.2.2020.

<sup>684</sup> Markus Wilhelm, 80 Jahre Gauhaus Innsbruck, 5.10.2018 [<http://www.dietiwag.at/index.php?id=5450>], 20.2.2020.

### 3. Anhang

#### 3.1. Abbildungen



Abb. 1, Hitlerbesuch in Innsbruck, Hotel Tyrol, 5./6. April 1938 (StAI, Ph-1178).



Abb. 2, Fahنشmuck am Landhaus zum Hitlerbesuch in Innsbruck, 5./6. April 1938, Foto: Richard Müller (StAI, NL Richard Müller).



Abb. 3, Situationsplan, um 1910, Baubestand zwischen Landhaus-Straße (heute Meraner Straße), Maria-Theresien-Straße und Verlängerung der bestehenden Karl-Straße (heute Wilhelm-Greil-Straße). Der neue Straßenzug verlief über den Standort der ehemaligen Handelsakademie. Die Fuggergasse führte von der Maria-Theresien-Straße nach Osten ab, entlang der Südfassade des Taxispalais. An der Welsergasse lagen 1938 die Anwesen Kastner (3), Obexer (5) und das Geschäftshaus Waldmüller (7); (StAI, PI-706; genordet und daher gedreht).

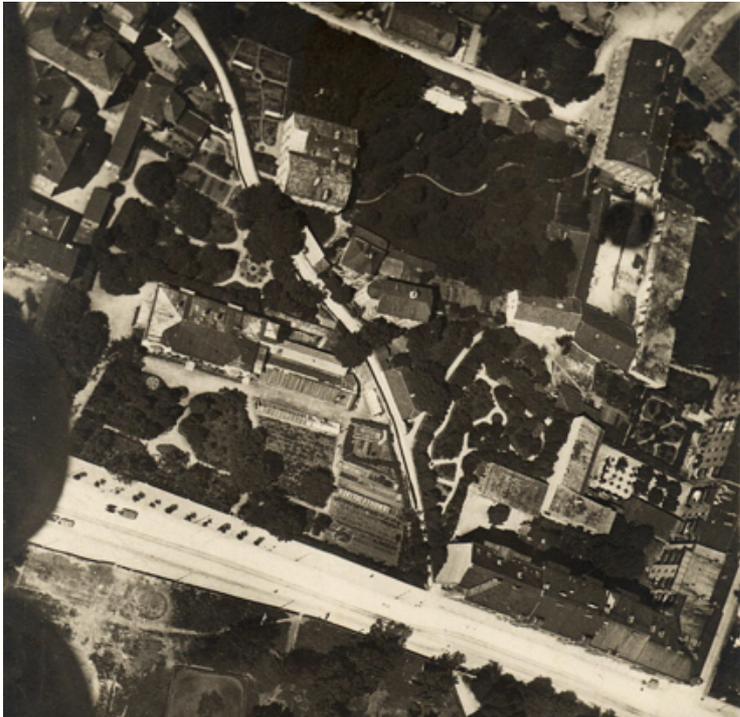


Abb. 4, Luftbild aus dem Ballon, 1910, Foto: Leo Stainer. Im Norden Fuggergasse und ehemalige Handelsakademie, Welsergasse und im Süden Salurner Straße (StAI, Ph-5256).

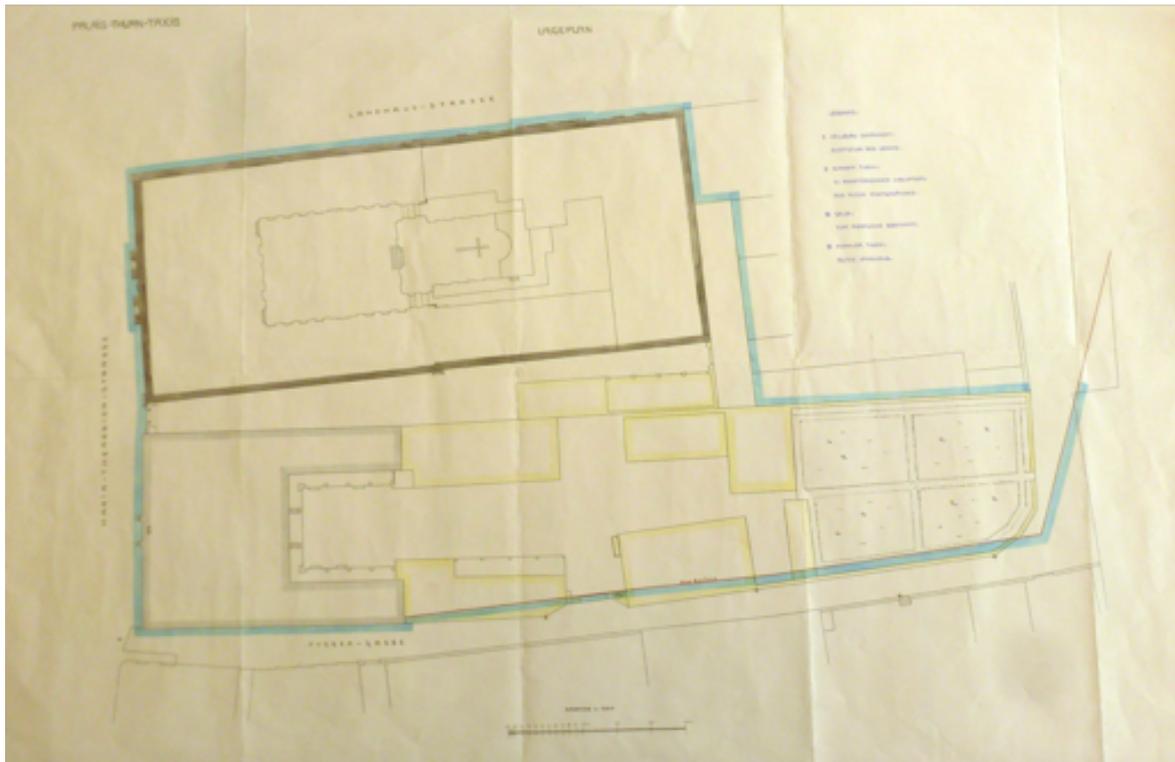


Abb. 5, Situationsplan, Baulinienführung entlang der Fuggergasse, 1908. Blau markiert: Besitz des Landes; Hellgrau: Taxispalais; Gelb: Baubestand zum Abbruch (BDAl, Innsbruck profan 143, Neues Landhaus, Landhausplatz Nr. 3, Z17 ex 08).

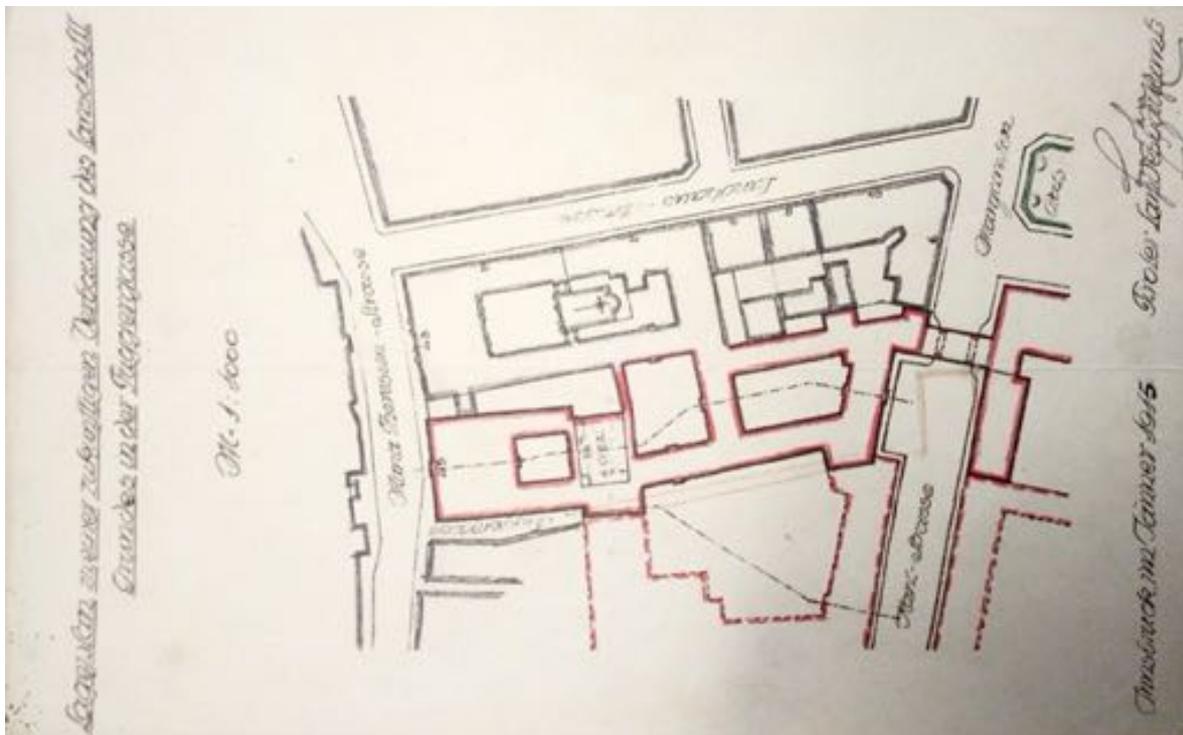


Abb. 6, Lageplan zu einer zukünftigen Verbauung des landschaftlichen Grundes in der Fuggergasse, Tiroler Landesbauamt, Jänner 1915. Auch die ersten Pläne für eine Erweiterung des Landhauses sahen einen Vorplatz vor (gestrichelte, rote Linie) und eine Bebauung mit zwei Innenhöfen (StAI, Abteilung VI, Akten/Pläne-Bebauung, Karton 1, Mappe Alte Bebauungspläne, Fuggergasse; genordet und daher gedreht).

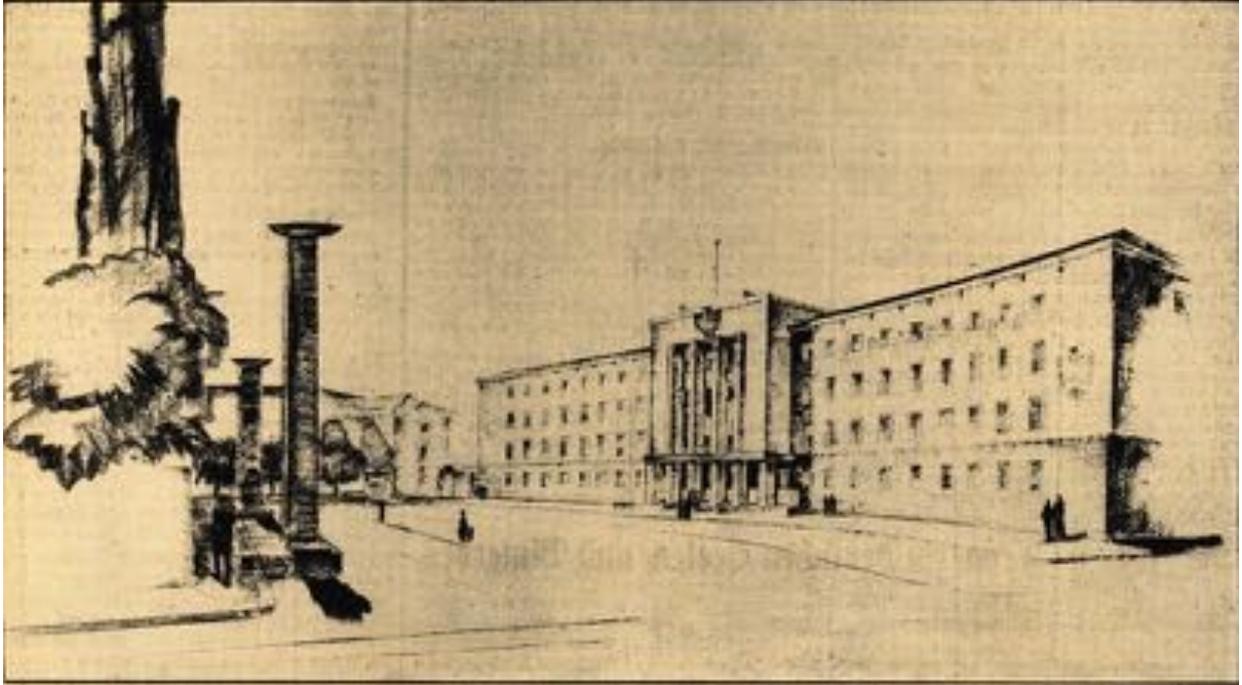


Abb. 7, Walter und Ewald Guth, Wettbewerbsbeitrag, Landhaus-Erweiterungsbau, Perspektive, August 1938. Südfassade mit gespannten Seitenflügeln und zentralem Mittelrisalit als „Abstraktion eines auffliegenden Adlers“. Den vorgelagerten Platz säumen Ehrenpylonen zum Heldengedenken (Innsbrucker Nachrichten, 13.8.1938, S. 6).

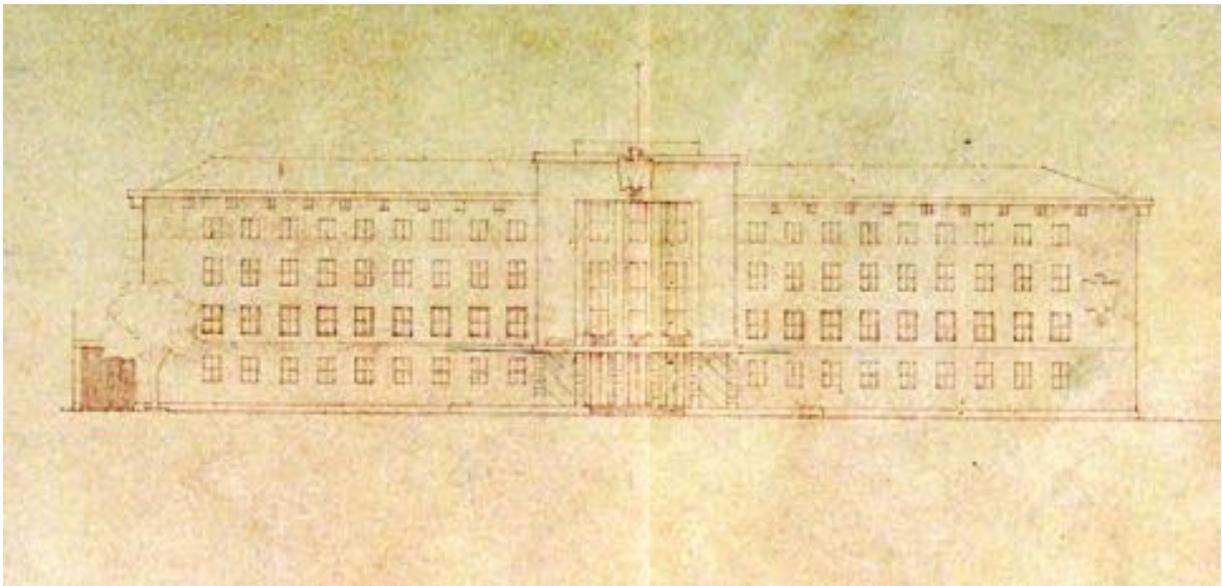


Abb. 8, Walter und Ewald Guth, Wettbewerbsbeitrag, Landhaus-Erweiterungsbau, Ansicht Südfassade, August 1938. Der Entwurf sieht 4 Geschosse und 9 Fensterachsen an den beiden Seitenflügeln vor. Der erhöhte Mittelrisalit ist betont nüchtern gestaltet und vertikal und horizontal akzentuiert (Registratur der Liegenschaftsverwaltung).



Abb. 9 (links) und 10 (rechts), Clemens Holzmeister, Zentralbank Ankara (1931–1933), Oberster Gerichtshof Ankara (1933/1934). Die Architekten Walter und Ewald Guth bezogen sich im Hinblick auf die Gestaltung der Südfassade auf Bauten ihres Lehrers Clemens Holzmeister (Leyla Alpagut/Achim Wagner, *Das Werden einer Hauptstadt. Spuren deutschsprachiger Architekten in Ankara, Istanbul-München 2011*, S. 211/305).



Abb. 11 (links), Paul Hofer und Karl Johannes Fischer, Reichszeugmeisterei, München (1935–1937). Betonung des zentralen Eingangs durch stockwerkübergreifende, glatte Pfeiler ohne Abschlüsse, ohne Zierelemente und Ausführung in Naturstein, mittige Bekrönung durch den Reichsadler – diese Gestaltungselemente bestimmen auch den Wettbewerbsbeitrag der Brüder Guth (*Moderne Bauformen. Monatshefte für Architektur und Raumkunst. Große Sondernummer: Deutschland baut! Zur Rückkehr Österreichs ins Deutsche Reich* (1938) 4, S. 187).

Abb. 12 (rechts), Wilhelm Kreis, Sachsenhalle am Adolf-Hitler-Platz, Dresden (Wettbewerb 1934). Zur Entwicklungszeit des Innsbrucker Erweiterungsbaus vielfach publizierter Prototyp der neuen Bauform „Gauforum“ – in strengster Symmetrie zur Mitte orientiert und mit platzeinfassenden Flügelbauten (*Moderne Bauformen. Monatshefte für Architektur und Raumkunst. Große Sondernummer: Deutschland baut! Zur Rückkehr Österreichs ins Deutsche Reich* (1938) 4, S. 206).

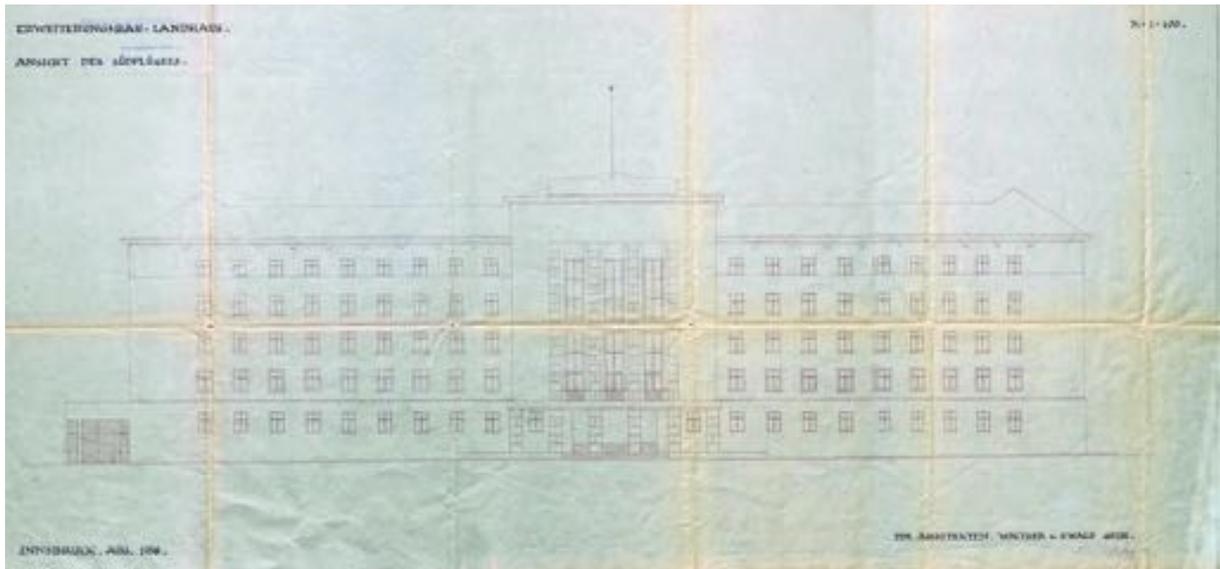


Abb. 13, Walter und Ewald Guth, Landhaus-Erweiterungsbau, Ansicht Südfassade, Überarbeitung, August 1938. Um mehr Räume zu schaffen, erweiterten die Architekten auf Wunsch von Gauleiter Hofer das Gebäude um ein zusätzliches Stockwerk – bei gleicher Firsthöhe. Auch der Mittelrisalit wurde in Teilen verändert und mehr Naturstein vorgesehen (TLA, Plansammlung, Landesbaudirektionspläne, Innsbruck, Landhaus T.39-14).

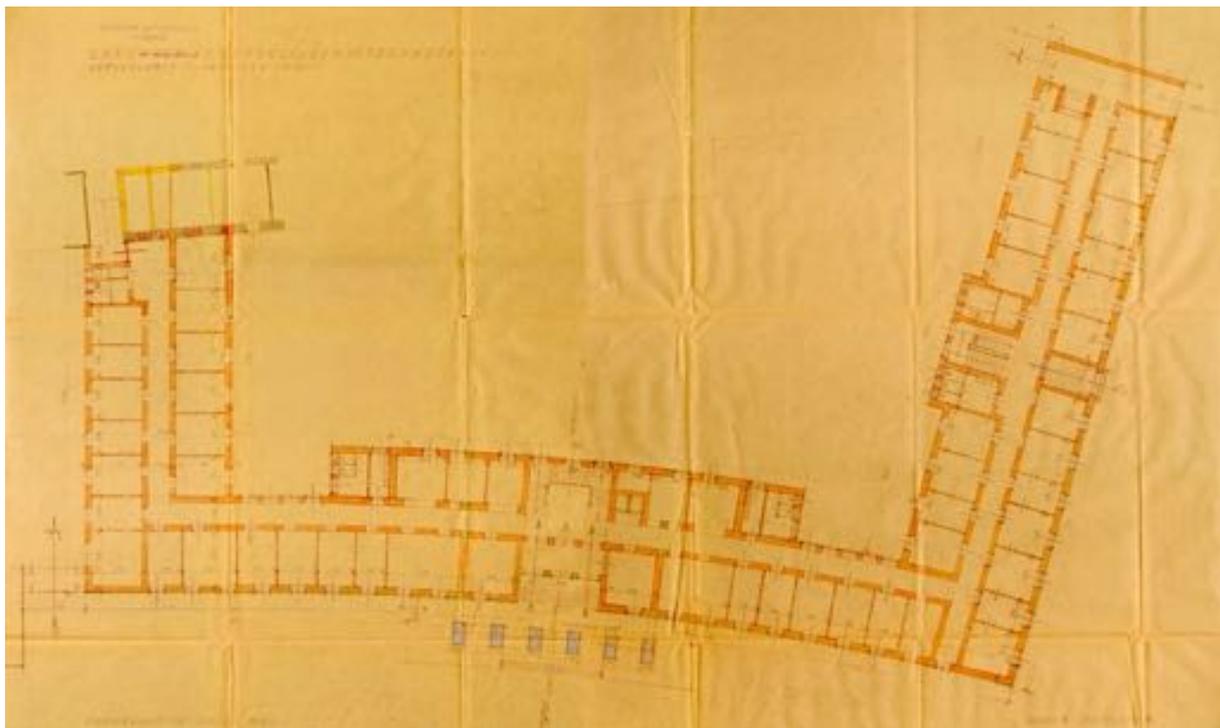


Abb. 14, Walter und Ewald Guth, Landhaus-Erweiterungsbau, Wettbewerbseinreichung, Grundriss des Erdgeschosses. Die Brüder Guth gehen von 6 Pfeilern der vorgesetzten Eingangshalle aus und planen ein zentrales Treppenhaus. Die Südflügel werden zum Teil von Räumen zu beiden Seiten gesäumt. Der rückwärtige Wirtschaftstrakt fehlt (TLA, Plansammlung, Landesbaudirektionspläne, Innsbruck, Landhaus T.39-17).

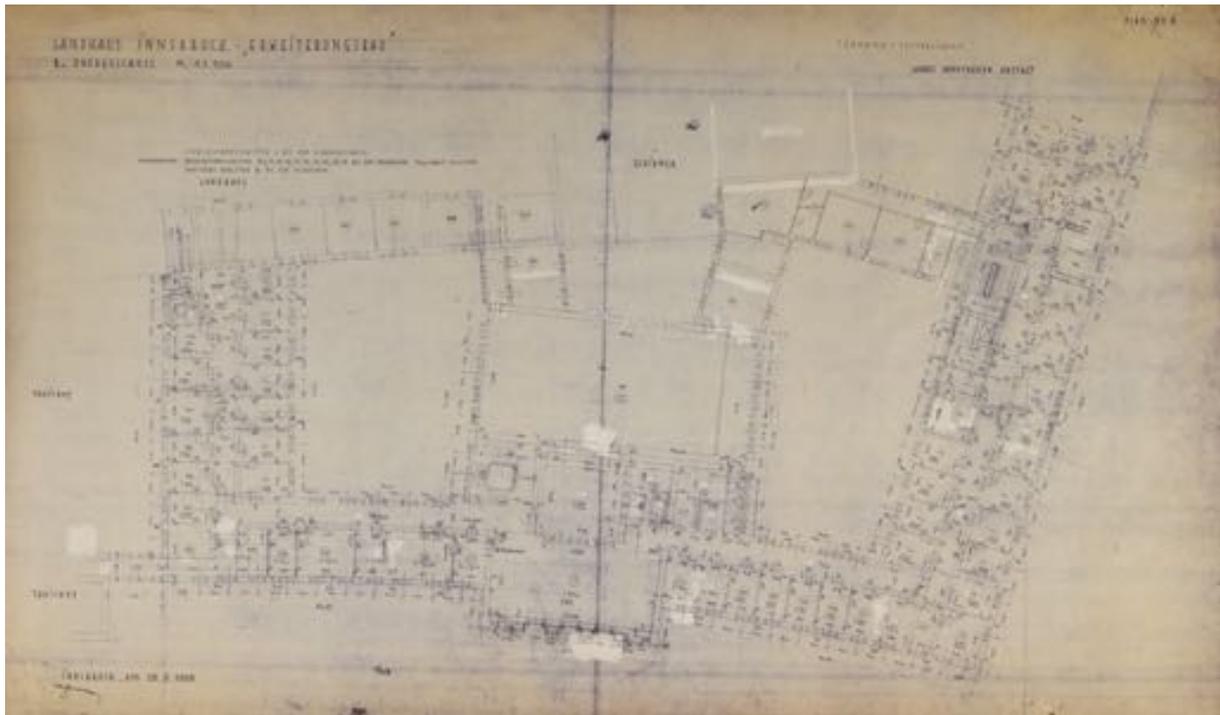


Abb. 15, Albert Bermoser, Grundriss des 1. OG, 28.9.1938. Im zentralen Mittelbau befindet sich der Sitzungssaal und direkt daran im Westen anschließend das Büro Hofers (Registratur der Liegenschaftsverwaltung).



Abb. 16, Grundriss der Gesamtanlage mit Landhaus, Taxispalais und Erweiterungsbau mit Wirtschaftstrakt, EG, 25.4.1939 (Registratur der Liegenschaftsverwaltung).

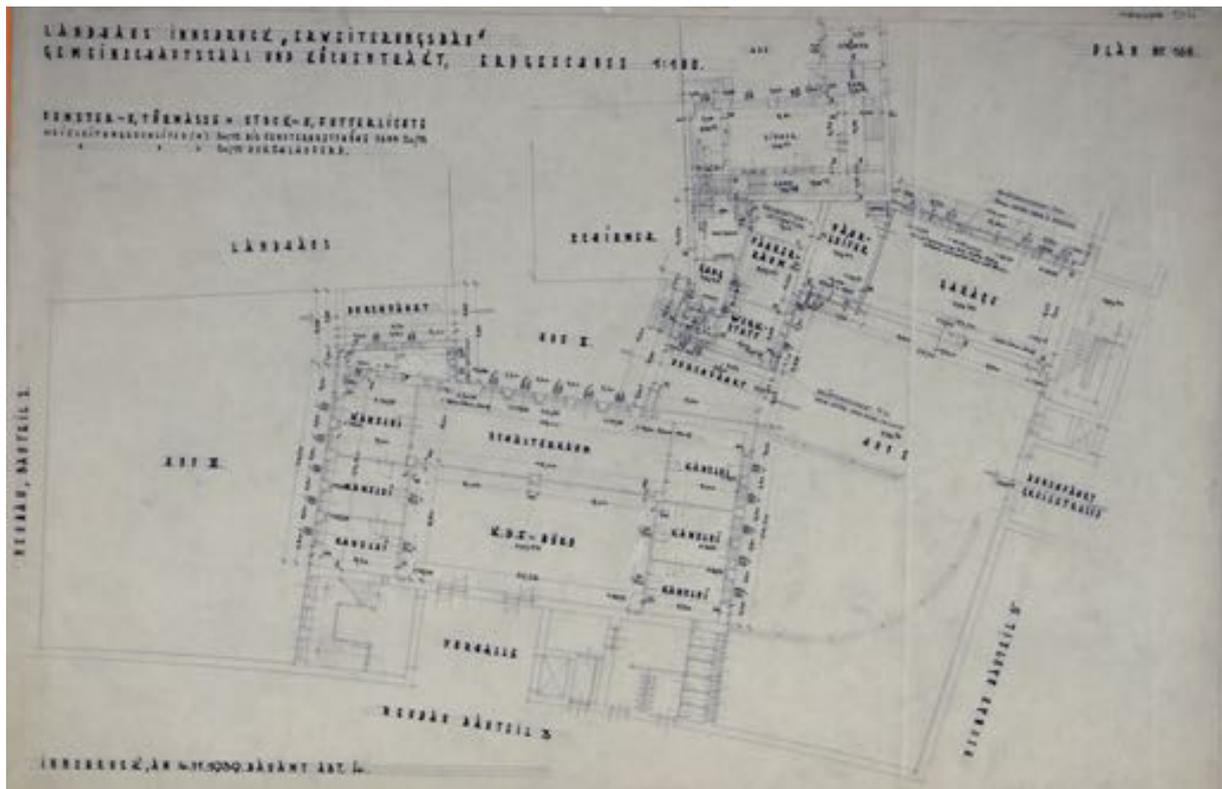


Abb. 17, Grundriss des Wirtschaftstraktes, EG, 4.11.1939. Hinter der Vorhalle liegen das KdF-Büro, Kanzleien und ein Schalteraum (Registratur der Liegenschaftsverwaltung).

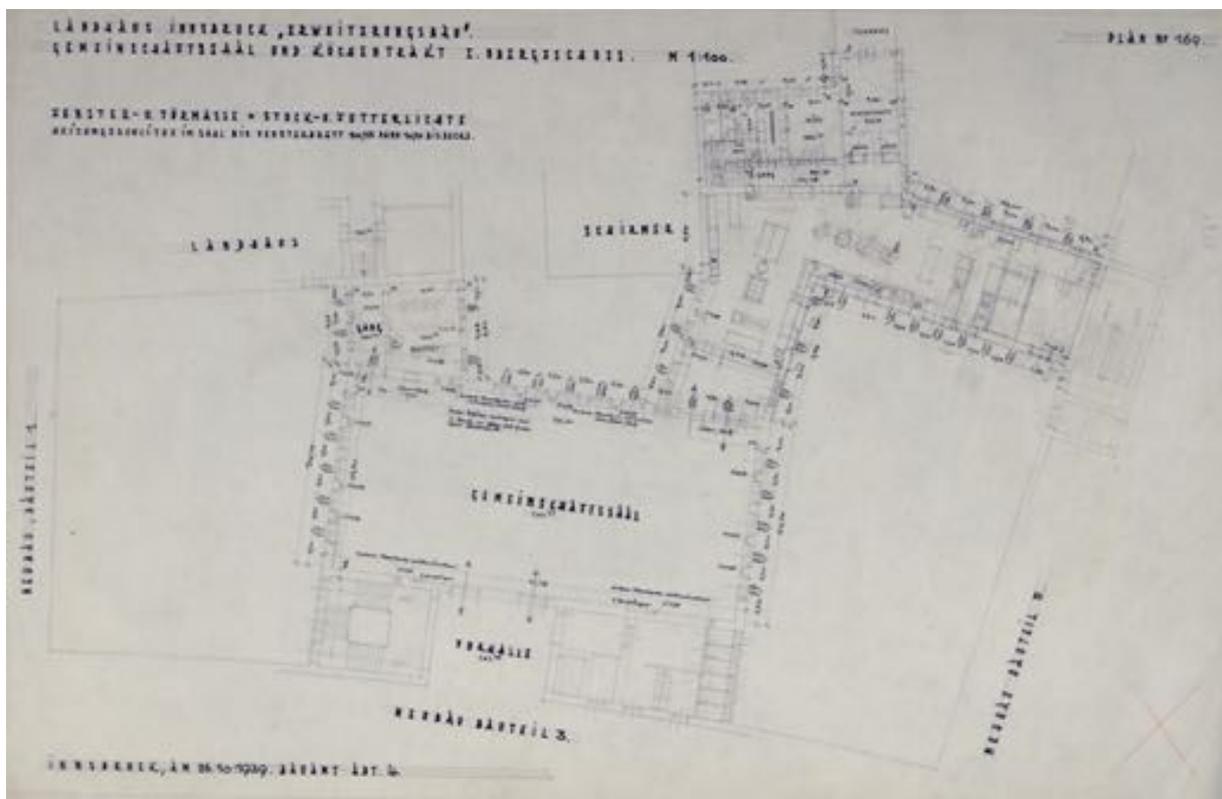


Abb. 18, Grundriss des Wirtschaftstraktes, 1. OG, 14.10.1939. Hinter dem großen Gemeinschaftssaal schließt nach Norden die Küche an (Registratur der Liegenschaftsverwaltung).

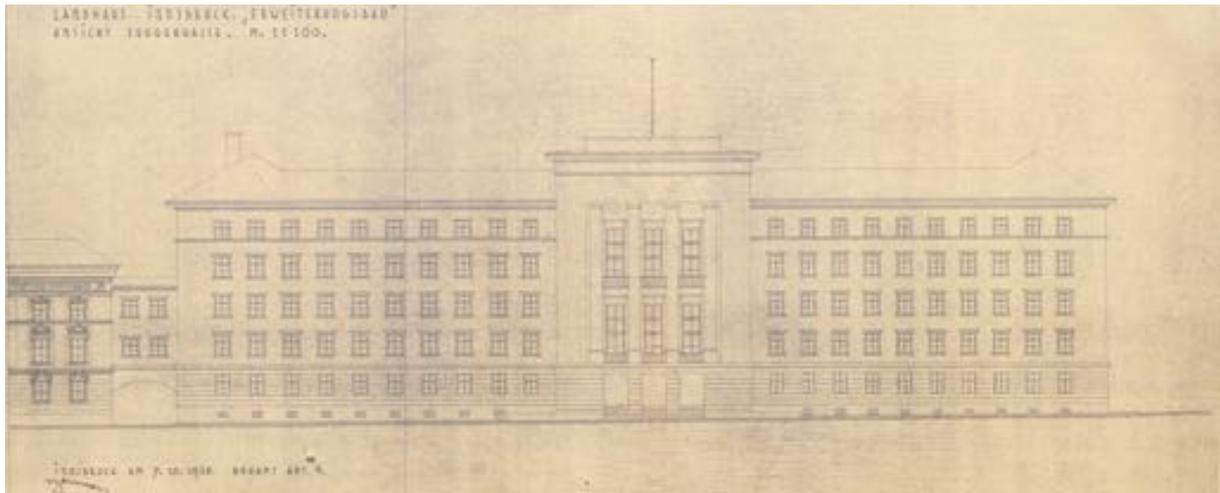


Abb. 19, Albert Bermoser, Überarbeitung der Südfassade, Erweiterung um eine weitere Fensterachse an beiden Seitenflügeln, Einfügen neoklassizistischer Elemente wie Abschlüsse der Pilaster, eines Rustikasockels und fassadengliedernder Gurtgesimse (Registratur der Liegenschaftsverwaltung).

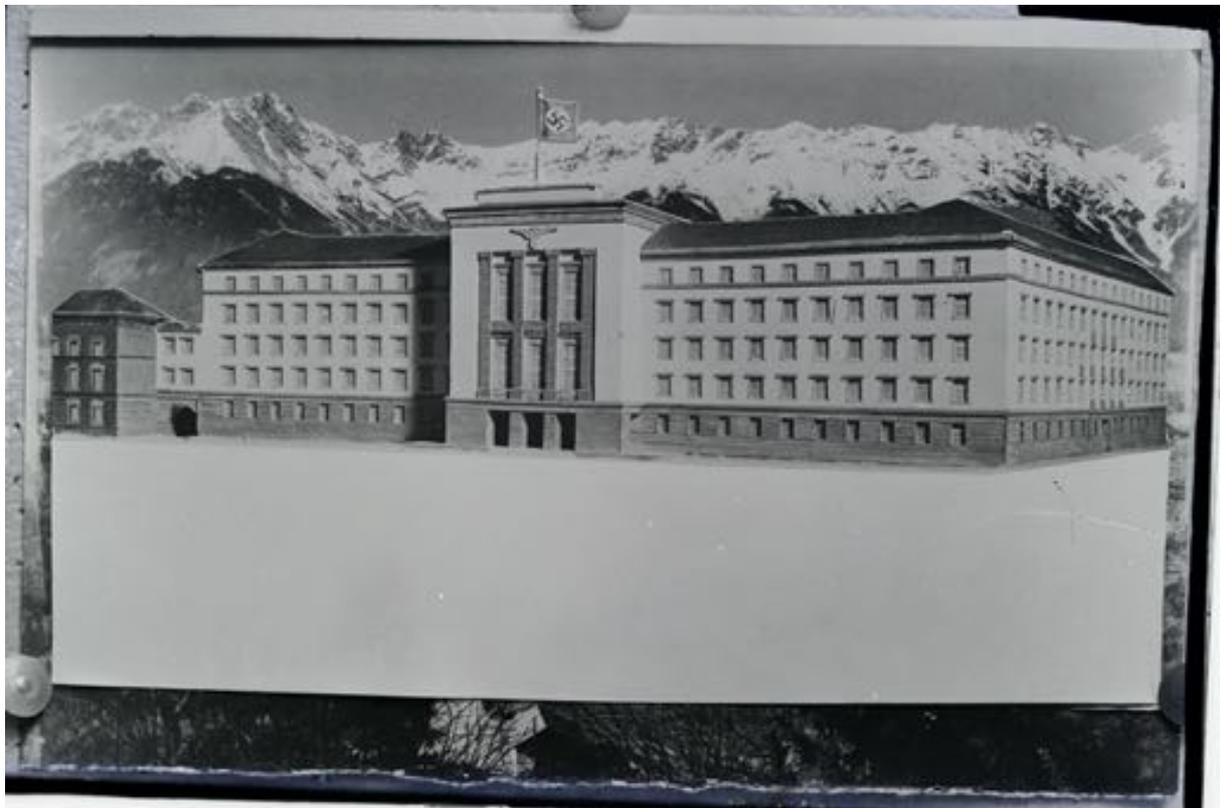


Abb. 20, Fotocollage, Modell nach dem Entwurf von Albert Bermoser vor der Kulisse der Nordkette, Foto: Richard Müller (StAI, NL Richard Müller).



Abb. 21, Erweiterungsbau, nach 1939, Foto: Richard Müller (StAI, NL Richard Müller).



Abb. 22 (links), Erweiterungsbau, Mittelrisalit, Südfassade, nach 1939, Foto: Richard Müller (StAI, NL Richard Müller).

Abb. 23 (rechts), Neue Reichskanzlei Berlin von Albert Speer. Fotocollage, Eingang Voßstraße (Gerdy Troost, Das Bauen im neuen Reich, 1. Aufl., Berlin 1938).

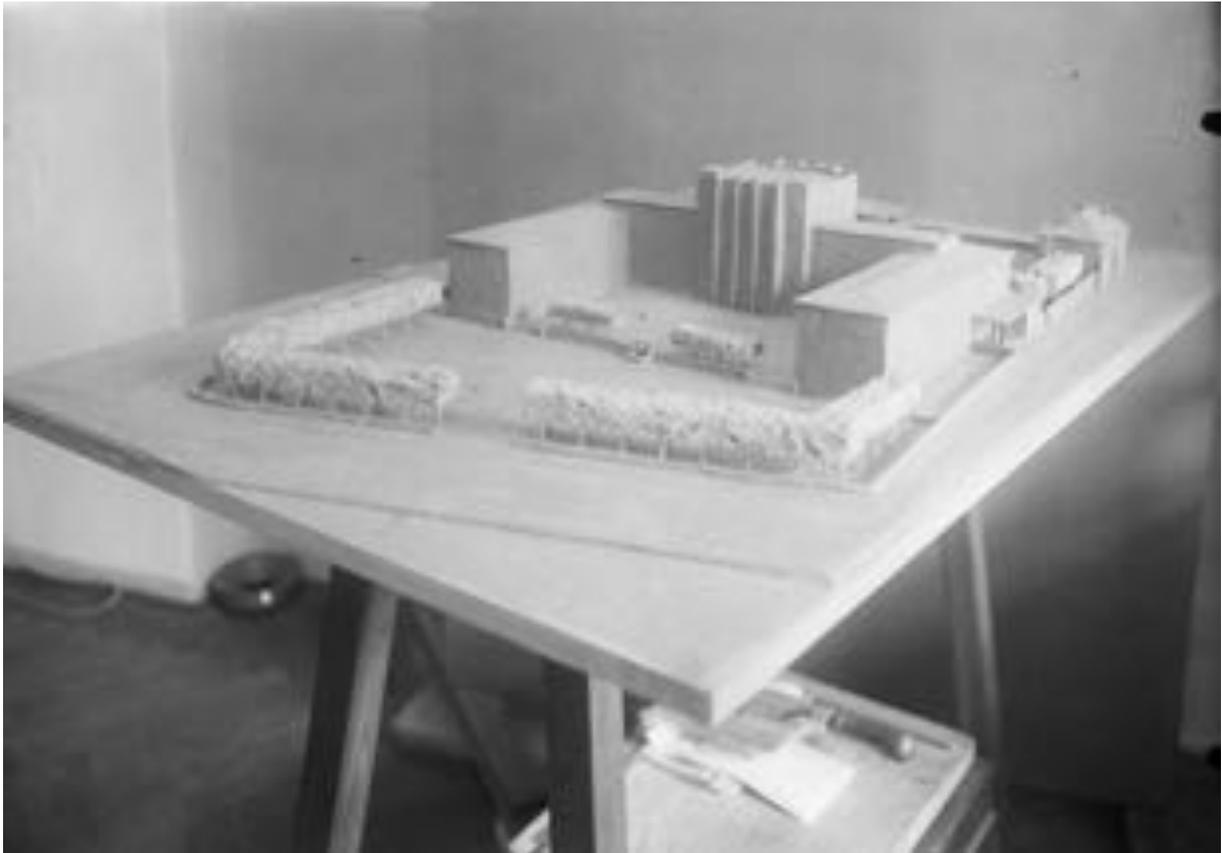


Abb. 24, Modellfotografie, Wettbewerbsbeitrag Landhaus-Erweiterungsbau, unbekannter Verfasser des Entwurfs (StAI, KRPL-3782).

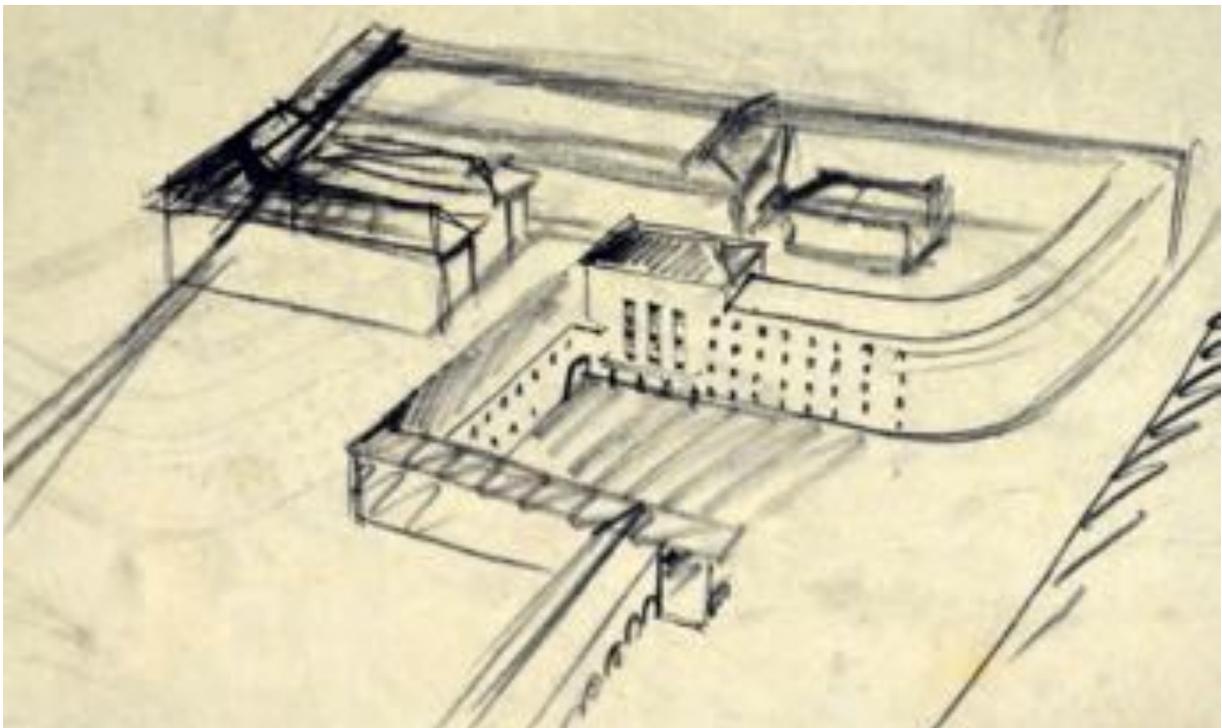


Abb. 25, Franz Baumann, Wettbewerbsbeitrag Landhaus-Erweiterungsbau, Handskizze (AfB, NL Franz Baumann, Inv-Nr. 1-407-1f).

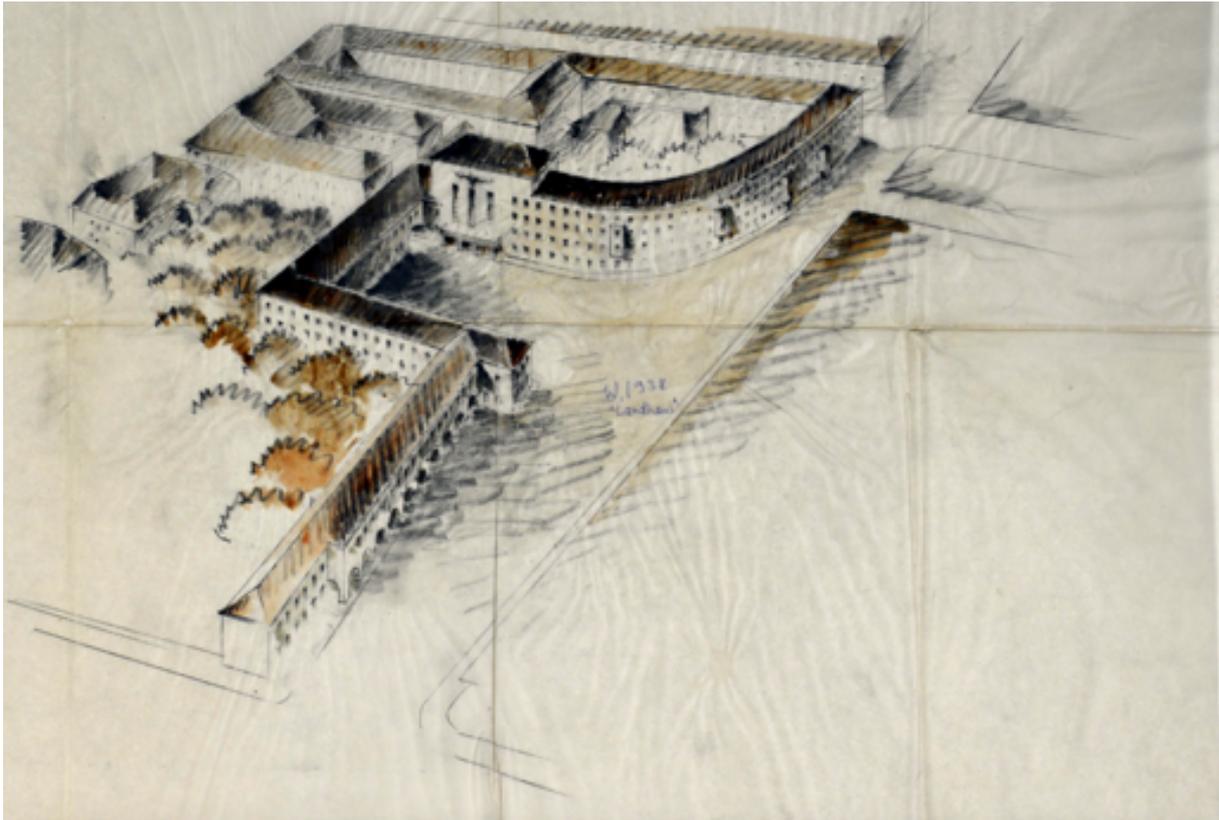


Abb. 26, Franz Baumann, Wettbewerbsbeitrag Landhaus-Erweiterungsbau, kolorierte Perspektive. Baumanns Entwurf zielt nicht auf einen zentralen Repräsentationsbau, sondern berücksichtigt den städtebaulichen Rahmen (AfB, NL Franz Baumann, Inv-Nr. 1-407-1f).



Abb. 27, Vorbild für die rundgeführte Fassade von Franz Baumann für den Erweiterungsbau: Lois Welzenbachers Beitrag für den benachbarten Bismarckplatz, Wettbewerbsbeitrag 1926 (Der Baumeister (1926) 9, S. 195).



Abb. 28, Wilhelm Stigler, Wettbewerb für das Haus der Bergsteiger (1939) als „Antwort“ auf den Landhauserweiterungsbau. Auch Wilhelm Stigler nahm am Wettbewerb zum Landhaus teil, sein Entwurf ist nicht dokumentiert (AfB, NL Wilhelm Stigler, Inv-Nr. 9-2899-1).



Abb. 29, Aus dem Bautagebuch von Baumeister Engelberg Plank, „Das Gauhausmodell am Bauplatz“, 27.11.1938. Links im Bild vermutlich Albert Bermoser. Siehe auch Modellfoto, Abb. 20 (StAI, Bautagebuch Landhaus von Engelbert Plank).



Abb. 30, Aus dem Bautagebuch von Baumeister Engelberg Plank, Mauern im Akkord der „Münchner Maurer“, 26.11.1938 (StAI, Bautagebuch Landhaus von Engelbert Plank).



Abb. 31, Baustelle Erweiterungsbau, November 1938. Der Baubestand befand sich noch im Abbruch, zugleich erfolgte der Aushub für die Betonverschalung des Kellers. Links im Bild der „Kaisermischer“ zur Betonherstellung. Die Baustelle war in Bauabschnitten von Westen nach Osten organisiert. Foto: Fritz Popp (Tiroler Landesmuseen, Historische Sammlung).



Abb. 32, Baustelle Erweiterungsbau mit Holzgerüsten, Materialaufzug und Fahnenstange für die Firstfeier, Mai 1939, Foto: Richard Müller (StAI, NL Richard Müller).



Abb. 33, Ansprache Gauleiter Franz Hofers bei der Firstfeier, links neben ihm Bauunternehmer Hinteregger, Mai 1939, Foto: Fritz Popp (Tiroler Landesmuseen, Historische Sammlung).



Abb. 34 und 35, Anfang des Jahres 1940: Landhauserweiterungsbau mit den bestehenden Gebäuden zwischen Fuggergasse, Wilhelm-Greil-Straße und Welsergasse. Die im Entwurf der Brüder Guth vorgesehene Platzanlage wurde nicht ausgeführt, auch nicht der Gestaltungsentwurf von Erwin Leistner. Die räumliche Platzsituation vor dem Erweiterungsbau blieb bis 1945 beschränkt. Foto: Richard Müller (StAI, NL Richard Müller).



Abb. 36, HJ-Mitglieder als Wachdienst im Hintergrund. Foto: Fritz Popp (Tiroler Landesmuseen, Historische Sammlung).



Abb. 37, Aufbahrung der Opfer des Luftangriffs auf Innsbruck vom Dezember 1943 auf dem Landhausplatz (StAl, Ph-A-24715-17).



Abb. 38, „Claudia de Medici und Kanzler Biener auf dem Tiroler Landtag“ von Karl Anrather (1891) als Dekoration der Räume Hitlers im Hotel Tyrol anlässlich des Hitlerbesuchs im April 1938. Das Gemälde war für den Sitzungsaal des Landhauserweiterungsbaus vorgesehen und befindet sich noch heute dort (AfB, NL Wilhelm Stigler).

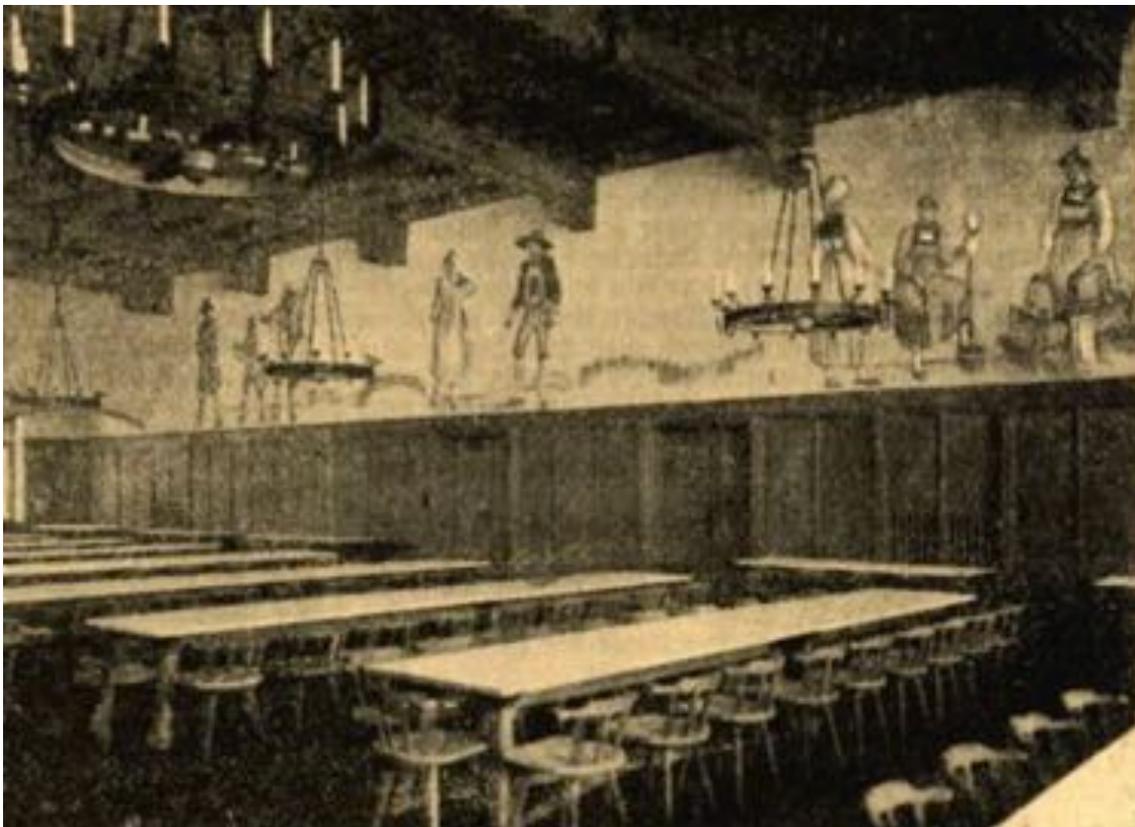


Abb. 39, Gemeinschaftssaal im Landhaus mit Wandfresken von Sepp Ringel. Foto: Richard Müller (Innsbrucker Nachrichten, 1.9.1941, S. 4).



Abb. 40, Gemeinschaftssaal im Wirtschaftstrakt mit Holzvertäfelung, Türen mit Holzschnitzereien, schmiedeeisernen Radleuchten und Wandmalerei in Tiroler Art, Blick Richtung Osten, Foto: Reinhold Steiner (StAI, NL Reinhold Steiner).



Abb. 41, Blick von Norden auf den Wirtschaftstrakt (StAI, Foto 4106\_07).



Abb. 42, Walter und Ewald Guth, Wettbewerbsbeitrag Landhaus-Erweiterungsbau, Lageplan, August 1938. Schwarze Linie: Eigentum des Landes, Grün eingefasst: Fremdes Eigentum, Rot gestrichelt: geplanter Vorplatz, Gelb: Bestand zum Abbruch. Zu sehen sind auch die späteren Anwerbungen in der Meraner Straße von Redlich und Schirmer (TLA, Plansammlung, Landesbaudirektionspläne, Landhaus T.39.11-26).

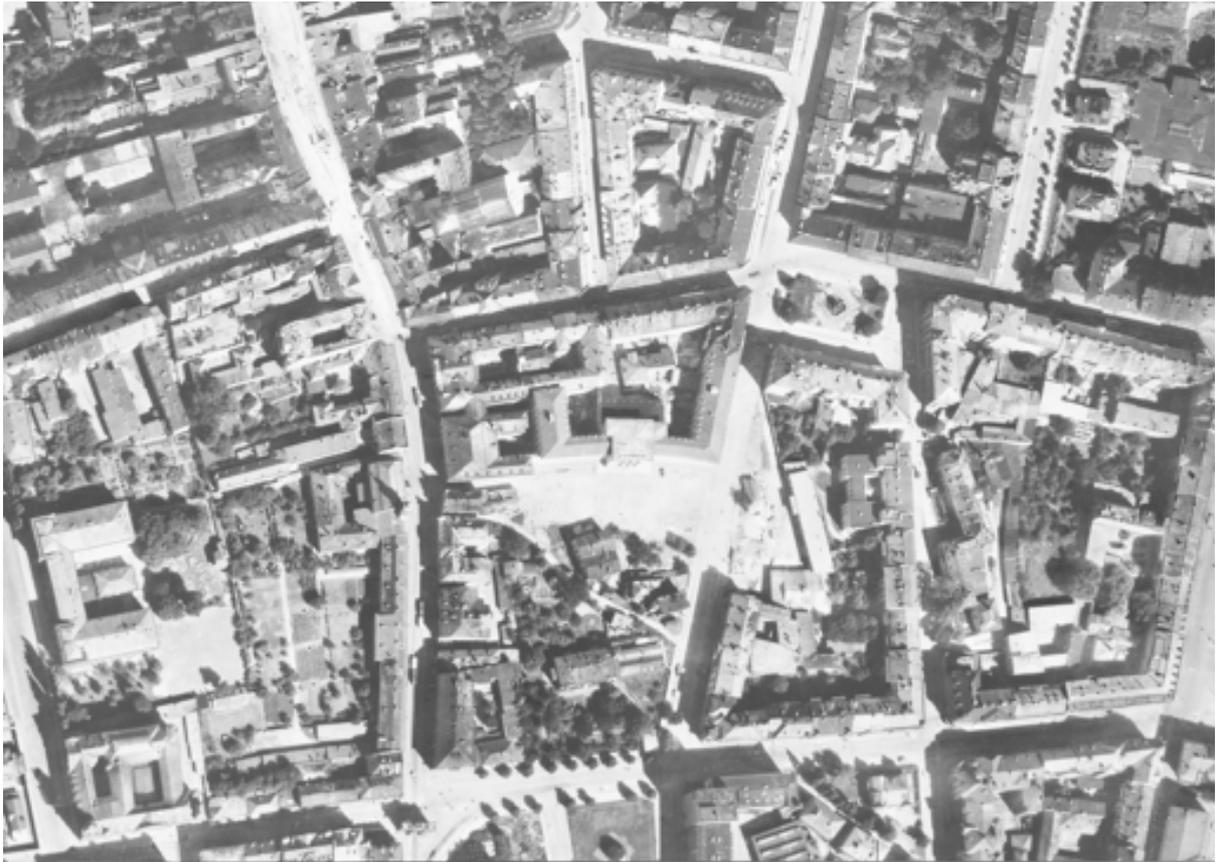


Abb. 43, Foto: Sonderluftbildabteilung des Reichsluftfahrtministeriums, 27.8.1940. In der Bildmitte befindet sich der Landhausplatz (StAI PI-677\_12).



Abb. 44, Städtebauliches Modell zur Gestaltung des Landhausplatzes. Ohne Baubestand, mit „Haus der Bergsteiger“ im Süden. Am Modell: Franz Hofer und vermutlich Baumeister Albert Bermoser, Frühjahr 1939, Foto: Richard Müller (StAI, NL Richard Müller).



Abb. 45, Städtebauliches Modell zur Gestaltung des Landhausplatzes. Mit Baubestand an der Welsergasse, Frühjahr 1939, Foto: Richard Müller (StAI, NL Richard Müller).

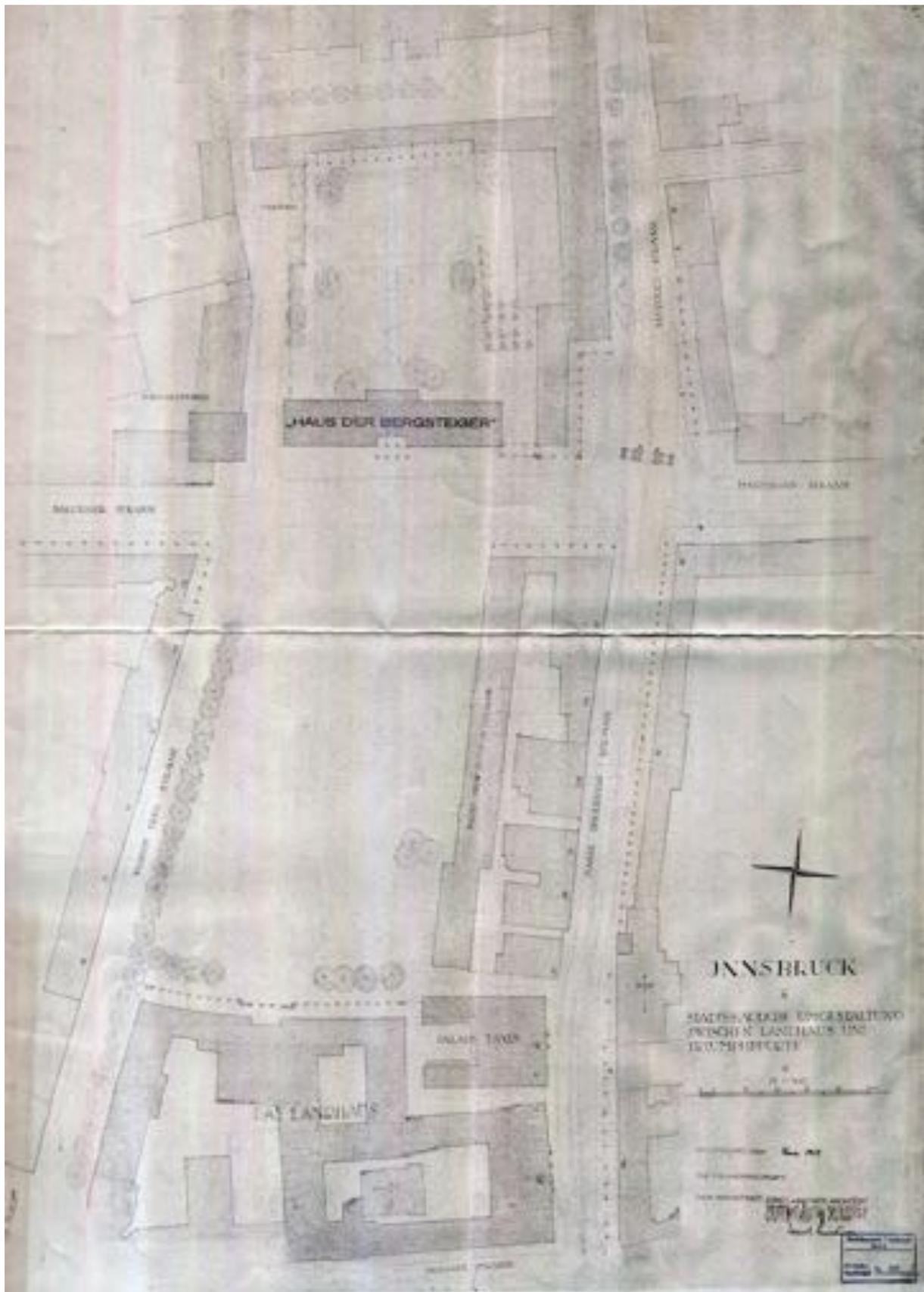


Abb. 46, Ernst Leistner, Städtebauliche Umgestaltung zwischen Landhaus und Triumphpforte, Juni 1939. Ernst Leistner gewann den Wettbewerb für das „Haus der Bergsteiger“ und legte in diesem Zusammenhang ein Konzept für einen Landhausplatz mit einer „Verbesserung“ der Fassade des Erweiterungsbaus durch vorgelagerte Arkadenreihen vor (StAI, PI-345-02).



Abb. 47, Peter Koller, „Schematischer Überblick über die Neugestaltung der Verkehrsbeziehung“, 1941 (Wolfsburg, Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Nachlass S 11 Koller III, Nr. 252-2).



Abb. 48, Peter Koller, Stadtplanung Innsbruck, Neugestaltung, 17.2.1940. Der Landhäuserweiterungsbau liegt außerhalb der neuen repräsentativen Hauptachse, die parallel zum Verlauf der Sill anstelle des Bahnhofs entstehen sollte (StAI, Ph-26048).

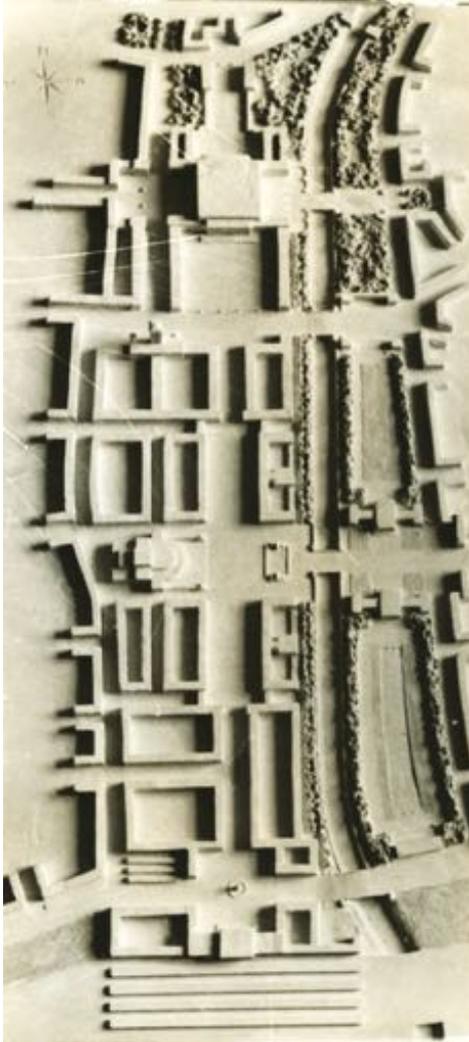


Abb. 49 und 50, Otto Mayr, Neugestaltung Innsbruck, Februar 1943. Planungen für ein gigantisches Gauforum, das von der Museumsstraße bis zur Höhe der Egger-Lienz-Straße (Höhe Westbahnhof) reichen und die Anforderungen einer Gauhauptstadt erfüllen sollte: eine Gauhalle im Norden – mit einem Gauhof, der 72.000 Menschen fasst –, ein Theater in der zentralen Mitte, ein Glockenturm, ein Laubenhof mit umfassenden Geschäften, Hotels und Fremdenverkehrseinrichtungen sowie Sportanlagen entlang des Sillufers. Ein neuer Personenbahnhof schloss das neue Stadtzentrum im Süden ab. In der Verlängerung der Südachse war ein „Tiroler Ehrenmal“ auf dem Bergisel vorgesehen (AfB, NL Otto Mayr, Inv-Nr. 37-1474-1 und -6).



Abb. 51 und 52, Die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der 19. Armee der Wehrmacht fand am 5. Mai 1945 im heute noch erhaltenen Sitzungssaal Hofers im ersten Stock des Erweiterungsbaus statt und wurde von einer militärischen Zeremonie am Landhausplatz begleitet. Das Historiengemälde an der Westseite des Saales fehlt. Ob es die amerikanischen Truppen entfernt hatten oder die geplante Anbringung durch die Nationalsozialisten nicht durchgeführt wurde, wissen wir nicht. Mit Dank an Peter Pirker für die Übermittlung der Bilder. Foto: T/5 Allan G. Smith, 163 Signal Photographic Company (National Archives, Office of War Information, SC-207169 und SC-207171).



Abb. 53, Die Folgen der Kriegszerstörung, Blick auf das Neue Landhaus von der Maria-Theresien-Straße (StAI, KR-NE-1120).



Abb. 54, Beflaggung durch die französischen Besatzungsmächte, nach Juli 1945, Foto: Jörg Thien (StAI, NL Jörg Thien).



Abb. 55, Landhausplatz mit Befreiungsdenkmal, Aufnahme nach 1948 (StAI, PI-1442).



Abb. 56, Landhausplatz mit Befreiungsdenkmal, Aufnahme nach 1948, Foto: Jörg Thien (StAI, NL Jörg Thien).



Abb. 57, Von Lois Egg gestalteter Zenoburger Adler, der im Juli 1960 an der Südfassade angebracht wurde (StAI, Ph-5198).

### 3.2. Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund der bestehenden Raumnot plante die Gauleitung ab Sommer 1938 eine umfassende Landhauserweiterung. In äußerst kurzer Zeit – zwischen der Ausschreibung des Architekturwettbewerbs und dem Einzug der ersten Abteilungen verging nur ein Jahr – wickelte die Gauleitung das Projekt ab. Nach außen hielt sie sich an das gesetzlich festgesetzte Prozedere und veranstaltete am 12. September 1938 eine vorgeschriebene Bauverhandlung. Hinter den Kulissen duldete sie keine Verzögerungen und negierte geäußerte Einsprüche des Stadtmagistrats. Knapp über 200 Bauarbeiter, unter ihnen auch ein Trupp aus Italien, arbeiteten ab Mitte Oktober 1938 über die Wintermonate fast rund um die Uhr. Bereits am 6. Mai 1939 wurde die Firstfeier ausgerichtet, drei Monate später übersiedelten die ersten Ämter in das Gebäude. Mit der Vollendung des Saal- und Wirtschaftstraktes erfolgte die endgültige Fertigstellung Ende 1941. Die räumliche Besetzung des Regierungssitzes bildete die NS-Propagandaformel des Primats der Partei ab. Während sich sämtliche Parteidienststellen im Erweiterungsbau befanden, verblieben die staatlichen Stellen im Alten Landhaus und den angekauften Gebäuden in der Meraner Straße. Mit Abstand am meisten Platz beanspruchte das Amt der DAF. Erst danach folgte die Gauleitung mit der Kanzlei des Gauleiters und den nachgeordneten Ämtern. Gauleiter Hofer selbst residierte im ersten Stock. Mit der im Vergleich zu anderen Reichsgauen beispiellosen Unterbringung der Ämter von Partei und Staat in ein- und demselben Gebäudekomplex erreichte Hofer eine noch intensivere Verflechtung zwischen den Behördenapparaten, eine Optimierung der Arbeitsabläufe und eine umfassende Überwachungsmöglichkeit.

Die Planungen zu einer umfassenden Landhauserweiterung stellten keine Erfindung der Nationalsozialisten dar. Alternative Überlegungen zur Behebung der räumlichen Engpässe sind nicht dokumentiert, weil Ideen für einen Landhauszubau bereits seit 30 Jahren existierten. Auch wenn die Landesregierung diese in der Zwischenkriegszeit nicht mehr aktiv verfolgte und auf unbestimmte Zeit verschob, waren sie nicht in Vergessenheit geraten. Gauleiter Hofer konnte sich dadurch als Mann der Tat inszenieren, der politische Zielsetzungen umsetzte, die davor nur diskutiert worden waren. Auch mit der Errichtung eines geschlossenen Baukomplexes als Regierungszentrum setzte die Gauleitung einen Plan um, den die Tiroler Landesregierung bereits in der Zwischenkriegszeit formuliert hatte. Bis auf die Baulinien hatte das NS-Projekt wenig mit den ursprünglichen Überlegungen zu tun. Die Planungen sahen mit der Errichtung eines fünfstöckigen Gebäudes inklusive Vorplatz eine bedeutend monumentalere Ausführung vor. Die NS-Propaganda führte die Durchführung des Projekts ausschließlich auf Gauleiter Franz Hofer zurück und zielte damit auf eine Konsolidierung seiner Autorität ab. Sie vermarktete es als Aufbruch in eine neue Zeit und inszenierte das Gebäude als Einlösung der Versprechungen des Nationalsozialismus. Zum einen sah sie den Bau als Beleg für den raschen Rückgang der Arbeitslosigkeit, zum anderen stellte sie die schnelle Umsetzung als Produkt der neu gelebten „Volksgemeinschaft“ dar.

Die Umsetzung des Projekts ist ein Beleg für das große Selbstbewusstsein der Tiroler NS-Bewegung. Über ihre Rolle als verlängerter Arm der NSDAP hinaus erwies sie sich als eine tief in der Bevölkerung verankerte Kraft. Ohne Rücksprache mit Berlin schritt die Gauleitung an die Umsetzung ihrer Pläne. Die Beteiligten orientierten sich zwar an nationalsozialistischen Vorbildern, mit dem Rückgriff auf einheimische Kräfte stellte das Projekt aber ein eigenständiges Unterfangen dar. Im Rahmen des Bauvorhabens entschied sich die Gauleitung für einen beschränkten Ideenwettbewerb und forderte ausschließlich Innsbrucker Architekten zur Teilnahme auf. Zur Einreichung kamen acht Entwürfe, über die eine Jury am 12. August 1938 entschied. Der erste Preis ging an die Brüder Guth, die einen von einer symmetrisch angelegten Südfassade mit hohem und aus der Flucht vorragendem Mittelrisalit bestimmten viergeschossigen, monumentalen Zentralbau vorschlugen. Die konkav geschwungenen Seitenflügel folgten der Idee einer „Abstraktion eines auffliegenden Adlers“. Der

Vorplatz war mit „zwei hohen steinernen Opferpylonen“ als Ehrenmal den „Tiroler Blutzügen“ gewidmet. Noch im August 1938 setzten Überarbeitungsphasen des Entwurfs ein. Zum einen bestand Gauleiter Hofer auf eine Hinzufügung eines weiteren Geschosses – ohne die Gebäudehöhe zu verändern – und zum anderen plante die Gauleitung einen Wirtschaftstrakt im rückwärtigen Teil des Gebäudes. An den weiteren Planungsphasen waren Walter und Ewald Guth nicht mehr beteiligt. Albert Bermoser, Mitarbeiter des Bauamtes, griff in den weiteren Überarbeitungen vehement in die Ursprungsgestaltung des formal nüchternen und auf klare Akzente setzenden Wettbewerbsbeitrags ein und veränderte ihn zugunsten einer NS-klassizistischen Ausrichtung.

Einheimische Betriebe sorgten angesichts der ausgesprochen kurzen Vorbereitungszeit für einen erstaunlich friktionsfreien Ablauf der Bauarbeiten. Dass die Ausführung öffentlicher Aufträge nach dem „Anschluss“ eine Gefälligkeit an eingetragene Nationalsozialisten darstellte, zeigt ein Blick auf die beteiligten Innsbrucker Firmen, deren Inhaber meist schon vor 1938 über eine NSDAP-Mitgliedschaft verfügten. Auf ein ausgesprochen intensives NS-Engagement konnte der Besitzer des mit der Generalausführung betrauten Bauunternehmens zurückblicken. Der gebürtige Vorarlberger Gebhard Hinteregger hatte Österreich als deklariertes Nationalsozialist im Mai 1935 mit seinem Unternehmen aufgrund fehlender öffentlicher Aufträge Richtung München verlassen. Unmittelbar nach dem „Anschluss“ reaktivierte er seine Niederlassung in Innsbruck und wickelte die Bauausführung bis zur schlüsselfertigen Übergabe des Gebäudes ab. In finanzieller Hinsicht bedeuteten die Baukosten über RM 2,5 Millionen und die Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und Adaptierungsarbeiten im Wert von knapp über RM 1 Million eine erhebliche Belastung für den Landeshaushalt und die Tiroler Gauleitung war auf die Hilfe der Berliner Zentralstellen angewiesen. Diese maßen dem Bau auch hier keine Aufmerksamkeit bei. Die von Tiroler Seite eingeplante Finanzierung über Reichskredite ließ lange auf sich warten und fiel geringer aus als erhofft.

Die Verfolgungs- und Repressionsmaschinerie des NS-Regimes prägten die Ereignisse rund um den Erweiterungsbau entscheidend mit. Der unzureichenden Finanzierung aus den Berliner Fördertöpfen schuf der Vermögensentzug kirchlicher Einrichtungen Abhilfe. Der Verkauf des geraubten Canisianums an das Deutsche Reich spülte RM 1,5 Millionen in die Landeskassa, von denen ein Großteil in das Erweiterungsprojekt floss. In der Folgezeit bunkerte die Gauleitung geraubte kirchliche Gegenstände im Tresorraum des Landhauses. Im Rahmen notwendiger Liegenschaftsankäufe stellten die Verantwortlichen die Betroffenen vor vollendete Tatsachen. Eine Verkaufsverweigerung stand nicht zur Debatte, wenngleich sich die Gauleitung bemühte, die Forderungen der betroffenen Parteien zu erfüllen. Das Land erwarb bestehende Baulichkeiten, die der geplanten Baulinie und Platzgestaltung im Weg standen und mit dem Ankauf zweier Privathäuser in der Meraner Straße fielen sämtliche Immobilien im Straßenviereck zwischen Maria-Theresien-Straße, Meraner Straße, Wilhelm-Greil-Straße und Fuggergasse in Landesbesitz. Die jeweiligen Besitzerinnen und Besitzer wollten angesichts der Inflationserfahrungen der letzten Jahre auf keinen Fall verkaufen. Da eine Enteignung gesetzlich nur schwer durchzubringen war, nutzte die Gauleitung im Sog des NS-Raubzuges gegen die jüdische Bevölkerung die Gunst der Stunde. In drei Fällen erhielt die Verkäuferseite neben einer Ablösesumme zusätzlich die Möglichkeit, eine „arisierte“ Immobilie äußerst kostengünstig zu erwerben. Eine hartnäckige Verhandlungstaktik verwandelte den aufgezwungenen Verkauf in ein lukratives Geschäft und machte aus Geschädigten auf Kosten der jüdischen Vertriebenen Profiteure der NS-Zeit.

Als offizieller Vertreter der NSDAP schätzte Reichsleiter Robert Ley den Bau anlässlich einer Besichtigung des Rohbaus im Mai 1939 als komplett misslungen ein. Ab diesem Zeitpunkt hatte das Gebäude auf Dienstebene nur noch als Erweiterungsbau zu gelten und die Tiroler NS-Führung verlor das Interesse an dem ursprünglichen Prestigeprojekt. Setzte die NS-Propaganda den Spatenstich und die Firstfeier noch groß in Szene, fand nicht einmal mehr eine offizielle Eröffnungsfeier statt. Mit

Ausnahme der künstlerischen Ausgestaltung des Gemeinschaftssaales mit Freskomalereien Sepp Ringels und der Deckenbalken in den Büroräumlichkeiten des Gauleiters mit Schnitzereien Hans Obleitners schenken die Verantwortlichen dem künstlerischen Aspekt folglich keine Beachtung. Ohne einen vorgegebenen Masterplan bestimmten die Abteilungsleiter, das Einverständnis Hofers vorausgesetzt, welche Gemälde sie zur Ausschmückung verwendeten. Hinter der Auswahl standen meist beliebige und rein dekorative Beweggründe. Ringel und Obleitner nahmen in der Tradition volkstümlicher „Heimatkunst“ hingegen Anleihen an der „Blut- und Boden“-Ideologie der NS-Kulturpolitik. Die Gestaltung der Kanzlei Hofers im Stil einer Tiroler Stube zeugt vom Selbstverständnis und Selbstvertrauen des Gauleiters. Völlig konträr sah das gegenüberliegende Sitzungszimmer aus, das sich mit schlichter Holzvertäfelung und symmetrischer Wand- und Deckengliederung an der Gestaltung der Reichskanzlei orientierte.

Auch die im Frühjahr 1939 im Zusammenhang mit dem geplanten „Haus der Bergsteiger“ ausgeschriebene Gestaltung des Landhausplatzes, der vom Erweiterungsbau bis zum Bismarckplatz reichen sollte, wurde nicht realisiert. Bis Kriegsende bot die provisorisch verbreiterte Fuggergasse und der ungepflasterte und ungestaltete Vorplatz ein eher jämmerliches Bild. In den Neugestaltungsplänen für die Stadt Innsbruck spielte der Bau nicht einmal mehr eine Nebenrolle. Da Innsbruck ab März 1940 im Rahmen von Hitlers „Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte“ zu den Neugestaltungstädten zählte, setzten nicht nur Planungen für den Ausbau der Stadt ein. Ein repräsentatives Gauforum mit großer Gauhalle und überdimensioniertem Gauhof sollte anstelle des Bahnhofs entstehen – das Landhaus lag weit ab davon. Die Bevölkerung nahm das Gebäude als reinen Funktionsbau wahr. Veranstaltungen mit repräsentativem Charakter fanden keine statt. Auf dem südlich gelegenen Balkon des Sitzungssaales inszenierte sich Gauleiter Hofer nur ein einziges Mal. Massentaugliche Aufmärsche oder Kundgebungen hielt die Partei am Adolf-Hitler-Platz vor dem heutigen Landestheater ab. Die fehlende Beachtung änderte nichts daran, dass sich der Landhausblock zur Schaltzentrale des NS-Repressionsapparats entwickelte, die als Schnittstelle zwischen den unterschiedlichen NS-Organisationen fungierte. Ausgehend von der Kanzlei des Gauleiters baute die Tiroler NS-Bewegung einen gut funktionierenden Überwachungsstaat auf. Hier liefen sämtliche Fäden der NS-Verbrechen zusammen, hier trafen die Machthaber Entscheidungen zur Ausführung umfassender Verfolgungsmaßnahmen und hier fand deren bürokratische Abwicklung statt. Dass etliche Abteilungen und Dienststellen an den eingeleiteten Repressionen beteiligt waren, wirft Fragen nach möglichen Handlungsspielräumen und der Verantwortung der Landhausangestellten auf.

Die Bedeutungsgeschichte des Gebäudes nach 1945 bildet die Tiroler Erinnerungskultur bezüglich der NS-Zeit ab. Der Leugnung der Vergangenheit des Gebäudes nach 1945 stand eine ständige Konfrontation mit nationalsozialistischen Verlassenschaften gegenüber. Bezüge zur NS-Zeit traten bei Amtsabläufen offen zutage, die direkt mit dem Raubzug gegen kirchliche Einrichtungen und die jüdische Bevölkerung zu tun hatten. Erst 1958 fand die letzte Rückgabe kirchlicher Gegenstände statt. Die Entstehungsgeschichte des Gebäudekomplexes an sich rückte bei Rückstellungsprozessen in den Mittelpunkt. Die durchgeführte Landhauserweiterung des NS-Regimes erwies sich für das Land dabei als großer Gewinn. Die Tiroler Landesregierung speiste die betroffenen Parteien mit Vergleichszahlungen ab, während diese ihre „arisierten“ Tauschimmobilien zurückzugeben hatten. Dass die Errichtung des Regierungszentrums in Zusammenhang mit der NS-Zeit stand, stellte die Landesregierung bei den Verhandlungen komplett in Abrede. Der französischen Besatzungsmacht war die symbolische Bedeutung des Gebäudes als Ergebnis der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hingegen bewusst. In der Errichtung des Befreiungsdenkmals und der Ausgestaltung des ursprünglich geplanten Platzes sah sie eine Möglichkeit, das Neue Landhaus von seinem NS-Hintergrund zu befreien, erreichte aber das genaue Gegenteil.

Dem Land Tirol gelang es nach Kriegsende, die Vergangenheit des Gebäudekomplexes umzuschreiben. Die sich anfangs aus Männern der Widerstandsbewegung zusammensetzende Tiroler Zivilverwaltung knüpfte räumlich an die Zeit vor 1938 an und verblieb im Alten Landhaus. Die Besatzungsmächte richteten ihren Stützpunkt im bereits in den ersten Friedensmonaten umbenannten Neuen Landhaus ein. Schon die Enthüllung der Gedenktafel für den gefallenen Widerstandskämpfer Franz Mair machte das Alte Landhaus zu einem Symbol des Widerstandes und der Befreiung. Die von der französischen Besatzungsmacht verlangten Nutzungsgebühren für das Neue Landhaus, die auch die nationalsozialistischen Dienststellen geleistet hatten, ermöglichten zusätzlich eine Umdeutung der Jahre zwischen 1938 bis 1945 als weitere Besatzungszeit. Bei der ab 1955 stattfindenden Übersiedlung in den Erweiterungsbau legte die Landesregierung ebenfalls eine fehlende Sensibilität für die NS-Vergangenheit offen. Das ehemalige Büro des Gauleiters, dessen Verzierungen der Deckenbalken ein vielseitiges Repertoire an NS-Symbolen aufweist, fungierte als Regierungssitzungszimmer. Mit der Anbringung eines zentralen Gestaltungselementes des Festumzugs anlässlich der 150-Jahr-Feierlichkeiten zur Erhebung von 1809 an der Südfassade war die Umdeutung der Geschichte des Gebäudes vorläufig abgeschlossen und bis zur Umgestaltung des Landhausplatzes geriet der NS-Hintergrund des Neuen Landhauses nahezu in Vergessenheit.

### 3.3. Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis

#### **Abkürzungsverzeichnis**

ATLR	Amt der Tiroler Landesregierung
BDM	Bund Deutscher Mädel
DAF	Deutsche Arbeitsfront
GH	Gauhauptmann
GK	Gaukämmerei
GSV	Gauselbstverwaltung
HJ	Hitlerjugend
NL	Nachlass
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
RK	Rückstellungskommission
RM	Reichsmark
RStH	Reichsstatthaltereirei
SA	Sturmabteilung
SS	Schutzstaffel

#### **Archive**

Archiv für Baukunst – Universität Innsbruck (AfB)

Bundesarchiv Berlin (BA)

Bundesdenkmalamt Innsbruck (BDAI)

Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation Wolfsburg

Kammer der ZiviltechnikerInnen | Arch+Ing, Tirol und Vorarlberg

Oberösterreichisches Landesarchiv (OLA)

Privatarchiv Dietmar Guth

Privatarchiv Dietmar Hinterleitner

Privatarchiv Josef Emmerich Schumacher

Registrierung der Liegenschaftsverwaltung

Stadtarchiv Innsbruck (StAI)

Tiroler Landesarchiv (TLA)

Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum (TLMF)

Vorarlberger Landesarchiv (VLA)

### **Internet**

\_erinnern.at\_, Der Eduard-Wallnöfer-Platz in Innsbruck [<https://www.eduard-wallnoefer-platz.at/>].

Fischler, Renate/Sprenger, Andreas/Hofbauer, Thomas, Das Alte Landhaus. Barockes Juwel im Herzen von Innsbruck, Innsbruck 2017 [[https://www.tirol.gv.at/fileadmin/landtag/downloads/2017/Das\\_alte\\_Landhaus.pdf](https://www.tirol.gv.at/fileadmin/landtag/downloads/2017/Das_alte_Landhaus.pdf)].

Paletschek, Sylvia, Badische und Württembergische Landesministerien und nationalsozialistische Repressionspolitik, in: Wolfram Pyta u.a. (Hg.), Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Zusammenfassung zentraler Forschungsergebnisse, Heidelberg 2017 [<https://ns-ministerien-bw.de/2017/05/zusammenfassung-zentraler-forschungsergebnisse-2017/>].

Schlorhauser, Bettina, Bekanntes und Vergessenes aus der Architekturgeschichte Tirols, in: Architekturen. Kulturberichte 2010 aus Tirol und Südtirol, S. 94–100 [[https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/kunst-kultur/abteilung/Publikationen/Themenheft\\_2010\\_Architekturen.pdf](https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/kunst-kultur/abteilung/Publikationen/Themenheft_2010_Architekturen.pdf)].

Wassermann, Franz, Pediton [!] zur Umsetzung der Performance, 14.5.2018 [<https://portal.tirol.gv.at/LteWeb/public/ggs/petition/petitionDetails.xhtml?id=15160&>].

Webseite der Stadt Salzburg [[https://www.stadt-salzburg.at/pdf/amtskalender\\_nsdap\\_salzburg\\_\\_auszug\\_.pdf](https://www.stadt-salzburg.at/pdf/amtskalender_nsdap_salzburg__auszug_.pdf)].

Wilhelm, Markus, 80 Jahre Gauhaus Innsbruck, 5.10.2018 [<http://www.dietiwag.at/index.php?id=5450>].

### **Zeitungen**

Amtsblatt der Landeshauptstadt Innsbruck 1935 und 1938.

Innsbruck aktuell 1983.

Innsbrucker Nachrichten 1908, 1910, 1925, 1928, 1934, 1937–1944.

Nationalsozialistischer Gaudienst 1939.

Neueste Zeitung 1937–1939.

Profil. Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs 2005.

Tiroler Anzeiger 1937.

Tiroler Magazin 1967.

Tiroler Nachrichten 1945, 1955 und 1960.

Tiroler Tageszeitung 2005.

Volkszeitung 1955.

## Gedruckte Quellen

1. Deutsche Architektur und Kunsthandwerk-Ausstellung, Haus der Deutschen Kunst zu München, 22. Januar bis 27. März 1938, Offizieller Ausstellungskatalog.

Adressbuch Innsbruck 1938 und 1940.

Bauen, Siedeln, Wohnen (1940) 17.

Adreßbuchverlag der Industrie- und Handelskammer München (Hg.), Amtsverzeichnis für den Reichsgau Tirol und Vorarlberg mit Geschäftsadreßbuch 1942/43, München 1942.

Der Baumeister (1926) 9.

Die Kunst im Dritten Reich (1938) 1.

Erinnerungen von Heinrich Mandlez nach seinem eigenen Diktat aus der Zeit 1938–1945, o. O. und J.

Gesetz- u. Verordnungsblatt für die gefürstete Grafschaft Tirol und das Land Vorarlberg 1896 und 1914.

Hammer, Heinrich, Die Paläste und Bürgerbauten Innsbrucks, Wien 1923.

Hammer, Heinrich, Albin Egger-Lienz. Ein Buch für das Deutsche Volk, Innsbruck 1938.

Hirsch, Alfred, Unser Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Erinnerungen eines „Zeitzeugen“, o. O. u. J.

Koller, Peter, Zusammenhang von Städtebau und Wohnungsbau erläutert an der Planung Innsbruck, in: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland (1941) 4.

Landesgesetz- und Verordnungsblatt für Tirol 1930 und 1934.

Ley, Robert (Hg.), Organisationsbuch der NSDAP, 7. Auflage, München 1943.

Mackowitz, Rudolf (Hg.), Kampf um Tirol. Entscheidende Taten zur Befreiung Innsbrucks im Frühjahr 1945, Innsbruck 1945.

Mandlez, Heinrich, Zu der Errichtung und zu den Aufgaben des Lagers in der Reichenau, o. O. u. J.

Moderne Bauformen. Monatshefte für Architektur und Raumkunst. Große Sondernummer: Deutschland baut! Zur Rückkehr Österreichs ins Deutsche Reich (1938) 4.

Mueller, Ralph/Turk, Jerry, Report after Action. The story of the 103d Infantry Division, o. O. 1945.

Österreichische Bauzeitung. Offizielles Organ der Bauinnung und ihrer Zünfte 1938.

Pisecky, Franz, Tirol-Vorarlberg. Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung, Berlin 1940.

Schmid, Hermann, Der Kanzler von Tirol, München 1863.

Schuschnigg, Artur, Meine Tätigkeit bei Radio Tirol, maschinengeschriebenes Manuskript, o. O. u. J.

Stenographische Berichte des Tiroler Landtages 1905, 1911/12, 1927, 1945/46 und 1959.

Troost, Gerdy, Das Bauen im neuen Reich, Berlin 1938.

Troost, Gerdy, Das Bauen im neuen Reich, Berlin <sup>2</sup>1939.

Weyhenmeyer, Willi, Betrachtungen zur städtebaulichen Entwicklung von Groß-Innsbruck. Typoskript vom 14.9.1938.

## Sekundärliteratur

Achleitner, Friedrich/Uhl, Ottokar, Lois Welzenbacher 1889–1955, Salzburg 1968.

Achrainer, Martin, Innsbruck als Sitz des Alpenvereins und das nie gebaute „Haus der Bergsteiger“, in: *Berg* 2008, S. 236–241.

Albrich, Thomas, Gauleiter Franz Hofer und die „braune Elite“ des Gaues Tirol-Vorarlberg im Visier der Nachkriegsjustiz, in: *Jahrbuch für Juristische Zeitgeschichte* 8 (2006/2007), S. 26–75.

Albrich, Thomas, Die Jahre der Verfolgung und Vernichtung unter der Herrschaft von Nationalsozialismus und Faschismus 1938 bis 1945, in: Thomas Albrich (Hg.), *Jüdisches Leben im historischen Tirol. Von den Anfängen bis zu den Kultusgemeinden in Hohenems, Innsbruck und Meran (Von der Teilung Tirols 1918 bis in die Gegenwart 3)*, Innsbruck-Wien 2012, S. 187–356.

Alexander, Helmut, „... keiner soll der rücksichtslosen Vergewaltigung anheim fallen.“ Zur Auflösung des Tiroler Landtags im Februar 1934, in: *Zeitgeschichte* 21 (1994) 3/4, S. 109–128.

Alpagut, Leyla/Wagner, Achim, *Das Werden einer Hauptstadt. Spuren deutschsprachiger Architekten in Ankara, Istanbul-München* 2011.

Archiv für Baukunst (Hg.), *Innsbruck sehen. Stadtbilder einst und jetzt*, Innsbruck-Wien-Bozen 2008.

Arndt, Karl, Tradition und Unvergleichbarkeit. Zu Aspekten der Stadtplanung im nationalistischen Deutschland, in: Wilhelm Rausch, *Die Städte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert*, Linz 1984, S. 149–166.

Batlogg, Andreas, Die Pfaffenburg muss weg, in: *Das Fenster. Tiroler Kulturzeitschrift* 33 (1999) 68, S. 6485–6492.

Beimrohr, Wilfried, Tirol unter dem Hakenkreuz, in: Meinrad Pizzinini (Hg.), *Zeitgeschichte Tirols*, Innsbruck-Wien-Bozen 1990, S. 111–140.

Beimrohr, Wilfried, *Das Tiroler Landesarchiv und seine Bestände (Tiroler Geschichtsquellen 47)*, Innsbruck 2002.

Béthouart, Emile-Marie, *Die Schlacht um Österreich*, Wien 1967.

Braumann, Christoph, *Stadtplanung in Österreich von 1918 bis 1985 unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Salzburg*, Wien 1986.

Brechtken, Magnus, Kommentar und Forschungsforderungen, in: Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hg.), *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer), München 2007, S. 406–414.

Buchroithner, Sonia/Sporer-Heis, Claudia, *Das Ferdinandeum in den Jahre 1938 bis 1945*, in: *Zwischen Ideologie Anpassung und Verfolgung: Kunst und Nationalsozialismus in Tirol*. Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Innsbruck 2018, S. 102–109.

Conze, Eckart u.a., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.

Czech, Hans-Jörg/Hirsch, Vanessa/Schwarz, Ullrich (Hg.), *Cäsar Pinnau. Zum Werk eines umstrittenen Architekten*, Hamburg-München 2016.

- Dankl, Günther, Kunst 1938–1945. Zwischen Ideologie, Anpassung und Kontinuität, in: Zwischen Ideologie, Anpassung und Verfolgung. Kunst und Nationalsozialismus in Tirol, Innsbruck 2018, S. 138–153.
- Dietrich, Stefan, Telfs 1918–1946 (Studien zu Geschichte und Politik 3), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2004.
- Dülffer, Jost/Jochen Thies/Josef Henke (Hg.), Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich, Köln-Wien 1978,
- Düwel, Jörn/Gutschow, Niels, „Baukunst“ und Nationalsozialismus. Demonstration von Macht in Europa 1940–1943. Die Ausstellung „Neue Deutsche Baukunst“ von Rudolf Wolters, Berlin 2015.
- Egger, Ursula, Der Landhausplatz in Innsbruck, Bd. 1, phil. Dipl. Innsbruck 1995.
- Eisterer, Klaus, Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 9), Innsbruck 1992.
- Engehausen, Frank/Paletschek, Sylvia/Pyta, Wolfram (Hg.), Die badischen und württembergischen Landesministerien in der Zeit des Nationalsozialismus, Bd. 1/2 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen 220), Stuttgart 2019.
- Ergert, Viktor, 50 Jahre Rundfunk in Österreich. 1945–1955, Wien 1975.
- Eßer, Gerold/Gerhard A. Stadler, Der Molybdänbergbau im Vlasertal 1941–1945: Ein Hoffungsprojekt der NS-Kriegsmaschinerie im Licht der Baugeschichtsforschung, in: Architectura. Zeitschrift für Geschichte der Baukunst, Sonderdruck (2013) 2, S. 167–185.
- Fiss, Karen A., Der deutsche Pavillon, in: Dawn Aedes/Tim Benton/David Elliott/Iain Boyd Whyte (Hg.), Kunst und Macht im Europa der Diktatoren 1930 bis 1945, London–Berlin 1996, S. 108–110.
- Forcher, Michael, Die Tiroler Schützen in der NS-Zeit, in: Wilfried Beimrohr u.a. (Hg.), Vom Wert des Erinnerns (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 22), Innsbruck 2020, S. 135–160.
- Frei, Mathias, Karl Anrather 1861–1893, Bozen 1993.
- Friedrich, Margret/Rupnow, Dirk (Hg.), Geschichte der Universität Innsbruck 1669–2019 (Die Universität im 20. Jahrhundert 1/2), Innsbruck 2019.
- Fritz, Wolfgang, Fortschritt und Barbarei. Österreichs Finanzverwaltung im Dritten Reich (Austria: Forschung und Wissenschaft – Soziologie 9), Wien 2011.
- Früchtel, Michael, Hitlers Architekten. Der Architekt Hermann Giesler. Leben und Werk (1889–1987), München 2007.
- Gehler, Michael/Alexander, Helmut, „Ich war Nationalsozialist“. Aspekte einer vergessenen Biographie: Dr. Hans Georg Bilgeri, in: Österreich in Geschichte und Literatur 37 (1993) 3, S. 133–169.
- Gehler, Michael (Hg.), Karl Gruber. Reden und Dokumente 1945–1953. Eine Auswahl (Historische Forschungen 2), Wien-Köln-Weimar 1994.
- Gehler, Michael, Politischer Neubeginn unter militärischer Besatzung. Ing Dr. Karl Gruber, Tirols erster Landeshauptmann im Jahr 1945, in: Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum (Hg.), Das Jahr 1945 in Tirol. Ende und Neubeginn, Innsbruck 1995, S. 22–27.

- Götz, Norbert/Weidlich, Peter, Reichszeugmeisterei, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“, Katalog zur Ausstellung im Münchner Stadtmuseum vom 22. Oktober 1993 bis 27. März 1994, München 1993, S. 283–286.
- Gratzer, Bettina, NSKK-Gruppe Dagostin, in: Thomas Albrich (Hg.), Die Täter des Judenprogramms 1938 in Innsbruck, Innsbruck-Wien <sup>4</sup>2019, S. 306–308.
- Gruber, Karl, Meine Partei ist Österreich. Privates und Diplomatisches, Wien-München 1988.
- Hagen, Nikolaus, Kultur- und Identitätspolitik im Gau Tirol-Vorarlberg 1938–1945, phil. Diss. Innsbruck 2017.
- Hambrusch, Horst/Moroder, Joachim/Schlörhauser, Bettina, Franz Baumann, Architekt der Moderne in Tirol, Wien-Bozen 1998.
- Hammer, Heinrich, Kunstgeschichte der Stadt Innsbruck, Innsbruck-Wien-München 1952.
- Heiss, Hans, Treibsätze der Geschichtspolitik. Die Gedenkfeiern der Tiroler Erhebung 1909–2009, in: Geschichte und Region/Storia e regione 16 (2007) 2, S. 118–146.
- Hirn, Sieglinde, Vereinigungen und Gruppierungen der Tiroler Künstler im 20. Jahrhundert, phil. Diss. Innsbruck 1980.
- Höhle, Eva-Maria, Staatlicher Schutz für NS-Bauten – Ein österreichisches Dilemma?, in: Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege 61 (2007) 1, S. 10–18.
- Hölz, Christoph (Hg.), Vom Heldenberg zur Sporarena. Bauten und Projekte für den Bergisel 1809–2009, Innsbruck 2009.
- Hölz, Christoph, Die Meisterschule von Lois Welzenbacher an der Wiener Akademie als Alternative zur Holzmeister-Schule, in: Christoph Hölz (Hg.), Gibt es eine Alternative zur Holzmeister-Schule? Clemens Holzmeister (1886–1983) und seine Schüler, Innsbruck 2015, S. 291–306.
- Hölz, Christoph, Bauen in Innsbruck 1938 bis 1945, in: Zwischen Ideologie, Anpassung und Verfolgung. Kunst und Nationalsozialismus in Tirol, Innsbruck 2018, S. 278–289.
- Holzmeister, Clemens, Architekt in der Zeitenwende, Selbstbiographie, Werkverzeichnis, 2 Bde., Salzburg-Stuttgart-Zürich 1976.
- Holzschuh, Ingrid, Wiener Stadtplanung im Nationalsozialismus von 1938 bis 1942. Das Neugestaltungsprojekt von Architekt Hanns Dunstmann, Wien-Köln-Weimar 2011.
- Holzschuh, Ingrid/Platzer, Monika (Hg.), „Wien. Die Perle des Reiches“ – Planen für Hitler, Wien 2015.
- Jablonek, Clemens u. a., Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich (Veröffentlichung der Österreichischen Historikerkommission 1), Wien-München 2003.
- Kepplinger, Brigitte, Zum Gesundheitssystem im Reichsgau Tirol-Vorarlberg. Eine Skizze, in: Bertrand Perz u. a., Schlussbericht der Kommission zur Untersuchung der Vorgänge um den Anstaltsfriedhof des Psychiatrischen Krankenhauses in Hall in Tirol in den Jahren 1942 bis 1945 (Veröffentlichungen der Kommission zur Untersuchung der Vorgänge um den Anstaltsfriedhof des Psychiatrischen Krankenhauses in Hall in Tirol in den Jahren 1942 bis 1945 1), Innsbruck 2014, S. 83–89.
- Klotz, Arnold, Stadtplanung und Städtebau in Innsbruck in den Jahren 1938–1945, in: Die Städte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert, Linz 1984, S. 177–234.

- Klotz, Arnold, Stadtentwicklung und Städtebau in Innsbruck 1938–2015. Strategien, Konzepte, Gestaltung, Innsbruck 2016.
- Kraus, Carl, „Freudebringer für den kleinen Mann“ – Zur Kunst in Tirol 1938–1945, in: Sabine Pitscheider/Rolf Steininger (Hg.), Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19), Innsbruck 2002, S. 251–280.
- Kraus, Carl/Obermair, Hannes (Hg.), Mythen der Diktaturen. Kunst in Faschismus und Nationalsozialismus – Miti delle dittature. Arte nel fascismo e nazionalsocialismo. Südtiroler Landesmuseum für Kultur- und Landesgeschichte Schloss Tirol, Dorf Tirol 2019.
- Kunst im 3. Reich. Dokumente der Unterwerfung, Kat. Ausst. Frankfurter Kunstverein 1975.
- Longerich, Peter, Hitler. Biografie, München 2015.
- Lugger, Klaus (Hg.), Wohnbau sozial. Innsbruck von 1900 bis heute, Innsbruck 1993.
- Magis, Almud/Nicolussi Castellan, Bernhard (Hg.), Ansichtssachen. 61 Gründe Innsbruck zu verlassen oder dazubleiben, Innsbruck 1996.
- Marte, Johannes, Franz Baumann. Sein architektonisches Schaffen, Innsbruck 1978.
- Marx, Henry, Arbeitsverwaltung und Organisation der Kriegswirtschaft, in: Alexander Nützenadel (Hg.), Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen (Geschichte des Reichsarbeitsministeriums im Nationalsozialismus 1), Göttingen 2017.
- Mayer, Juliane, Der Architekt Wilhelm Stigler sen. 1903–1976, 2 Bde., Innsbruck 2018.
- Meinl, Susanne/Zwilling, Jutta, Legalisierter Raub. Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsfinanzverwaltung in Hessen, Frankfurt a.M. 2004.
- Meixner, Wolfgang, „Arisierung“ – die „Entjudung“ der Wirtschaft im Gau Tirol-Vorarlberg, in: Sabine Pitscheider/Rolf Steininger (Hg.), Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19), Innsbruck 2002, S. 319–340.
- Mentel, Christian /Weise, Niels, Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung (hg. von Frank Bösch, Martin Sabrow u. Andreas Wirsching), München-Potsdam 2016.
- Molden, Fritz, Fepolinski & Waschlapski auf dem berstenden Stern, Wien 1980.
- Muck, Herbert/Mladeck, Georg/Greisenegger, Wolfgang (Hg.), Clemens Holzmeister, Architekt in der Zeitenwende, 2 Bde., Salzburg 1976.
- Naredi-Rainer, Paul, Der Landhausplatz in Innsbruck – symbolbefrachtet und skateboardgerecht, in: Koldewey Gesellschaft, 49. Tagung, Innsbruck 2016, S. 92–97.
- Natter, Bernhard, Herrschaftsbau und Platz für Denkmäler, in: Gabriele Rath/Andrea Sommerauer/Martha Verdorfer (Hg.), Bozen Innsbruck. Zeitgeschichtliche Stadtrundgänge, Bozen 2000, S. 80–84.
- Nerdinger, Winfried, Baustile im Nationalsozialismus. Zwischen Klassizismus und Regionalismus, in: Dawn Aedes/Tim Benton/David Elliott/Iain Boyd Whyte (Hg.), Kunst und Macht im Europa der Diktatoren 1930 bis 1945, London-Berlin 1996, S. 322–325.
- Nerdinger, Winfried, Die Dauer der Steine und das Gedächtnis der Architekten, in: Winfried Nerdinger, Geschichte Macht Architektur, München-London-New York 2012, S. 159–175.

Nerdinger, Winfried (Hg.), *Der Architekt, Geschichte und Gegenwart eines Berufsstandes*, Bd. 1, München-London-New York 2012, S. 153–167.

Nierhaus, Irene, *Adoration und Selbstverherrlichung. Künstlerische und kunstpolitische Schwerpunkte an der Akademie der bildenden Künste von den dreißiger bis Ende der vierziger Jahre*, in: Hans Seiger, Michael Lunardi, Peter Josep Populorum (Hg.), *Im Reich der Kunst. Die Wiener Akademie der bildenden Künste und die faschistische Kunstpolitik*, Wien 1990, S. 65–141.

Nolzen, Armin, *Die Gaue als Verwaltungseinheiten der NSDAP, Entwicklungen und Tendenzen in der NS-Zeit*, in: Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hg.), *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer), München 2007, S. 199–217.

Nowak, Johannes Heinz, *Johannes Obleitner. 1893–1984*, Innsbruck 2013.

Nüßlein, Timo, *Paul Ludwig Troost (1878–1934)*, Wien-Köln-Weimar 2012.

Perz, Bertrand/Pawlowsky, Verena/Markova, Ina, *Inbesitznahmen. Das Parlamentsgebäude in Wien 1933–1956*, Salzburg-Wien 2018.

Pirker, Peter, *Codename Brooklyn. Jüdische Agenten im Feindesland. Die Operation Greenup 1945*, Innsbruck 2019.

Pitscheider, Sabine, *Die „Neugestaltung“ Innsbrucks nach dem „Endsieg“*, in: Sabine Pitscheider/Rolf Steininger (Hg.), *Tirol und Vorarlberg in der NS-Zeit* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 19), Innsbruck 2002, S. 281–298.

Pitscheider, Sabine, *Kematen in Tirol in der NS-Zeit. Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde* (Studien zu Geschichte und Politik 19), Innsbruck-Wien-Bozen 2015.

Plattner, Irmgard, *Kultur und Kulturpolitik*, in: Michael Gehler (Hg.), *Tirol. „Land im Gebirge“*. Zwischen Tradition und Moderne (Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945/Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 6/3), Wien-Köln-Weimar 1999, S. 223–312.

Rathkolb, Oliver, *Nazi-Ästhetik und die „Ostmark“*, in: Ilija Dürhammer/Pia Janke, *Die „österreichische“ nationalsozialistische Ästhetik*, Wien-Köln-Weimar 2003, S. 11–31.

Rauchegger-Fischer, Claudia, *„Sind wir eigentlich schuldig geworden?“ Lebensgeschichtliche Erzählungen von Tiroler Frauen der Bund-Deutscher-Mädel-Generation* (Studien zu Geschichte und Politik 22), Innsbruck-Wien-Bozen 2018.

Reisner, Matthias, *G. Hinteregger & Söhne Baugesellschaft m.b.H. 100 Jahre (1914–2014)*, Linz 2014.

Riedmann, Josef, *Das Bundesland Tirol 1918–1970* (Geschichte des Landes Tirol 4/II), Bozen 1988.

Reichardt, Sven/Seibel, Wolfgang (Hg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2011.

Schäche, Wolfgang, *Von Berlin nach „Germania“. Architektur und Stadtplanung zwischen 1933 und 1945*, in: Dawn Aedes/Tim Benton/David Elliott/Iain Boyd Whyte (Hg.), *Kunst und Macht im Europa der Diktatoren 1930 bis 1945*, London-Berlin 1996, S. 326–329.

Seifert, Oliver, *„Sterben hätten sie auch hier können“. Die „Euthanasie“-Transporte aus der Heil- und Pflegeanstalt Hall in Tirol nach Hartheim und Niedernhart*, in: Brigitte Kepplinger/Gerhart

- Marckhgott/Hartmut Reese (Hg.), Tötungsanstalt Hartheim (Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus 3), Linz 2013<sup>3</sup>, S. 359–410.
- Schlörhauser, Bettina/Boeckl, Matthias, Theodor Prachensky. 1888–1970. Architekt und Maler, Innsbruck 2006.
- Schönberger, Angela, Die neue Reichskanzlei von Albert Speer. Zum Zusammenhang von nationalsozialistischer Ideologie und Architektur, Berlin 1981.
- Schreiber, Horst, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol (Geschichte & Ökonomie 3), Innsbruck 1994.
- Schreiber, Horst, Widerstand und Erinnerung in Tirol 1938–1998. Franz Mair – Lehrer, Freigeist, Widerstandskämpfer, Innsbruck-Wien-München 2000.
- Schreiber, Horst, Heinz Mayer. Obmann des „Bundes der Opfer des politischen Freiheitskampfes in Tirol“, in: Lisa Gensluckner/Horst Schreiber/Ingrid Tschugg/Alexandra Weiss (Hg.), Gaismair-Jahrbuch 2002. Menschenbilder – Lebenswelten, Innsbruck-Wien-München 2001, S. 25–38.
- Schreiber, Horst, Das Befreiungsdenkmal am Eduard-Wallnöfer-Platz in Innsbruck, in: Zeit-Raum-Innsbruck (Schriftenreihe des Innsbrucker Stadtarchivs 7), Innsbruck 2006, S. 77–106.
- Schreiber, Horst, Das Befreiungsdenkmal am Eduard-Wallnöfer-Platz in Innsbruck, in: Amt der Tiroler Landesregierung (Hg.), Den für die Freiheit Österreichs Gestorbenen. Das Befreiungsdenkmal und die Erinnerung. Eine Intervention, Innsbruck 2011, S. 9–39.
- Schreiber, Horst, Die Machtübernahme. Die Nationalsozialisten in Tirol und Vorarlberg 1938/39 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 10), Innsbruck <sup>2</sup>2013.
- Schreiber, Horst/Grüner, Christoph (Hg.), Den für die Freiheit Österreichs Gestorbenen. Das Befreiungsdenkmal in Innsbruck. Prozesse des Erinnerns, Innsbruck 2016.
- Schreiber, Horst, Die Inszenierung des Nationalsozialismus als Umbruchs- und Aufbruchszeit, in: Horst Schreiber (Hg.), 1938. Der Anschluss in den Bezirken Tirols (Studien zu Geschichte und Politik 21), Innsbruck-Wien-Bozen 2018, S. 285–307.
- Schreiber, Horst, Gedächtnislandschaft Tirol. Zeichen der Erinnerung an Widerstand, Verfolgung und Befreiung 1938–1945 (Studien zu Geschichte und Politik 24), Innsbruck-Wien-Bozen 2019.
- Schreiber, Horst, Endzeit. Krieg und Alltag in Tirol 1945 (Studien zu Geschichte und Politik 26), Innsbruck 2020.
- Schwarz, Birgit, Geniewahn. Hitler und die Kunst, Wien 2009.
- Sottriffer, Kristian, Albin Egger-Lienz, der Mensch, das Werk, Selbstzeugnisse, Innsbruck 1996.
- Sporer-Heis, Claudia/Gürtler, Eleonore, Restitutionsfälle am Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum im Überblick, Reitlinger Friedrich, in: Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum (Hg.), Veröffentlichungen des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum 82 (2002) 2, S. 88–132.
- Steiner, Ludwig, Der Botschafter. Ein Leben für Österreich, Bozen 2005.
- Steinkamp, Maike, Fotografierte Weltanschauung. Gerdy Troosts „Das Bauen im neuen Reich“, in: Burcu Dogramaci/Simone Förster (Hg.), Architektur im Buch, München 2010, S. 155–168.
- Stigler, Willi, Aus meinem Leben. Ein Querschnitt von 1925 bis 1972. Sonderdruck. Beiträge zur Technikgeschichte Tirols (1972) 4.

Stolz, Otto, Geschichte der Verwaltung Tirols. Teilstück des 2. Bandes der Geschichte des Landes Tirols (Forschungen zur Rechts- und Kulturgeschichte 13), Innsbruck 1998

Tesch, Sebastian, Hitlers Architekten. Albert Speer (1905–1981), Wien-Köln-Weimar 2016.

Teut, Anna, Architektur im Dritten Reich 1933–1945, Berlin-Frankfurt a.M.-Wien 1967.

Tschabrun, Alois, Widerstand und Nazi-Orden, Dornbirn 1981.

Walser, Harald, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933–1938 (Materialien zur Arbeiterbewegung 28), Wien 1983.

Weber, Fritz, Die Spuren der NS-Zeit in der österreichischen Wirtschaftsentwicklung, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 3 (1992) 2, S. 135–165.

Weihsmann, Helmut, Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs, Wien 1998.

Durth, Werner/Nerdinger, Winfried, Nicht vergessen. Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz 46), Bonn 1993.

Wolbert, Klaus, Programmatische Malerei, in: Kunst im 3. Reich. Dokumente der Unterwerfung, Kat. Ausst. Frankfurt 1974, S. 130–143.

Wolf, Christiane, Gauforen – Zentren der Macht, Berlin 1999.

Zeisig, Andreas, „Nur-Maler“ oder „Künstler seines Volkes“? Franz von Defregger im „Dritten Reich“, in: Zwischen Ideologie, Anpassung und Verfolgung. Kunst und Nationalsozialismus in Tirol, Innsbruck 2018, S. 116–119.